

Inhalt		Seite
Editorial		
<i>Manfred Kossok</i>	Medien und Geschichte	8
Aufsätze		
<i>Bernd Okun</i>	Medien und „Wende“ in der DDR	11
<i>Inge Münz-Koenen</i>	Enteignete Revolution - verwaltete Utopie - das Spiel der Medien mit dem kollektiven Unbewußten	21
<i>Peter M. Spangenberg</i>	Die Revolution in Rumänien und ihre mediale Wirklichkeitskonstruktion	26
<i>Zuhdi Al-Dahoodi</i>	Medienpolitik: Das (v)ideologische Patchwork Saddam Husseins	37
<i>Gerald Diesener</i>	Propaganda als Waffe - eine Betrachtung zum Krieg im medialen Jahrhundert	41
<i>Frank Haase</i>	Die Revolution der Telekommunikation - oder: Les Enfants de la Revolution sont les Filles	46
<i>Michael Zeuske</i>	„Kommentare im Falsett“: Medien, Nachrichten und Revolution am Beispiel der Independencia Venezuelas	54
<i>Bernd Schröter</i>	Die Vermittlung von Revolution, regionalem Konflikt und Großmachtpolitik durch die Presse Leipzigs im Vorfeld von 1789	69
<i>Edoardo Tortarolo</i>	Zensur, öffentliche Meinung und Politik in der Berliner Spätaufklärung. Eine Problemskizze	80
<i>Sabine Tanz</i>	Politische Propaganda und öffentliches Bewußtsein im Hundertjährigen Krieg: Das Beispiel Johanna von Orléans	91
Forum		
<i>Andrei Ujica</i>	Aufstieg und Fall eines Fernsehbildes. Nicolae Ceauşescu und die rumänische Revolution“	100

Eckhardt Fuchs „What is the Good of History?“ -
Zu Tendenzen in der Theorie- und Methodendiskussion
innerhalb der amerikanischen Geschichtswissenschaft 108

Olaf Kirchner Neuere Ansätze zur Erklärung gesellschaftlicher
Transformation in der sowjetischen Literatur 122

Mitteilungen und Berichte

VII. Frankreichforscher-Konferenz (*H. Melzer*) 130

ERASMUS-Workshop in Berlin (*A. Doßmann*) 132

Universalgeschichte - Gestern und Heute (*S. Sammler*) 135

Neue Zeitschrift in Frankreich (*M. Middell*) 137

Akademisches Leben (*K. Middell*) 138

Buchbesprechungen

• Manfred Hettling (Hrsg.), *Revolution in Deutschland? 1789-1989.*
Sieben Beiträge, Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht 1991 (*M. Middell*) 139

• Georg Friedrich Rebmann, *Werke und Briefe in drei Bänden.* Hrsg. Hedwig
Voegt (†), Werner Greiling und Wolfgang Ritschel, Berlin: Rütten & Loening
1990 (*M. Middell*) 141

• Marc Bloch *aujourd'hui. Histoire comparée et sciences sociales.*
Hrsg. Hartmut Atsma und André Burguière, Paris: Editions de l'EHESS 1990
(*S. Sammler*) 142

• SIPRI Yearbook 1991, *World Armaments and Disarmament,*
Oxford University Press 1991 (*R. Müller-Syring*) 143

• *Histoire et médias. Journalisme et journalistes français 1950-1990.*
Hrsg. Marc Martin, Paris: Albin Michel 1991 (*Th. Höpel*) 145

• Fathī al - ‘Aṣrī: *Haula ad-Dīn wa-d-dimūqrāṭiya bi-qalam Naǧīb Mahfūz*
(über Religion und Demokratie aus der Feder von Naǧīb Mahfūz,
Kairo: Ad-dār al-misriya al-lubnāniya, 1990 (*W. Schwanitz*) 145

Autorenverzeichnis

Die Bildstörung in der Übertragung seiner letzten Massenkundgebung machte es manifest: Ende Dezember 1989 stürzte die Diktatur Nicolai Ceaucescus. Geschichte auf allen Kanälen: Nach der Eroberung der Bukarester Fernsehzentrale Televiziunea Romana wurden die revolutionären Ereignisse tagelang ununterbrochen live übertragen. Welcher medientechnischen Manipulation bedien(t)en sich die Machthaber? Läßt sich angesichts der durch das Fernsehen transformierten und vorangetriebenen Ereignisse der postmoderne Diskurs vom "Ende der Geschichte" noch (oder erst recht) aufrechterhalten? Was: Historie - als Ereignis wie als Erzählung zugleich Subjekt und Objekt seiner Aufschreibesysteme - immer schon ein Medieneffekt? Wurde im Rückblick auf das Jahr 1989 über die Rolle der Medien in den überraschenden Zusammenbrüchen der ost-, mittel- und südosteuropäischen Herrschaftssystemen diskutiert, so wartete die Geschichte alsbald mit der Erweiterung der Problemstellung auf. Golfkriegsberichterstattung und die Übertragung der jüngsten Moskauer Ereignisse machten Weltgeschichte im Fernsehsessel zu einer offenbar in kürzeren Abständen wiederholbaren Erfahrung von Millionen Medienkonsumenten weitab vom Tatort, stellten den postmodernen Diskurs wie seine Gegner vor neue bedrängende Herausforderungen. Die Provokation richtet sich an Erkenntnistheoretiker und Mediensoziologen in speziellen wie an Gesellschaftswissenschaftler allgemein, die dem Kulturfaktor Medien einen seiner Bedeutung in aktuellen Auseinandersetzungen angemessenen Platz in komplexen Interpretationssystemen einräumen müssen.

In der Computersprache heißt er slash, jener typographische Querhieb, der die Stichworte "Medien/Revolution/Historie" zugleich verbindet und differenziert. Verbindungen zwischen jedem der Pole des begrifflichen Triangulums stellen sich vielfältig her und führen zu so zentralen Problemen wie der Rolle von Revolutionen in geschichtlicher Evolution und der Rolle der Medien in diesen Revolutionen, aber auch dem Part, den Medien in der Vermittlung des Revolutionsmythos (und bestimmter Handlungs- und Argumentationsmuster) in die Gegenwart spielen. Die Begriffe figurieren im Titel eines Kolloquiums, auf dem Historiker, Literatur- und Medienwissenschaftler sowie Filmemacher und Journalisten am 19./20. Juli im Rahmen des Interdisziplinären Zentrums für gesellschaftliche Transformation (IZT) an der Universität Leipzig diskutierten¹; die Beiträge des vorliegenden Heftes entstammen diesem Kontext.

Geschichte in Echtzeit: Die Leipziger Ringvorlesung des IZT "1989 - Ende oder Wende der Weltgeschichte" im Studienjahr 1990/91 leistete der Tagung thematisch Vorschub; eine Publikation von Mannheimer Medienforschern regte das Nachdenken über die Relation von Realität, Inszenierung und Wahrnehmung unter den Bedingungen neuer technischer Dimensionen in der Medienkultur an.² Eva Appel vom ZDF in Mainz gab anhand von Videorohrschnitten und dpa-Meldungen zum rumänischen Dezember '89 Einblick in die televisionäre Transformation von Bilddokumenten und Informationspartikeln in einen scheinbar kohärenten Text; Andrej Ujica sowie Harun Farocki, die an einer filmischen Nachlese dieser Ereignisse arbeiten, aktualisieren die Diskussion um die rumänische Revolution durch die Frage nach der Archivierung ihrer privaten und öffentlichen Bilder - ein nicht nur technisch und politisch brisantes Problem, sondern auch eine Herausforderung an die Historiker, deren Quellenkritik noch weitgehend im Stile der Vorfernsehzeit an Buchstaben geschult ist.

Islamische Moscheen waren als Kommunikationszentren immer schon Telefonzentralen (Zuhdi Al-Daheodi); Saddam Hussein, jenes (v)ideologische patchwork eines Diktatorenbildes, formulierte das Geheimnis aller Putsche, als er die Besetzung der Rundfunkanstalten zu ihrem Schlüsselereignis erklärte. Das macht den Hinweis auf Kurt Suckerts "Technik des Staatsstreichs" quasi universalhistorisch. Doch Hussein versuchte auch gleich zu hindern, daß dieses Wissen noch einmal, und zwar gegen ihn selbst, mobilisiert werden könnte. Medientheorie wird von maechen nicht nur als Fiedingung, sondern auch als das Ende der historischen Revolutionen angesehen. Der jüngste "Golfkrieg" hat die Bedeutung von Nachrichtenübertragung im historischen Prozeß erneut aktualisiert. Die televisionäre

Berichterstattung lief dort prinzipiell über dieselben elektronischen Kanäle wie die Leitsysteme der Raketen. Es war nicht länger möglich, "über" diesen Krieg zu schreiben, ohne nicht schon an ihm selbst (als Informationskrieg) mitzuschreiben - bis es nichts mehr zu zeigen gab außer den endlosen Wiederholungen des Waffenarchivs. Der Pariser Soziologe Jean Baudrillard behauptete daher nicht allein kurz vor Ausbruch der militärischen Auseinandersetzung, der Golfkrieg werde nicht stattfinden; in derselben Zeitung (*Libération*) fragte er inmitten der Kriegszeit erneut: Findet der Golfkrieg wirklich statt? Sofort nach Ende der Kampfhandlungen dann nicht mehr eine Frage, sondern die Feststellung: Der Golfkrieg, die lange befürchtete Apokalypse, hat nicht stattgefunden.³ Was füllt nun jenes Vakuum, das die Medienberichterstattung uns ungesättigt hinterlassen hat? Bringt diese Hohlform fortan historische Ereignisse hervor, weil unser Denken es nicht erträgt, daß nichts sich mehr entwickelt? Das war schon seit der Französischen Revolution so, auf dessen Erbe sie sich u.a. jenes politische System berief, das dem Herbst 1989 zum Opfer fiel. Längst ist die Imagiererei, die Vorstellungskraft der revolutionären Bilder durch die Traumfabriken von Kino und TV technisch eingeholt. Hat die Revolution von 1789 nicht selbst jene Medien ins Leben gerufen, die den Tod ihrer Botschaft in Erinnerung rufen (Matthias Middell)? Baudrillards Provokation steht im Raum.

Das Experiment des Leipziger Kolloquiums bestand auch darin, verschiedene west- und ostdeutsche Wissenschaftsstile aufeinanderprallen zu lassen. Am Begriff der "Realität" schieden sich die Geister prompt: Sie fand im Leipziger Herbst '89 nicht nur ganz offenbar revolutionär statt, sondern war auch in der epistemologischen Nachlese der Historiker immer noch statthaft. Damit sind die Grenzen ihrer Ästhetisierung von Seiten der okzidental Postmoderne angegeben. Während manche westeuropäische und nordamerikanische Literatur- und Medienwissenschaftler die Wirklichkeit längst als Medieneffekt definierten und sie in reine Geschwindigkeit überführen (so der Architekturdenker Paul Virilio auf dem Pariser Kolloquium "L'Europe et le médias" kurz vor dem Leipziger Treffen), klagten demgegenüber die ostdeutschen Historiker eine wirkliche Wirklichkeit als *point de résistance* ein (Matthias Middell, Inge Münz-Koenen). Wächst mit der Chance, angesichts der Mauscheibe "in der ersten Reihe" zu sitzen, die Entfernung zur Realität (Manfred Kossok), oder findet die Weltanschauung vielmehr gerade hier statt? Ist ein metaphysischer Wahrheitsbegriff geradezu ein Hindernis angesichts der Materialität der Zeichen? Doch nicht nur die Phänomenologie, auch die Art und Weise, sie zu besprechen und vorzutragen, schied deutsch-deutsche Wissenschaft an diesem Punkt. Auch dies heißt es, komparativ wahrzunehmen.

Solche Demarkierungslinien deutlich gemacht zu haben ist vielleicht das deutlichste Signum dieses Kolloquiums, wengleich ihre konsequente diskursive Austragung noch ansteht. Immerhin rangen sich beide Seiten Respekt ab: für unbestechliche empirische Recherche einerseits (Sabine Tanz, Bernd Schröter) und den Eindruck, solche Materialien andererseits mit Hilfe von medienorientierten Geschichtstheorien mobilisieren zu können. Daß Historie in erster Linie Strategie (Friedrich Kittler) und ihre Philosophie für den Nahkampf ungeeignet ist (Gerald Diesener), machte Michael Zeuskas Überführung der venezolanischen *Independencia* 1810-1830 in eine Schalttafel damaliger Nachrichtenübertragung sinnfällig - Übertragungsmedien, deren Botschaft, ob revolutionär oder militärisch, in ihrer Effektivität lag. Dafür steht auch die Telegraphie als Geschichtsgagant seit der Französischen Revolution (Frank Haase). Das römische *imperium* bezeichnete einmal ganz präzise die Reichweite von Befehlsgewalt; der Untergang solcher Reiche ist zunächst immer der ihrer Kommunikationssysteme (Bernhard Sieger).

Die Rolle der Medien im Leipziger Herbst '89 behandelt Bernd Okun vor dem Hintergrund einer für Auswärtige vielleicht nur schwer entschlüsselbaren Medienlandschaft und Rezeptionstechnik. Die jetzt schon von der Historie zum Mythos gerinnenden Montagsdemonstrationen entstanden allen Medientheorien zum Trotz zunächst offenbar ganz "logozentristisch" (mit erst sekundär unter Zwischenschaltung von TV und Telefon; der Mannheimer Germanist Jochen Hörisch sprach diesbezüglich einmal von einer anachronistischen Revolution, insofern sie über die Kommuni(kati)on von

Kirche und Straße, ihre Stimmen und Stimmungen abließ. "Phonozentrismus" nennt dies die Philosophie - die Privilegierung des gesprochenen Worts gegenüber allen seinen Ableitungen. Blitzableiter: Was sonst sind die heutigen elektronischen Kanäle.

Es gelang leider nicht, Vertreter der Initiativgruppe "Medienstadt Leipzig" zum Auftritt im Leipziger Kolloquium zu gewinnen; immerhin gibt es Anstrengungen in die Richtung, die alte Bücherstadt in einen Standort für Technologien jenseits der Gutenberg-Galaxis zu transformieren. Das Stichwort "Medium" war indes bereits eine Hommage an den Veranstaltungsort, die Universität Leipzig, deren Hochhaus von DDR-Staatsarchitekt Hermann Henselmann als Buch-Metapher konzipiert worden ist. Diesem Medium eines zu Ende gehenden Zeitalters steht jetzt der Computer gegenüber: Bedarf die Universität einer neuen Software? Inwieweit knüpft unter den Bedingungen der "neuen Medien" der Begriff gesellschaftlicher Transformation, die sich seit dem Herbst '89 rapide beschleunigt hat, mit seinem technischen Begriff zur Deckung (Wolfgang Ernst)? Die universitäre Architektur des Universitätshochhauses, noch weit davon entfernt, in der Infrastruktur heute den electronic turn nachzuvollziehen, steht büchertüchtig im Zeichen der Historie, die - vielleicht ein Spiegel überkommener Wissenschafts-Hierarchien - den höchsten Rang der Etagen einnimmt, überboten nur noch vom Café Panorama, jener metonymischen Erinnerung an ein anderes längstvergangenes Medium der Television: der geeignete Titel für den Kopf einer Buch-Universität. Wenn ein System Metaphern baut, braucht es sich nicht zu wundern, wenn diese von ihren Benutzern wörtlich genommen werden. Während der Leipziger Montagsdemonstrationen koinzidierte der politische Umbruch mit dem drucktechnischen Umbruch in der Publikation eines Historikers in jener 25. Etage, von der aus sich der direkte Ausblick auf die Massenversammlungen eröffnete. Das Resultat ist eine Fußnote der Geschichte als Nachtrag zum Vorwort, der Einbruch der Gegenwart in die Laufschrift der Historie.¹

Wolfgang Ernst/ Matthias Middell

- 1 Siehe Tagungsreport Patrick Bahners, "Nichts für den Nahkampf. Deutsche Dissonanzen: Transformationsforschung in Leipzig", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. August 1991 und den Bericht von S. Graber in COMPARATIV 291, S. 75
- 2 H. v. Amelunxen / A. Ujica (Hrsg.), Television / Revolution. Das Ultimatum des Bildes. Rumänien im Dezember 1989, Marburg (Jonas) 1990
- 3 J. Baudrillard, La guerre du Golfe n'a pas lieu, Paris (Minuit) 1991
- 4 H. Zwahr, Herr und Knecht: Figurenpaare in der Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin (Urania), 1990: "Nachbemerkung anlässlich der Fahnenkorrektur: Was ich über HERR und KNECHT, einen Gegenstand dialektischer Sozialgeschichte, schrieb, hat immer auch mit der Freiheit der Menschen zu tun. Knecht und Magd können den Herrn zum Rollentausch zwingen, Freiheit und Würde haben sie damit noch nicht errungen ... Widmen möchte ich das Buch denen, die in Leipzig am 2., am 7. und 9. Oktober in der Innenstadt und auf dem Ring gegen das System der Selbstzerstörung dieses Landes und seiner Menschen demonstrierten. Möge die Revolution es dauerhaft überwinden. Vorbemerkung und Text bleiben unverändert.

Leipzig, Dezember 1989 H.Z."

Mit diesem Heft erscheint erstmals in COMPARATIV ein Teil unter dem Titel *Forum*, der künftig zu einer regelmäßigen Rubrik unserer Zeitschrift werden soll. Das *Forum* vereint kürzere Essays zu aktuellen Transformationsprozessen und Forschungsberichte, soll damit zu einem Feld des direkten Gesprächs über die gegenwärtigen Perspektiven unseres Gegenstandes werden.

Die Leser sind herzlich eingeladen, die Seiten des *Forums* für Kommentare der in COMPARATIV veröffentlichten Überlegungen zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung zu nutzen.

Die Redaktion

Historie und Medien¹

Unsere Gesellschaft und im weiteren Sinne die moderne Zivilisation tun sich schwer mit ihrem Selbstverständnis. Nachdem die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vor der Geschichte abgehakt ist, haben wir die Wahl in einer Fülle von Angeboten: Postmoderne, Posthistoire, Risikogesellschaft, multikulturelle Gesellschaft, Globalgesellschaft oder Informationsgesellschaft sind nur einige der Bezeichnungen.

Für das Thema „Medien/Revolution/Geschichte“ läge der Bezug zur Informationsgesellschaft gewiß am nächsten. Wir erleben die erdrückende Triade von Informationsfluß, Informationsüberfluß und bereits Informationsüberdruß. In seiner typisch pointierten Weise sagte Heiner Müller: „Wir leben in einer Zeit der Inflation, und jeder Gedanke, jede Überlegung, die dem Common Sense zugänglich gemacht wird, ist durch die Überflutung von vornherein entwertet“. Die Quantität schlägt nicht - wie Hegel einst meinte - in die (heute) Qualität um; die Quantität erschlägt die Qualität. Entfremdung potenziert sich durch Verfremdung. Mit der Chance, in der ersten Reihe zu sitzen, wächst die Entfernung zur Realität. „Wahrheit ist (fast) nur noch Verwertbarkeit“, meinte Peter Brückner in seinen Erörterungen über Freiheit, Gleichheit und Sicherheit bereits 1965. Wir erleben die Sprachlosigkeit der perfekten Bildgesellschaft, die nur noch graduell vom Comicstrip differiert. Goldene Zeiten für funktionale Analphabeten. Das Wort verliert den Wettlauf mit dem Bild. Früher hieß es: „Ich mache mir ein Bild“ - heute gibt es eine gigantische Industrie, die auf vielfältigste Weise dafür sorgt, daß mir ein Bild gemacht wird. Kritischer Geist und Fähigkeit zu kritischer Analyse werden in einem nie gekannten Ausmaß auf die Probe gestellt. Wer verfügt noch über die Fähigkeit und Kraft, hinter die Vorhänge der Medienwelt zu blicken? Neben die traditionellen treten völlig neuartige Quellen für Geschichtswissenschaft. Aber wieviel dieser scheinbar „sachlichen“ (weil auf die Sache bezogenen) oder „objektiven“ (das Objekt präsentierenden) Zeugnisse neuer medialer Qualität erweisen sich nicht schon längst wieder als Erkenntnisbarrieren? Der mediale Pluralismus gleicht immer mehr jenen amerikanischen Highways, auf deren sechsspürigen Bahnen man die Wahl hat, ganz links oder ganz rechts außen zu fahren, nur unter der Bedingung, daß es in derselben Richtung erfolgt. Selbst die letzten Reste von Romantik gehen dabei vor die Hunde. Als die belgische Revolution von 1830 ausbrach, war mit Aubers „Stumme(r) von Portici“ wenigstens noch große Musikkultur im Spiel.

Die Gewalt der Bilder und die Macht des Wortes sind keine Erfindungen unserer Zeit; die historisch orientierten Beiträge des Kolloquiums belegen das. Vernunftbetontes Handeln ist in der Geschichte nur selten ohne Symbolik ausgekommen. Dem guten Lutheraner genügte die Karikatur der Hure Babylon, um zu wissen, wo der Feind steht; Milton sorgte dafür, daß sich in der englischen Revolution die Seinen als die himmlischen Heerscharen gegen den Satan verstanden; in der Französischen Revolution tat es der Tanz um den Freiheitsbaum. Der kritische Punkt ist dann erreicht, wenn das Symbol, das Bild, das Wort die inhaltliche Leere

kompensieren müssen. Weltanschauung (nicht im ideologischen, sondern im kognitiven Sinne) schrumpft zur Bild-Auschauung. Längst unterliegt die Freiheit zur Selbstbestimmung ferngesteuerten Verhaltensregeln. Die (scheinbare) Informationsmenge steht im umgekehrten Verhältnis zum (realen) Informationsgehalt. Die Präsentation der Weltregierung in Gestalt der G 7 differiert kaum noch von der Pseudointimität der Jacobskaffee-Familie.

Meine eigenen Forschungserfahrungen zum Thema Medien und Revolution beziehen sich auf die clerikale Antipropaganda in Mexiko 1810 gegen die von Hidalgo und Morelos geleitete große Bauernrevolution. Alle damaligen Medien standen im Dienst der Konterrevolution: Presse, öffentliche Verlautbarungen, Kanzelpredigt, Straßenplakat, Poem, Roman, Drama, Lied, religiöse Symbolik ... Heute sorgen Informationsmasse, Selektionsprinzip, technische Möglichkeiten und Perfektion, dazu Globalität für eine ungleich tiefergehende Wirkung der möglichen Orientierungs-, Demonstrations- und Manipulationseffekte.

Was heute den Historiker und Politikwissenschaftler gegenüber dem zuweilen schneller schreibenden als denkenden Journalisten so hoffnungslos in Verlegenheit zu bringen scheint, ist die rasche Legendenbildung um Ereignisse, die man glaubt doch selbst „erlebt“ und damit „wirklich“ begriffen zu haben. Die Legendenbildung um das Jahr 1989 - abseits aller Wende- und Verdrängungsmahöver - wird dafür auf lange Zeit das Schlüsselereignis bilden. Es geht weniger um das „Erbe der Geschichte“ als um die Flucht aus der Geschichte oder vor der Geschichte. Von Fernseh- und Feuilletonrevolution ist die Rede. Inzwischen kennen wir mit Golf II auch den Fernsehkrieg. Der kritische Umgang mit der Informationsmasse läßt in seinen Schwierigkeiten kaum noch einen Vergleich mit den Erfordernissen klassischer Quellenkritik zu, die einst das internationale Prestige deutscher Geschichtswissenschaft begründete. Ob die „postmodernen“ Informationstechniken und Datenmassen tatsächlich der Geschichtserkenntnis neue Horizonte erschließen, bedürfte folglich einer gesonderten Debatte. Wie bescheiden nehmen sich heute die Gefahren und die Künste subjektiver Quellenauswahl und -verarbeitung durch die traditionelle Historiographie gegenüber der Fähigkeit eines Cutters zur Korrektur der scheinbar unumstößlichen Wahrheit des vor Ort entstandenen Videos aus? Ob ein Ereignis ein „historisches“ wird, entscheidet nicht mehr das aus Distanz gefällte Urteil, sondern medialer Verbalanspruch. Erst das Bild läßt das Ereignis zum Ereignis werden. Eine Persönlichkeit mißt sich nicht primär an ihrer tatsächlichen Leistung, sondern an der davon vermittelten Vorstellung. Wer unterzieht sich eigentlich noch der Mühe, die unzähligen „historischen“ Stunden und neu aufgeschlagenen Seiten im „Buch der Geschichte“ post festum aufzulisten? Dem Atem der Geschichte droht die Luft auszugehen, nur die Fähigkeit des Vergessens verhindert, von dieser Art „Geschichte“ erdrückt zu werden. Allzu offensichtlich kollidiert der Anspruch auf die offene Gesellschaft mit dem immanenten Fundamentalismus der vermittelten Wertesysteme. Es gehört zu den Irrtümern der Epoche, den Fundamentalismus nur als östliches oder allein religiöses Phänomen zu denken. Speziell die Berichterstattung über das Ceausescu-Phänomen oder den Golfkrieg hat bewiesen, wie eine Welt, die daran geht, die sichtbaren Mauern einzureißen, dabei ist, die geistigen Mauern umso intensiver hochzuziehen. Seinen Augen und seinen Ohren nicht mehr trauen zu dürfen, ist eine folgenschwere Erkenntnis und wirft traditionell gewachsene und über Generationen tradierte Erfahrungen über den Haufen. Was man schwarz auf weiß (oder farbig) besitzt oder sieht, kann man längst nicht mehr getrost nach Hause tragen, selbst wenn es einem (nicht ganz) frei Haus geliefert wird.

Nun gilt auch für unser Thema: Gefahren verlieren schon dann viel von ihrem Schrecken, wenn sie erkannt sind. Revolutionen unterliegen im doppelten Sinne der Illusion: Aus der Sicht der Handelnden und aus der Sicht der Urteilenden. Karl Marx meinte, es sei die Schwäche der Historiker (warum eigentlich nur dieser?), die jeweilige Illusion der Epoche zu teilen. Fragen wir also, welche Epochenillusion die Medien heute (mit-)teilen. Das führt uns letztendlich zu den Schwierigkeiten im Umgang mit der historischen Wahrheit. Dazu zwei Vorschläge:

Der erste von Holbach: „Denn wenn die Wahrheit mit den Interessen der Mächtigen übereinstimmt, wird sie allmächtig ...“;

der zweite von Brecht: „Es setzt sich nur soviel Wahrheit durch, als wir durchsetzen; der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein.“

Mein Vorschlag: Im Zweifel für Brecht.

1. Einleitende Bemerkungen zum Kolloquium des IZT „Medien/Revolution/Historie“ am 19. und 20. Juli 1991 in Leipzig.

Medien und „Wende“ in der DDR

Kaum ein Ereignis zwingt die Historiker dazu, den Medien im Geschichtsprozeß größere Aufmerksamkeit zu zollen als der dramatische Wandlungsprozeß in Osteuropa. Die Medien haben den Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ nicht vollzogen. Aber ohne sie wäre vieles nicht oder anders verlaufen. Namentlich die „Wende“ in der DDR entzöge sich jeder überzeugenden Erklärung ohne eingehende Analyse des Medienanteils daran. Ihr Verlauf, ihre überraschenden Wendungen, die Schnelligkeit der Ereignisse und ihre schließlichen Resultate wurden wesentlich über die Medien bestimmt, mehr als von den Aktivisten der Wende selbst. Zum Anteil der jeweiligen Medien, insbesondere des Hörfunks der DDR oder des Deutschen Fernsehfunks (bzw. Fernsehen der DDR) an der Wende gibt es mittlerweile detaillierte Studien.¹ Ich möchte aus einer generelleren Perspektive einigen Zusammenhängen zwischen Medien und „Wende“ in der DDR skizzenhaft nachgehen. Mit „Wende“ ist hier im engeren Sinne die Zeit zwischen Spätsommer 1989 und ersten freien Wahlen im März 1990 gemeint, die Zeit der Auflösung der alten Ordnung bis zur allgemeinen Akzeptanz von „sozialer Marktwirtschaft“ und „Deutschland einig Vaterland“ als Grundwerte des sich daran anschließenden eigentlichen Transformationsprozesses.

Der Medieneinfluß auf Geschichte ist nicht neu, gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche. Interessengruppen verschiedenster sozialer Besitzstände schließen sich in großen Bewegungen zusammen, die ansonsten sozial ausdifferenziert, relativ beziehungslos oder gegeneinander agieren. Der gemeinsame Wille zur Veränderung in einer Situation, in der nichts mehr so weitergehen kann wie bisher, schafft Konsensfähigkeit und öffentliche Akzeptanz der Erneuerungsbewegungen. Aber weder die Bewegung selbst noch ihre öffentliche Akzeptanz stellen sich ohne publizistische Aktivitäten her, sie konstituieren sich über massenmedial vermittelte Kommunikation. Erst sie sichert einzelnen, räumlich-zeitlich weit gefächerten Aktionen im engen Rahmen interpersoneller Kommunikation den Status übergreifender politischer Bewegungen von subversiver Durchschlagskraft.

Das dürfte allgemein für gesellschaftliche Umbrüche seit der Moderne gelten. Mit der Dominanz der elektronischen, vor allem der audiovisuellen Medien, mit der flächendeckenden Verbreitung entsprechender Sende- und Empfangstechnik und den heutigen Hör- und Fernsehgewohnheiten kommt ein neues Moment hinzu. Die Medien übernehmen einen Part, der im vorelektronischen Medienzeitalter nur von gut besetzten Stäben und Institutionen einer starken Erneuerungsbewegung ausgefüllt werden konnte. Die Medien selbst werden zu den wichtigsten Faktoren des Umbruchs. Das unterscheidet z.B. die Situation von 1953 in der DDR von der des Jahres 1989, bei aller Bedeutung, die damals schon dem West-Rundfunk zukam.

Für den Zusammenbruch der DDR war das Fehlen solcher Stäbe und Institutionen großer Bewegungen geradezu typisch. Dank der „ganzen Arbeit“ der Staatssicherheit vermochten sich größere, geschlossene Oppositionsbewegungen gar nicht erst zu entfalten. Die systemkritische Opposition befand sich im Zirkelstadium, zersplittert in viele kleine Gruppen. Erst über die elektronischen Medien des Westens (später auch der DDR) erhielten an sich

bescheidene, aber respektgebietende Aktionen des Widerstandes einer geringen Personenzahl (jedenfalls vor dem Oktober 1989) system-destabilisierende Ausmaße und lösten immer größere Protestkundgebungen aus. Über die Medien konstitutierte sich faktisch eine übergreifende Bewegung, lange bevor die neuen politischen Kräfte von sich aus zu koordinierenden Aktionen größeren Stils fähig gewesen wären. Man könnte vom „Mediensuggerat sozialer Bewegungen“, sprechen, zumindest von einer *Generatorrolle* in der Formierung solcher Bewegungen.²

Das enge Zusammenspiel von Medien und Bürgerbewegungen gehört in der modernen Gesellschaft mittlerweile zum festen Repertoire, mit dem sich oppositionelle Minderheiten wirksam Gehör zu verschaffen wissen. Ihre nominelle Schwäche als parlamentarisch wenig oder gar nicht präsentierte Minderheiten gleichen sie durch einen medienwirksamen Zusehrtritt ihres Auftretens aus.³ Doch derart weitreichende Wirkungen als Initialzündung für den Zusammenbruch eines scheinbar fest gefügten Systems sind neu. Sie lassen sich nur vor dem spezifischen DDR-Hintergrund im Zusammenhang mit bemerkenswerten Veränderungen im Verhältnis der Medien zur Wirklichkeit erklären. Ich möchte das an vier Umständen erläutern.

Erstens steigerte sich in den achtziger Jahren der Druck ungelöster Probleme, den eine inkompetente und realitätsferne Partei- und Staatsführung zu verantworten hatte, ins Unerträgliche. Nichts ging mehr. Stagnation bildete die Grundbedingung der Noch-Existenz der DDR um den Preis implodierender Strukturen, steigender Flüchtlingszahlen und wachsender Unzufriedenheit bis tief in die SED hinein. Mit der Unzufriedenheit wuchs die Sympathie für die sowjetische Umgestaltung und die Gewißheit, daß unter Gorbatschow keine sowjetische Invasion zugunsten der vengreisten Führung zu erwarten war.

Der Zusammenbruch der DDR hatte seine Hauptursache in der Kontraproduktivität der SED-Führung und nicht in einer starken Opposition. Jene Kontraproduktivität eröffnete überhaupt erst die system-destabilisierenden Spielräume für relativ kleine, medienverstärkte Protestbewegungen. Dazu kommt eine in ihrer Bedeutung oft unterschätzte Besonderheit im Bereich der politischen Kommunikation der DDR seit Beginn der siebziger Jahre. Ausgangspunkt dafür war die Reaktion der SED-Führung unter Honecker auf die Prager Reformbewegung von 1967/68. Die Reformbewegung in der CSSR gewann im Zusammenhang mit dem Bau der Mauer von 1961 für die DDR besondere Brisanz. Noch 1961 wurde der Mauerbau von vielen, die sich zur politischen Klasse der DDR bekannten, zwar nicht unbedingt begrüßt, aber doch toleriert. Dazu motivierten nicht nur die immer wieder aufgerechneten volkswirtschaftlichen Verluste der DDR aus der offenen Grenze, sondern auch die Hoffnung auf eine nunmehr ungestörtere Entfaltung des Sozialismus auf seinen eigenen gesetzmäßigen Grundlagen.

1968 fanden sich solche Erwartungen angesichts ausbleibender Demokratisierung der Gesellschaft und wenig durchschlagender ökonomischer Erfolge zunehmend enttäuscht. Der „Prager Frühling“ wurde in den Augen vieler eine neue Hoffnung, der Ausweg aus einer sich abzeichnenden Sackgasse. Nach seiner Niederschlagung mußte die SED-Führung reagieren. Sie tat dies mit der Formel: viele kleine Reformen, um die eine große zu verhindern, die als das Ende der poststalinistischen Ära begriffen wurde.

Eine der wichtigsten, vom VIII. Parteitag der SED eingeleiteten Neuerungen war die mit dem Namen Werner Lamberz verbundene neue Offenheit im Aussprechen und Diskutieren von Problemen der eigenen Entwicklung. Über alles, was die Menschen bedrückte, müsse

offen gesprochen werden. Wenn es die Partei nicht tue, nähme sich der Klassengegner auf seine Weise der offenen Probleme und kritischen Fragen an.⁴ Wie viele solcher an sich durchaus hoffnungsvolle kleinere Reformansätze blieb auch diese „Frühglasnost“ im zögerlichen Apparat stecken und mußte spätestens Mitte der siebziger Jahre (Ausweisung Wolf Biermanns/Hausarrest für Robert Havemann) zurückgenommen werden. Mit Joachim Herrmann für den tödlich verunglückten Werner Lamberz auf der Position des Ideologiesekretärs gab es auch einen personellen Schlußstrich dazu. Die kurze „Tauwetterperiode“ nach dem VIII. Parteitag hatte die kritische Intelligenz ermuntert, die damit immer mehr in Widerspruch zu der längst im Partei- und Staatsapparat verfestigten politischen Kultur des „Brežnevtypus“ geriet.⁵ Wirklich offenen und kritischen Diskursen vermochte sich dieser Apparat nicht zu stellen. Dafür war er nach seinen Funktionsprinzipien und internen Selektionskriterien nicht fähig. Wo Disziplin und Treue zur Partei unabdingbare Karrieregrundlagen bildeten, fand sich für intellektuelle Beweglichkeit, Originalität und Überzeugungsfähigkeit wenig oder nur verschämt Platz, am wenigsten in den jeweils ersten Rängen der verschiedenen Leitungsebenen. Was intern nicht ausreichend gepflegt wird, vermag auch nicht nach außen vertreten zu werden. Dennoch - diese Offenheit konnte nie mehr ganz zurückgenommen werden, dazu war Helsinki 1975 zu nahe - durfte die kritische Intelligenz nicht gänzlich vor den Kopf gestoßen werden, und viele Probleme waren zu offensichtlich, als daß man sie verschweigen konnte. Die Offenheit ließ sich zwar in den Medien, v.a. in den Zeitungen und im Fernsehen, zurücknehmen, unterhalb dieser Medienschwelle aber nicht, jedenfalls nicht nach Belieben. Die Folge war eine Aufspaltung der Öffentlichkeit. Die Medien avancierten zu Generalanzeigern des Politbüros, unterhalb der Medienschwelle erhielten sich Freiräume kritischer Diskussion, die sich seit Gorbačov erweiterten.

Das Ganze gewann, wenn wir einmal davon abssehen, daß Geistig-Kommunikatives stets Teil des tatsächlichen gesellschaftlichen Lebensprozesses ist, Ähnlichkeiten mit einem Drei-Welten-Szenarium. Oberhalb der Welt 1, dem tatsächlichen Geschehen, differenzierte sich der Bereich der politischen Kommunikation in zwei Welten: die der auf bestimmte institutionelle Rahmenbedingungen begrenzten interpersonellen Kommunikation als Welt 2 mit Freiräumen für Offenheit und kritisches Auftreten, und die der Mediendarstellung der Wirklichkeit als Welt 3.

Welt 2 entsprach den alltäglichen Erfahrungen von der immer problematischeren gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR. Welt 3 mit ihrer Realitätsferne⁶ stand zur Welt 1 in einem immer deutlicher nachvollziehbaren Widerspruch.

Diese „Schizophrenie“ des politisch-geistigen Lebens hielt bis zum Ende der DDR an. Obwohl die verfehlte Informations- und Medienpolitik der SED jahrelang das interne Diskussionsthema Nr. 1 in der DDR bildete, löste dieser Widerspruch zwischen Welt 2 und Welt 3 weniger Massenprotest aus. Er wurde eher zum Bestandteil des Implosionsmechanismus, mit dafür verantwortlich, daß wirkliche Reformen mißlingen und statt dessen Stagnation zur Grundvoraussetzung des Untergangs wurde. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zunächst war die Aufspaltung politischer Kommunikation ein Fortschritt. Die für dieses System als letzte ideologische Legitimierung notwendigen Formeln z.B. von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei fanden in den Medien einen Platz abseits alltäglicher Kommunikation. Der politische Diskurs in seiner interpersonellen Unmittelbarkeit war davon frei. Das bedeutete viel nach den Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre.

Der fehlende Wirklichkeitsbezug solcher ideologischer Verbalien erzeugte in der Abseitigkeit so gestalteter Medien auch weniger Widerspruch und entzog sich gleichsam der Auseinandersetzung. Der routinierte Zeitungsleser nahm sie in seinen Selektionsmustern der Nachrichtenwürdigkeit kaum wahr, im Unterschied zur Außenperspektive des Westens, aus der sie sich, in einem gänzlich anderen Kontext, wohl eher als besonders frustrierend abhoben. Die Einschaltquote der Aktuellen Kamera (stets um fünf Prozent geschätzt) sorgte dafür, daß die realitätsfernen Botschaften nur wenige Gemüter erhitzen. Paradoxe Weise sorgte so die niedrige Einschaltquote der „AK“ kurz- und mittelfristig für mehr Systemstabilität, freilich um den Preis der Stagnation, als eine von der Führung sicher lieber gesehene, weil in ihrer ideologischen Wirkung völlig überschätzte höhere Quote.

Ferner ließ sich mit dieser Offenheitsdifferenz gut leben. Das war schnell zu lernen. Rockgruppen der DDR genügte es, einmal im Jahr, etwa bei „Rock für den Frieden“, vor den Kameras des Fernsehens ein öffentliches Statement für die Friedenspolitik der SED abzugeben, um danach das ganze Jahr über „Ruhe zu haben“, relativ ungestört arbeiten zu können mit diesen und jenen Vergünstigungen vielleicht. Moralische Verrenkungen forderte dieses Thema, Friedenspolitik, gewiß nicht.

In den Medien abgegebene Zustimmung zur Wissenschaftspolitik der SED sicherte Wissenschaftlern bestimmte Freiheiten oder zusätzliche Mittel im alltäglichen Wissenschaftsbetrieb. Damit verbundene Erfolge (manche wissenschaftliche Spitzenleistungen, die durchaus interessante Rockszene in der DDR) konnte die Partei „dank ihrer klugen Führung“ verbuchen. Sie bezog aus dem Interesse, die kleinen Freiheiten der Welt 2 zu bewahren, ihre verbale Legitimation. Man kann das Interessensgleich in einem System nennen, dessen Ende damals kaum jemand für möglich hielt. Besonders die Intelligenz wurde auf diese Weise wirksam an ein Spielregelsystem gebunden, in dem für die alltägliche Arbeit wichtige kleine Freiheiten stabilisiert und ausgebaut werden konnten, freilich unter Verzicht auf große und grundsätzliche Anfragen. Der Widersinn der Welt 3 wurde um der Freiheiten von Welt 2 willen letztlich toleriert. Grundsätzliche Systemkritik, auch die an der offiziellen Informations- und Medienpolitik, wurde verdrängt, nicht bis zur letzten Konsequenz getrieben oder nicht im größten öffentlichen Kreis formuliert. Wer dies dennoch tat, ohne den Öffentlichkeitschutz, den beispielsweise viele Schriftsteller der DDR über ihre Westveröffentlichungen genossen, verletzte empfindlich die Interessenssphäre der Nomenklatura, riskierte belastende Auseinandersetzungen oder berufsverbotähnliche Restriktionen.⁷

Daraus erklärt sich auch, daß zwar die Freiräume für Kritik eher größer statt kleiner wurden, aber die Loyalität zum System grundsätzlich nicht in Frage stand. Kritisches Potential verlor sich so in den engen Horizonten einer fraktionierten Öffentlichkeit. Der Ausfall des DDR-Mediensystems zur öffentlichen Verständigung über notwendigen Reformbedarf im Gesamtmaßstab der Gesellschaft absorbierte das vorhandene systemkritische Potential. Er erzeugte gleichsam eine Vielzahl von „Monaden“ bzw. „Nischen“, ohne die Fähigkeit, eine Logik des kritischen Ganzen zu bilden. Eine Erneuerung von innen heraus kam damit nicht zustande oder doch entscheidend zu spät. Auch das trug zum „Zerfall“ des Systems von innen heraus bei.

Das Defizit der Monadengesellschaft bereitete dem Zusammenspiel von Bürgerbewegungen und (West-)Medien ideal den Boden. Einmal Unzufriedenheit im öffentlichen Raum der Gesellschaft demonstriert, ohne daß die Berichterstattung darüber unterbunden werden

konnte, kam vor dem Hintergrund der Implosionslogik der kontraproduktiven Partei- und Staatspolitik gleichsam eine Kettenreaktion in Gang. Die Medien vermochten binnen kürzester Zeit ihre Generatorrolle der „Revolution“ auszuspielen und holten nach, was im Strukturdefizit der fraktionierten Öffentlichkeit im Ansatz stecken bleiben mußte.

Das verweist schon auf die Doppelherrschaft zwischen Medien Ost und Medien West im Hörfunk- und Fernsehbereich als einen *zweiten* wesentlichen Hintergrund für die Schlüsselstellung der Medien in der Wende. Die grenzüberschreitenden Wirkungen des Westfernsehens im gemeinsamen deutschen Sprachraum wuchsen technisch und, seit der KSZE-Konferenz von Helsinki 1975, auch politisch unaufhaltsam. Auf diese Herausforderung vermochte die SED-Führung, vom Innenrizzo unter W. Lamberz einmal abgesehen, nie überzeugend zu reagieren. Unter ihren „konzeptiven Ideologien“ (mit Marx gesprochen) konnte sich der Gedanke nicht durchsetzen, daß im konfrontierten Sozialismus journalistisch nicht aufgehen kann, was unter der Voraussetzung eines politisch und auch ideologisch starken Sozialismus konzipiert worden war.⁸ Auch die idealsten Ziele eines sozialistischen Journalismus hätten sich bei der gewaltigen technischen wie politischen Medienkonkurrenz nicht realisieren lassen, wenn sie nicht an die Vermittlung von Informationen und Nachrichten von öffentlicher Relevanz gekoppelt wären. Mit dem systematischen Problem- und Informationsentzug war dauerhafter ideologischer Einfluß nicht zu sichern. In Gegenteil: die hohe Problemabsistenz der DDR-Medien sicherte denen des Westens eine zusätzliche Autorität (gelegentlich schon wieder eine naive Glaubwürdigkeit, die im Westen selbst kaum zu erzielen wäre), und damit den Bürgerbewegungen eine enorme Medienverstärkung ihres Auftretens.

Diese Partnerschaft zwischen Westmedien und Bürgerrechtlern war aber zu ungleich, als daß sie längeren Bestand haben konnte. Wenig organisierten Bürgerrechtlern in Bewegungen embryonalen Zustands stand mit den bundesrepublikanischen Medien ein riesiges, ausgereiztes System gegenüber; Spontaneität, Flüchtigkeit, lockere Organisation und Unerfahrenheit auf der einen, journalistisches Establishment und institutionelle Übermacht auf der anderen Seite. Das erklärt den rasanten Anstieg der Popularität von Neuem Forum, Demokratie jetzt, Demokratischem Aufbruch, SDP (vor ihrer Verschmelzung mit der SPD) und anderer und den ebenso rasanten Verfall dieser Popularität in wenigen Monaten. Als die Aktivisten des Umbruchs standen sie mit ihren unerhörten, mutigen Aktionen im Mittelpunkt der Medien, von diesen hofiert und politisch stark gemacht. So wie ihr Auftreten aber an Spektakulärem verlor, so wie sich das öffentliche Interesse mit den ersten anstehenden freien Wahlen vom Protest gegen das alte auf die künftige Gestaltung der Gesellschaft verlagerte, „soziale Marktwirtschaft“ und „Einig Vaterland“ die Richtung dieser Entwicklung anzeigten, setzten sich andere politische Kräfte durch. Für sie war ein anderes Verhältnis zu den Medien typisch: unspektakulär, professionell, stark mit diesen personell und strukturell vernetzt. Ab diesem Punkt zeigte die Expansionsstrategie der bundesdeutschen Altparteien in der Noch-DDR Erfolg. Die Bürgerbewegung gerückten in der Medienperspektive in eine Randlage, versehen mit einem Flair von „Veteranen der Revolution“. Das Vakuum, das sie in den Medien hinterließen, wurde übermächtig von Kräften besetzt, die mit westdeutschen Altparteien kooperierten. Die Phase der „Revolution“ ist endgültig vorbei. Die entscheidenden Impulse für Ostdeutschland gehen nun von den Altbundesländern aus, mit allen Gefahren politischer Koloniebildung.

Der in der Wende demonstrierten Macht der Medien liegt *drittens* ein viel diskutiertes⁹ Verhältnis von Medien und Wirklichkeit und eine neue „Macht der Bilder“ zugrunde. Im modernen Medienzeitalter haben sich die Medien längst aus der Rolle eines nur Berichterstatters über Wirklichkeit verabschiedet. Die technische Entwicklung hat ihre Möglichkeiten erweitert. Im traditionellen Verständnis sind journalistische Medien Spiegel wirklichen Geschehens. Nachrichtenmedien, das hieß sich nach den Ereignissen richten, darüber informieren, der Wirklichkeit zu folgen, ihren „Vorgaben“ nachzugehen. Die Spiegelbildlogik des klassischen Journalismus setzte das Primat des Ereignisses gegenüber der Nachricht voraus. Aber schon im traditionellen Rahmen wurden Medien z.B. zu Quellen oder Mittlern sich selbst erfüllender Voraussagen: Ihre Voraussagen kehrten sozusagen das Verhältnis von Wirklichkeit und Nachricht um, letztere wurden zur Voraussetzung einer Wirklichkeit, die vormem nicht bestand.¹⁰

Mit den neuen technischen Entwicklungen sind die Möglichkeiten der Medien, Wirklichkeit zu „inszenieren“, Quasiwirklichkeiten zu schaffen, politisches Geschehen noch im Entstehen auf eine bestimmte Entscheidungslogik zu drängen, enorm gewachsen. Selbst Ereignisse ohne ursprüngliche Medienbeteiligung werden in einem bestimmten Sinne erst „wirklich“ und geschichtsbildend, wenn sich die modernen Medien ihrer angenommen haben. Sie machen aus einem ursprünglich lokalen Ereignis eines der Öffentlichkeit, aus einer Provinzposse, wenn es sein muß, eine Weltangelegenheit. Sie erweitern den Kreis der davon Informierten, machen aus ihnen Zuschauer, die über die medialen Fenster der Welt „dabei waren“. Ursprünglich Unbeteiligte geraten mit dem Ereignis in Berührung. Lokales wird zum Öffentlichen. Die Medien geben ihm Konsequenzen, die in der Ursprünglichkeit und Lokalität des Ereignisses gar nicht angelegt waren. Sie „schaffen“ damit nicht die Wirklichkeit bestimmter Ereignisse, sondern geben diesen eine andere Qualität, machen daraus eine Wirklichkeit neuen Zuschnitts.¹¹ Etwas Tatsächliches, mag dessen allgemeine Relevanz in einem objektiven Sinne auch noch so hoch sein, gilt als Tatsächliches doch nur in den Augen derer, die davon wissen, ja die wissen, daß davon auch die Öffentlichkeit weiß. Der Zuwachs an politischer Relevanz ist dabei hoch. Nichts zwingt schließlich Politik mehr dazu, auf Ereignisse zu reagieren als die öffentliche Informiertheit darüber.

In dieser Macht der Medien widerspiegelt sich die dominierende Stellung des Fernsehens im gesamten Mediensystem. Im Fernsehbild mit seiner suggestiven Präsentation, seiner Beweglichkeit, seinem detaillierten Auflösungsvermögen und seiner Ton-Bild-Kombination werden Nachrichten über Ereignisse gleichsam sinnlich konkret wahrnehmbar, wenngleich ohne die Rückkopplungsmöglichkeiten von Wahrnehmungen zum eigenen Beteiligtsein am Geschehen. Die Suggestion des quasi „mit eigenen Augen sehen“ verdrängt den Bildcharakter des Gesehenen, die räumlich-zeitliche Distanz von Zuschauer und vermitteltem Ereignis, die Zeitgleichheit von Ereignis und Bildinformation der Live-Übertragung erzeugt ein Gefühl, Zeuge am Ort des Geschehens zu sein. Das Gespräch über das Gesehene während und nach der Sendung wirkt als quasi-kollektive Bestätigung dieser Zeugenschaft.

Die Produktion des Bildes, seine „Künstlichkeit“, ist zwar jedem Zuschauer schon rein technisch stets gegenwärtig, allein mit dem Bildschirm als Gegenüber. Wer aber warum die Kamera gerade worauf hält, wer über den Nachrichtenwert dieser Bilder in welchem Geflecht politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Interessen entscheidet, läßt sich den Bildern selbst nur sehr bedingt ablesen. Das gibt Wirklichkeits-„Inszenierungen“ weite Spielräume.

Ferner kommen mittlerweile immer mehr Menschen zu mehr Medienbildern von der Welt als zu Einsichten, die aus eigenem Erleben resultieren, und das oft vor jeglicher eigenen Erfahrung. Über viele Bereiche der Wirklichkeit sammelt sich ein gigantisches Vorwissen ohne Aussicht auf Korrektur aus unmittelbarer Erfahrung, wirklichem Dabei- und Dortsein. An der Macht dieses medial vermittelten Vorwissens bricht sich notwendig die eigene Anschauung der Wirklichkeit, sie wird davon gefiltert und beeinflusst. Im Wechselspiel von Medienbild einerseits, primärer Wahrnehmung und Erfahrung andererseits gerät ersteres nicht selten in die Rolle eines Urbildes, an dem sich tatsächliches Erleben zu bestätigen hat.

Die Vorstellungswelt der Mediengesellschaft tendiert in ihrer Doppelbödigkeit längst dazu, eigene Erfahrungen an den Medienbildern auszurichten, nicht umgekehrt. Solche Verkehungen bilden neue Weisen der Entfremdung von der Wirklichkeit. Es ist völlig klar, daß Ereignisse, über die die Medien berichten, ordinäre sinnliche Prozesse sind und die Bilder darüber auf technischen Konstrukten beruhen. Aber da Erfahrungen im sinnlichen Lebensprozeß als Kontrolleur und Korrekturinstanz entweder entwertet, bislang gar nicht gemacht worden sind oder in ihrem individuell-partiellen Wirklichkeitsbezug gegenüber der Totalität der Bilderflut verblassen, werden die Bilder „fetischisiert“. Der „Fetischcharakter der Bilder“ koppelt sich mit unausgesprochenen Vorstellungen, es genüge, das Fernsehbild zu löschen, um aus der Wirklichkeit auszusteigen, ihr gegenständliche Existenz abzusprechen. „Stell Dir vor, es ist Krieg, und der Fernseher geht kaputt“, „Sehen wir Golfkrieg oder Lindenstraße?“ waren bezeichnende Witzeleien, die in ihrer ‚Flapsigkeit‘ das „War-Games-Trauma“ des Golfkrieges gut einfingen. Jeder weiß, daß der Krieg nicht (nur) in den Medien stattfindet. Aber die suggestive Macht der Medienbilder erleichterte zumindest den Ausstieg aus eigener Verantwortung. Der Knopfdruck, der die Kriegsberichterstattung ausschaltete, wurde zur Ersatzhandlung des Protests.¹² Sollte der nächste Krieg endlich doch einmal ausfallen, wenn schon nicht als Sieg der Vernunft, so vielleicht wegen seiner abschbar schwachen Einschaltquote? Die List der Vernunft ist auch nichts mehr wert ohne die Medien...

Die Medien spielten in diesem Golfkrieg erstmals eine neue Rolle, doch diese Rolle selbst ist eben nicht neu. Die Aufwertung der Medienbilder, der Schein von eigener, unmittelbarer Augenzeugenschaft und sinnlich-konkreter Realität bildeten schon den allgemeinen Rahmen der „Medienrevolutionen“ in der DDR, CSSR, Rumänien und jüngst beim Moskauer Aufstand gegen den Staatsstreichversuch. Die Macht der audiovisuellen Bilder der Demonstrationen schlug auf diese zurück. Als Medienereignis gewannen sie ihre eigentliche Stärke. Jenseits der Kameras hätte es erheblich mehr an sozialer Energie und Dynamik bedurft, um vergleichbare politische Wirkungen zu erzielen. Die Fernseh-Bilder der Demonstrationen ordnete diesen nicht nur ein Vielfaches an politischem Stellenwert zu, so als wären sie ohne die Kameras fast nichts wert. Sie wirkten auch wie Verifikationen der Ereignisse, wie eine zusätzliche Bürgschaft für die Wahrheit dieser Botschaften. Die Medien hatten schließlich *viertens* wesentlichen Anteil an dem überwiegend friedlichen Charakter der Wende. Die Gewaltlosigkeit lag in der Logik der „Medienrevolutionen“. Die friedliche Ausschaltung des alten Machtapparates gehört zu den spezifischen Leistungen der Medien. Aber auch das gelang nur vor dem Hintergrund einer sehr widersprüchlichen Entwicklung der Staatssicherheit der DDR (für die es in den anderen ehemals sozialistischen Staaten offenbar Parallelen gab).

Seit Ende der siebziger Jahre wurde die Staatssicherheit auch rein quantitativ zum Kernbereich im System der Machterhaltung. Den Ausschlag dafür gab die ansichtslose Vorstellung der Partei- und Staatsspitze, der technologischen Herausforderung des Westens im Rahmen der alten (inneren) Sicherheitsdoktrin begegnen zu können. Für Wissenschaft und Technik sollten Innovation und Kreativität, kritisches Infragestellen des Erreichten und radikaler Angriff auf den Status quo gelten, bei gleichzeitiger Abkopplung des größten Teils der Intelligenz vom internationalen Forschungs- und Wissenschaftsprozess. In Politik und Gesellschaft galten die gleichen Verhaltensweisen jedoch als unerwünscht, obwohl gerade die gesellschaftlichen Restriktionen leicht als wesentliche Hindernisse wissenschaftlich-technischen Fortschritts auszumachen waren. Diese Verbindung von technischer Innovation und staatsbürgerlicher Bravheit konnte nicht lebensfähig sein, Innovation und Kreativität sind nicht teilbar. Da die Führungsspitze bei allem Ja zur wissenschaftlich-technischen Revolution grundsätzliche demokratische Reformen ablehnte, für die notwendige Öffnung zum Westen keine grundsätzliche Lösung ansah, sondern den Weg der persönlichen Einzelüberprüfung ging, mußte der interne Sicherheitsapparat expandieren. Sein steter Ausbau war folgerichtig.

Der Ausbau der Staatssicherheit widerspiegelte auch das gewachsene Mißtrauen gegenüber der politischen Basis des Systems. Von Andropovs erster Demontage Breznev's bis zu Gorbacovs Perestroika gewann der Wunsch nach wirklicher Reform bis in die SED, bis in Kreise der Armee und Polizeiführung hinein an enormer Popularität. Die Staatssicherheit schien Honecker die einzige, wirklich verlässliche Stütze der Macht zu sein.

Ihre Expansion führte zu einer wichtigen Veränderung v.a. im Vergleich zu den sechziger und frühen siebziger Jahren. Nahm sie sich ehemals strikt aus der Öffentlichkeit heraus und agierte im Verborgenen, so war sie nun zumindest institutionell öffentlich präsent. Seit den ausgehenden siebziger Jahren wurden in allen Bezirksstädten und in Berlin an zentraler Stelle unüberschbare Gebäudekomplexe zur Demonstration ihrer Macht errichtet. Das verfehlte die erwarteten Wirkungen von Einschüchterung, Zurückhaltung und Angst vorerst nicht, obwohl entgegen der demonstrierten Stärke die öffentliche Präsenz von Institutionen der Staatssicherheit schon Ausdruck wachsender Hilflosigkeit und Schwäche des Systems war. Die bewußt aufgebaute Legende von der Macht entsprach schon nicht mehr dem wirklichen Status. So blieb es zwangsläufig nicht bei der institutionellen Öffentlichkeit. Wachsende Unzufriedenheit in allen Bereichen, Demonstrationen von Ausreisewilligen, später von den „Hierbleibern“ zwang immer mehr dazu, im Feld der Öffentlichkeit, also außerhalb konspirativer Schutzräume, nun auch zu reagieren. Wer die Transparente der Demonstranten vor den Kameras herunterriß, gab seine Identität preis und mußte nach einem möglichen politischen Wechsel Schlimmes befürchten. Eine Eskalation der Gewalt vor den Augen der Weltöffentlichkeit hätte nicht nur Gesichtsverlust bedeutet. Die Wirkungen dieser Gewalt wären, das war absehbar, außer Kontrolle geraten; mit unkalkulierbaren innen- wie außenpolitischen Folgen.

All das ließ den riesigen Staatssicherheitsapparat schließlich ins Leere laufen. Das ungleiche Duell zwischen dem Machtapparat und einigen hundert Demonstranten sah letztere siegreich, weil die Kameras die ganze Welt zum Augenzeugen des Geschehens machte. Die Drohgebärde fiel in sich zusammen, da ihr der Kontext genommen war, in dem sie Sinn machte: die von der Öffentlichkeit geschiedenen Räume verdeckter Aktion. Vor den Kameras mußte die Staatssicherheit als mittlerweile wichtigstes Machtorgan des alten Systems den Offenbarungseid leisten. Die Legende ihrer Stärke verflüchtigte sich, die Spielregeln ihres

Wirksamen hatten ihre Verbindlichkeit eingebüßt. Die Medien avancierten in dieser Wende nicht nur zum Generator und Suggestor von Massenbewegungen. Sie wurden zu einem spezifischen Mittel öffentlicher Gewalt gegen staatliches Gewaltmonopol in der gesellschaftlichen Ausnahme-situation revolutionärer Umbrüche, zum einzigen Mittel, um hochgezüchtete Sicherheitsapparate gewaltlos, schnell und effektiv zu demontieren. In der Welt der modernen Medien scheint das übliche gewaltsame Spiel von Aufstand und Konterrevolution als Geburtsort neuer sozialer Ordnungen ausgespielt zu sein. Ob das ein Phänomen der entwickelten Länder bleibt oder auch das riesige Spektrum der Dritten Welt einbezieht, ist abzuwarten. Kündigt sich da ein neuer Typus von Revolutionszyklus an, für den die Historiographie ihr theoretisches und methodisches Instrumentarium neu ordnen müßte? Viele schöne Fragen für ein IZR, das nun, Ironie des Schicksals(?), ein IZT geworden ist.

- 1 Vgl. Radio im Umbruch. Oktober 89 bis Oktober 90 im Rundfunk der DDR. Darstellungen, Chronik, Dokumentation, Presseresonanz, Funkhaus Berlin 1991; DDR-Fernsehen intern: von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990.
- 2 Die Moskauer Ereignisse im August 1991 um den gescheiterten Staatsstreich scheinen die These vom Mediensuggestor politischer Bewegungen zu bestätigen. Nach dem Augenzeugenbericht von Bärbel Bohley („Revolution ohne Revolutionäre“, Leipziger Volkszeitung vom 30.8.91, Beilage S. 3) blieb die Moskauer Bevölkerung von den Ereignissen ziemlich unberührt, erst die Bildausschnitte der Fernsehkameras produzierten das Faktum vom „Aufstand des russischen Volkes gegen die Putschisten“. Wie auch immer, indem die Medien noch so bescheidene Ausmaße sozialer Erhebungen als bildschirmfüllende Ereignisse der Weltöffentlichkeit präsentierten, lösten sie ganz wesentlich die Veränderungen in der Sowjetunion vom Zuschnitt einer „zweiten russischen Revolution“ aus. Rücken die Medien etwa in die Rolle des Zentrums, das Chaos-, Selbstorganisations- und Systemtheorie schon für verwaist oder gar für nicht existent erklärt hatten?
- 3 Vgl. J. Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/New York 1988, S. 343ff.
- 4 Vgl. W. Lamberz, Die wachsende Rolle der sozialistischen Ideologie bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Berlin 1972.
- 5 Leonid Brežnev sollte eigentlich nur eine Übergangslösung auf dem Posten des 1. Sekretärs der KPdSU in der Nachfolge von Nikita Chrusčëv sein. Auf einen schwachen Mann konnte sich das Politbüro einigen, auf einen starken nicht. Brežnevs Führungsqualitäten waren augenscheinlich gering. (Vgl. D. Murarka, Michael Gorbachëv, Die Grenze der Macht, Bergisch Gladbach 1987, S. 78ff.) Dennoch blieb er bis zur „biologischen Lösung“ Generalsekretär, nicht trotz, sondern wegen seiner Mittelmäßigkeit. Zum Zeitpunkt seines Machtantritts war die sowjetische Nomenklatura zu stark und eingespielt genug, als daß sie an einem starken Generalsekretär interessiert sein konnte. Ihre Spielräume würden in ihrem Fall nur kleiner. In der streng hierarchischen Struktur des Apparates ließ die Mittelmäßigkeit an der Spitze intellektuelle Originalität, Quer- oder Vordenkertum noch weniger als schon zuvor in Spitzenpositionen vorrücken. Für den Aufstieg innerhalb der Nomenklatura bedeutete Kenntnis der internen Rituale mehr als Kommunikationsfähigkeit gegenüber kritischem Widerspruch. Der Machtantritt Honeckers ist mit dem Brežnevs sicher nur bedingt vergleichbar. Honecker brachte anfangs durchaus innovativen Schwung in den Apparat (lt. G. Schabowski, ehemaliges Politbüro-Mitglied in einem Gespräch mit dem Autor am 2.5.91, Tonbandprotokoll), in dessen Gefolge intellektuell begabte und kommunikative Funktionäre mehr Bewegungsräume erhielten. Aber dieser Schwung verlor sich rasch, wurde vom Apparat absorbiert, und damit verloren sich durchaus vorhandene Ausätze von Kommunikationsfähigkeit gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit oder versickerten in wenig exponierte Stellen.
- 6 Auch Welt 3 war Ausdruck der Wirklichkeit, wenn auch in der eigentümlichen Sprache des offiziellen Zeitungsjargon. Realitätsfern bedeutete nicht völlige Problemabstüenz. Nur, der Problemgehalt war kodiert in phrasenhaften Wendungen, in dem Komparativ des „Mehr“, „Noch besser“ und „Weiter“. Die Botschaften der Welt 3 glichen verschlüsselten politischen Texten, deren Untertext („zwischen den Zeilen lesen“) für Insider durchaus zuverlässige Anzeigen realer Probleme enthielt. Für die Mehrheit der Leser/Hörer/Zuschauer bildeten sie Stichwortgeber für gelegentliche Demonstrationen systemkonformen Verhaltens, kaum aber Einblick in wirkliche Entwicklungen.

- 7 Das verdient unterstrichen zu werden. Die These vom Mediensuggestat sozialer Bewegungen könnte zu der Unterstellung einladen, die Aktivist:innen, die eigentlichen Auslöser der Wände, würden in ihrer tatsächlichen Bedeutung abgewertet. Ohne deren Mut, diese Spielregeln - tausche kleine Freiheiten der Kritik im öffentlichen Dunkel gegen den Verzicht auf systemkritische Öffentlichkeit - zu kündigen, die Grenze zu überschreiten, anzusteigen mit allen unwägbar:en Risiken, wären selbstverständlich noch so gut gerüstete Medienmaschinerien ihrer Generatorrolle nicht gerecht geworden.
- 8 Das Konzept „konfrontierter Sozialismus“ wurde von der Leipziger Erkenntnistheorie (Dieter Witich) gegen das offizielle von der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ gestellt. Es sollte dazu ermuntern, die Systemauseinandersetzung als Determinante des „realen Sozialismus“ systematischer zugunsten wesentlich problemorientierter Darstellung zu berücksichtigen. Das Konzept stützte sich auf den Realismus der Außenpolitik der SED (das Atomzeitalter zwingt zur Systemkooperation, die Frage „Wer-Wen?“ wird zweitrangig gegenüber dem gemeinsamen Interesse der Menschheit am Überleben) und versuchte, dessen innenpolitische und gesellschaftstheoretische Konsequenzen einzuklagen. Auch in der Journalistik dominierte die Theorie vom sozialistischen Journalismus an sich statt eines sozialistischen Journalismus in der Systemkonkurrenz. Das Festhalten daran war mittlerweile aber nicht primär mangelnder Einsicht, sondern politischen Interessenlagen geschuldet. Ansonsten hätte sich der Zustand der „Welt 3“ nicht einmal mehr pseudo-theoretisch legitimieren lassen.
- 9 Vgl. dazu W. Schulz, Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung, in: Massenkommunikation. Theorien, Methoden und Befunde. Kölner Zeitschrift f. Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 1989; Medien und Kommunikation. Konstruktionen von Wirklichkeit, Funkkolleg des Hessischen Rundfunks, Begleithefte 1990/91; A. Toffler, Machtbeben. Wissen, Wohlstand und Macht im 21. Jahrhundert, Düsseldorf/Wien/New York 1990, S. 418ff.; J. Meyrowitz, Die Fernsehgesellschaft. Wirklichkeit und Identität im Medienzeitalter, Weinheim/Basel 1987.
- 10 Vgl. R. K. Merton, Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: E. Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1966, S. 144ff.
- 11 Wer die Inszenierungs- und Multiplikationsleistungen der modernen Medien anerkennt, muß nicht notwendig mit dem radikalen Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft mitgehen, der Wirklichkeit als das pure Ergebnis von Kommunikation bestimmt. Sein wäre dann, um Berkeley zu variieren, nicht wahrgenommen, sondern kommuniziert zu werden. Klassische Argumente gegen die radikale Identifikation von Subjekt und Objekt werden auch vom radikalen Konstruktivismus nicht außer Kraft gesetzt: Ist der andere neben mir ein Wesen eigener stofflicher, physischer und psychischer Existenz oder nur mein Konstrukt? Ist die Erde vor der Existenz der Menschheit nur das Konstrukt naturwissenschaftlicher Forschung? Kein Vorläufer des radikalen Konstruktivismus - Berkeley, Johannes Müller, Richard Avenarius und andere - vermochte die Radikalität des eigenen Ansatzes beschadigungslos durchzuhalten. Daß solche Ansätze stets eine interessante Provokation für das Denken darstellten, steht auf einem anderen Blatt.
- 12 Der schwache Protest gegen den Golfkrieg, nachdem sich die Welt vorher darin einig schien, daß im Nuklearzeitalter Kriege kein Mittel der Politik (zumindest der Großmächte) mehr sein können, spricht dafür. Aber das wäre nicht die einzige Erklärung des ausgebliebenen Protestes. Dafür spricht das Ende der Sowjetunion als Großmacht, deren Gegenschlagskapazität im Kernwaffenkrieg ja ein wesentliches Argument vom Ende der Kriege als Mittel der Politik bedeutete. Dazu kommt die Relativierung des Krieges vor dem Hintergrund der neuen sozialen Probleme in Ostdeutschland sowie die offensichtliche „Öffentlichkeitsarbeit“, die vom amerikanischen Militär diesmal, anders als im Vietnamkrieg, als integrierter Bestandteil des Krieges systematisch und vorausschauend betrieben wurde.

Enteignete Revolution - verwaltete Utopie. Das Spiel der Medien mit dem kollektiven Unbewußten

In dem unlängst erschienenen Band von Joachim Fest mit dem programmatischen Titel „Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters“¹ finden sich auf wenig Raum zahlreiche markige Sentenzen über eine historisch fatale Komplizenschaft zwischen Utopie, Revolution und Terror - nach des Autors Überzeugung Ursache aller verheerenden Menschheitskatastrophen der letzten 200 Jahre. Eines dieser Urteile bezieht sich auf die Umwälzungen in Osteuropa Ende 1989 und lautet: „Mit dem Sozialismus ist, nach dem Nationalsozialismus, der andere machtvolle Utopieversuch des Jahrhunderts gescheitert. Was damit endet, ist der mehr als zweihundert Jahre alte Glaube, daß sich die Welt nach einem ausgemachten Bilde von Grund aus ändern lasse. Zersprungen sind all die scharfsinnigen Träume über die Menschheitszukunft, die aus der Welt ein riesiges Schlachthaus gemacht haben. Der Aufruhr der zurückliegenden Jahre war, über seine vordergründigen Anlässe hinaus, vor allem ein Aufruhr gegen den Terror der Ideen, und die Befreiung, die endlich kam, eine Befreiung zur Realität.“

Fest auf einen schmalen Sehschlitz verengter Utopiebegriff, der nur einen Utopietyp - den Entwurf eines geordneten Staatswesens - wahrzunehmen vermag, um diesen dann mühelos in das Schema des politischen Totalitarismus einzupassen, ist der methodische Trick, der solcherart historische Kurzschlüsse erlaubt. Aber dies soll hier nicht erörtert werden. Mir geht es vielmehr um das Verhältnis von Revolution, Utopie und Medien im heutigen politischen Alltag der Ostdeutschen und um Spuren des Utopischen in deren Lebens- und Medienwelt.

Entgegen dem letzten Satz des Fest-Zitats mit der erwünschten Vernichtung von Utopie durch „Realität“ möchte ich die Behauptung wagen, daß sowohl der Herbst 89 wie auch das Jahr 90 utopische Energien massenhaft verbraucht haben. Nach der Revolution hat auch die Restauration im Zeichen der Modernisierung von einer im Massenbewußtsein imaginierten Wirklichkeit, einer utopischen Wunschprojektion profitiert. Die Entscheidung für die „Realität“ eines vereinten Deutschlands war durchaus von einem utopischen Leitbild, dem Wunsch nach dem besseren Leben, geprägt. Nicht die Realitäten des anderen deutschen Staates wurden am 18. März 1990 gewählt und durch die folgenden Wahlen bestätigt, sondern gewählt wurde eine Fiktion, die sich speiste aus den Mangelsyndromen des Realsozialismus und ihr utopisches Gegenbild fand in einer Wunschwelt mit dem Zaubernamen „soziale Marktwirtschaft“. Gewählt wurde die Hoffnung auf Freiheit und aufrechten Gang, selbst wenn diese sich schließlich verkürzte auf Freizügigkeit beim grenzenlosen Reisen und den aufrechten Gang durch Zollkontrollen und Wechselstuben. Der Ruf „Wir sind das Volk“ im Herbst 89 und der Ruf „Wir sind ein Volk“ zeigen zwar die Verlagerung utopischer Energien an: Vom selbstbewußten Aufbegehren gegen die Repräsentanten der Macht zur trotzigigen Forderung nach Teilhabe an den Segnungen der Wohlstandsgesellschaft. Obwohl derart verschieden akzentuiert, sind beide Utopien nicht einfach gegeneinander auszuspielen. Das hat am deutlichsten der von

Joachim Fest in besagtem Band unablässig geschmähte Ernst Bloch zum Ausdruck gebracht, der in „Naturrecht und menschliche Würde“ schrieb: „Die Sozialutopie ging auf menschliches Glück, das Naturrecht auf menschliche Würde. Die Sozialutopie malte Verhältnisse voraus, in denen die Mühseligen und Beladenen aufhören, das Naturrecht konzipiert Verhältnisse, in denen die Erniedrigten und Beleidigten aufhören.“ Beide, so meinte Bloch mit Blick auf die Geschichte, hätten „ein sich ergänzendes Anliegen im gleichen humanen Raum, getrennt marschierend, leider nicht vereint schlagend“.³ Das eine Ziel - so könnte man mit Blick auf Bloch die Entwicklung seit 1989 ergänzen - war der Impuls des Widerstands, getragen von den Bürgerbewegungen und einer zunächst innersozialistischen Opposition, institutionalisiert in den Bürgerkomitees, Untersuchungsausschüssen, Runden Tischen. Deren Ziele können - mit Blochscher Begrifflichkeit - beschrieben werden als „Herstellen der menschlichen Würde“, „Tilgung des Herr-Knecht-Verhältnisses“, „Orthopädie des aufrechten Gangs“. Das eine (wie wir inzwischen wissen Utopie gebliebene) Ziel war, die Menschenrechte der „Erniedrigten und Beleidigten“ einzuklagen, das andere Ziel - das der „Mühseligen und Beladenen“ - ging auf das Überwinden des materiellen Mangels, auch der sozialen Diskriminierung im Gegenüber von armem Osten und reichem Westen, von Mangel- und Überflußgesellschaft. Daß die sozialen Trägerschichten der verschiedenen Utopietypen - der intellektuellen Minderheiten im ersten Fall, der Masse der Produzenten im zweiten - beide Ziele nicht zusammenbringen konnten, ist eine alte geschichtliche Erfahrung, sie hat sich am jüngsten Beispiel nur bestätigt.

Wenn ich eingangs sagte, der Sieg der Restauration über die Revolution hat utopische Energien großen Ausmaßes verbraucht, dann meint das auch die politische und mediale Aneignung dieses utopischen Potentials. Die Signale der enteigneten Revolution, der verwalteten Utopie zeigten sich im Übergang der spontanen Protestdemos zu den Wahlkampfaktionen der politischen Parteien. Fast über Nacht bekamen die authentischen Räume des Widerstands, wie der Leipziger Opernplatz oder die Berliner Gethsemanekirche, eine andere Symbolik - sie wurden zu Kulissen der Wahlkampfredner, sie dienten der mediengerechten Inszenierung der Politprominenz. Selbst der Revolutionsbegriff wurde semantisch positiv besetzt und marktgerecht verwertet - so etwa im Werbeslogan einer bekannten Kaffeefirma: „Die Revolution vom Herbst geht weiter: gleiche Preise für Tchibo jetzt in Ost und West.“ In einem Sieger Kaufhaus wurde mir noch im Winter 1990 ein „revolutionärer Stanbwedel“ preiswert angeboten. Die Rolle der Medien - besonders des Fernsehens - bei der Simulation einer unablässigen Aufbruchbewegung steht jetzt nicht zu Debatte.³ Ich möchte vielmehr einen Bogen zur unmittelbaren Gegenwart schlagen und das Augenmerk auf eine neue Form von Mythenbildung durch die Medien lenken.

Waren in der Ära der unausgesetzten Wahlkämpfe die Mythen und Symbole, die damals das kollektive Unbewußte besetzten, durchweg von einer optimistischen Vorwärtsstrategie gekennzeichnet („Zug zur deutschen Einheit“) oder zeugten sie von einem übermächtigen Harmoniebedürfnis („Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“), so hat sich das Bild inzwischen nachhaltig geändert. Die Utopie vom besseren Leben ist der Realität der Abwicklungen, Warteschleifen, Stilllegungen und Entlassungen gewichen. Das Argument, „ja was wollt Ihr denn, schließlich habt Ihr das doch gewählt“, stimmt eben nicht - gewählt wurde ein Wunsch- und Traumbild von diesem besseren Land Bundesrepublik, angefütert und schließlich für sich ausgeschlachtet von den Inhabern der politischen Macht. Die verbreitete Meinung, daß man erst durch die SED und dann durch die CDU „belogen und betrogen“

worden sei, trifft genau dieses katastrophale psychische Gemisch von enttäuschter Hoffnung und Ohnmacht, Passivität und Aggressivität, Hilflosigkeit und Wut. Ich gebe Manfred Kossok recht, wenn er in einer Rezension des erwähnten Buches von Fest behauptet, nicht der 9. Oktober oder der 4. November 1989, sondern der 3. Oktober 1990 habe das Ende der Utopie gebracht.⁴

Seitdem scheint - bei aller Hektik - die Zeit in der Tat zum Stillstand gekommen zu sein. Was zuerst auffällt gegenüber Ende 89/Anfang 90 ist der Verlust der Dimension Zukunft. Zukunft war ja noch in der DDR immer ein Projektionsraum unerfüllter Hoffnungen gewesen, ein „Entlastungsraum“ für utopische Phantasien, wie Reinhard Koselleck dieses historische Nach-Vorn-Schieben von unerfüllten Verstellungen und noch nicht realisierbaren Alternativen genannt hat, als mit der französischen Aufklärung die Verzeitlichung des utopischen Denkens begann. Die Wohlstandsutopie hat sich als Fiktion erwiesen. Was wir jetzt haben, ist die Herrschaft der absoluten Gegenwart ohne die bekannte Offenheit „nach vorn“, denn zunächst muß ja aufgelöst werden. Wir finden uns plötzlich in der Vergangenheit der modernen Zivilgesellschaft wieder, und dies nicht einmal zu Unrecht. Der Eindruck, daß der/die Ostdeutsche irgendwie „von gestern“ ist, hat ja einen realen Kern. Die „Normalität“, die wir uns aufholend anzueignen haben, ist - mit Luhmann zu reden - die einer funktional ausdifferenzierten modernen Gesellschaft, während rückwirkend die DDR als eine anachronistische Absurdität erscheint, wurden doch hier die Ansätze zur Differenzierung der sozialen Subsysteme vom (historisch älteren) stratifikatorischen Modell mit seinen hierarchischen Machtverhältnissen und Organisationsprinzipien sowie den ihnen entsprechenden Verhaltensregulativen wieder außer Kraft gesetzt.

Wie immer man über historische Zuordnungen sozialer Systeme denken mag - es sind auf alle Fälle „ungleichzeitige“ Systeme, die da im Augenblick recht gewaltsam vergleichzeitigt werden. Ich erinnere daran, was (wiederum) Bloch zu gleichzeitigen und ungleichzeitigen Widersprüchen angemerkt hat. Subjektiv Ungleichzeitiges, so meint Bloch, zeige sich darin, daß historisch ältere Zeiten in älteren psychischen Schichten nachwirken, so z.B. Anfang der dreißiger Jahre ablesbar am Widerstand bäuerlicher oder handwerklicher Schichten gegen die großstädtisch-technische Zivilisation. Die interiorisierten Norm- und Wertvorstellungen dieser Schichten wiederum wurden von der nationalsozialistischen Ideologie rehabilitiert, so daß Bloch von hier aus eine Erklärung für die tatsächliche Wirkungskraft des Nationalsozialismus fand, die von den Linken damals weitgehend ignoriert oder sogar bekämpft wurde. Ich denke, daß es hier durchaus Analogien zur Gegenwart im Osten Deutschlands gibt. Das Weiterwirken solcher älteren Ideologeme bis ins Unbewußte hinein beschreibt Bloch mit Symptomen wie Sehnsucht nach Ordnung und Unterordnung, Abneigung gegen alles Fremde, Utopie bedeutet hier v.a. Rückerinnerung, Sehnsucht nach der heilen Vergangenheit inmitten einer chaotisch empfundenen Gegenwart. Wesentlich für das Verhältnis von Gleichzeitigkeit und Ungleichzeitigkeit unter konkreten historischen Umständen scheinen mir zwei Beobachtungen in „Erbsehaft dieser Zeit“:

Die erste ist die, daß Deutschland als das Land der versäumten Revolutionen geradezu ein klassisches Land des Ungleichzeitigen sei, weil das Versäumte stets das Weiterwirken überholter Strukturen begünstige.⁵ Die zweite - aktualisierbare - Beobachtung heißt bei Bloch: „Das subjektiv Ungleichzeitige, nachdem es lange bloß verbittert war, erscheint heute als gestaute Wut.“⁶

An dieser Stelle möchte ich den Kreis schließen und etwas zur Rolle der Medien heute bei der Vergleichzeitung des Ungleichzeitigen sagen. Nachdem sich ihre Rolle als Heilsverkünder erschöpft und die als kritischer Begleiter der gerade stattfindenden Um- und Zusammenbrüche sich auf das Niveau von Ratgeber und Lebenshilfe weitgehend reduziert hat, ist es v. a. ein neuer Presstyp, den man in seiner perversen Originalität als die „neuen Medien des Ostens“ bezeichnen könnte. Ich meine die extra für Ostdeutsche gemachten Tages- und Wochenzeitungen der „Super“-Kette, unter denen besonders die seit Mai erscheinende „Super“-Tageszeitung den direkten Zugriff auf das politische Unterbewußtsein wagt. „Super“ ist eine gemeinsame Kreation der Verlagshäuser Burda und Murdoch mit einer Investitionssumme von 170 Millionen Mark, nach nur fünfmonatiger Vorbereitung, zum Preis von 30 Pfennig und einer Startauflage von 500.000. Im Editorial verkündet Burda, die „Super“-Zeitung verstehe sich als „Wirklichkeitsblatt“, sie sei da, „weil die Menschen hier ein Sprachrohr brauchen. Für ihre Sorgen und Freuden. Für ihr Glück und ihre Tränen“. Zu diesem Zweck schulen hochbezahlte Journalisten aus dem Westen blitzschnell auf O-Ton Ost um, sprechen anschließend im DDR-gewohnten „wir“, nennen die Länderkette „unser“ Fernsehen und zeigen auf der Wetterkarte nur die Ostländer.

„Ein völkisches Zentralorgan für DDR-Wut“ wurde das Blatt kürzlich treffend in einer konkurrierenden Tageszeitung genannt. „Super“ schafft das, indem die Zeitung sich der Verwundungen der Volksseele ausdrücklich annimmt. Es gibt immer wiederkehrende Standardthemen und Kollektivsymbole (das Gesetz der Serie regiert!), die zusammen so etwas wie eine Negatividentität stiften und DDR-Vergangenheit mythologisieren. Ich nenne einige dieser immer wiederkehrenden Themen mit entsprechenden Schlagzeilen - meist als Aufmacher auf S. 1:

Thema 1: Stasi und kein Ende. Die entsprechenden Überschriften: „Wie Stasi einen Richter zu Tode quälte!“; „Stasi erpreßt Wirtschaftsführer - 2,7 Mio oder Ihre Frau liest Ihre Akte in der Presse!“; (am nächsten Tag): „Es geht weiter, Stasi erpreßt TV-Liebling“; oder auch: „Mielke im Irrenhaus. Jetzt muß er mit Bauklötzchen spielen, täglich!“; „Es sei ihm gegönnt: Stasi-Oberst muß Fahrkarten knipsen!“

Thema 2: Rote Socken und alte Seilschaften. Eine Serie „Die dreckigen Tränen der roten Götter“: „Wie lange noch lachen uns die Genossen aus?“; „Honeckers Masseuse: Erich stand nackt vor mir und weinte“.

Thema 3: Die Besserwissis. Schlagzeilen: „Gottschalk beleidigt alle Osis. Er spielt einen von uns, aber so doof, daß es weh tut!“; „West-Frau lachte über nackten Ossi. Kehle durchgeschnitten! Vorher hatte sie noch das schlimme Wort 'Schlappschwanz' gesagt“.

Selbst der umfangreiche Sportteil ist nach dem gleichen Muster gefertigt, z.B.: „Wir laufen besser als die Wessis“ oder: „Unsere Stars im goldenen Westen“ (Serie).

Es gibt täglich wiederkehrende Rubriken wie das Wut-Telefon, das Sex-ABC (eine Alphabetisierungskampagne zur Modernisierung des östlichen Liebeslebens), die Job-Börse - all dies mit Rückkopplungseffekt -; der glückliche arbeitslose Bäcker von 51 Jahren strahlt in die Kamera, nachdem er dank „Super“ wieder einen Job hat usw.

„Super“ ersetzt Seelsorger, Arbeitsamt und dank „Bingo“ alle anderen Glücksspiele. Man findet keine Nachrichten, Kommentare oder schlicht Information, es gibt keine Auslandsberichte (es sei denn unter Überschriften wie „Halten Sie Ihr Auto fest, sonst Endstation Warschau!“), nicht einmal die sonst üblichen Serviceseiten für Reisen oder Veranstaltungen.

„Super“ lebt von Verengung und Kurzschluß und von einer gewissen Gläubigkeit der Ostdeutschen den Printmedien gegenüber.

Die Wirkungsabsicht geht dahin, überkommene Verhaltensmuster wie Untertanengeist, Passivität, Ohnmacht aufzugreifen und zu befestigen. Es ist ein Spiel mit der dumpfen, richtungslosen Wut, wie sie sich politisch offen in Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit artikuliert.

Verglichen mit „Super“ erscheint einem selbst die „Bild-Zeitung“ wie ein intellektuelles Blatt. Ein „TAZ“-Kommentar konstatiert, während 'Bild' eine gewisse Über-Ich-Funktion erfülle, zielt „Super“ direkt auf das Es und die Triebökonomie, die Zeitung „artikuliert Haß und Frustration bei einem Publikum, das noch nicht gelernt hat, eine Boulevardzeitung als Gesamtkunstwerk zu begreifen“.⁷ Und im selben Blatt legt Klaus Hartung den Finger auf die politische Wunde, die durch „Super“ mit schmierigen Verbänden zugekleistert wird. Er schreibt: „... wenn diese Mischung gelingt, dann haben die ostdeutschen Massen eine Stimme, die eigene Sprache wird dann vollends tonlos geworden sein. Die Boulevardzeitungen werden darum konkurrieren, wer mehr Stasi-Leute in kürzerer Zeit zur Strecke bringt. Die unbewältigte Vergangenheit wird zum Jagdterrain... Der Markt ist da. Zwischen Politik und Ökonomie klafft ein großes wüstes Feld. Die Demokratie hätte es ausfüllen können oder eben die Hetze.“

Die Medien vom „Super“-Typ - so kann man dies ergänzen - tun das, was die Politiker von rechts bis links nicht schaffen, nämlich die derzeitigen politischen und sozialen Konflikte in politische Strategien umzusetzen. Während - mit Blick auf die Parteienlandschaft, die Regierung und das Parlament - eher eine Depolitisierung des öffentlichen Bewußtseins stattfindet (weil sich Ossi von keinem dort vertreten sieht), findet durch die neuen Medien des Ostens gewissermaßen eine Repolitisierung „von unten“ statt, in einer Zeit der Ruhe zwischen den Wahlschlachten und im Griff nach dem politischen Subkortus. Diese Medien haben das Zeug (und die Chance), in der Rolle des Duzbruders die Funktion der verlorenen und doch so herbeigesehnten Autorität einzunehmen und auf unersetzbare Art identitätsstiftend zu wirken: als Surrogat für gelebte Gegenwart, für Geschichte, für individuelle wie kollektive Hoffnungen unter einer einzigen Formel: „Haß auf die Vergangenheit, die Gegenwart, die Zukunft“⁹ - offenbar das mediale Erfolgsgeheimnis einer restaurativen Ära im Spiel mit Geschichte und Utopie.

1 Berlin: Siedler 1991, 103 S.

2 E. Bloch, Gesamtausgabe, Bd. 6, Frankfurt/M. 1961, S. 13.

3 Siehe dazu: I. Münz-Koenen, Hegemonie und Hierarchie in der DDR nach dem 18. März 1990, in: Kulturrevolution, Nr. 23 (Essen, Juni 1990), S. 56 f.

4 M. Kossok zu Joachim Fests konservativem Manifest „Der zerstörte Traum“. Verzicht auf Utopie - der Preis für die Moderne?, in: Neues Deutschland, 18./19.5.1991. Vgl. auch: R. Schneider: Die Hoffnung und der aufrechte Gang. Am Ende der Utopien? - Ernst Bloch, Joachim Fest und der Gang der Ereignisse, in: Der Tagesspiegel, 7.7.1991.

5 Vgl. E. Bloch, Gesamtausgabe, Bd. 4, S. 11.

6 Ebenda, S. 116.

7 T. Simeon, Kampf der Rotationsmaschinen, in: Die Tageszeitung, 7.6.1991.

8 K. Hartung, ebenda, 7.5.1991.

9 D. Kuhlbrodt, in: Freitag, 5.7.1991.

Die Revolution in Rumänien und ihre mediale Wirklichkeitskonstruktion

Der Ablauf der Ereignisse in Rumänien im Dezember 1989 ist ohne die Berücksichtigung der medialen Rückkopplung mit dem Medium Fernsehen nicht zu verstehen. Wesentlich effektiver als die Feste der Französischen Revolution, denen eine ähnliche Funktion zukam¹, verwandelte in den Dezembertagen das Fernsehen das Erleben der Zuschauer in eine prägnante, sinnhaltige Erfahrung der Ereignisse. Die Manipulationen und die Lücken in der Berichterstattung des rumänischen Fernsehens sind mittlerweile bekannt und selbst zum Gegenstand des Fernsehjournalismus geworden.²

Die Bedingung einer solchen Kritik des Fernsehens bleibt jedoch die grundsätzliche Annahme einer richtigen Abbildbarkeit von Wirklichkeit selbst. Demgegenüber wird die erkenntnistheoretische Einsicht, daß die Erfahrung einer einneutigen, eindimensionalen Realität auch aufgrund authentischer audiovisueller Wahrnehmungen immer eine Konstruktionsleistung voraussetzt, die der kognitiven Vermittlung bedarf³, bestenfalls als subjektivistische Einfärbung der Realität akzeptiert. Dies entspricht den Bedürfnissen einer schnellen Orientierung in der Alltagswelt, die auf stabile unproblematische Vereinfachungen angewiesen ist.⁴

Bei der Rezeption audiovisueller Medien kann man jedoch Auswirkungen auf unsere soziale Wirklichkeitserfahrung beobachten, die jenseits der Frage nach richtigen oder falschen Abbildungen anzusiedeln sind. Sie betreffen vielmehr die Form der Weltaneignung durch das Bewußtsein, die als Gesamthorizont der Kommunikation immer stärker durch audiovisuelle Medien vermittelt wird. Medienwirklichkeiten verschiedenster Art ergänzen unsere kognitive Erfahrungsrealität um eine Vielzahl sonst ungekannter Bereiche und Problemlagen. Sie dominieren immer mehr die Selbstrepräsentation von Gesellschaft in der Gesellschaft und konkurrieren mit 'direktem' Erleben und Erfahren, indem sie gerade die Differenzen zwischen 'direkten' und 'vermittelten' Erlebnissen verwischen, neu ziehen oder auch aufheben können.

Ausgehend von diesen Überlegungen sollen deshalb nicht nur die Folgen einer manipulierten Berichterstattung in Rumänien berücksichtigt werden, sondern vielmehr die derzeitigen Konstruktionsbedingungen medialer Wirklichkeit mit in den Blick kommen. Die Konkurrenz von Wahrnehmung und Kommunikation, von Bildern und Sprache und ihre Synthese zu Medienereignissen wird dabei im Vordergrund stehen. Dies geschieht mit dem Ziel, den Aufbau jener einheitlichen Realitätserfahrung zu analysieren, die in der Rumänischen Revolution weitgehend als eine Leistung des Fernsehens zu sehen ist.

Trailer

Ein Einstieg in die Beobachtung der medialen Beschreibung von Wirklichkeit wird erschwert durch die Tatsache, daß uns diese Beschreibungen als Fortsetzung der alltäglichen Lebenswelt erscheinen und man deshalb sogleich mit der Frage nach der Stimmigkeit der medial ver-

mittelten Wirklichkeit einsetzt. Um diese Perspektive aufzubrechen, wollen wir an den kontrovers diskutierten Begriff der Simulation im Sinne Thudrillants anschließen und ihn für die Beschreibung elektronischer Kommunikation nutzbar machen. Simulation soll dabei nicht von vornherein als Vorspiegelung einer Authentizität gewertet werden. Es interessiert vielmehr der synthetische Charakter von Simulationsprozessen, die in der Reduktion auf und in der Rekombination von diskreten Einzelementen ihren Ausdruck finden. Erst in zweiter Linie soll nach den Interessen gefragt werden, die diese Synthese begleiten. Wirklichkeitssimulationen durch audiovisuelle Medienereignisse, die aus diskreten, technischen wie semantischen Elementen - Bildpunkte und Zeilen; Wahrnehmungen und Aussagen - aufgebaut sind, bewirken bei den Rezipienten eine gewisse Irritation. Sie verbinden nämlich auf paradoxe Weise kommunikative Möglichkeiten miteinander, die auf gänzlich unterschiedliche Funktionen zuzurechnen sind. Einerseits verbürgen sie die Erfahrung des kontinuierlichen Fortbestandes der Dingwelt, während andererseits in ihnen - ebenso wie in der Sprache - auch die Möglichkeit einer Auflösung in eine Vielzahl von Wirklichkeitsperspektiven angelegt ist.

Als kommunikatives Potential deuten solche Simulationsprozesse eben nicht immer schon auf eine bewußte oder latente Manipulation hin, sondern eher auf eine halb durchschaute Inszenierung, ja sogar Verkörperung von Ereignissen durch Medientechnik und Mediensemantik. Medieninszenierungen sind zwar bis zu einem gewissen Grad bewußtseinsfähig, aber nicht bewußtseinspflichtig.⁵ In ihrer Materialität als Wahrnehmung bewirken sie eine weitere Irritation, da sie ganz unabhängig von ihrer Zeichenfunktion als audiovisuelle Wahrnehmung immer den sensorischen Reiz des Realen auslösen.⁶ Beim Erleben von audiovisuellen Medienwirklichkeiten vermischen sich also häufig die Grenzen von Kommunikation und Wahrnehmung und erzeugen so den paradoxen Effekt der Präsenz in Abwesenheit.

Der zweite Argumentationshorizont unserer Überlegung betrifft nun den Aufbau von Medienereignissen selbst, wobei wir hier auf die Vorgaben der Systemtheorie N. Luhmanns zurückgreifen wollen. Wesentlich für diese Theorieentscheidung war die Tatsache, daß die Systemtheorie den Begriff des Ereignisses differenziert, der in der Berichterstattung audiovisueller Medien als Teil der Außenwelt verstanden wird. Die Systemtheorie unterscheidet nämlich zwei Typen von Ereignissen, die immer schon als Konstrukte zu werten sind: zum einen Ereignisse auf der Ebene einzelner Systeme und zum anderen Mehrsystemereignisse.

Der Rekurs auf die Systemtheorie will also eine zweite Annäherung an die Konstruktivität von Medienereignissen leisten.⁷ Dies ist deshalb noch ein Desiderat, weil technische Medien derzeit vornehmlich als evolutionäre Errungenschaft einer irreversiblen und doch diskontinuierlichen Evolutionsgeschichte gefaßt werden.⁸ Damit reduziert sich ihre Funktion jedoch auf den bekann ten Aspekt der Verbreitungstechniken von Kommunikation. Für unser Erkenntnisinteresse ist diese Perspektive jedoch nicht ausreichend. Es stellt sich nämlich die Frage, ob man audiovisuell vermittelte Wirklichkeitskonstruktionen noch mit dem dreistelligen systemtheoretischen Konzept von Kommunikation beschreiben kann⁹ oder ob man sie als eine ganz andere Form der Beziehung von sozialen und psychischen Systemen betrachten muß. „Wenn die Gesellschaft nichts anderes ist als das umfassende System aller anschließfähigen Kommunikationen, dann ist zu erwarten, daß Veränderungen in den Kommunikationsmitteln die Gesellschaft wie ein Schlag treffen und transformieren.“¹⁰ Ebenso wie hier

für das Medium Schrift ist zu fragen, auf welcher Ebene die gesellschaftliche Dynamik durch die habitualisierte und massenhafte Verwendung von audiovisuellen Kommunikationstechniken transformiert wird.

Kamera eins: Simulation

Kommen wir zum ambivalenten Begriff der Simulation zurück, die sich nach Baudrillard in der postindustriellen Gesellschaft in der Form von Simulakren III. Ordnung, der Herrschaft des Codes, manifestiert.¹¹ Eine Ebene des Begriffs Simulation verweist auf eine nostalgische Sehnsucht nach der unverstellten Erfahrung des Realen. Gerade unter postindustriellen Produktions- und Kommunikationsbedingungen artikuliert sich diese Sehnsucht in einer Semantik des Begehrens, der Authentizität und der Körperlichkeit.

Für die hier verfolgte Fragestellung ist jener Aspekt von Bedeutung, der Simulation als die Zusammensetzung von Produkten, Erfahrungen oder Informationen aus diskreten austauschbaren Einzelementen beschreibt. Er enthält bei aller Kritik an den Ergebnissen dieser Simulation auch eine Faszination gegenüber dem Vorgang des Fingierens einer Hyperrealität, die nichts als Oberfläche ist. Bleibt die Erfahrungsdimension einer Hyperrealität jedoch nur auf die Glamourwelten der Werbung, der Shows und High-Society-Serien beschränkt? Durch Zerlegung, zeitliche Straffung der Ereignisse und die anschließende Rekombination entsteht auch in der Berichterstattung über Ereignisse, die wir der Pragmatik der Wirklichkeit zurechnen, die Erfahrung einer von Kontingenz gereinigten, stets sinnhaften Medienwirklichkeit. Sie ist als soziales und mediales Konstrukt in dem Sinne als eine intersubjektive Hyperrealität zu betrachten, als sie die soziale und mediale Wahrnehmung von Umwelt und Sinubezügen zu einer untrennbaren Einheit zusammenfaßt, die für individuelle und soziale Handlungen als Basis vorgegeben wird.¹²

In einer Aufsatzsammlung über den Golfkrieg beschreibt Baudrillard die Simulakren der Information vor allem als eine Dominanz der elektromischen Bilder, verbunden mit einer Sprache, die zumeist vergeblich versucht, mit der Geschwindigkeit der Bilder mitzuhalten.¹³ Die Bilder der 'Realität' treten also aufgrund ihrer Beschleunigung im Medium in Konkurrenz zu Sinnbildungsprozessen der Sprache. Die zeitliche und kognitive Verarbeitung visueller Reize suggerieren dem Bewußtsein die Intensität von face-to-face Interaktionen, und zugleich entsteht der Eindruck der Unmittelbarkeit in einer medialen Kommunikationssituation, die ihre gesteigerte Sinnhaftigkeit gerade durch die Unterbrechung von Interaktion und eine eigenständige Organisation von kommunikativen, sozialen Zeithorizonten gewinnt. Der konstruktive Simulakreneffekt audiovisueller Medien kann deshalb genauer als Produktion einer Nähe durch Distanz und als Neuorganisation der Redundanzen und der zeitlichen Komplexität von Kommunikation beschrieben werden.

Das Konkurrenzverhältnis von Sprache und Bildern erscheint immer mehr als typisch für soziale Wirklichkeitskonstruktionen der Gegenwart, die in ihrer aktuellen Produktion und Reproduktion nicht mehr länger an Schrift gebunden sind. W. Godrich beschreibt diese medial bedingte Vertreibung aus dem Logozentrismus der Sprache durch die Bilder wie folgt: „die Bilder bringen das Funktionieren der Sprache durcheinander, einer Sprache, die aus dem Imaginären arbeiten muß, um optimal zu funktionieren. Die Bilder sind zunächst nur parasitäre Geräusche in der Sprache, dann aber verdrängen sie die Sprache. Denn wir müssen uns daran erinnern, daß die Technologie der Bilder wie die Welt mit Lichtgeschwindigkeit operiert.

Dank ihrer gewaltigen Negationskraft war die Sprache imstande, das Geschehen der Welt abzutrennen. Aber sie kann Bildfolgen nicht verlangsamen, die diese aus eben jenem Imaginären heraus operieren, das die Sprache allererst beherrschen müßte. Für uns geht es um Dissonanz: Kann die Sprache die Geschwindigkeit des Bildes unter Kontrolle bringen, d.h. Bilder in einer Art Sprache verwandeln /.../ oder sehen wir die Welt nur noch, die Bilder der Welt und ein Imaginäres, die sich alle mit Lichtgeschwindigkeit einem Universum ohne logos, in einem a-logischen Universum fortbewegen? Darin dürfte das postmoderne Dilemma bestehen.¹⁴ Die Beziehung von Sprache und Bildern - und dies ist unsere These - ist jedoch nicht nur dann problematisch, wenn sie in Konkurrenz zueinander treten, sondern auch dann, wenn sie in einem Ergänzungsverhältnis stehen und sich in ihrer Konstruktionsleistung wechselseitig verstärken. Die so selbstverständlich erscheinende Komplementarität von Sprache und Bildern liefert dann genau jene semantisch angereicherten Versatzstücke eines logos, mit denen aus der Vielfalt von Erfahrungen die eine wirkliche Wirklichkeit erzeugt wird.

Kommen wir auf den konkreten Fall der rumänischen Revolution zurück, so gehört hierzu vor allem ein Ausagieren der medialen Inszenierung der großen geschichtsphilosophisch relevanten Erzählung der Aufklärung: Die Selbstbefreiung des Volkes. Die Reduktion auf diesen Handlungsaspekt verdrängte in den Dezembertagen alle anderen Beobachtungshorizonte. Das Fernsehen produzierte in einem Moment der Krise der großen Erzählungen¹⁵ Handlungssequenzen aus einem Schauspiel, dessen einzelne Akte allen bekannt waren. Die möglichen Varianten hatte das Publikum in China, in Ungarn und in der DDR kurz zuvor noch einmal gesehen.

Manfred Schneider unterscheidet in seiner Analyse des Ceauşescu-Prozesses drei Phasen der Rumänischen Revolution: die Deblockade der Kanäle, die Einrichtung des Tribunals und die Ostentation des Diktatorenkörpers. Wie euphorisch und endgültig die Deblockade der Kommunikationskanäle erlebt wurde, „... die pfingstliche Periode der Revolution...“¹⁶, verdeutlichen die Antworten von Mircea Dinescu in einem Interview mit Gilles Schiller, das in der französischen Zeitung Libération am 28. Dezember 1989 veröffentlicht wurde.

Libération: Nun, die Kämpfe haben sich beruhigt; wie kann man sich die demokratische Zukunft Rumäniens vorstellen? M.D.: Wie ich schon während der ersten Minuten, die der Besetzung des Fernsehens folgten, gesagt habe, sind die Rumänen krank vor Angst gewesen. Und nun sind sie krank aus Mut. Man darf nicht in die Heilungsphase eintreten. Wir müssen diese Krankheit göttlichen Ursprung beibehalten. Dies ist unsere einzige Chance im Rhythmus Europas zu atmen.

Libération: Wer hat im Moment die Macht inne? M.D.: Die Geheimwaffe, die den Diktator gestürzt hat, befindet sich noch in den Händen der Jugend. Sowohl die Armee als auch die Front zur nationalen Rettung stützen sich auf die Kraft und die Gefühle dieser starken Energie. All jene, die nicht wirklich auf der Seite der Jugend stehen, werden die Macht in Rumänien nicht behalten können.“

Damit eine derartige Euphorisierung von Teilnehmern und Publikum funktionieren konnte, mußten die mediatisierten Ereignisse mit den Erwartungen, den Wünschen und Befürchtungen, also den Emotionen der Zuschauer und Akteure verknüpft werden. Für die postmodernen Zuschauer von außen, die insgeheim vielleicht weiterhin den Verdacht hegten, daß eine solche Inszenierung nur von kurzer Dauer sein kann, war die anschließende

Ernüchterung wenig folgenreich, da sie in ihren grundlegenden Erfahrungen mit mediatisierter Wirklichkeit letztlich wieder bestätigt wurden. Für jene Zuschauer und Aktanten jedoch, die Reduktion von Wirklichkeiten auf einfache binäre Unterscheidungen - wahr vs. falsch; vorher vs. nachher; real vs. fiktiv - noch nicht als bewußt angewandte funktionale Vereinfachungen einer jeglichen Kommunikationspraxis ansahen, folgte auf die euphorische 'Geistphase' der Kommunikation eine tiefgreifende Desillusionierung.

Es dürfte mittlerweile klar geworden sein, daß eine Analyse der komplexen Wirklichkeitskonstruktion, die uns im Zusammenhang mit den Medienereignissen in Rumänien interessiert, weder die Ebene der bewußten Manipulation des Geschehens ausschließen noch sich auf eine solch reduzierende Sichtweise beschränken kann. Die Organisation von massenmedialen Kommunikationsstrukturen als einer dominanten Form der Konstruktion sozialer Wirklichkeit ist vielschichtiger angelegt. Einfache Ursache-Wirkungs-Schemata greifen bei der Analyse dieser Organisationsstrukturen zu kurz, und einheitsstiftende Medieninszenierungen - Slnuktionen - genören zu ihren unabdingbaren Voraussetzungen. Wie ist es also möglich, daß technische Massenmedien immer wieder und zumindest zeitweise eine weitlin akzeptierte Konstruktion einer homogenen Wirklichkeitssicht in einer komplizierten und heterogenen Gesellschaft erzeugen können, wenn gleichzeitig in ihnen auch gegenteilige Potentiale, die Aufspaltung von Wirklichkeitsebenen angelegt sind?

Kamera zwei: Medienereignisse

Da wir einige Aspekte dieses Problems nun im Rahmen der Systemtheorie entwickeln wollen, ist es an dieser Stelle notwendig, an die grundlegenden Annahmen dieser Theoriebildung zu erinnern - zumindest insofern es für unsere Fragestellung notwendig erscheint. Die Systemtheorie gehört zu einer Art von Theoriebildung, die komplexe und zum Teil paradoxe Ausgangsannahmen unterstellt. So werden je nach Beobachterstandpunkt Systeme als operational geschlossen und selbstorganisierend beschrieben und zugleich behauptet, daß sie gerade aus ihrer Geschlossenheit ihre Umweltoffenheit ableiten.¹⁷ Zuerst soll nun der Begriff des Ereignisses als internes Basiselement von Systemen - psychischen und sozialen - eingeführt werden; ein zweiter Typ von Ereignis ist demgegenüber als ein Resultat von Beobachtungen in Wahrnehmungs- und Kommunikationsprozessen zu verstehen.

Ausgangspunkt ist die von N. Luhmann vorgeschlagene Unterscheidung von psychischen und sozialen Systemen. Beide basieren auf Sinnbildungsprozessen, indem sie Unterscheidungen benutzen, mit denen sie unterschiedliche Zustände des jeweiligen Systems bezeichnen können. Diese Unterscheidungen können dabei auch auf sich selbst angewandt werden. Sie sind als selbstreferenziell organisiert, und zwar in der Form von Selektion und der Korrelation von Selektionen.¹⁸

Der wesentliche Unterschied zwischen beiden selbstorganisierenden Systemtypen liegt nun in der Art der Operationen, die sie benutzen: Gedanken und Vorstellungen im Falle der psychischen und Kommunikationen im Falle der sozialen Systeme. Da beide Systemtypen in konkreten Zeithorizonten operieren, benötigen sie zeitliche Einheiten für ihre Unterscheidungen. Die basalen Einheiten oder Elemente dieser Operationen können als Ereignisse in einem dynamischen Prozeß einer selbstorganisierten Reproduktion von Systemzuständen verstanden werden. Die Qualität dieser Ereignisse ergibt sich als Element nur relational im Unterschied zu anderen Elementen in der Geschichte des jeweiligen Systems. Es sind

keinesfalls vorgegebene Einheiten, Ereignisse als solche, in einem ontologischen Sinn. Somit behandelt die Systemtheorie also, daß die operationale Reproduktion eines Systems, die unter ganz konkreten zeitlichen Zwängen erfolgt, sehr kurzlebige Elemente, nämlich Ereignisse als Minimalform verwendet. Ereignisse - und nicht Handlungen, die immer schon auf die Kopplung mit anderen Systemen verweisen - werden somit als Letztelemente von psychischen und sozialen Systemen angesehen.¹⁹

Zu den bereits erwähnten paradoxen Grundannahmen der Systemtheorie - (die sich jedoch auflösen, wenn man die jeweilige Beobachtungsperspektive mitberücksichtigt - gehört nun, daß psychische und soziale Systeme, die, wir erinnern uns, als selbstreferentiell und geschlossen betrachtet werden, wechselseitig aufeinander angewiesen sind, um ihre komplexen internen Strukturen aufzubauen. Psychische und soziale Systeme sind auf der Ebene von Handlungen miteinander gekoppelt und bauen ihre jeweilige Komplexität in diesem Prozeß der koevolutiven Interpretation auf.²⁰ Erst aufgrund dieser Eigenkomplexität sind sie wiederum in der Lage, die Komplexität der Umgebung - zumeist bilden andere Systeme die relevante Umwelt von Systemen - zu verarbeiten, und das heißt immer auch: gemäß der eigenen Operationalität zu reduzieren. Umweltkomplexität kann vom jeweiligen System immer nur in der Form der eigenen Operationen Eingang finden. Somit entsteht eine Koevolution beider Systemtypen durch strukturelle Kopplung von Kommunikation und Bewußtsein.

Übertragen wir diese Vorgaben auf die Kopplung von Zuschauern und technischen Massenmedien, so folgt daraus, daß man aus der Sicht der Systemtheorie nicht von einem Transport von Inhalten oder Wahrnehmungen sprechen kann. Die Selektivität und die Komplexitätsreduktion psychischer und sozialer Systemen muß vielmehr im Kopplungsprozeß mit Massenmedien mitebeachtet werden. Die Kopplung produziert eine Umweltkomplexität, der psychische und soziale Systeme ausgesetzt sind und die sowohl Wahrnehmungsangebote als auch Kommunikationen enthält. Da diese Differenz sowohl durch psychische als auch durch soziale Systeme gehandhabt werden kann, bedeutet dies, daß durch audiovisuelle Medien soziale Systeme Zugang zu einer eigenständigen Form von Wahrnehmungen haben. Wahrnehmungen sind nun nicht mehr exklusiv psychischen Systemen vorbehalten. Damit stellt sich jedoch die Frage nach der Form dieser medialen Ereignisse auf einer neuen Komplexitätsebene.

Somit kommen wir zum zweiten Ereignistyp. Es ist jene Art eines Ereignisses 'zweiter Ordnung', das in der strukturellen Kopplung verschiedener Systeme als Einheit verwendet wird. Die wesentliche Leistung dieses Ereignistyps besteht darin, daß er als Einheit in mehreren Systemen fungiert. Normalerweise ist es dieser Ereignisbegriff, den wir alltags-sprachlich gebrauchen. Er wird als intersubjektives Ereignis erfahren, wobei zumeist vergessen wird, daß die Erfahrung von Intersubjektivität, von Invarianz eine konstruktive Leistung darstellt, die jeder weiteren Verwendung dieses Ereignistyps vorausgehen muß. Sie erscheint uns in ihrer Bedeutungszuweisung als trivial, doch erfüllt sie gerade damit die Funktion, die Kohärenz einer basalen Wirklichkeit zu garantieren. Es dürfte auch dieses Vorverständnis eines Ereignisses sein - einer Einheit erstellt durch Beobachtung zum Zweck einer einheitlichen Wirklichkeit von gekoppelten Systemen - von dem wir ausgehen, wenn wir von den Wirklichkeitskonstruktionen durch Massenmedien sprechen. Wo liegen jedoch die Vorteile dieser Art von massenmedial erzeugter Intersubjektivität?

Beginnen wir mit der Effektivität dieser Wirklichkeitskonstruktionen. Gewählt wurde das hier nur kurz skizzierte Theoriedesign, um die Funktion von Medienwirklichkeit beschreiben zu können, ohne sofort auf semantische Konzepte wie Repräsentation oder Manipulation rekurren zu müssen. Indem die trivial erscheinende Konstruktionsebene normalerweise vernachlässigt wird, entsteht eine relativ einfache, stimmige Wirklichkeitskonstruktion, die sofort unter dem Gesichtspunkt von Mitteilung oder Mitteilungsabsichten beobachtet werden kann.

Technische Medien arbeiten mit Konstruktionen aus Wahrnehmungen und Kommunikationen, die jedoch - und anders als in vielen Interaktions- und Kommunikationssituationen - darauf angelegt sind, sich wechselseitig anzureichern, d.h. die Rigidität der Kopplung, der medialen Form, zu optimieren²¹. Dabei erfordert die Geschwindigkeit der Orientierungsleistungen visueller Wahrnehmungen eine extreme Reduktion gleichzeitig möglicher sequentieller Komplexität der Sprache. Medienereignisse erzeugen deshalb auch ihre eigenständigen Zeithorizonte, die recht variabel gestaltet werden können, je nach dem Verhältnis von mediatisierten Wahrnehmungen und Kommunikationen. Aus biologischen Gründen²² dominieren in der Kopplung mit Medien die visuellen Eindrücke²³, sie sind jedoch untrennbar mit der Kopplung an Kommunikation und an soziale Systeme verbunden. Deshalb reduzieren Medienereignisse gleichzeitig die vorhandene Weltkomplexität und ihre sozial vermittelte individuelle Wahrnehmung auf das Agendasetting der Medienwirklichkeit.

Technische Massenmedien versehen die Gesellschaft mit Beobachtungsleistungen, die zugleich in Form von hochselektiven Wahrnehmungen und Kommunikationen auftreten. So wird es möglich, daß zerstreute und anonyme Zuschauer durch diese soziale Wirklichkeitskonstruktion zu einem Publikum verbunden werden. Es entsteht der Eindruck eines die funktionale Differenzierung durchbrechenden Wirklichkeitskonstrukts. Hat sich diese Vermittlung des Erfahrungshorizontes 'Welt' in Form von audiovisuellen Wahrnehmungen und Kommunikationen erst einmal eingespielt, gibt es für soziale und psychische Systeme kaum Alternativen.

Kamera drei: Medienkonstrukte in der Rumänischen Revolution

Nach diesen allgemeinen Überlegungen zum Aufbau von Medienereignissen werden, so ist zu hoffen, einige Elemente der medialen Wirklichkeitskonstruktion in Rumänien verständlicher. Schon lange vor den Ereignissen im Dezember 89 war nämlich der Versuch des Ceausescu-Regimes gescheitert, eine eigene Wirklichkeitssicht durchzusetzen. Die Akzeptanz der staatlichen Medien war äußerst gering, und wo immer man konnte, nutzte man andere, wie etwa Radio Free Europe und ab Sommer 89 auch das ungarische Radio. Im Zusammenhang mit den vorherigen Aussagen wollen wir die Hypothese aufstellen, daß nicht nur fehlende oder falsche Informationen, also die inhaltliche Qualität des rumänischen Fernsehens unter Ceausescu den Grund dafür abgab. Nicht weniger wichtig war die Tatsache, daß keine überzeugende Form massenmedialer Ereignisse gefunden wurde. Vor der Revolution sendete das Fernsehen hauptsächlich ein kurzes, reduziertes Abendprogramm, das ganz auf den Ceausescu-Clan zugeschnitten war und eher zu einer repräsentativen Ständegesellschaft absolutistischer Prägung gepaßt hätte. Beim Publikum löste dieses offizielle Programm eher Aggressionen gegen diese Selbstdarstellung der Herrschaft aus, deren Inszenierungen man sich hilflos ausgeliefert sah. Man entwickelte deshalb gegenüber diesen Bildern andere

Beobachtungsstrategien, wie etwa die Suche nach Krankheitssymptomen beim Diktator oder nach anderen Zeichen der Schwäche des Regimes. Anders gesehen: Die Form der Medienereignisse konnte die Aufmerksamkeit der Zuschauer kaum an sich binden. Das beteiligte Bewußtsein war ihr zwar ausgeliefert, verfügte aber noch über Zeit und Motivation, um gegen diese mediale Wirklichkeitskonstruktion anzugehen.

Das bevorstehende Ende dieser Inszenierung zeichnete sich am 21. Dezember in Bukarest ab, mitten in der Rede Ceausescus. Diese war nur als Form von Bedeutung, als Ereignis, dessen Mitteilung der Bestand seiner Herrschaft sein sollte. Die mediale Machtdarstellung war befürchtet worden und hätte sicherlich auch einen Rückschlag für die Revolutionäre bedeutet. Schließlich konstatierte jedocindas Scheitern der Inszenierung ein ganz anderes Medienereignis.

Wer immer auch die Störungen der Massenversammlung organisiert hatte, ging von deren Live-Übertragung, also der Medienpräsenz aus.²⁴ Die Irritation des Diktators über diese Störungen betrifft deshalb die Machtbasis selbst, zu der als wesentlicher Bestandteil die Beherrschung der medial inszenierten Wirklichkeit gehörte. Die Sendung wurde zeitweilig unterbrochen. Die wenigen Geräusche und Zwischenrufe führten bei Zuschauern und beim Diktator zu der schlagartigen Erfahrung des Zusammenbruchs des Wirklichkeitskonstrukts, wobei hier der Verlust der Kontrolle über eine Kommunikationssituation zusammenfiel mit dem Verlust der Kontrolle über die Massenmedien. Der Kollaps der Inszenierung bedeutete auch den Zusammenbruch der symbolischen Macht des Diktators, worauf Andrei Ujica hingewiesen hat.²⁵ Das nun entstandene mediale Vakuum, bestärkt durch die sichtbare Flucht Ceausescus vom Gebäude des Zentralkomitees, wurde nach wenigen Stunden durch das revolutionäre Fernsehen besetzt. Es präsentierte eine neue kollektive Form von mediatisierter Wirklichkeit, die weltweit verbreitet und trotz oder aufgrund immer neuer Horrormeldungen fast überall akzeptiert wurde. Die Medienereignisse ließen sich mit den vorhandenen Erwartungen zu einer stimmigen Konstruktion zusammenfügen. Dieses Wirklichkeitsbild trug wesentlich dazu bei, daß die Revolution im Inneren Erfolg hatte, und zwar indem es jene angespannte, aber doch euphorische Lage präsentierte und produzierte, die das Erleben der nächsten Tagen beherrschte. Durch das Fernsehen wurde Bukarest nun zum Zentrum des revolutionären Geschehens, denn erst das Fernsehen schuf die von den Revolutionären gevollte Sichtweise - die mediale Produktion des gewollten Sinns durch das 'gesehene' Sinn - der Ereignisse. Immer neue 'Enthüllungen' konnten dem Zuschauer in den vom 22. bis 27. Dezember durchgehenden Sendungen präsentiert werden. Die Fernsehstudios avancierten zum Zentrum des offiziellen Sinns und seiner Sichtbarkeit.

Von einem kohärenten Programm konnte während dieser Zeit natürlich kaum gesprochen werden. Dennoch war ein bestimmter Gestus der Gestaltung dieser Medieninszenierung zu erkennen. Die Auftritte im Studio, bei denen oft eine Menge mehr oder weniger erregter 'Statisten' im Hintergrund zu sehen war, erschienen den Zuschauern wie eine Fortsetzung der spontanen Demonstrationen auf den Straßen von Bukarest. Um diese chaotische Situation mit einer sich jedoch bereits abzeichnenden Ordnung im Fernsehen zu symbolisieren, wurden neben Militärs und Politikern bekannte Dissidenten - Künstler, Publizisten und Literaten - aufgeboten.

Wesentlich erscheint nicht so sehr die Frage, ob hier bewußt manipuliert wurde, sondern die Tatsache, daß durch die Medienpräsenz automatisch eine Inszenierung zustande kam. Die Botschaft dieser Inszenierung war einfach: es galt, medial vermittelte Authentizität zu

produzieren, um so zu zeigen, daß die Revolution weiterging und dabei zugleich ihren noch bedrohlichen Status hervorzuheben. Die Erstürmung der Bastille - hier vertreten durch das Gebäude des Zentralkomitees - war etwas zu schnell und problemlos vonstatten gegangen. Während die Demonstranten noch glaubten, mit der Eroberung des Machtzentrums auch schon die Macht selbst inne zu haben, trafen sich hinter ihrem Rücken und in demselben Gebäude bereits die zukünftigen Herrscher.²⁶

Um nicht den Eindruck eines relativ problemlosen Militärputsches aufkommen zu lassen, mußten die Kämpfe und der schwierige Sieg der Revolutionäre nachgeliefert werden. Dazu wurden die Bilder der Leichen vom Armenfriedhof in Temesvar ebenso benutzt wie auch die Berichte von fiktiven und realen Straßenkämpfen in Bukarest, die erst jetzt einsetzten. Waffen waren wahllos verteilt worden, und plötzlich sprach man von Terroristen, die die Revolution bekämpften und die kollektiven Ängste an sich banden. Obwohl sie anonym blieben, trugen sie doch den Namen des Feindbildes, auf das man sich geeinigt hatte: Ceausescu-Clan und rumänischer Geheimdienst, Securitate genannt. Es waren Kämpfe ohne sichtbare Feinde.

Zur Aufrechterhaltung der Ungewißheit diente auch die 'Entdeckung' des geheimen, unterirdischen Tunnelsystems der Securitate, das angeblich ganz Bukarest durchzieht. All diese Nachrichten wurden wohllosiert zu einer Zeit vermittelt, als der Machtwechsel längst vollzogen war. Es muß in Erinnerung gerufen werden, daß die Zuschauer in gewissem Sinne solche Bilder und Ereignisse erwarteten. Die Berichte über die vorrevolutionären Spannungen, die gewaltsame 'Urbanisierung' der rumänischen Dörfer, aber auch die Erinnerung an die Unterdrückung der Aufstände in China, verbunden mit den Berichten über die Kampfkraft und Ergebenheit der rumänischen Geheimpolizei, hatten jene 'Vorahnungen' des Publikums geschaffen, die nun durch die Fernsehbilder eingelöst wurden. Analysen und Hintergrundberichte waren vielleicht zu dieser Zeit weder möglich noch, so kann vermutet werden, vom Publikum gewünscht. Denn für eine kurze, beängstigende, aber euphorisch empfundene Zeit lebte es dem Gefühl, Zeuge eines basalen unverfälschten Ereignisses zu sein: dem Ablauf von Geschichte im Fernsehen. Aufgrund der Intensität dieser komplexen medialen Kopplung, verbunden mit Erwartungen und bekannten historiographischen Erzählelementen, konnte das ausländische Fernsehpublikum alle Erfahrungen mit elektronischen Medien und ihren Wirklichkeitskonstruktionen vergessen oder lustvoll verdrängen. Eigentlich hätten zumindest einige Zuschauer sich daran erinnern können, daß ein Effekt der Geschwindigkeit elektronischer Berichterstattung darin besteht, die Differenz zwischen Geschehen, Geschichte und Geschichtsschreibung zu verwischen und den Qualitätssprung in jene Medienwirklichkeit zu erzeugen, die mit allen diesen Bereichen zwar Berührungspunkte besitzt, aber mit keiner von ihnen gleichzusetzen ist. Dieser Kollaps tritt immer dann mit besonderer Intensität auf, wenn die elektronischen Medien mit der größtmöglichen Geschwindigkeit arbeiten. Gerade dann können sie aber optimal im Sinne der Machterhaltung oder -gewinnung funktionieren. Auch die authentischsten Bilder - Medien können durch ihre kompakte Form von Wahrnehmungen und Kommunikation Authentizität steigern - sind in Gefahr, ins Rauschen umzukippen, und nach Friedrich Kittler entsprang „... dem Rauschen der Bildschirme (...) schaumgeboren die alte Macht als neue“.²⁷ Dies geschah so schnell, daß wir es, hinter der medialen Sichtbarkeit versteckt, nicht wahrnehmen konnten. Die intensive 'direkte' Sichtbarkeit der Ereignisse machte differenzierte Beobachtungen unmöglich.

Die Schlußinszenierung der Revolution, die mediale Gestaltung des Ceauşescu-Prozesses scheiterte jedoch. Offenkundig überschätzten sich die Militärs, die den Prozeß veranstalten ließen. Bei der Berichterstattung wurde deutlich, daß es zum Aufbau eines Medienereignisses nicht ausreicht, einem Obersten - der mit dem Medium Schrift betraute Protokollant war bezeichnenderweise nur ein Feldwebel - eine Kamera in die Hand zu drücken und auf die scheinbar so selbstverständliche Aussagekraft der Bilder zu hoffen. Mißlungen ist dieses Home-Video zumindest in den Augen des westlichen Publikums, das weder mit der argumentativen Qualität noch mit der audiovisuellen Gestaltung zufriedengestellt werden konnte. Sichtbar wurde nicht die Schuld eines altgewordenen Diktators, sondern die mißratene Inszenierung eines Prozesses. Nicht zuletzt offenbarte sich in diesen Medienspektakel auch die zunehmende Herrschaft der formalen Gestaltung über die Inhalte der Medienereignisse.

- 1 Vgl. M. Ozouf, *La fête révolutionnaire, 1789-1799*, Paris 1976, S. 235-259.
- 2 Ein Reporterteam des französischen Senders Antenne 2 untersuchte die Berichterstattung über die Rumänische Revolution in einer Sendung der Reihe „Envoyé spécial“, die am 17.5.1990 ausgestrahlt wurde.
- 3 Der Sammelband von P. Watzlawick (Hrsg.), *Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben?* Beiträge zum Konstruktivismus, München/Zürich²1985, gibt eine variantenreiche Einführung in die konstruktivistische Erkenntnistheorie. Zum aktuellen Diskussionsstand des Radikalen Konstruktivismus vgl. auch N. Luhmann, *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*, Opladen 1990; V. Riegas/Ch. Vetter (Hrsg.), *Zur Biologie der Kognition. Ein Gespräch mit Humberto R. Maturana und Beiträge zur Diskussion seines Werkes*, Frankfurt/M. 1990 sowie J. S. Schmidt (Hrsg.), *Der Diskurs des Radikalen Konstruktivismus*, Frankfurt a.M. 1987.
- 4 J. S. Schmidt, *Der beobachtete Beobachter. Zu Text, Kommunikation und Verstehen*, in: Riegas, a.a.O., S. 308ff.
- 5 J. S. Schmidt, *Über die Rolle von Selbstorganisation zum Sprachverstehen* (Ms.), demnächst in: G. Küppers/W. Kron (Hrsg.), *Emergenz und Selbstorganisation*, Frankfurt a.M.
- 6 H. R. Maurana, *Elemente einer Ontologie des Beobachtens*, in: H. U. Gumbrecht/K. L. Pfeiffer (Hrsg.), *Materialität der Kommunikation*, Frankfurt/M. 1988, S. 830-845.
- 7 Der Theoriebereich der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien bleibt hier ausgespart, schon um Begriffsverwirrungen zu vermeiden.
- 8 Vgl. N. Luhmann, *Das Problem der Epochenbildung und die Evolutionstheorie*, in: H. U. Gumbrecht/U. Link-Heer (Hrsg.), *Epochenschwellen und Epochenstrukturen im Diskurs der Literatur- und Sprachgeschichte*, Frankfurt/M. 1985, S. 11-33.
- 9 Vgl. ders., *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt/M. 1984, S. 191-241.
- 10 Ders., *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1990, S. 549f.
- 11 Vgl. J. Baudrillard, *Der symbolische Tausch und der Tod*, München 1982, S. 87-96.
- 12 *Zur technischen Entdifferenzierung des Gegensatzes von Fiktion und Simulation* vgl. N. Bolz, *Eine kurze Geschichte des Scheins*, Münchens 1991, S. 110-120 und F. A. Kittler, *Fiktion und Simulation*, in: K. Barck u.a. (Hrsg.), *Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik*, Leipzig 1990.
- 13 J. Baudrillard, *La guerre du golf n'a pas eu lieu*, Paris 1991, S. 47ff., 74.
- 14 W. Godzich, *Vom Paradox der Sprüche zur Dissonanz des Bildes*, in: H. U. Gumbrecht/K. L. Pfeiffer (Hrsg.), *Paradoxien, Dissonanzen, Zusammenbrüche. Situationen offener Epistemologie*, Frankfurt/M. 1991, S. 758.
- 15 Vgl. F. Lyotard, *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*, Graz/Wien 1986, S. 96-122.
- 16 M. Schneider, *Das Gericht im Off. Der Prozeß gegen die Ceauşescus*, in: H. v. Amelunxen/A. Ujica, *Television/Revolution. Das Unmaßmaß des Bildes. Rumänien im Dezember 1989*, Marburg 1990, S. 133.
- 17 Dieses an vielen Beispielen ausgeführte Basistheorem (vgl. etwa N. Luhmann, *Soziologische Aufklärung...*, a.a.O.; T. G. Roth, *Erkenntnis und Realität. Das reale Gehirn und seine Wirklichkeit*, in: S. J. Schmidt, a.a.O., 1987; F. J., *Varela Autonomie und Autopoiesis*, in: S. J. Schmidt, a.a.O., 1987) stellt immer noch die zentrale erkenntnistheoretische Provokation der Systemtheorie dar.

- 18 Vgl. N. Luhmann, a.a.O., 1984, S. 57-70.
- 19 Vgl. ebenda, S. 191-241.
- 20 Vgl. ebenda, S. 286-340.
- 21 Vgl. N. Luhmann, *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, a.a.O., S. 181-189.
- 22 Vgl. E. Pöppel, *Grenze des Bewußtseins. Über Wirklichkeit und Weiterfahrung*, München 1987, S. 22-42.
- 23 Vgl. J. Meyrowitz, *Die Fernseh-Gesellschaft. Wirklichkeit und Identität im Mediencalter*, Weinheim/Basel 1987, S. 81 f.
- 24 A. Rados, *Die Verschwörung der Securitate. Rumäniens verratene Revolution*, Hamburg 1990, S. 91-100.
- 25 Vgl. H. v. Amelnxer/A. Ujica, a.a.O., S. 79.
- 26 Vgl. A. Rados, a.a.O., S. 114-155.
- 27 F. A. Kitzler, *Draculas neues Vermächtnis. Eine Eurovision*, in: H. v. Amelnxer/A. Ujica, a.a.O., S. 130.

Medienpolitik: Das (v)ideologische Patchwork Saddam Husseins

Die Ausgangsthese scheint auf den ersten Blick kühn: Zwischen der tributgebundenen Gesellschaftsformation und dem petrodollargebundenen Gesellschaftskörper stehen bis heute zwei Kulturen: Die Kamel- und die Mercedeskultur! Das mag verwirrend klingen, ist aber ein Zugang für die anschließenden Bemerkungen. Jede dieser Kulturen, die nebeneinander existieren und doch weit voneinander entfernt sind, besitzt ihre eigenen Medien. Die im Tiefdruckverfahren hergestellten Millionenaufgaben der Zeitungen haben die „al-Muallaqat“ (die „Aufgehängten“) abgelöst - jene auf Papyrus oder Gazellenhaut geschriebenen Gedichte, die man in vorislamischer Zeit zu bestimmten festlichen Anlässen an der Karibau aufzuhängen pflegte.

Rundfunk und Fernsehen ersetzen die Jahilia-Dichter. Diejenigen Dichter und Rhetoriker, die ihre Existenzgrundlage verloren, suchten Zuflucht in der Moschee. Die Moschee war auch eines der ersten Medien. Denn hier wurde das Wort mit dem Dsch gepaart. Der Prophet Mohammed selbst hatte seinen eigenen Dichter: Hassan ibn Thabit. Als Geschenk erhielt dieser von ihm eine junge Sklavin und ein Gut. So wurde der Kampf gegen die Ungläubigen zu einem Kampf der Dichter - und somit Medienpolitik, die schließlich zum sog. Heiligen Krieg führte.

Die erste Problematik der jüngeren Vergangenheit begann mit drei Faktoren: Kolonialherrschaft, Erdöl und Rundfunk. Die zweite Problematik bestand darin, daß die Intellektuellen glaubten, mit von außen kommenden Ideologien die Fremdherrschaft bekämpfen zu können.

Von Anfang an, also seit der Kolonialzeit, war der Rundfunk ein Monopol des Staates. Könige und Präsidenten besaßen sogar Wohn- und Schlafräume in der Rundfunkstation. Mitte der fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts kam in den arabischen Ländern das Fernsehen auf. Die arabische Befreiungsbewegung bzw. der Panarabismus unter Nasser fanden hierin ein ideales Instrument. Von mehr als drei Sendern konnte man täglich mindestens 8 Stunden lang die Reden Nassers hören. Kampflieder füllten den überwiegenden Rest der Sendezeit. Diese Selbstverherrlichung Nassers leitete ein Putschzeitalter ein. Nasser blieb nicht der einzige Führer der „arabischen Nation“: Nach einem Rundfunk-Aufstand am 14. Juli 1958 kam Abdul Karim Kassim im Irak an die Macht.

Da Kassim selbst den Führungsanspruch erhob, begann ein unerbittlicher Rundfunk-Krieg zwischen beiden Lagern. Kassim versuchte, durch die Einverleibung Kuwaits die Oberhand in einer arabischen Einheit zu erlangen, doch die Araber selbst ließen dieses Vorhaben scheitern.

Die uneinheitliche demokratische Bewegung und die fehlerhafte Politik der stalinistisch-maoistisch orientierten Führung der IKP Ende der fünfziger Jahre hinterließen ein Machtvakuum, das durch einen blutigen Rundfunk-Putsch am 8. Februar 1963, geführt von der Baath-Partei, dem Militär und islamischen Fundamentalisten, gefüllt wurde. Bald darauf konnte die Baath-Partei ihre Alleinherrschaft durchsetzen.

Auf den Bildschirmen erschienen die geschändeten Leichname von Kassim und seinen Mitstreitern. Damit war der Widerstand blutig beendet worden.

Die gesamte Baath-Führung quartierte sich im Rundfunkgebäude ein und schuf weitere Rundfunk- und Fernsehstationen. Innerhalb von nur neun Monaten - bis zum nächsten Rundfunk-Putsch von Arif im Oktober 1963 - ließ diese Partei allein in Bagdad 10 000 Oppositionelle ermorden und führte bereits damals einen barbarischen Vernichtungskrieg gegen die Kurden. Saddam Husseins Laufbahn begann während dieser neunmonatigen Rundfunk-Macht als Mitglied einer dreiköpfigen „Verhörkommission“, von den Irakern „Folterkommission“ genannt. Ihre sadistischen, faschistischen Methoden wollen wir hier nicht kommentieren.

Da Saddam eine Karriere innerhalb der Armee verwehrt war - denn er ist nie Soldat gewesen - nutzte er seine Tätigkeit im Rahmen dieser Kommission geschickt aus. Es gelang ihm, die Armee unter Kontrolle der Partei zu stellen und alle Rivalen zu liquidieren. Durch den Rundfunk-Putsch vom Juli 1968 kam die Baath-Partei erneut an die Macht. Jetzt war Saddam an der Spitze der Führung und tauchte als Vizepräsident auf. Obwohl er offiziell der zweite Mann im Staate war, wurde er von den Medien, die unter seiner Kontrolle standen, als Hauptfigur dargestellt.

Nach diesem Putsch stand praktisch Saddam als Alleinherrscher an der Spitze der Macht. Die Fäden von Partei, Armee, von den Sicherheitsorganen und den Medien lagen in seinen Händen. Bis heute hat er einen persönlichen Fotografen und einen Kameramann. 80% aller Programme von Radio und Fernsehen haben seine Person zum Thema, oder es werden seine Reden ausgestrahlt. Jede Zeitung ist verpflichtet, täglich ein halbseitiges Porträt Saddams auf der ersten Seite zu bringen.

Die Iraker erzählen folgende Begebenheit: Ein Mann wollte sein Fernsehgerät reparieren lassen - ein mühsames Unterfangen, denn eine Reparatur ist mit langen Wartezeiten verbunden. Zum Erstaunen des Besitzers sollte er nach einer halben Stunde bereits sein Gerät wieder in der Werkstatt abholen. Auf dem Bildschirm hatte man ein Foto Saddams geklebt. „Was du mit dem Gerät sehen kannst, habe ich dir aufgeklebt“, sagte ihm der Mechaniker.

Die erste Amtshandlung des neuernannten Informationsministers Hammedi nach der Niederlage in Kuwait und dem gescheiterten Aufstand vom März 1991 war, laut irakischem Nachrichtendienst, eine sehr bedeutende Maßnahme, und zwar die Renovierung aller von den Aufständischen zerstörten Bilder und Denkmäler des Führers. Nach Ansicht einer Sonderkommission war dies wichtiger als die Beseitigung der Kriegsschäden oder die Versorgung der Bevölkerung.

Wenn wir davon ausgehen, daß eine kleine Bezirksstadt wie Bakuba allein 180 Denkmäler besitzt, wird das Ausmaß dieser Angelegenheit deutlich.

Saddams Parole - täglich durch alle Medien verbreitet - lautete: Die arabische Nation hat eine historische Mission, hat ein Schicksal. Dieses Schicksal ist eine Gabe Allahs und ist in der Person Saddam Husseins verkörpert. Saddam ist letztlich das Schicksal der arabischen Nation. Seine Vorbilder sind Napoleon, Bismarck und vor allem Hitler und Stalin.

Seine Baath-Partei wurde nach dem II. Weltkrieg von Michel Aflaq - einem früheren Mitglied der Syrischen KP - gegründet. Aflaq war ein Verfechter des Nationalsozialismus. Unter dem Deckmantel des Antikommunismus ging er radikal gegen die damals im Aufschwung befindliche demokratische Bewegung vor und gründete jene faschistische Terrororganisation.

Nach der Machtübernahme in Syrien und im Irak änderte sich der Aufbau dieser überregionalen Partei, die zwischen einer offenen demokratischen und einer total zentralistischen Orientierung schwankte. Im Laufe ihrer Entwicklung, besonders nach dem zweiten Rundfunk-Putsch vom Juni 1968, versuchten die Parteiführung und ihr nahestehende Kreise, diese Partei als alleinige Alternative darzustellen, um somit die patriotisch-demokratische und die kommunistische Bewegung von der politischen Bühne zu verdrängen. Von der kommunistischen Bewegung übernahm man die stalinistische Doktrin zur Festigung der Macht.

Die Baath-Partei übernahm:

1. den demokratischen Zentralismus bzw. den Zentralismus schlechthin,
2. die Diktatur der Partei, der Parteiführung und des Vorsitzenden,
3. die eiserne Disziplin, welche durch Saddam noch eine Steigerung erfuhr: Jeder, der sich mit der Führung konfrontierte, wurde durch ein Video-Gericht zum Tode verurteilt. (In dem bekannten Video-Gericht vom Sommer 1980 trat Saddam selbst als Jurist auf und nahm auch eigenhändig Hinrichtungen vor. Hierbei liquidierte er die Hälfte seiner Parteiführung. Jener Film wurde in allen Parteiorganisationen intern vorgeführt.) Für die internationalen Medien, die zu diesem Zeitpunkt den Diktator noch nicht als „Hitler von Bagdad“ entdeckt hatten, war dies bekanntlich eine innere Angelegenheit.
4. die führende Rolle der Partei in allen Bereichen der Gesellschaft,
5. die Durchsetzung einer herrschenden Ideologie (also statt Marxismus-Leninismus Nationalsozialismus),
6. die Ablehnung der Demokratie,
7. den Personenkult um den Führer.

Diese Prinzipien wurden von Saddam Hussein durch folgende drei Methoden realisiert:

1. durch eine unaufhörliche Agitation und Propaganda in allen Medien sowie das Isolieren der Menschen voneinander und auch voneinander;
2. durch Bevorzugung der Eliten mit Privilegien und einer gehobenen sozialen Stellung;
3. durch die Ausnutzung der Massenorganisationen als Werkzeuge der Macht und eine allumfassende Bürokratie.

Bevor Saddam Hussein seine „Mutter der Schlachten“ führte, begann er mit einer Medienpolitik in ganz neuer Dimension. Die jahrelange Verherrlichung seiner Person hatte ihn offenbar zu dem Glauben geführt, daß eine außerirdische Kraft hinter ihm stehe. In bestimmten Kreisen sprach man von einem Schutzengel, welcher Saddam bereits vor mehr als hundert gut organisierten Attentaten geschützt habe. Eine genealogische Untersuchung seines Stammbaums ergab schließlich, daß Saddam der heiligen Familie Mohammeds angehörte, also ein Enkel des Propheten sei. Daraufhin ließ er die Grabstätte der am 14. Juli 1958 gestürzten haschimitischen Königsfamilie renovieren, und empfing König Hussein von Jordanien - seinen neu entdeckten Vetter - wie einen Bruder.

Saddam blieb nicht beim Panarabismus stehen, stärker noch war der religiöse Einfluß. Dieses Mal sollte die arabische Einheit nicht durch die Liquidierung Israels realisiert werden, sondern durch eine Säuberung Mekkas und der Golfemirats von den nichthaschimitischen Familien, die die heiligen Stätten des Islams mit ihren wahabitischen Glauben usurpiert und beschmutzt hatten. Dies wiederum weckte einen alten Traum bei dem armen König Hussein,

der keinen Tropfen Öl besitzt und Pferdezucht betreibt. Dies erklärt aber auch die rätselhafte Freundschaft zwischen den beiden Husseins.

So betrieb Saddam seine Mercedes- und Kamelkultur-(V)ideologie. Er begann, zwischen Fernsehen und Moschee zu pendeln, und versuchte, mit Hilfe von Petroldollar und Dolch eine Einheit zwischen beiden Kulturen herzustellen.

Nicht nur der armen arabischen Bevölkerung, sondern auch den armen Muslims in Indien, Pakistan, auf den Philippinen und anderswo versprach er, sie mit dem neuerworbenen Reichtum zu überfluten. Sein Reich sollte ein Reich der Armen und der Gläubigen werden! Schließlich hatten ihm seine Wahrsager den Sieg über die Ungläubigen vorausgesagt, einen Sieg mit dem Schwert Allahs.

Der Video-Krieg Wüstensturm jedoch ist eine Tatsache geworden, blendend, lähmend und voller action, Er wirkt nicht so primitiv wie Giftgas!

Saddam hatte sich allerdings nicht vorstellen können, daß ihn sein Schutzengel auf diese Art und Weise bestrafen würde. Aber im letzten Moment ließ dieser ihn wieder laufen - denn die Video-Serie sollte noch nicht beendet werden.

Propaganda als Waffe - eine Betrachtung zum Krieg im medialen Jahrhundert

Unser Rahmenthema „Medien/Revolution/Historie“ regt den Historiker an, das Verhältnis von Realität und Medien genauer zu durchdenken, und erheischt natürlich auch Antworten auf die Frage, ob unsere Gegenwart eher aus dem tatsächlichen Geschehen oder aus ihrer medialen Widerspiegelung bestimmt wird. Aufs engste damit verbunden ist zugleich die Fragestellung, welchen Stellenwert Medien in unserer Welt einnehmen. Sicher scheint, daß eindimensionale Antworten hier versagen müssen, dazu sind die Probleme zu vielschichtig. Denn Arbeiten wie die anregende Untersuchung von Hubertus v. Amelunxen und Andrei Ujica¹ oder die beeindruckende Analyse Neil Postmans² stellen nicht zuletzt die Frage, ob die bewegten (Fernseh-)Bilder mittlerweile schon so mächtig geworden sind, daß sie uns nicht nur faszinieren, sondern daß sie gleichsam Gewalt über uns auszuüben vermögen.

Freilich ist mein Zugang zum Thema nicht geeignet, hierzu in jeder Hinsicht befriedigende Antworten zu finden. Ich will einen Einzelaspekt der uns interessierenden Problematik betrachten und formuliere hiernach als Quintessenz eine Hypothese.

Meine Überlegungen und Beobachtungen führen uns zunächst zurück in die Zeit unseres Jahrhunderts, als der massenhafte Konsum bewegter Bilder noch nicht möglich war bzw. noch in den Kinderschuhen steckte - die Jahre des ersten und des zweiten Weltkrieges. Im Krieg wird gekämpft, eine Binsenweisheit - und doch sei schon hier angeknüpft an das desorientierende Wort, wonach die Waffen *sprechen*. Denn - auch psychologische Einflußnahme auf den Kriegsgegner mittels des Wortes hat es schon immer gegeben. Doch noch nie zuvor hat diese Begleiterscheinung der Stahlgewitter solche Dimension erreicht wie in unserem Jahrhundert. „Kalt und heiß müssen die Worte fallen, sie dürfen böse sein und können des Giftes oft nicht entzaun. Sie sollen erschrecken und warnen oder wie blanker Stahl ihren unbarmherzigen Schnitt tun...“³, so die Maxime eines Akteurs im zweiten Weltkrieg.

Mit der geradezu atemberaubenden technischen Entwicklung (Rundfunk, Drucktechnik, Vervielfältigungsgerät, Abschußtechnik, Abwurfmechanismen etc.) wurde eine effiziente propagandistische Aktivität kriegführender Parteien möglich, die eine völlig neue Qualität bedeutete. Etwa ist hier folgendes Beispiel zu nennen: Die Gesamtzahl der im zweiten Weltkrieg eingesetzten Flugblätter ist in Milliarden (!) zu beziffern.⁴ Auch unter diesem Blickwinkel hat Erich Ludendorffs Wort vom „totalen Krieg“ seine volle Berechtigung.

Inmitten des zweiten Weltkrieges trat eine Kraft auf den Plan, die allein mit eben diesen propagandistischen Mitteln wirken konnte und mußte. Um diese Konstellation zu verstehen, sind einige Stichpunkte zur Situation des Jahres 1943 vonnöten. Mit der Stalingrader Schlacht des Winters 1942/43 war eine Wende im Kriegsverlauf eingeleitet, doch hielten deutsche Truppen noch erhebliche Gebiete der Sowjetunion besetzt. Die Rückeroberung würde, dies war der um Stalin gruppierten sowjetischen Militärführung natürlich klar, mit immensen Opfern und gewaltigen Kraftanstrengungen verbunden sein. Ein Versuch, diese Situation auf

einem unorthodox erscheinenden Wege zu lösen, nämlich indem man gleichsam Deutsche gegen Deutsche antrien ließ, konnte unter keinen Umständen der sowjetischen Seite zusätzliche Nachteile beschern. Solche Überlegungen fielen zusammen mit dem Wunsch und der Absicht deutscher Emigranten in der UdSSR, aktiv am Kampf gegen den Hitlerfaschismus teilzunehmen. In hier nicht ausführlich zu erörternden Schritten entstand so im Juli 1943 zunächst das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, in dem sich Kriegsgefangene und Emigranten zusammenschlossen. Im September des gleichen Jahres konstituierte sich der Bund Deutscher Offiziere, beide Organisationen bildeten gemeinsam die Führung der Bewegung „Freies Deutschland“. Die Kernidee dieser Bewegung läßt sich wie folgt skizzieren: Ein Abbruch des Krieges und die Ablösung Adolf Hitlers an der Spitze des deutschen Reiches sichere Deutschland die Fortexistenz im Kreis der Völker, während die Weiterführung der Kämpfe unweigerlich in eine bislang ungekannte Katastrophe, in die Bedrohung der weiteren nationalen Existenz überhaupt, führe. Der Kommunikationstradition des Militärs angemessen, fand diese Überlegung Ausdruck in einer sogenannten Hauptlosung: „Zurückführung der Armee gegen den Befehl Hitlers unter verantwortungsbewußter Führung an die Reichsgrenze“.⁵ Für unser heutiges Thema ist hier von Belang: in dem bis dahin blutigsten und fürchterlichsten Krieg, den die Menschheit erlebt hätte, rief eine neu in die Auseinandersetzungen eintretende Kraft *ausschließlich* mit propagandistischen Mitteln, mit Medien (Zeitung, Rundfunk, Flugblättern, Fahnen, Grabenlautsprechern etc.) dazu auf, durch einen in seinem tatsächlichen Gehalt revolutionären Akt dem Krieg eine Wende zu geben. Hier liegt übrigens auch der entscheidende Unterschied zur Integration des Kriegsgefangenen Generals Vlassov auf deutscher Seite; er sollte auf ganz traditionelle Weise, nämlich mit bewaffneten Einheiten, in das Geschehen eingreifen. Das geschilderte Bemühen der Bewegung „Freies Deutschland“, dem Krieg eine völlig neue Entwicklung zu geben, konzentrierte sich im Herbst und Winter 1943 vor allem auf die Eliten - sowohl in der kämpfenden Wehrmacht als auch in Deutschland selbst. Natürlich wurden sehr schnell technische Grenzen erreicht, stand man zudem unter einem unerbittlichen Zeitdruck. Aber schon bald konnte es als sicher gelten, daß, wie es ein Akteur trefflich umschrieb, unsere Appelle „in einen Wald des Schweigens fielen“. Vor allem aufgrund dieser Erfahrung veränderte die Bewegung „Freies Deutschland“ im Januar 1944 ihre Propaganda und rief nun jeden Soldaten auf, für sich selbst zu sorgen. Die neue Hauptlosung hieß jetzt: „Einstellen der Kampfhandlung und Übergehen auf die Seite des Nationalkomitees!“ In der Praxis bedeutete diese Orientierung - dies sei ausdrücklich hinzugesetzt - nicht die Aufforderung, sich schlechthin der Roten Armee gefangenzugeben, lediglich zu kapitulieren. Dieser dabei unerläßliche Schritt bildete nur die Vorstufe zur eigentlichen Abkehr von Hitler und dem Übertritt auf die Seite der Bewegung „Freies Deutschland“.

Für die auch im Zeichen dieser Orientierung letztendliche Erfolglosigkeit steht am eindrucksvollsten das Geschehen um Kessel von Korsun-Sevčonkovski. Im Februar 1944 hatte die Rote Armee in der Nähe der Stadt Čerkassy mehr als 100.000 deutsche Soldaten eingeschlossen. Nach der Ablehnung eines ultimativen Kapitulationsangebotes der Roten Armee durch die Einkesselten gestattete die sowjetische Seite einer repräsentativen Delegation des Offiziersbundes unter Führung des Generals von Seydlitz, sich direkt an die Eingeschlossenen zu wenden. Mehrere Tage lang wurden jene unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden propagandistischen Mittel über ihre aussichtslose Lage informiert,

liches Angebot zur Kapitulation Zusicherungen bereit, die über übliche Versprechen ehrenhafter Behandlung weit hinausgingen. Dazu gehörte etwa die Versicherung, auch in der Gefangenschaft würden die jetzt bestehenden Strukturen der Truppe einschließlich ihrer Führung garantiert.

Doch auch diese Offerte verhinderte das Desaster nicht. Obwohl die Mehrheit der Eingeschlossenen ohne Zweifel das Angebot kannte, folgte sie dem irrsinnigen Ausbruchversuch unter Führung des SS-Generals Gilla. Die Bilanz war verheerend: Etwa 20.000 Soldaten erreichten in planlosem Vorwärtstürmen gegen feindliches Feuer in tiefem Schnee und bei schneidender Kälte die deutschen Linien, neben 18.000 Gefangenen blieben jedoch 55.000 Tote auf dem Schlachtfeld zurück.

Diese Erfahrung war zutiefst erschütternd: Trotz des Einsatzes aller propagandistischen Mittel, der den Appell an die Vernunft und das Gewissen mit handfesten praktischen Zusagen verband, war kein Übergehen größerer Truppenteile zu erreichen. Nationalkomitee und Offiziersbund haben dennoch nicht aufgegeben. Ungeachtet der negativen Bilanz konzentrierten sich die Gedanken immer wieder auf die Frage, wie die Macht des Wortes verstärkt werden könne, wie zu bewerkstelligen sei, daß der deutsche Soldat wenigstens sein Leben rette. Ich werte im folgenden ein Dokument aus, das aus dieser Intention heraus entstand und bislang von der Forschung nicht berücksichtigt worden ist. Diese Ignoranz ist leicht erklärlich, denn die „Mitteilungen für die Bevollmächtigten und ihre Beauftragten an der Front“ Nr. 5 stammen vom Januar 1945. Zu diesem Zeitpunkt war der Sturm auf Berlin in greifbare Nähe gerückt, die Bewegung „Freies Deutschland“ in Hinsicht auf den Verlauf der Kampfhandlungen faktisch ohne Bedeutung.

In dieser Situation zog das NKFD eine Bilanz seiner bisherigen Flugblattpropaganda⁶ und entwickelte folgende Kerngedanken: Das gedruckte Wort habe gegenüber mündlichen Mitteilungen und ihrer Weitergabe den Vorzug, da es auch bei mehrfacher Wiederholung unverfälscht bleibe. Ein Flugblatt sei klein, das begünstige - im Unterschied zu einer Zeitung - sein Aufheben. Die Erwartungshaltung des deutschen Soldaten sei mehrschichtig. Einerseits nähme er jedes Flugblatt mit äußerstem Mißtrauen in die Hand, denn es sei ja Feindpropaganda. Andererseits bestünde ein Wissensdurst, denn mittlerweile sei für ihn erkennbar, daß Hitler nicht mehr wahrheitsgetreu informiere. Je einfacher und überzeugender in dieser Konstellation ein Flugblatt auf die aus dem Kriegsalltag hervorgehenden Fragen antworte, umso höher seien seine Erfolgchancen. Knapp, einfach und unkompliziert müsse die Flugblattpropaganda sein; durchaus gelte hier der Leitgedanke, Philosophie sei nichts für den Nahkampf! Ausgehend von dieser Basis wurden sechs Grundsätze zukünftiger Propaganda entwickelt:

1. Aus Inhalt und Argumentation jedes Flugblattes müsse klar hervorgehen, daß Deutsche zu Deutschen sprechen, daß sich eben das NKFD oder der BDO an die deutschen Soldaten wende.
2. Das Flugblatt solle ein zentrales Thema der Propaganda der Bewegung „Freies Deutschland“ behandeln. Es müsse das Interesse des deutschen Soldaten erwecken und möglichst anknüpfen an konkrete Vorfälle bei den deutschen Truppen, an die es sich wendet, oder an die militärische Lage in dem betreffenden Frontabschnitt.
3. Jedes Flugblatt müsse für die Idee des NKFD werben und somit für den Kampf gegen Hitler, für die Beendigung des Krieges agitieren.
4. Behauptungen müßten bewiesen werden. Viele Tatsachen oder Schlußfolgerungen, die für

Angehörige der Bewegung feststünden und logisch seien, müßten dem verhetzten, mißtrauischen Leser erklärt werden, sonst verpufften sie wirkungslos.

5. Lösungen hätten einen Weg zu ihrer Durchführung aufzuzeigen, im deutschen Soldaten müsse der Mut zum Auftreten gegen das Naziregime und die Zuversicht in die eigene Kraft geweckt werden.

6. Der Inhalt des Flugblattes solle sich in einfachen, klaren, unkomplizierten Gedanken ausdrücken, der Text in verständlicher und knapper Sprache geschrieben sein.⁷

Diese Wiedergabe wurde bewußt etwas länger gehalten, denn hier ist deutlich zu erkennen, daß es bei der propagandistischen Einflußnahme eben nicht um ein besonders geschicktes Überumpeln oder Winkelzüge in der Ausnutzung menschlicher Schwächen ging, sondern um vor allem an der Wahrheit, Logik und Autorität orientierte Formen der Einflußnahme.

Und dennoch blieb die Bilanz insgesamt enttäuschend, bis zum Kriegsende gelang es nicht, einen spektakulären Erfolg zu verzeichnen. Hier entspringt nun die Frage, ob es sich um einen Zufall gehandelt hat oder ob dieser Mißerfolg gesetzmäßig eintreten mußte. Über diese Frage ist viel diskutiert worden, es ist nicht möglich, alle Facetten der Debatten zusammenzutragen. Weitgehende Einigkeit besteht jedoch, daß die letztliche Erfolglosigkeit der Bewegung „Freies Deutschland“ im Ruf über die Front hinweg nicht mit einem verfehlten Konzept ihrer Propagandainhalte zu erklären ist. Und im Anschluß hieran will ich auch meine These formulieren:

Auch in den Kriegen unseres Jahrhunderts haben letztendlich die Waffen das ausschlaggebende Gewicht in die Waagschale geworfen. Solange nämlich das jeweilige System einer kriegführenden Seite funktionierte, entwickelte es auch hinreichend integrative Kräfte, um allen propagandistischen Herausforderungen einer gegnerischen Seite zu widerstehen. Das geschah z.B. auf dem Weg der Eigenpropaganda, die einerseits bestrebt war, die Glaubwürdigkeit des Gegners auszuhöhlen, andererseits aber auch rigide Umgangsweisen mit dessen Propagandaprodukten anwies: „... jedes Wort, jeder Gedanke, den der Feind über Sender, mit Lautsprechern, mit Flugblättern, durch Agentengerichte an einen deutschen Menschen heranzubringen sucht, ist Gift, ist ein politischer Sprengkörper, ist eine Stinkbombe, welche die Luft verpestet. Die Haltung schärfster Ablehnung und verächtlicher Nichtachtung ist daher selbstverständlich“⁸, hieß es in den Mitteilungen für die Truppe im September 1944. Kein Zweifel, solche drakonischen Unterweisungen blieben im System funktionierender Schulung des Soldaten nicht ohne Wirkung. Und einige markante Bilder im 20. Jahrhundert scheinen mir ein Beleg für die Wiederholung gleicher Zusammenhänge zu sein. Wir kennen sie alle: Schmutzige, abgekämpfte, ja, abgerissen wirkende Soldaten kapitulieren nach dem Ende mörderischer Gefechte vor einem übermächtig scheinenden Gegner. Und in den Händen, die sie ihnen jetzt fast flehend entgegenstrecken, halten sie einen zumeist kleinen, ebenso schmutzigen, zerknautschten Zettel. Das sind Bilder, die gleich dutzendfach aus den Weltkriegen überkommen sind.

Mit diesen kleinen Zetteln hat es eine besondere Bewandnis. Denn auf diese Flugblätter sind Passierscheine für den Finder aufgedruckt, damit wird das Blatt zum „Ausweis“ (tatsächlich hat z.B. die deutsche Wehrmachtpropaganda diesen Begriff verwendet), der dem Inhaber in aller Regel eine gute Behandlung in der Gefangenschaft und eine baldige Heimkehr

nach Kriegsende zusichert.⁹ Unlängst hatte ich die Gelegenheit, einige Flugblätter aus dem Golfkrieg zu sehen. Sie unterschieden sich in der Aufmachung in nichts von den Blättern des zweiten Weltkrieges. Und deshalb verwundert auch nicht, daß sich die Weltkriegsbilder genau in dem Moment zu wiederholen begannen, als die Bodentruppen im Golfkrieg auf irakisches Territorium vorrückten. Dieser Krieg, der uns alle bis zu diesem Punkt wegen seiner medialen Umsetzung und Präsentation im Stil eines grandiosen Videospiele beschäftigt hatte, zeigte plötzlich ein ganz traditionelles, herkömmliches Gesicht. Hier war nichts mehr vom angeblich sauberen, sich nur auf Bildschirmen zutragenden Kampf übrig. In den Gesichtern der Geschlagenen und Demoralisierten stand vor allem Angst, und auch sie klammerten sich an den kleinen Zettel. Er verkörperte für sie das Prinzip Hoffnung...

Die Fortschritte im Einsatz propagandistischer Mittel in den Kriegen unseres Jahrhunderts waren immens. So resümierte der amerikanische Präsident Eisenhower: „Wir haben in diesem Krieg (gemeint ist der zweite Weltkrieg), der wirklich total war, viele Veränderungen im militärischen Bereich erlebt. Für mich ist die wichtigste Veränderung die Entwicklung der psychologischen Kriegführung als eine ganz besondere Waffe.“ Und Lev Kopelev, der selbst an der sowjetischen Propaganda gegen die Wehrmacht mitwirkte, bemühte im Rückblick ein Wort Puškins, der der Buchdruckerkunst auch eine Zukunft als „einer neuen Art der Artillerie“ prophezeit hatte: „Ja, das Wort ist eine Waffe, eine Waffe, die man oft unterschätzt oder auch mißbraucht...“¹⁰

Und dennoch, so meine These, blieb bis zum heutigen Tag der Erfolg der eingesetzten Medien, blieb die Propaganda der Politik nachgeordnet. Erst dann, wenn jene am Ende ist, greifen diese, vermögen Medien das entstehende Vakuum zu füllen. Deutlich erkennbar war das am Ende des ersten Weltkrieges. Hier scheint mir - damit kehre ich zum Ausgangspunkt meiner Betrachtung zurück - auch ein Schlüssel für die Geschichtsmächtigkeit namentlich des Fernsehens in den rumänischen Entwicklungen Ende 1989 zu liegen: es füllte die plötzliche Leere aus, die entstand, als die bisherige Politik am Ende war, weil die bisherigen Strukturen einen irreparablen Zusammenbruch erlitten hatten.

- 1 Television/Revolution - Das Ultimatum des Bildes, hrsg. v. H. v. Amelnunx/A. Ujica, Marburg 1990.
- 2 N. Postman, Wir amüsieren uns zu Tode, Frankfurt/M. 1985.
- 3 H. Schwarz van Berk (Hrsg.), Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit von Joseph Goebbels, München 1936, S. 16.
- 4 Die bislang vollständigste Zusammenstellung dieses Propagandamediums bietet in vorzüglicher Erschließung und Reproduktion: K. Kirchner, Flugblattpropaganda im Ersten Weltkrieg, Erlangen 1985ff. (bisher 2 Bde); derselbe, Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg, Erlangen 1974ff. (bislang 13 Bde).
- 5 Ausführlich siehe hierzu: K. Pech/G. Diesener, Zur Entstehung und zum Wirken der Bewegung „Freies Deutschland“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7/1988, S. 595 - 607.
- 6 Die bislang umfassendste Zusammenstellung der Flugblätter der Bewegung „Freies Deutschland“ liegt vor bei: H. H. Düsel, Die Flugblätter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ 1943 - 1945, Bad Aibling 1987.
- 7 Vgl. Mitteilungen für die Bevollmächtigten und ihre Beauftragten an der Front, Nr. 5, Januar 1945, (Ms.), S. 1f.
- 8 Mitteilungen für die Truppe, Nr. 358 vom September 1944, hrsg. v. OKW.
- 9 Vgl. z.B. in den genannten Bänden von K. Kirchner, Reproduktion auch bei: O. Buchbender/H. Schuh, Die Waffe, die auf die Seele zielt, Stuttgart 1983, S. 50 und 107; siehe dazu auch S. 112.
- 10 Zitiert nach: ebenda, S. 7.

Die Revolution der Telekommunikation - oder: Les Enfants de la Revolution sont les Filles

„Über die Revolution“ schrieb Hannah Arendt in ihrem gleichnamigen Buch: „Das Wort ‘Revolution’ kommt aus der Astronomie und begegnet uns zuerst in dem großen Werk des Kopernikus *De revolutionibus orbium coelestium*. Der wissenschaftliche Sprachgebrauch behielt den präzisen lateinischen Sinn bei und bezeichnete eine gesetzmäßig und kreisförmig verlaufende ‘revolvierende’ Bewegung der himmlischen Körper, welche, dem Einfluß des Menschen entzogen, für unwiderstehlich galt und daher weder durch Neuheit noch durch Gewaltbarkeit charakterisiert war.“¹

Den Irrtum des Kopernikus, wonach sich himmlische Körper auf kreisförmigen Bahnen bewegen, korrigierte der Württemberger Johannes Kepler, der die Astronomie durch die mathematisch exakte Auswertung von Meßdaten im wahrsten Sinne des Wortes revolutionierte. Die drei Keplerschen Gesetze von den Planetenbewegungen formulierten deren Umlaufbahnen als ellipisch und zerstörten das antike Ideal des Kreises.

Knapp dreihundert Jahre später war es die Erfindung des französischen Ingenieurs Claude Chappe, die himmlische Verhältnisse auf Erden schuf. Sein optisches Telegraphensystem machte es möglich, daß statt Himmelskörper erstmals Informationen mit astronomisch-mathematischer Exaktheit auf Umlaufbahnen optischer Telegraphenlinien jene revolvierende Bewegungsfreiheit erhielten, die staatlich-militärische Planbarkeit ermöglichte und telekommunikativen Nachrichtenfluß Gesetzeskraft zukommen ließ.

1793 fanden Gutenberggalaxis und Postlandschaft ihren Meister in der Telekommunikation. Nicht anders war es in jenen Märztagen von 1848, wo Printmedien die Agitation und Mobilisierung von Menschen erwirkten und staatlicher Zensur und Postwesen die Grenzen adelig-militärischer Omnipräsenz und Allgewalt aufzeigten. Wenn dann in den Augen von Generälen Reaktionszeiten von Macht „Komödie“ heißen, werden neue Umlaufbahnen, also Revolutionen, möglich und nötig, damit Worte zünden und Militärs Wirklichkeiten schaffen können.

Mit anderen Worten: die eigentlichen Umwälzungen der Neuzeit sind medientechnische Ereignisse und im wahrsten Sinne des Wortes Revolutionen - nämlich Revolutionen der Telekommunikation. Deshalb gilt es, das Buch der Geschichte, die sich seit Ende des 18. Jh. schrieb, erneut aufzuschlagen und nochmals Geschichten zu erzählen, die sich schon geschrieben haben.

Paris im Juni 1789: In jenen unruhigen Tagen, da der absolutistische Ständestaat zur Disposition stand, bemerkte ein Zeitgenosse über die Ursachen der umstürzlerischen Ereignisse: „Woher kommt soviel wilde Unruhe? Von einem kleinen Haufen Schreiber und Anwälte, von unbekanntem Schriftstellern, hungernden Skribenten, die in den Cafés und Klubs Aufruhr stiften. Dort werden die Waffen geschmiedet, mit denen die große Menge heute ausgerüstet wird.“²

In jenen Juni-Tagen, da sich der Dritte Stand zur Nationalversammlung erklärte und mit dem Ballhausgeschwur seiner Forderung nach einer Verfassung Nachdruck verlieh, war der Höhepunkt des postalischen Krieges erreicht, der spätestens seit Mitte des 18. Jh. in Frankreich tobte. Mit Druck-Sachen wie Pamphleten, Flugblättern und chroniques scandaleuses bekämpften die Angreifer aus der Gutenberggalaxis - „Literaten im Untergrund“ - das Macht- und Herrschaftsmonopol des Souveräns sowie die Privilegien und Vorrechte der ersten beiden Stände. Ihr besonderer Haß galt der privilegierten Kulturaristokratie und einer körperschaftlich organisierten Ordnung, in der neben Zünften, Zeitungen und Institutionen „Bücher selbst Träger von Privilegien waren, die die Gnade des Königs verlieh“.³ Die Geschichte dieses postalischen Krieges ist noch nicht geschrieben. Nur in Ansätzen sind manche der Maßnahmen bekannt, die von Seiten des Staates und aus dem Untergrund gemacht wurden, um für sich den Kampf um die Organisation, Koordination, Selektion und Distribution von Diskursen siegreich zu entscheiden. Es ist dies eine äußerst abwechslungsreiche Geschichte, die von Zensurbehörden, Polizeispitzeln, Druckern und Literaten erzählt.

Wirksame Waffe des absolutistischen Königs auf die literalen Attacken waren die berühmt-berüchtigten „lettres des cachets“, die viele der Schriftsteller per Eilzustellung aus dem Untergrund in die Verliese der Bastille brachten. Einer der Kriegsgefangenen war der Publizist und Advokat Nikolaus Henry-Simon Linguet, der 1780 nach seiner Rückkehr aus England verhaftet und eingekerkert wurde. Die Zeit seiner Gefangenschaft nutzte Linguet. Um nicht jahrelang im Dunkel seiner Zelle schmachten zu müssen, schlug er seinem Kriegsgegner einen Handel vor: für seine Freilassung bot er Ludwig XVI. eine neue Technik der Nachrichtenübermittlung an, die den postalischen Krieg mit einem Male beendet hätte. Linguets „poste aeriennne“ versprach, durch den neuen Gebrauch des Lichtes in kürzerer Zeit Nachrichten verschicken zu können, „als der geschickteste Schreiber braucht, um sie sechsmal leserlich abzuschreiben“.⁴ Von Versailles aus sollten daher Telegraphenlinien nach allen vier Himmelsrichtungen eingerichtet werden, wodurch der König seine Befehle mit der Geschwindigkeit des Lichtes hätte verschicken können. Doch Linguets Angebot stieß auf taube Ohren. Ludwig XVI. verkannte die Bedeutung von Telekommunikation, weil sein Verständnis von Herrschaftsausübung an mechanistisch-postalische Logistik gekoppelt war.

So kam es ab Anfang März 1789 zur Entscheidungsschlacht, in deren Folge ein Kompromiß gefunden wurde, der zunächst beide Kriegsparteien zufriedenstellte: die konstitutionelle Monarchie auf Grundlage der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Doch dieser Waffenstillstand hielt nur solange, als die mitteleuropäischen Großmächte die Verhältnisse im neuen Frankreich akzeptierten. Mit Ausbruch der Revolutionskriege im April 1792 wandelte sich das Blatt. Nach den ersten ernüchternden Niederlagen der französischen Armee erkannten die Organisatoren der französischen Republik, daß ihre Ideen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und einer geeinten Nation nicht mit herkömmlichen medientechnischen Mitteln zu vereindigen waren. Der äußere Feind und die bürgerkriegsähnlichen Umtriebe im eigenen Land forderten neue Techniken - oder anders gewendet: andere Umrüstungen staatlich-militärischer Herrschaftsgewalt und Organisation von Macht.

Es war der Republikaner Joseph Lakana⁵, der im Juli 1793 mit seinem Gutachten „Rapport sur le Telegraphie“ die Revolucion der Telekommunikation in Gang brachte. Seine Ausführungen über den militärischen Nutzen der optischen Telegraphie bei der Organisation und Koordination von in allen Landesteilen getrennt stationierten Heeresteilen überzeugten die

Abgeordneten des Wohlfahrtsausschusses. Der telekommunikative Nachrichtenfluß zwischen Himmel und Erde, schnell wie der Lichtstrahl, gewaltig und dem Einfluß von Menschen entzogen, schuf erstmals die Voraussetzungen dafür, daß in der Horizontalen Informationen auf semiotischen Umlaufbahnen optischer Telegraphenstrecken eine gesetzmäßige Bewegung vollziehen konnten. Gesetzmäßig, weil das Prinzip der optischen Telegraphie auf dem kontinuierlichen Nacheinander der übermittelten Zeichen von Station zu Station beruhte und die optischen Telegraphenzeichen Lichtgeschwindigkeit als Trägermedium hatten. Oder mit den Worten eines Zeitgenossen: „Nachrichtenüberlieferung durch Kuriere sind bei ihrer Langsamkeit, die bis jetzt Geschwindigkeit hieß, manchen Ueberfällen, Verhinderungen und Zufällen ausgesetzt, und oft sind sie gar unnötig. Der Telegraph kennt bei der Geschwindigkeit des Lichtstrahls keine Hindernisse, keine Auffangungen seiner *körperlosen, ungeschriebenen, doch leserlichen Briefe*, die das Auge des Lesers in der Luft buchstabirt; selbst des Nachts erstattet er seinen Bericht durch Fackeln, die auf den Enden der Hauptflügel und der Nebenflügel angebracht werden.“⁶

Mit der Revolution der Telekommunikation war in Frankreich nicht nur eine neue Technik der Nachrichtenübermittlung eingeführt worden, sondern zugleich wurde auch ein neues historisches Apriori inauguriert - das telekommunikative Apriori. Seine Positivität kommt in der schrittweisen Semiotisierung von Natur und Kultur zum Ausdruck und begründet wesentliche Kapitel der Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die „körperlosen, ungeschriebenen, aber leserlichen Briefe“ standen zu all jenem quer, was Ende des 18. Jh. mit Sprache und Schrift in Zusammenhang gebracht wurde. In der Entmaterialisation der Nachrichtenübermittlung gründete das Geheimnis ihrer Geschwindigkeit. Aber genau dieser Sachverhalt brachte die Aufklärer anno 1795 in Bedrängnis: „Dem glücklichen Genie des Ingenieurs und Geographen *Chappe* zu Paris (...) war es vorbehalten (...) ein eignes neues Sprachwerkzeug zu erfinden, welches bei der größten Einfachheit, einem entfernten Beobachter, dessen Auge bewaffnet ist, mit unglaublicher Seinnelligkeit alles auf das deutlichste und leichteste vorschreibt oder vormalt, was nur immer gesagt und geschrieben werden kann.“⁷

Telegraphie ist weder eine Schrift, die man Schwarz auf Weiß auf Papier hat und nachlesen kann; sie ist keine gesprochene Rede, und dennoch ein „Sprachwerkzeug“, dessen hölzerne 'Zunge' eine eigene lingua spricht. Trotz alledem kann man mittels Telegraphie alles zum Ausdruck bringen, „was nur immer gesagt und geschrieben werden kann“.

Die Doppeldeutigkeit dieser Definition hat System, weil sie genau die Leerstelle artikuliert, wo Telekommunikation sich Kategorien wie 'Schriftlichkeit' und 'Mündlichkeit' entzieht. Um diese Paradoxie in den Griff zu bekommen, bleibt dem Anonymus in seiner Darstellung nur der Ausweg in die Anonymität. Und das heißt: in eine quasitranszendente Struktur, die als 'Vor-Schrift' die Bedingung der Möglichkeit figuriert, „was nur immer gesagt und geschrieben werden kann.“ Und dies ist möglich, ohne daß Natur/Die Frau den transzendentalen Ort okkupieren und verschleiern muß. Denn die 'Natur' der Telegraphie sind schlichtweg eine Menge von Zeichen, die durch die unterschiedlichen Stellungen von Semaphoren, wie beim Chappeschen Telegraphen zum Beispiel, angezeigt werden: „Aus diesen Zeichen kann man nun nach Willkür so viele auswählen, als man für nöthig achtet, die Buchstaben des Alphabets, die Zahlen, und andere Schriftzeichen damit zu bezeichnen, und hierzu diejenigen Figuren aussuchen, die man für die deutlichsten und unverkennbarsten hält.“⁸

Herr des quasitranszendentalen Ortes ist die Willkür, die den Akt der Signifikation regiert. Alles oder Nichts kann Zeichenfunktion erhalten, denn der Akt der Zu-Ordnung wird zugleich zur Vor-Schrift und das nicht nur im philosophischen, sondern auch im verwaltschaftlich-technischen Sinne. Was durch die Zu-Ordnung bedeutet werden kann, beschränkt sich nämlich nicht allein auf die „buchstäbliche Ueberlieferung“ von Texten, sondern kann durch entsprechende Codierung Silben, Worte, Sätze, ja Texte übermitteln.

Doch die Konsequenzen, die sich aus der telekommunikativen Nachrichtenübermittlung ableiten, sind fundamentaler Natur. Telekommunikation zerstört den Repräsentationscharakter von Natur und Kultur, indem sie semiotisiert werden. Da bei der Telekommunikation grundsätzlich alles oder nichts zu telegraphischen Zwecken codiertes Zeichen sein kann, verliert die sinnlich wahrnehmbare Wirklichkeit ihre Eindeutigkeit. Wenn „verschiedene Farben, Leuchten und andere angezündete Feuer, Kanonenschüsse, Trompetenschall, kurz (...) alles (...), was von weitem gesehen oder gehört werden kann“, Zeichen eines telekommunikativen Nachrichtenflusses sein, d.h. Zeichenfunktion haben kann, dann sprengt Telekommunikation die Gewißheit über das Korrespondenzverhältnis von Wahrnehmung und Wahrgenommenem. Der Riß kennzeichnet den Effekt von Semiotisierung. Welches Indiz könnte ein Beobachter an einer Erscheinung ausmachen, wodurch er die Gewißheit erhielte, daß es sich bei ihr 'nur' um ein Naturphänomen, nicht aber um ein telegraphisches Zeichen handelt, das „ganze Gedankenfolgen, ganze Befehle, ganze Begebenheiten, kurz ganze Thatsachen“ bedeutet?!¹⁰

Telekommunikation semiotisiert Natur und Kultur und eröffnet damit eine endliche Menge von möglichen Codes, die nur derjenige kennen kann, der in die Codierung von Zeichen eingeweiht ist. Keine Hermeneutik eröffnet mehr den Blick in das 'Buch der Bücher', weil Codierungsbücher ausschließlich die Wahrheit der Signifikation beinhalten, die sie selbst ist. Und nur von dem, was Zeichenfunktion hat und welche Bedeutung ihm zukommt, erzählen sie - sonst gar nichts! Der Akt der Übereinkunft ist ihre Wahrheit, die prinzipiell jeder telekommunikativen Nachrichtenübermittlung vorgeordnet ist. Zentrale Begriffe des telekommunikativen Apriori sind daher: Willkür der Zeichenstiftung im Akt des Zuordnens, die Formulierung von Natur und Kultur in Codes, die Mathematisierung menschlichen Denkens und Handelns und schließlich die Möglichkeit deren Steuerung. Im Telegrammstil von 1789 formuliert: Freiheit der Zeichenstiftung, Gleichheit der Zeichen und Brüderlichkeit, die aus der Verbundenheit im Wissen um Codes gründet - das sind semiotische Grundlagen der neuen Ordnung. Nicht von ungefähr konnte deshalb Ende des 18. Jh. ein unbekannter französischer Karikaturist in satirischer Darstellung die Französische Revolution als telekommunikatives Ereignis artikulieren. Ein Jakobiner sprengt mittels Reibungselektrizität aus der Lesage'schen Elektrisiermaschine den ersten und zweiten Stand in die Luft. Die ferngezündete Bombe ist ein Telegramm, deren Text die Parole der Französischen Revolution ist: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Einheit und Unteilbarkeit der Republik. Der Telegraphencode: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789.

Im Absolutismus Ludwig XIV. nannte sich der Souverän „Sonnenkönig“. Seinem Selbstverständnis nach war er Mittelpunkt eines Staatsapparates, der auf Erden mit der Präzision der Himmelsmechanik funktionieren sollte. Seit 1794 verglich man Telegraphenstationen mit einer „Art Observatorium“¹¹, die mit astronomisch-mathematischer Exaktheit die staatlich-militärischen Befehle sendeten und Informationen empfangen.

Die „harmonia mundi“ des republikanischen Frankreichs gründete nicht mehr auf harmonisch proportionierten Zahlenverhältnissen antiker Sphärenmusik, sondern in der Berechenbarkeit des Nachrichtenflusses. Was die Telegraphisten auf ihren Stationen mit Fernrohren beobachteten, war das exakte Zusammenspiel der irdischen 'Himmelskräfte'. Kein Wunder also, wenn sehr bald die Befürworter der Telegraphie dazu übergingen, Vorschläge zu entwickeln, wie die 'irdische Sphärenmusik' von Macht vollkommener gespielt werden könnte: Statt mechanischer Kurbeln empfahl man die Anbringung einer Klaviatur, auf der man schneller die Telegraphenzeichen senden könnte.¹²

Der Telegraph garantierte nicht nur „Einheit und Geschwindigkeit“, sondern ermöglichte erstmals auch eine neue Qualität der Planbarkeit staatlich-militärischer Operationen. Mit der Telekommunikation wurde die Organisation und Koordination von Handlungen prinzipiell berechenbar.¹³ Und das deshalb, weil Geschwindigkeit im Kalkül von Macht als Konstante eingesetzt werden konnte. Der Einsatz von stationären und mobilen Telegraphen machte in vielen Fällen den Nachrichtenfluß unabhängig von den Unberechenbarkeiten postalischer Nachrichtenübermittlung. Bei gegebener Wegstrecke und der bestimmten Anzahl von optischen Telegraphenstationen war es ein Leichtes, die Übertragungszeit angeben zu können. Dieselbe stand nun in Abhängigkeit von der Entfernung und von der Informationsmenge, die übermittelt werden sollte. Bei konstanter Übertragungsgeschwindigkeit telegraphischer Zeichen¹⁴ konnte die Übertragungsdauer nur durch eine Optimierung der Codierung verkürzt werden. Deshalb entwickelte 1795 Claude Chappe neue Codierungen, die er in sogenannten „Schlüsselbüchern“ festhielt: „Die Chappeschen 'Schlüsselbücher' enthielten im ersten Theil die gebräuchlichsten Wörter, das zweite 'vocabulaire' umschrieb bestimmte Sätze sowie Begriffe des Dienstes aus dem Kriegs- und Marinewesen. Das dritte Verzeichnis behandelte geographische Angaben. Das Verzeichnis von 1795 enthielt 8464 Wörter, während ein im Pariser Postmuseum befindliches undatiertes Verzeichnis 88 Seiten und 88 Zweitseiten mit je 88 Kürzeln enthält mit insgesamt etwa 40000 Kürzungen, da Kombinationen der einen zur anderen Gruppe mit den Hilfssätzen möglich waren.“¹⁵

Erst unter diesen Voraussetzungen erhielten „Zeit“ und „Information“ ihre wirklichkeitsbildende Funktion bei der Koordination und Organisation von Militär und Staat. Je größer die Informationsmenge, desto deutlicher ließ sich ein Bild machen, was an einem anderen Ort geschehen war. Und je kürzer die Übertragungszeiten, desto schneller konnte einheitlich und zentral darauf reagiert werden. Der Dreischritt „Beschluß, Durchführung und Bestätigung einer Handlung“ ließ sich nun mathematisch formulieren: und zwar in Zeitangaben und Wegstrecken. Planbarkeit und Berechenbarkeit von Ereignissen erhielten den Status von zwingender Notwendigkeit. Ereignisse und Handlungen selbst verloren am 'fatum' ihres Gelingens und wurden zu berechenbaren Größen - zu Variablen in der Gleichung von Macht. Information - ganz ihrer lateinischen Bedeutung „Abbild“ entsprechend -, wurde zum diskursiven Äquivalent geometrischer Raumpunkte, aus welchem sich die Staatsführung ihr Bild machte. Und je schneller und zahlreicher die informationellen Bildpunkte eingingen, desto genauer war das diskursive Mosaik.

Les enfants de la Revolution sont les filles - vierzig Jahre physikalisch-naturwissenschaftliche Forschung reduzierte die optischen Telegraphenlinien staatlich-militärischen Nachrichtenflusses auf den Durchmesser eines Kupferdrahtes. Der Siegeszug der elektromagnetischen Telegraphie ließ die alten Herrschaftszeichen verfallen. An die Stelle telegraphischer

Observationstürme traten nunmehr Telegraphenstangen und Drähte; den Verbund optischer Telegraphenstationen mit sichtbaren, aber kryptischen Telegraphenzeichen ersetzte der Stromkreis mit der Unsichtbarkeit elektrischer Impulse. Vielfach aber verschwand der semiotische 'kosmos' im Dunkel der Erde und gerierte die Physiologie des Volkskörpers. Mitte des 19. Jh. erfolgte mit dem Aufbau des unterirdischen Nachrichtennetzes die zweite Phase der Revolution der Telekommunikation. Die strikte Trennung von staatlich-anonymen, telegraphischen Nachrichtenfluß und postalischer Öffentlichkeit fiel und an ihre Stelle trat das subkutane Netzwerk allseitiger Verbundenheit. Die Folgen: eine gezielte staatliche Nachrichtenpolitik, die öffentliche Meinungen erzeugte, und die Mobilisierung aller „lebenden und toten Kräfte“¹⁶ des Staates im Namen von Krieg. In gängigen Geschichtsbüchern heißt dies: die zweite industrielle Revolution; es war der Anfang der Industrialisierung des Krieges mit den Mitteln von Nachrichten- und Menschenfluß.

Schon Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts experimentierte das preußische Ingenieurskorps unter Leitung Franz August von Etzels mit elektrischen Telegraphenleitungen. Die Betriebsanfälligkeit des preußischen optischen Telegraphensystems, das 1832 durch den Geheimen Postrat Carl Pistor zwischen Berlin und Aachen installiert worden war, ließ nur bedingt einen sicheren und pünktlichen Nachrichtenfluß zu. Die Gründe lagen in der Störanfälligkeit optischer Telegraphensysteme hinsichtlich meteorologischer und astronomischer Einflüsse. Doch um 1840 waren elektrische Telegraphensysteme noch unausgereift, da man zwei Probleme nicht in den Griff bekam: die Isolation elektrischer Leitungen und die Konstruktion funktionstüchtiger und zuverlässiger Telegraphen.

Beide Probleme sollte der Artillerieleutnant Werner von Siemens 1847 lösen. Neben der Entwicklung einer Guttaperchapse zur Isolierung elektrischer Kupferleitungen konstruierte der ehemalige Schüler der Artillerieschule zu Berlin einen Zeigertelegraphen.

Der Ausbruch der 1848er Unruhen wurde zur Stunde des Werner von Siemens. Die Ohnmacht der Herrschenden gegenüber den vielerorts ausbrechenden Erhebungen offenbarte die Mängel bestehender nachrichtentechnischer Einrichtungen. Mobilmachungen auf Postwegen eignen sich für Kabinettskriege, kapitulieren aber vor den raum-zeitlichen Gegebenheiten im Kampf gegen partisanske Formen von Krieg. Doch damit legten die März-Ereignisse den Finger auf die Versäumnisse restaurativ-preußischer Mächts. Drastischer fermilierte es der preußische Ministerpräsident Graf Brandenburg gegenüber seinem König Friedrich Wilhelm IV.: Ohne elektrische Telegraphie ist der Kampf gegen die Aufrührer nur noch „Komödie“.¹⁷

Mit der Kabinettsordre vom 24. Juli 1848 verfügte Friedrich Wilhelm IV. die Installation elektrischer Telegraphenleitungen von Berlin nach Frankfurt/Main sowie über Köln nach Aachen an die belgische Grenze. Was der Paulskirche nicht gelingen sollte, wurde nunmehr in Angriff genommen: die nationale Einheit. Oder mit den Worten Ulrich Wendts in seinem Buch „Die Technik als Kulturmacht“: „die Technik hat mehr zur Reichseinheit beigetragen als alle Ideale und nile Deutschhümelei.“¹⁸

Man beauftragte Werner von Siemens mit dieser Arbeit, die innerhalb kürzester Zeit ausgeführt war. So konnte schon Anfang November 1848 der elektrische Telegraph nach Berlin die Wahl des Königs zum „Kaiser der Deutschen“ melden. Doch die Demokraten im Frankfurter Parlament übersahen, was am 3. März 1795 der Direktor der physikalischen Klasse der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin Franz Karl Achard dem preußischen König Friedrich Wilhelm II. im Schloßpark zu Berlin telegraphiert hatte, um

diesen für die neue Nachrichtentechnik zu gewinnen: „Der Telegraph“ - spricht: Telekommunikation - ist der Dolmetscher des königlichen Willens“.¹⁹ Selbstredend lehnte Friedrich Wilhelm IV. die ihm angetragene Würde ab und ließ im Namen der Reaktion das Parlament auflösen.

In ihren Herzen waren sich die Herrscher Mitteleuropas einig. Innerhalb von nur wenigen Jahren verbanden sich die nationalen Telegraphensysteme zu einem internationalen Telegraphennetz²⁰ und schufen damit die Voraussetzungen, daß seit jener Zeit in Mitteleuropa Revolutionen im klassisch-politologischen Sinne unmöglich geworden sind. Im Gleichschritt mit der Vernetzung Mitteleuropas entstanden in allen Ländern Nachrichtenagenturen, namentlich in Berlin das Wolffsche Nachrichtenbüro oder in London Reuter, um nur zwei von vielen zu nennen. Diese halbstaatlichen Einrichtungen garierten zu strategischen Einrichtungen gezielter Nachrichtenpolitik zwischen Diplomatie und Krieg.

Die semiotischen Orbitale nationaler Herrschaftsausübung gingen über zum telekommunikativen Universum allseitiger Verbundenheit. Mit der erfolgreichen Legung des ersten transatlantischen Unterseekabels im Jahre 1866 begann auch die interkontinentale Nachrichtenvernetzung, die die Bedingung von Kolonialismus und Imperialismus schufen. Schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gehörte es zur allgemeinverbindlichen Doktrin im preußisch-deutschen Generalstab, daß Nachrichtentechniker mit 'frontier'-Mentalität zu Friedenszeiten die Bedingungen der Möglichkeiten von Weherrschaft schufen. Das Zauberwort hieß Standardisierung. Technologietransfer gehorcht militärischer Logistik, weil er die Voraussetzungen schafft, nahtlos - d.h. kompatibel - Verbindungen zu schaffen. Spätestens seit dem Dänisch-Dantschen Krieg von 1864 hatte man erkannt, daß im Feindesland vorhandene nachrichtentechnische Einrichtungen in Kürze umgenistet und für eigene Zwecke dienstbar gemacht werden konnten.

In der ersten Hälfte des 19. Jh. war Telekommunikation ein zentralistisch gehandhabtes Machtmittel zur Herrschaftsausübung über die Bevölkerung. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. wurde der Faktor 'Masse' selbst zu einem Glied innerhalb der Kalküle von Macht. Statt die Bewegungsfreiheit der Massen zu überwachen, wurde die Organisation und Koordination von Massenbewegungen selbst zum Gegenstand von Herrschaftsgewalt. Bismarcks Nachrichtenpolitik rechnete mit der Seele der Menschen. Militärs aber herechneten. Aufmarschplänen, die auf Grundlage von nachrichten- und verkehrstechnischen Gegebenheiten entwickelt werden, liegen Zahlen zugrunde: Abfahrt- und Ankunftszeiten, exakte Raum- und Zeitangaben, Verbindlichkeiten also, die Rechtzeitigkeit garantieren. Bei solcher Logistik verschwindet die Seele DES Menschen und wird zu dem, was Gustav Theodor Fechners Psychophysik begann: zur Ziffer. vor diesem Hintergrund ist es dann nur noch konsequent, wenn in einer Geschichte über die „Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jh.“ zu lesen ist: „Die Militärfahrpläne sind so übersichtlich und sinnreich eingerichtet, daß es möglich ist, völlig ausreichende und jeden Zweifel anschließende Befehle zur Vorbereitung wie zur Ausführung des Transportes ganzer Armeekorps im Telegrammstyl zu erteilen.“²¹

1 H. Arendt, Über die Revolution, München 1986, S. 50 f.

2 R. Darnton, Literaten im Untergrund. Lesen, Schreiben und Publizieren im vorrevolutionären Frankreich, München 1985, S. 11.

3 Ebenda

- 4 V. Aschoff, *Geschichte der Nachrichtentechnik. Beiträge zur Geschichte der Nachrichtentechnik von ihren Anfängen bis zum Ende des 18. Jh.*. Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo 1984, S. 140.
- 5 Joseph Lakanal war es auch, der das Gesetz vom 19. Juli 1793 verfaßte, mit dem die Republik einen der Gründe des postalischen Krieges beseitigte, indem allen französischen Künstlern auf 10 Jahre Urheber- und Verwertungsrechte ihrer Arbeiten zugesichert wurden.
- 6 J. S. Halle, *Fortgesetzte Magie, oder die Zauberkräfte der Natur, so auf den Nutzen und die Belustigung angewandt*. Siebenter Band, Wien 1796, S. 302.
- 7 Anonymus, *Abbildung und Beschreibung des Telegraphen*, Leipzig 1795, in: F. Skupin (Hrsg.), *Abhandlungen von der Telegraphie*, Heidelberg 1986, S. 28.
- 8 Ebenda, S. 31.
- 9 A. Bürja, *Abhandlung von der Telegraphie oder Fernschreibekunst*, abgelesen in der öffentlichen Sitzung der Akademie am 25. September 1794, in: Ebenda, S. 48.
- 10 J. S. Halle, a.a.O., S. 319.
- 11 Ebenda, S. 298.
- 12 Nicht von ungefähr unterschied man die beiden Indikatoren des optischen Zeichengebers nach „Himmel“ und „Erde“.
- 13 Ebenda, S. 313.
- 14 „Diese Stationen thun jedoch der gewünschten Geschwindigkeit, bei der Korrespondenz keinen Eintrag...“ Und weiter heißt es: „Die Geschwindigkeit ... beträgt von einer Station zur anderen nicht über 20 Sekunden ...“ (Anonymus: *Abbildung und Beschreibung des Telegraphen*.)
- 15 F.-W. Henning, *Die Telegraphenstation Köln-Flütard. Eine kleine Geschichte der Nachrichtentechnik*, Köln 1973 (Schriften zur Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsgeschichte Band 25), S. 35.
- 16 Vgl. hierzu M. Geyers schönes Buch „Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980“, Frankfurt/Main 1984, das leider die Bedeutung von Nachrichtentechnik ausblendet.
- 17 So erklärte Graf Brandenburg seinem König: „Wenn die deutschen Regimenter in den Ländern, die sich zu uns halten wollen, auf preußischen Fuß werfen organisiert sein und wenn Euer Königliche Majestät durch den Telegraphen diese Regimenter werden marschieren lassen können, wie preußische, dann läßt sich weiter sprechen. Alles andere ist Komödie.“ (Zit. nach M. Messerschmidt, *Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee*, in: *Deutsche Militärgeschichte*, Band 2, München 1983, S. 19).
- 18 U. Wendt, *Die Technik als Kulturmacht*, Berlin 1906, S. 46.
- 19 J. Samuel Halle, a.a.O.
- 20 Näheres hierzu in meinem Aufsatz „Stern und Netz. Anmerkungen zur Geschichte der Telegraphie im 19. Jh.“, in: J. Hörisch/M. Wetzel. (Hrsg.), *Armaturen der Sinne*. München 1991, S. 43-62.
- 21 R. von Caemmerer, *Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jh.*, Berlin 1904, S. 133.

„Kommentare im Falsett“: Medien, Nachrichten und Revolution am Beispiel der Independencia Venezuelas

I. Ereignisse

Von der Mitte des 18. Jh. bis weit ins erste Drittel des 19. Jh. durchläuft Spanisch-Amerika eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation. Venezuela ist eines der Zentren dieses qualitativen Gestaltwandels. Seit 1759 kommt es zu den zentralistisch angelegten bourbonischen Reformen, die allerdings seit 1789 und den darauffolgenden revolutionären/napoleonischen Kriegen in eine tiefe Krise geraten. Als Napoleon 1808 Spanien besetzen läßt und sein Bruder José den spanischen Thron okkupiert, kommt es in Spanien wie in Spanisch-Amerika zur Juntabewegung.

Diese Juntabewegung gestaltet sich in Amerika aber zunächst zum Versuch einer konservativen Machtübernahme durch die städtischen (lokalen) kreolischen Oligarchien; die Aristokratien von Quito und Caracas in der Generalkapitanie Venezuela agieren als Vorreiter, werden in Quito allerdings schon 1809 und in Venezuela 1812 in einem royalistisch gesteuerten Bürgerkrieg besiegt. 1813 kommt es unter Simón Bolívar zu einem zweiten Versuch, eine elitäre aristokratische Republik zu konstituieren. Die royalistischen Guerrillas aus den Flucht- und Widerstandskulturen der Llanos bereiten allerdings 1814 auch der II. Republik ein blutiges Ende. Bolívar geht ins Exil und organisiert mit ca. 200 Kreolen eine Expedition, die 1816 wieder in Venezuela landet. Die Kreolen verbünden sich mit den vormals royalistischen Llaneros und gründen im Hinterland von Guayana eine Republik („Angostura“), deren Grundlagen Gleichheit der Rassen, Freiheit für Sklaven, Aufstiegsmöglichkeiten auch für Unterschichten und Bodenbesitz für alle Patrioten innerhalb von liberalen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsvorstellungen sein sollen.¹

Unter schwierigsten Bedingungen gelingt der Aufbau eines patriotischen Heeres, das in gemeinsamen Aktionen mit den Reitertruppen der Steppenjäger und -hirten (den Llaneros) 1819 die Spanier aus Neu-Granada und 1821 aus Venezuela vertreibt; 1819 wird die Republik „Großkolumbien“ gegründet. Dieser Staat, eine revolutionäre Improvisation, zerfällt allerdings seit 1825 in Diadochenkämpfen. Der Llanerochef und patriotische Caudillo Páez ist seit dieser Zeit der starke Mann in Venezuela, das sich 1830 von Kolumbien trennt.² Seitdem ist „Venezuela“ formal ein unabhängiger Staat, dessen „Volksvertreter“ ihm 1830 die Konstitution einer Republik geben. Die militärische und politische Macht allerdings liegt in den Händen von Páez und einiger weiterer Guerrillaführer aus den Unabhängigkeitskriegen, die zu Generälen der Armee aufgestiegen sind. In jahrzehntelanger Schreib- und Redeleistungen, Aufständen, neuerlichen Bürgerkriegen und Revolutionen im Wechsel mit Diktaturen, aber auch durch wachsende Integration eines ehemals kolonialen Territoriums in das internationale Wirtschafts- und Staatensystem wird in dieses 1830 geschaffene „Staatsgebilde“, bei dem noch nicht einmal die geographischen Grenzen fixiert sind, eine „Nation“ hineinkonstruiert. Etwa mit der

Regierungszeit von Juan Vicente Gómez (1908-1935) kann von einer konsolidierten Nation in Venezuela gesprochen werden.

II. „From Banishment to Sainthood“.³ Bolívar als Geschichtssikone und nationales Denkmal in den heutigen Medien Venezuelas

Während der Diadochenkämpfe seit 1826, nachdem der „Libertador“ die „napoleonische Lösung“ (eigene Kaiserkrönung) einer Gruppierung um Páez und Mariño abgelehnt hatte, besonders aber seit 1828 wurde Bolívar im Venezuela des Páez als „Staatsfeind Nr. 1“ gehandelt; nach seinem Tod 1830 galt er als Unperson.

Als aber in der zweiten Hälfte des 19. Jh. die sozialen Kämpfe und politischen Konflikte überhand nahmen, begriff einer der vielen Diktatoren, daß Venezuela einer nationalen Ersatzreligion, einer Vision der nationalen Einheit bedurfte, um, wie es bei ihm hieß, „in die Szene der großen historischen Nationen“ einzudringen. Seit Guzmán Blanco orientierte Venezuelas regierende Elite ihre Politik am Bolívarkult als der Stütze der Nationalseele.⁵ Das „Nation-Budding“ bedurfte eines historischen Grundes. Der venezolanische Historiker G. Carrera Damas hat 1969 diesem Ideologem eine furiose wissenschaftliche Arbeit mit dem Titel „El culto a Bolívar“⁶ - für die meisten Venezolaner wohl eine Art Geschichtsmasochismus - gewidmet. Erstellte darin den „Kultivatoren der historischen Friedhöfe“, d.h. den „Händlern“ des Bolívarkultes, eine Liste der am Kultus Beteiligten zur Seite. Da gibt es die „Imitatoren“ Bolívars, befallen von der schweren Krankheit „bolivaritis“, da gibt es „Erben“, „Fortsetzer“, „Exegeten“, „Zurückforderer“, „Rationalisatoren“, „Patrioten“ und, und ... schließlich die „Angeekelten“, d.h. Leute, die darum bitten, Bolívar endgültig zu verscharren, so wie ein spanischer Literat darum gebeten hat, doch den Cid unter die Erde zu bringen. Aber die „Angeekelten“ fürchten sich vor der Größe der Trauerfeierlichkeiten, der Trauer und des Grabdenkmals und sagen deshalb: „Folgen wir lieber seinem hohen Beispiel“.⁷

Was hat dies alles mit Nachrichten und Medien von heute zu tun? Die Sache wird klarer, wenn „Nachricht“ im ursprünglichen Sinne als „Mittelung (Information), nach der man sich richten soll“, verstanden wird. Bolívar und die Independencia sind auch für das heutige Venezuela Angelsteine nationaler Identität. Stellen wir uns den fiktiven Alltag eines Studenten aus Caracas vor: Er hört den Morgenkommentar in der Radiokette „Bolívar“ - gesprochen wird über die Erziehungsideen von Bolívar. Dann steigt er in den Bus; die Fahrt bezahlt er mit Bolívars. In der „Universidad Simón Bolívar“ angelangt, nimmt er an einem Seminar über die Independencia teil, in dem die Vorzüge der Staatsideen Bolívars am Beispiel Bolívars gegenüber denen von Santander für Kolumbien behandelt werden. Nachmittags studiert er dann in der Bolívarbibliothek Schriften Bolívars aus einer der Gesamtausgaben, die mit Biographien und Memoiren über Bolívar ca. die Hälfte des Handapparats ausmachen. Abends geht er in das Haus seiner Großeltern, wo er seine Großmutter knieend vor dem kleinen Hausaltar in der Ecke des Wohnzimmer vorfindet; in der Mitte des Altars steht eine ikonartige Abbildung des Libertadors Simón Bolívar. Zum Abschluß des Abends sieht er in Werbesendungen des Fernsehens mehrmals das Signet des Bolívarkopfes.

Soweit zur heutigen multimedialen Vertraditionalisierung von Bolívar und Independencia.

III. Nachrichten aus Frankreich, Nachrichten aus Spanien und der „Beginn“ der Independencia (1808/10)

Der Problemdreis „Beginn“ bzw. „Ursachen“ der Independencia hängt eng mit dem in der

älteren Revolutionshistorie⁸ beliebten ideologischen Streit zusammen, ob die Independencia vor allem „innere“ oder „äußere“ Ursachen gehabt habe. Dabei ging der Streit vor allem um „spanische“ versus „französische“ Ursachen.⁹ Noch immer wird allerdings zu wenig gesehen, daß sich Spanisch-Amerika wie das gesamte spanische Imperium 1810 bereits seit etwa einem halben Jahrhundert in einem tiefgreifenden Transformierungsprozeß befand. Bei dem „Beginn“ konnte es sich folgerichtig nur um das Problem des „Umkippens“ von der reformistischen in eine revolutionäre Phase dieses Prozesses unter bestimmten Bedingungen handeln.¹⁰

Im Vergleich zu den relativ gut erforschten, aber weniger wichtigen direkten Einflüssen der französischen Revolution¹¹ ist der Niedergang des spanischen Imperiums unter den Bedingungen der Destabilisierung des Systems der internationalen Beziehungen und des Zusammenbruchs überseeischer imperialer Kommunikationen im Großmächtekonflikt (Frankreich-England) erstaunlich wenig reflektiert. Die Ansätze von I. Wallerstein¹² und P. Kennedy¹³ (obwohl letzterer das spanische Imperium in seiner Spätphase gar nicht thematisiert), bieten hier neue Impulse. Etwa ein Jh. lang waren die „kolonialen Peripherien“ nur Schauplätze europäischer Machtkonflikte gewesen (vom Spanischen Erbfolgekrieg bis zum Siebenjährigen Krieg); seit der Unabhängigkeitsrevolution der dreizehn englischen Kolonien traten ehemalige Kolonialgebiete erstmals als Subjekte internationaler Beziehungen auf. Schon während der Pariser Verhandlungen von 1783, besonders aber im Verhältnis Heilige Allianz - Südamerikanische „Freistaaten“ wurde diese neue Rolle ehemaliger Kolonialgebiete deutlich.¹⁴

In den Krisen von Imperien scheinen lokale Eliten immer die Vorhand zu behalten, zumal wenn sie auf das Entwicklungsmuster „Nation“ setzen können und sich ihnen die Beispiele französischen politischen Verhaltens - trotz verbaler Ablehnung - nachgerade aufdrängen.¹⁵ Der ideologische Streit um Sinn oder Unsinn von „Revolution“ verdeckt das Problem, mit welchen Strategien regionale bzw. lokale Eliten angesichts eines sich rasant modernisierenden europäisch dominierten („liberalen“) Weltwirtschafts- und Staatensystems¹⁶ den realen oder vermeintlichen Zusammenbruch eines ineffektiven Imperiums entgehen.¹⁷ Wird die Sonde noch tiefer angesetzt, so zeigt sich im Falle Venezuelas, aber auch anderer Zentren der Auseinandersetzung (wie Mexiko), das *innere Grundproblem* der Unabhängigkeitsrevolution: die nicht abgeschlossene Conquista und die kontinuierliche gewaltsame Einverleibung von Arbeitskräften („Sklaven“) und Territorien (in Venezuela: „Conquista de los Llanos“) anderer Kulturen.¹⁸ Dieses Grundproblem ist auch ein sozioökonomisches und - in bestimmten Situationen - politisches bzw. militärisches Problem, vor allem aber eine Frage des Zusammenpralls verschiedener Zivilisationen („Kulturen“), von denen sich eine als „fortschrittlich“ definierte.

Unter nachrichten- und medienhistorischem Aspekt ist die Frage nach der Auslösung des Prozesses, der heute als „Independencia“ bezeichnet wird, auf den ersten Blick recht eindeutig zugunsten der spanischen Seite zu entscheiden.¹⁹ In der Mehrzahl der Darstellungen über die Unabhängigkeitsbewegung, wie überhaupt in der Historiographie, spielen die „Ereignisse“ die wichtigste Rolle. „Nachrichten“, „Medien“ und „Ereignisse“ werden zumeist getrennt analysiert und dargestellt. Am Beispiel der „Independencia“ läßt sich zeigen, daß und wie ein „Ereignis“ sich aber eben nicht ereignet, sondern durch das Handeln von Menschengruppen oder Individuen „gemacht“ wird - also eher ein „Machwerk“ denn ein Ereignis darstellt. In Krisensituationen werden Informationen, wie etwa Nachrichten oder Gerüchte, zur politi-

schen Instrumentierung von „Stimmungen“ bzw. Erkenntnissen benutzt, die aus zeitlich davorliegenden bzw. noch anhaltenden Struktur- bzw. Entwicklungsproblemen resultieren. „Realität“ gestaltet sich, indem mittels Informationen Denken, Gefühle und Handeln gesteuert werden. Das „sich gestalten“ bezieht sich in diesem Falle auf den Fakt, daß die sog. „Akteure“ (Persönlichkeiten, Eliten, Führungsgruppen, Volksbewegungen) Elemente der jeweiligen „Realität“ bilden.

William Callahan hat 1967 in einem Artikel „Die Propaganda, der Aufruhr und die französische Revolution in der Generalkapitanie Venezuela (1789-1796)“²⁰ zwar die Unruhe, die Fremden- und Agentenfurcht der Kolonialbehörden nachweisen können sowie kleine Gruppen von Sympathisanten, die aber nur in den seltensten Fällen über die Bewunderung für die Vorgänge in Frankreich hinausgingen. Die Kolonialmacht fürchtete aber schon die Verbreitung von Informationen über Diskussionskreise und Sympathisantengruppen. J. Lavifia hat den Untersuchungen von Callahan eine Analyse der Kriminalisierung mittels des „Franzosenvorwurfs“ hinzugefügt. Wem es nach 1792/93 gelang, einen Konkurrenten in den Geruch zu bringen, ein „Franzosenfreund“ zu sein, konnte zumeist mit dem angestrebten Amt oder Auftrag rechnen. Allerdings blieb für den gesamten amerikanischen Kolonialbereich das Wort „Jakobiner“ eine Hüllenkriminalisierung, denn die Jakobiner waren Weiße und agierten im fernen Paris, wo sie sich nur widerwillig dazu herbeiließen, die Sklaverei aufzuheben²¹, während sowohl Sklaven als auch die Flucht- und Widerstandskularen²² (wie etwa Llneros oder freie Indianerstämme) für die („weißen“) Kolonialautoritäten und kreolischen Oligarchien die Hauptgefahr darstellten. In dieser Auseinandersetzung hätte ein jakobinisches Selbstverständnis keinen Platz gehabt.

Nachrichten im weitesten Sinne über alles, was in Frankreich passierte, kamen über folgende Medien nach Spanisch-Amerika: v.a. über das alte Medium Stimme, indem Reisende²³ (Händler, Seeleute, Funktionäre, Forschungsreisende) berichteten, aber auch über geschmuggelte Zeitungen, aus den englischen, französischen, holländischen und dänischen Kolonien der Karibik; Tabakdosen, Kleinplastiken, Geschirr und Münzen mit revolutionärer Symbolik fanden Verbreitung über den sog. „pacoñille“-Handel (Beilast), einer Form des verschleierten Schmuggels. Sogar Manifeste und Briefe aus Frankreich fanden Eingang in die Generalkapitanie mit den intensivsten Kontakten in die nichtspanische Welt Amerikas. Callahan kommt zu dem Schluß, daß die „revolutionäre Propaganda niemals die Ursache sozialer und politischer Unzufriedenheit (in Venezuela - M.Z.) wurde, wohl aber war sie eines der vielen äußeren Zeichen der durch die Natur der kolonialen Gesellschaft selbst geschaffenen Schwierigkeiten“²⁴. Manchmal waren sie nicht einmal das, wie der anekdotische Bericht des französischen Reisenden Dauxion Lavaysse zeigt. Ein Krämer im Osten Venezuelas habe ihm Erbsen in Papier gewickelt, auf das der Text der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte stand.²⁵ Trotzdem reagierten die Kolonialautoritäten recht hart, auch bei geringstem Verdacht, Informationen könnten über die Privatsphäre privilegierter Kreise hinausgelangen. Viel größere Schwierigkeiten als Nachrichten und Propaganda bereiteten seit der Revolution in Haiti, Guadeloupe und Martinique geflohene Franzosen und vor allem deren Sklaven wie auch gefangene Franzosen, die auch in den Gefängnissen (die es sowieso nicht in ausreichender Zahl gab) nicht hermetisch abgeriegelt werden konnten.²⁶

Dazu kam die Gruppe der „Französlinge“ (Afrancesados) in der spanischen Bürokratie; ein Phänomen schon aus der Reformzeit der Bourbonen.²⁷ Unmittelbar nach dem Ende der Echt-

zeitrevolution in Frankreich versuchten radikale Afrancesados, wie Gual und España, in Venezuela eine egalitäre Republik nach jakobinischem Vorbild zu etablieren: Auch für ihre „Verschwörung von La Guayra“ ist der „spanische Kanal“ - über Juan Bautista Picornell - charakteristisch.²⁸ Seit der neuerlichen Annäherung zwischen Spanien und dem Frankreich des Konsulats reisten sog. Apostel der neuen französischen Ideen durch Venezuela, wie die bereits erwähnten Depons und Dauxion Lamyusse. Es ist bezeichnend, daß kurz vor dem entscheidenden Jahr 1810 Afrancesados in höchste Ämter der Kolonialbürokratie gelangten. Zu ihnen gehörte Vicente Empanan, ein Freund Humboldts und letzter „ordentlicher“ Generalkapitän Venezuelas.²⁹ Schließlich muß noch die kleine Gruppe junger Kreolen aus den reichsten Familien erwähnt werden, die sich Bildungsreisen nach Europa leisten konnten oder auf der Halbinsel in königlichem Dienst standen. Zu ihr gehörten neben Bolívar, der mehrere Jahre in Spanien und Frankreich lebte, auch einige der wichtigsten Militärs der Unabhängigkeitskämpfe.

Trotz der Verbreitung von Informationen über die „Große Revolution“ und der Existenz kleiner Gruppen, die mit Frankreich und seiner neuen politischen Kultur sympathisierten, scheiterte vor 1810 jeder direkte Versuch, die Kolonialherrschaft zu stürzen oder den Kolonialstatus entscheidend zu reformieren.³⁰ So wurde der Sklavenaufstand von Coro (1795; Hauptforderung war das „Gesetz der Franzosen“³¹), die Erhebung von Cariaco (1798), das Komplott von Maracaibo (1799), die Verschwörung von Gual und España 1797 und die Mirandainvasion 1806 mit aktiver Hilfe der älteren Generation der lokalen kreolischen Oligarchien niedergeschlagen. Die nichtprivilegierten städtischen Bevölkerungsgruppen der „armen Weißen“ und der „Castas“ dagegen verhinderten mit Hilfe der Audiencia noch 1808 die zunächst vom Generalkapitän Las Casas angeregte Bildung einer Junta.³²

Seit 1808 verschärfte sich der in Spanisch-Amerika seit jeher geführte Kampf um Informationen sehr. Die wichtigsten Familien der kreolischen Aristokratie nutzten in dieser Auseinandersetzung die Nachrichten über die militärischen Vorgänge in Spanien, um über Militärverschwörungen oder Juntas die politische Macht über ihre „patria“ (Vaterland) unter Kontrolle zu bringen. Das vermittelnde Glied zwischen der „Realität in Spanien“ und der zukünftigen Politik in der Kolonie stellten die Informationssysteme sowie die Art und Weise der Information dar. Besonders wichtig für die zukünftige Politik war das Verhalten der Pflanzler-Offiziere, die die wichtigsten Miliztruppen kontrollierten, und die Stellung der Oberhäupter aristokratischer Familienclans (Toro, Tovar, de la Granja u.a.; ein Toro war zugleich Inspektor der Milizen von Caracas). Informationszentralen bildeten der Hafen von La Guayra, die Herberge für Kaufleute (Posada del Angel), vor allem aber Diskussionskreise und Salons der reichen Familien. Von ihnen aus wurden ausgewählte Informationen als „Gerüchte“ in die Welt gesetzt. Dabei nutzten die Führungsgruppen das Informations- und Machtvakuum, welches sich durch die politische Ohnmacht einer durch den napoleonischen „Thronraub“ faktisch geköpften zentralisierten Bürokratie ergab. Struktur und Funktion der offiziellen Nachrichtenübermittlung (Post) im spanischen Imperium können hier nicht resümiert werden³³. Ihre Schriftlichkeit und Textualität wie auch Organisation banden die Post an die spanische Herrschaft. Die Notwendigkeit, eigene Nachrichten auszutauschen, hatten zur Ausbildung verschiedener oraler, z.T. synkretistischer, Subinformationssysteme innerhalb der in Spanisch oder genauer Amerikakreolisch gesprochenen Kolonialkultur geführt. Es waren auch Informationssysteme außerhalb der offiziellen Kolonialkultur entstanden, die sich

eines Patois oder einer der Indianersprachen bedienten. Gemeinsam war fast allen diesen Systemen eine Art „magischer Realismus“, eine gewisse Ungenauigkeit der Zahlenangaben, die schon Humboldt zur Verzweiflung getrieben hatte³⁴, sowie ein karikierender und sehr gestreuer Erzählstil. Mit den Subinformationssystemen zwischen den oligarchischen Familien einiger wichtiger Kolonialstädte konnten die kreolischen Verschwörer rechnen.

In offiziell verkündeter Feindschaft gegen alles Französische - schließlich war Generalkapitän Emparan 1809 „von Murat“ im Amt bestätigt worden - wirkten sie immer entscheidender auf die Bildung einer lokalen Junta in Caracas hin. Dabei läßt sich der Zusammenhang zwischen Nachrichten aus Spanien, ihrer Verbreitung in der Region Caracas und der Entsehung eines Konsens zur Bildung einer Junta unter den verschiedenen Elementen der Bevölkerung sowie in den kolonialen Institutionen³⁵ verdeutlichen. Der entstehende Wille zur zeitweiligen Selbstverwaltung, wie er in dem Namen der „Junta zur Verteidigung der Rechte Ferdinands VII.“ zum Ausdruck kam, verdeckte weitgehend die unterschiedlichen politischen Interessen und Motivationen.

Am 12. oder 14. April 1810 brachte die Brigg „Palomo“ (Täuberich!) die Nachricht vom Fall Sevillas und vom Angriff französischer Truppen auf Cádiz. Es schien, als ob bald über ganz Spanien die kaiserlichen Adler schweben würden. Die Besetzung der Brigg verbreitete auch die Neuigkeit, daß sich die Junta Central in Spanien³⁶ aufgelöst habe und ein Regentschaftsrat gebildet worden sei. Die militärische Lage auf der iberischen Halbinsel verschlechterte sich rasant zu ungunsten der napoleonfeindlichen Spanier. Die kreolischen Kreise verbreiteten das Gerücht, die Regentschaft werde mit dem „Usurpator“ in Verhandlungen treten und „Amerika“ verkaufen. Mit diesem Gerücht zielten die Urheber auf ein amerikanisches Kolonialtrauma, denn im Frieden von San Ildefonso (1795) hatte Spanien den östlichen Teil von Santo Domingo an Frankreich abgetreten; viele reiche Kreolen waren damals in umliegende Kolonien geflüchtet.

Nachdem allerdings am 19. April 1810 die Junta Suprema von Caracas die Macht übernommen hatte, iraten schnell die Interessen klarer hervor. Die konservativen älteren Kreolen neigten einer Autonomie bei Sicherung ihrer lokalen Machipositionen (Sicherung der zentralen Stellung von Caracas) zu; unter den jüngeren Kreolen formierte sich eine radikale Gruppierung, die zunächst jakobinische Politikformen imitierte; der Altrevolutionär Miranda³⁷ erschien nach vierzigjährigem Exil wieder in Caracas. Andererseits verweigerten mehrere Städte (Coro, Maracaibo und Guayana) der Junta von Caracas die Gefolgschaft. In dieser Situation löste der Kampf um Nachrichten und Medien den offenen Bürgerkrieg aus, denn die Junta manipulierte, um ihre Legitimität weiterhin auf einen breiten Konsens gründen zu können, die Nachrichten aus Spanien. In Caracas erschienen immer wieder Artikel und Pasquills über den „Verlust Spaniens“. Während diese Kampagne von den Konservativen der Junta gesteuert wurde, begann eine ultraradikale Gruppierung, die sich im „Club de los Sin Camisa“ („Ohne Hemden-Klub“; in Anlehnung an die französischen Sansculottes) um den Pater José Joaquín Liendo y Larrea sammelte, das Bildnis Ferdinands VII. „in Efigie“ zu ersäufen.³⁸ Die Autoritäten von Coro und Maracaibo dagegen hatten nichts Eiligeres zu tun, als Nachrichten und Zeitungen über spanische und englische Erfolge auf der iberischen Halbinsel, die sie über Puerto Rico und Kuba erreichten, in das Gebiet von Caracas zu schmuggeln.³⁹ Die Junta geriet also unter die Pression verschiedener Fraktionen im eigenen Lager, und es drohte die rapide Erosion des ursprünglichen Konsens. Als die Regentschaft in

dem von der englischen Flotte geschützten Cádiz im September 1810 alle zu Verrätern erklärte, die ihre Autorität nicht anerkannten, setzten sich in Caracas nach und nach die Radikalen durch. Im Juli 1811 wurde Venezuela zur unabhängigen föderativen Republik erklärt. Zugleich begann der Bürgerkrieg.

IV. Vermittler, Medien und Netze (1816-1819)

a) Personen bzw. Personengruppen

Die Patrioten, die amerikanisches Spanisch (Kreolisch), z.T. auch Englisch und Französisch sprachen⁴⁰, sahen sich seit den Niederlagen von 1814 gezwungen, sich mit Personen bzw. Personengruppen zu arrangieren, die Llaneropatois bzw. verschiedene Typen der lingua franca zwischen Sklaven⁴¹ oder Indiolekt beherrschten. Unter sozial-ethnischem Aspekt trafen Kreolen (Angehörige der radikalen „jüngeren“ Gruppierung der lokalen Oligarchien, einige Intellektuelle Kaufleute und Priester) auf die sog. armen Weißen (Schmuggler, ehm. Viehknechte, Bauern) und Mulatten oder Mestizen (Milizanteroffiziere, Kapitäne, Bauern Schmuggler) aus Widerstandskulturen oder Subökonomien, dazu kamen einige Indiogruppen. Politisch handelte es sich speziell um Führungsgruppen der jeweiligen sozial-ethnischen und ökonomischen Kategorie, die die Arrangement abschlossen. Größere Personengruppen außerhalb der eigentlichen Führungskerne spielen als Medien vor allem deshalb eine Rolle, weil die Truppen, Mannschaften oder Anhänger⁴² der Caudillos aus den Widerstandskulturen ihr eigenes Verständnis von „Unabhängigkeit“ vertraten. Die bloße Übermittlung von Befehlen oder „Bitten“ reichte oftmals nicht aus. Macht mußte konkret inszeniert werden, um schriftlichen Anweisungen Gültigkeit zu verschaffen. Bolívar hat diese Tatsache 1817 in die Worte gekleidet: „... unsere Guerrillas sind wirklich unabhängig und gehorchen nur denen, die ein sehr großes Heer haben“.⁴³ Eine Führungsposition erforderte bei der seit 1816 einsetzenden Allianzpolitik also auch immer die Fähigkeit, Übermittlung mit ritualisierten Auftrittsformen zu verbinden und die Mchtdemonstration in freundschaftlichen Formen zu halten (was nicht immer möglich war).

Weitere wichtige Personenmedien stellten Kuriere (Priester, Mönche), Handelsagenten, Schmuggler und Kaufleute dar.

Das Kurierwesen bildete eine „militärische Post“. Es hatte sich erst mit Beginn des Bürgerkrieges herausgebildet, nutzte aber alte Verbindungen oder Personal der spanischen Post. Zur Übersendung besonders wichtiger Informationen wählte Bolívar oft auch Priester oder Mönche aus.⁴⁴

Besonders im Osten und an den Küsten Venezuelas hatte sich eine z.T. mulattische/mestizische Schmuggler-Kaufleute-Korsaren-Sub-Ökonomie herausgebildet, die sich unter dem Einfluß französischer Ideen und der Revolutionen in der Karibik stark politisierte.⁴⁵ Viele Kapitäne unterstellten sich, ihr Schiff und ihre Mannschaft dem Oberbefehl Bolívars, um republikanische Korsarenpatente zu erhalten. Sie und auch andere Kaufleute und Schmuggler überbrachten immer auch Nachrichten oder fungierten als Agenten, da sie über Informationsnetze verfügten, die oftmals die Karibik umspannten und bis nach Europa und in die USA reichten. In den Kontoren und Speichern der karibischen Hafenstädte wurde auch mit Informationen gehandelt. In diesen Zusammenhang von Handel, Revolution⁴⁶ und Informationen gehörten auch Handelsagenten bzw. Konsuln europäischer Staaten.⁴⁷ Sie überbrachten halb-offizielle Informationen, erledigten geheime Geschäfte (Waffen) und berichteten zugleich ihren Regie-

rungen über die Aktivitäten der Patrioten. Oftmals betätigten sie sich auch beim Transport europäischer Legionäre.

b) Texte

Die wichtigste Textgattung der Hegemoniegruppe stellten Briefe in Spanisch dar; die Hegemoniestruktur der Independencia, wie sie sich seit 1815/16 herausbildete, spiegelt sich in der Kommunikationsstruktur von Texten wider, die heute unter der Sammelbezeichnung „Briefe“ etwa in Bolívarausgaben erfaßt werden. Andere Texte, wie Reden und Proklamationen, wurden vor Drucklegung von den Urhebern intensiv überarbeitet.

- Zeitungen: Die erste Zeitung in Caracas war 1808 gegründet worden (La Gaceta de Caracas), sie wurde auf einer Druckmaschine hergestellt, die der Berufrevolutionär Miranda⁴⁸ bei seinem gescheiterten Invasionsversuch 1806 benutzt hatte. In der ersten und zweiten Republik (1810-1814) war es zu einer Gründungswelle von Zeitungen gekommen. Seit Mitte 1817 wurde unter der Redaktion kreolischer Intellektueller der „Correo del Orinoco“ („Post von Orinoco“ oder „Orinocopost“) herausgegeben; bis 1819 (Eroberung von Bogotá) stellte diese Zeitung das wichtigste soziokulturelle Medium des bolivarianischen Amerikanismus dar.⁴⁹

c) Coplas

In Form kleiner oder ausgedehnter Sing- und Erzählwettbewerbe stellten diese „Kommentare im Falset“, organisiert am abendlichen Feuer, die traditionelle Form der Übermittlung von Informationen unter den Llaneros dar. Zugleich wurden die Neuigkeiten emotional kommentiert und bewertet. Die Sprache der Coplas waren regionale Formen des Llanerospatois. Mittels dieser oftmals sehr unterschiedlichen Dialekte müssen auch in den Llanos wahrscheinlich sogar mehrere orale Informationssysteme zur Zeit der Independencia funktioniert haben. Diese Informationssysteme lassen sich aus den traditionellen Quellen nur bruchstückhaft⁵⁰ nachweisen.

f) Architektur

Die kreolische Unabhängigkeitsbewegung stellte zunächst nach alter spanischer Raumstrategie ein städtisches Phänomen dar. Allerdings wurde während der Zeit von Bürgerkriegen und Revolution (1810 bis 1821) nichts gebaut, was etwa als neuer „Stil der Revolution“ angesehen werden könnte. Dagegen wurden die Zerstörungen, die das schwere Erdbeben vom März 1812 in den größeren Städten (vor allem Caracas) anrichtete, als „Strafe Gottes“ für die „gottlosen“ aristokratischen Rebellen angesehen. Diese Argumentation schlug für die Royalisten zu Buche.

Als die Hegemoniegruppe unter Bolívar seit 1816 in das Hinterland in Guayana und am Orinoco auswich, mußten auch die kreolischen Offiziere in der Hängematte unter freiem Himmel schlafen. Soweit sie noch existierten oder intakt waren, wurden für offizielle Anlässe (Kongresse) immer alte spanische Machtgebäude (Cabildos, Konvente, Kirchen) genutzt.

g) Kartographie

Die Geographie stellte noch bis weit in das 19. Jh. fast eine Geheimwissenschaft dar. Humboldt bezeichnete die Indios, die keine Karten herstellten, sondern sie faktisch „im Kopf“ hatten, als die „besten Geographen“⁵¹ Amerikas. Geheimwissenschaft betrieben auch die Mönche in den Missionen. Nur spärliche Informationen wurden publiziert. Sie prägten Jh.elang das Bild von der Geographie des Landes. Dabei spielt noch immer die Suche nach dem „Dorado“ eine Rolle, wie auch die für die Mönche wichtige Kenntnis, wo sich der Indianersklavenfang („entradas“)

besonders lohnte. Diese Informationen gaben die Mönche (im Austausch gegen andere Leistungen) an Militärtruppen weiter, die sich auf Indianerfang spezialisiert hatten. Mit Sicherheit nutzten auch die Patrioten schon seit 1811 die geographisch-militärischen Kenntnisse und Organisationserfahrungen von Mönchen, die bei den Entradas entstanden waren.⁵²

h) Predigten:

Auf die Predigten sei am Ende dieser Auflistung hingewiesen, weil ihre Nichterwähnung in Texten dieser Zeit in einer Art Negativbeispiel die These von der Ruralisierung der Revolution in den Jahren 1816-1819 stützt. In der vorausgegangenen städtischen Phase der Independencia hatten Bolívar und die kreolische Hegemoniegruppe die Bedeutung der Medien Predigt (oral) und Zeitungen (schriftlich) sowie deren Verbindung begriffen und sie massiv zu nutzen versucht. Allein zwischen August 1813 und Juni 1814 hatte Bolívar aus diesem Grund 107 Schreiben an den Erzbischof von Caracas gerichtet. Der Minister seiner Diktatorialregierung Fco. A. Paul schrieb dem Kirchenfürsten: „Das Verhalten der Pfarrer ist ausserordentlich wichtig... weil die Völker daran gewöhnt sind, aus ihrem Mund die evangelischen Wahrheiten zu hören...“⁵³. Während der Zeit in den Llanos konnte der christlich-katholische Diskurs kaum eine Rolle spielen, weil die Predigten seit der Conquista sowohl aus kulturellen (Synkretismus) wie auch aus politischen (Kollaboration zwischen Missionen und kolonialen Repressivorganen, Entradas) Gründen auf taube Ohren stieß.⁵⁴

Die natürlich-infrastrukturellen Grundlagen der Informationsübermittlung während der Independencia stellten verschiedene Netze dar.

Das Fluß- und Wegenetz der Indios existierte seit vorkolumbischen Zeiten. Besonders die Kariben verbanden mit diesem Festlandnetz auch ein Netz von Meeresrouten an den Küsten und zum Inselbogen der Karibik. Aber auch andere Stämme kontrollierten einzelne Teilnetze in bestimmten Territorien. Besonders wichtig war die Kontrolle von Flußabschnitten am Orinoco. Über diese archaischen Netze legte sich seit dem 16. Jh. ein Kommunikationsnetz der Missionen bzw. zwischen den Missionsstationen der einzelnen Mönchsorden (Franziskaner, Dominikaner, Kapuziner, Jesuiten) meist (aber nicht immer) mit einem Anschluß an die Infrastruktur der „zivilisierten“ Kolonialgesellschaft. Die Konvente und Bibliotheken im Urwald und in den Llanos waren auch Informationsspeicher und „Schnittstellen“ von Netzen. Die konkurrierenden Orden kontrollieren die Netze ihrer jeweiligen Missionsräume bzw. versuchten dies; schwieriger war immer die Aufrechterhaltung der Verbindung zu den am weitesten vorgeschobenen Missionsstationen. Die Missionsnetze wurden von der Kolonialadministration oder auf Befehl der Krone (in Madrid) von Personen im staatlichen Auftrag benutzt (z.B. von Humboldt).

Etwa parallel zu den Mönchsnetzen entstanden seit dem frühen 17. Jh. Kommunikationsnetze der Schmuggler, Interloper, Sklavenjäger und Kaufleute; für die östliche Orinocoregion wurde dieses Netz vor allem von holländischen Interlopers konstruiert, denen es oft gelang, die Feindschaft von Indianerstämmen (Kariben)⁵⁵ gegen die Spanier auszunutzen. Erst in der Abwehr der holländischen und englischen Bedrohung entstand ein kolonialstaatliches Kommunikations- und Postnetz zwischen Militärposten. Allerdings kam dieses Netz dem spanischen Imperium sehr teuer. Außerdem war es zu weitmaschig, um effektiv zu sein. Stabile Netze unter Kontrolle der Kolonialadministration entstanden nur dort, wo es gelang, Kolonisten anzusiedeln und Indios zur Sesshaftigkeit zu zwingen.

Das Kurier- und Kommunikationsnetz der bolivarianischen Patrioten baute auf diesen

Netzen auf, besser wohl: es entstand eine originäre Kombination verschiedener Netze, wozu noch die Anbindung an andere Netze (Jamaika bzw. Trinidad - England, Curaçao - Holland, Kontakte mit Kaufleuten anderer Nationen auf verschiedenen Inseln der Karibik) gehörte..

Von 1817 (Eroberung der Stadt Angostura am unteren Orinoco, heute Ciudad Bolívar) bis 1818 (Kontaktaufnahme mit Páez) erlangten die Patrioten der Bolívargruppe eine lockere Kontrolle über den innervenezolanischen Flußlauf des Orinoco, die wichtigste West-Ost-Transversale des nördlichen Südamerika. Durch die Llaneros von Páez und besonders die neugranadinischen Einheiten Santanders am Casiquiare kontrollierten die Patrioten auch die Flußnetze des Río Apure und Río Meta bis hinein in das Vizekönigreich Neu-Granada. Die Städte San Fernando de Apure und Angostura stellten die „Schnittstellen“ zur Anbindung dieser Flußkommunikationsnerve an das internationale Handelsnetz in der Karibik einerseits und an die terrestrischen Netze in Neu-Granada andererseits dar. Damit konnte eine „Revolutionsökonomie“ entstehen. Produkte aus den Subökonomien der Llanos (Vieh, Fleisch, Häute) und der Kapuzinernmissionen wurden über die Schmuggelnetze gegen Waffen und Munition getauscht. Vor allem über das Orinoco-Netz und eine weitere „Schnittstelle“, den dänischen Freihafen St. Thomas, liegen ausführliche Quellenbestände⁵⁶ und Memoiren von deutschen Legionären vor⁵⁷. Diese Texte zeigen, daß Bolívars Stellung als „General en Chef“ der Patrioten an der Spitze des ambulanten Hegemoniesystems weitgehend von seiner Position in den Informations- und Kommunikationssystemen abhing. Andererseits ist die Herausbildung der bolivarianischen Hegemonie selbst ohne die aktive Nutzung dieser Zentralposition nicht zu verstehen. Nicht wenige Male änderte Bolívar militärische Pläne ad hoc, wenn ihm etwa Informationen über neue Waffenlieferungen oder die Anlandung von Legionärstruppen via St. Thomas erreichten.

Die Besonderheit des ambulanten Hegemoniesystems bolivarianischer Prägung bestand darin, daß der „Libertador“ mit seinem Stab von Generalen diese Kommunikationssysteme in für die Zeitgenossen „blitzartiger Weise“ zu benutzen gewußt hat. In den Legenden des Bolívarmythos hat ihm das den Beinamen „culo de hierro“ (Eisenarsch) eingebracht. Durch die Schnelligkeit der Bewegung des Zentrums entstanden jene Klammern, die es immer wieder ermöglichten, die Allianz so sozial unterschiedlicher „Typen“ durch eigenes Erscheinen und Machtdemonstration zusammenzuhalten. In der militärischen Pansituation des Jahres 1819 gab die Fähigkeit, die ursprünglichen Kommunikationssysteme auf für die Spanier überraschende Weise zu nutzen, den Ausschlag für die Patrioten.

Transportmedien auf den unterschiedlichen Netzen waren:

- Menschen⁵⁸
- Pferde, Maultiere, Ochsen
- von Indios geruderte Boote (Pirogen)
- Lanchas (Küstenboote, z.T. mit Segel), Segelschiffe.

V. Informationen, Allianzpolitik und Revolution

Die kreolischen Privatheere der Patrioten, die sich seit 1814 in das Hinterland von Venezuela zurückziehen mußten, monopolisierten im revolutionären Lager die *schriftliche Textebene in Spanisch*. Die kulturelle Hegemoniestellung⁵⁹ der Kreolen im Allgemeinen und die aktive Nutzung der exzellenten Position in den Kommunikationssystemen erlaubte es der Gruppe um Bolívar und diesem selbst, überregionale politische und militärische Führungspositionen -

faktisch als ein „bewegliches“ Zentrum - zu erlangen. Die Akzeptanz der bolivarianischen Hegemonie erwuchs allerdings aus einem realhistorischen Machtvakuum. Am 16. Oktober 1817 wurde in Angostura der mulattische General Manuel Piar erschossen. Damit beseitigte Bolívar seinen gefährlichsten Führungskonkurrenten im patriotischen Lager. Piar, ein genialer Guerrillakommandant, der von einem Rat kreolischer Offiziere (unter dem Vorsitz von C. Soublette) wegen „Insubordination, Konspiration, Aufruhr und Desertion“ verurteilt worden war, hatte eine „haitianische Lösung“ in Venezuela angestrebt.⁶⁰ Erst nachdem das Erschießungskommando seine Arbeit beendet hatte, ordneten sich auch andere Caudillos dem Oberbefehl von Bolívar unter.

Für die Entstehung lockerer Allianzen bzw. der Kooperation zwischen dem Generalstab um Bolívar, den kreolischen Truppen und den Llanerotrüppchen unter Páez im militärischen Bereich hatte diese entstehende Akzeptanz eine entscheidende Bedeutung. Die Informationen über die „rechtmäßige“ Erschießung von Piar und die damit verbundene „Nachricht, nach der man sich zu richten habe“, d.h. eine Mitteilung, die besagte, daß es besser sei, die von Bolívar gesetzten Ordnungsprinzipien zu akzeptieren (und sei es nur formal), verbreiteten sich weitgehend über die ursprünglichen oralen Kommunikationsnetze. Diese arbeiteten eigenartigerweise gerade für solche Zwecke effektiver als jede textliche Mitteilung. Gerüchte und magische Transformation (etwa von Zahlenangaben) taten das ihrige. Dazu kam, daß Bolívar im gleichen Monat Oktober seine neben der graduellen Sklavenbefreiung wichtigsten sozioökonomischen Reformen proklamierte: das Gesetz über die Bodenverteilung nach militärischem Rang. Damit verschaffte der Oberbefehlshaber, zu dessen wichtigsten Rechten die Beförderung und Ernennung von Militärs gehörte, der patriotischen Rangtabelle und damit kreolisch-liberalen Ordnungsprinzipien weiteren Einfluß.⁶¹

Für all dies spielte die orale Dimension der Informationsübermittlung die wichtigste Rolle. Das wird sich zwar nie mit der gleichen Stringenz wie für den textlichen Bereich nachweisen lassen, aber aus dem indirekten Beweis der Handlungsfolgen und mittels der Methode der Spurensicherung in offiziellen Dokumenten und Memoiren kann diese Dimension rudimentär rekonstruiert werden. Bolívars Führungsposition resultierte auch daraus, daß er ab 1816 erkannte, daß sein eigenes Auftreten in der oralen Dimension eminent wichtig war. Das fiel Bolívar nicht schwer, denn er besaß Charisma und liebte öffentliche Auftritte. Für die Llaneros inszenierte sich der Aristokrat, welcher einst in Paris mit Eugen de Beauharnais verkehrt hatte, als ein Caudillo mit den landesüblichen Strohschuhen, martialischem Bart und Totenkopffahne. Nur als Person (Mann!) konnte er bei den Steppenreitern Anerkennung finden, nicht als Inhaber eines abstrakten Amtes oder wegen fernliegender Verdienste. Da es in den Llanos für den „Ruf“ wichtig war, so schnell wie möglich in den Coplas zu erscheinen - selbstverständlich mit positiver Konnotation - trieb Bolívar die wilden Spiele der Llaneros mit. Auf diese Weise gelang es dem „General en Chef“, Ansehen unter den Männern aus den Flucht- und Widerstandskulturen zu gewinnen. Seit 1818 sprach Páez Pläne mit Bolívar ab. Die formale Befehlsgewalt über alle Einheiten, die sich als „Patrioten“ bezeichneten (oder bezeichnen ließen), lag beim „General en Chef“. Diese formale Unterordnung, wie sie in den Quellen (etwa bei O'Leary in den Benennungen der Truppenteile oder in den Offiziersgraden) erscheint, darf allerdings nicht mit den realen Führungshierarchien oder Loyalitäten verwechselt werden. Die reale Befehlsgewalt über die Llaneros besaßen nur Páez und andere ihrer selbstgewählten Führer.

Die lockere Allianz, zu der es zwischen kreolisch-patriotischem Generalstab und den Guerrillas der Llaneros ab 1818 kam, gründete sich auf die Impulse, die von den sozial-ökonomischen Reformen ausgingen, auf die Fähigkeiten Bolívars und anderer Kreolen, ihren kulturellen Hochmut zumindest zeitweilig⁶² beiseite zu lassen und andererseits die nackte (reale wie symbolische) Echtzeitmachtdemonstration (Verurteilung von Piar durch ein „Gericht“, Erschießung in voller Uniform) in die Kommunikationsnetze einzuspeisen sowie besonders auf das Interesse von Páez und anderer Caudillos, ihre politischen Machtpositionen zu erhalten und sie durch Landbesitz⁶³ (kulturelles Symbol: Páez begann „Schreiber“ zu beschäftigen, und diese legten ein „Archiv“ an⁶⁴) zu untermauern. Allerdings sollte in diesem Zusammenhang auch die von der älteren venezolanischen Historiographie (Lecuna) stark betonte Rolle Bolívars als eines „Zuteilers von Waffen, Munition und europäischen Militärwissens“ neu durchdacht werden.

An seiner eigenen Inszenierung hat Bolívar also schon in diesen Jahren sowohl unter dem Aspekt des Rollenspiels (Llanero-Caudillo) wie auch in phonematischer und textueller Hinsicht kräftig mitgearbeitet. Die Führungsposition verlangte dies; außerdem war Bolívar ein Meister öffentlicher Auftritte. Die Geschichtssikone Bolívar, die vom Mythos der späten sechziger Jahre des 19. Jh.s nur noch in das Gigantische gesteigert werden mußte, sollte also auf einer Seite als Llanerochef vorgestellt werden, während die Vorderseite (der „Libertador“) als „Sulla“ zu sehen ist, wie sich Bolívar in Texten in dieser Zeit gegenüber anderen Kreolen gern bezeichnete. Zu dieser weiß-marmornen Vorderseite (für die heutige offizielle Historiographie) gehört auch, daß Bolívar in politischen Symbolhandlungen (Eröffnung von Kongressen) von Festrednern in den amik ausgestalteten Zugang zur erstrebten „modernen Zeit“ gestellt wurde. Dort sah sich der „Befreier“ dann zwischen den Büsten der Aristides, Camillus und Epaminondas auf der einen Seite und Vespasian, Titus, Trajan und Marc Aurel auf der anderen. Denn - wie Francisco A. Zea hervorhob -, es waren die „gleiche Philantropie und die gleichen liberalen Prinzipien, die die Chefs des hohen Altertums mit jenen wohlthätigen Imperatoren“ vereinigten. Zwischen sie geriet nun jener „bescheidene General“ Bolívar.⁶⁵ Dieser Verweis auf das klassische Erbe deutet ein besonderes Problemfeld an, über das der Autor vorliegenden Artikels mehrere Arbeiten⁶⁶ geschrieben hat: Die Aiktore der Echtzeitrevolution maßtun in einem riesigen Gestaltungsraum zwischen Ideen und Intentionen *handeln*. Somit konnte Selbsttäuschung aller Beteiligten über ihre Zukunft, die für uns lange zurückliegende Vergangenheit ist, nicht ausbleiben. Auch die Independencia kannte ihre heroische Illusion, die vor dem Hintergrund postmoderner Medienhistorie um so deutlicher in ihrer amerikanischen Spezifik erkennbar wird.

- 1 M. Zauske, „Hiesige Illusion“ und Antiillusion bei Simón Bolívar. Überlegungen zum Ideologiekomplex in der Independencia 1810-1830, in: 1789. Weltwirkung einer großen Revolution, 2 Bde., hrsg. v. M. Kossoff/ E. Kroß, Bd. II, Berlin 1999, S. 577ff.
- 2 Ders., Großkolumbien und die Befreiung Südamerikas, in: Asien Afrika Lateinamerika (AAL), 15 (1987), H. 1, S. 134ff.
- 3 M.A. Bretos, From Demistment to Sainthood: a Study of the Image of Bolívar in Colombia, 1826-18813, Nashville 1976.
- 4 Simón Bolívar, Obras Completas (OC), 3 Bde., Caracas 1982, vol. II, S. 446ff.
- 5 M. Zauske, Die „Memorias del General O'Leary“ und der Bolivarianismus. Bemerkungen zum Verhältnis von Politik und Geschichte am Beispiel der Bolívarquellen, in: AAL, 15 (1987), H. 6, S. 1076ff.

- 6 G. Carrera Damas, *El culto a Bolívar*, Caracas 1969.
- 7 Ebd., S. 49ff.
- 8 Siehe the Origins of the Latin American Revolutions, 1808-1826, ed. and with an Introduction by R. A. Humphreys and J. Lynch, New York 1965.
- 9 Siehe B. Schröter/M. Zeuske, Das „Gesetz der Franzosen“ gegen „frei und nicht Französisch“ - Wirtschaftsräume, Volksbewegungen und radikale Hegemonie in der Independencia Spanisch-Amerikas, in: *Jacobinismus und Volksbewegung zur Zeit der Französischen Revolution. Dem Wirken Walter Markovs gewidmet* (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften in Berlin, 8 G 1990), Berlin 1991, S. 157-180.
- 10 M. Zeuske, Kolonie, Reform und Revolution. Vom „bourbonischen Jahrhundert.“ in Spanisch-Amerika zur Unabhängigkeit *Liciminzilas: Simón Bolívar und die Formierung der heroischen Hegemonie in der Independencia Venezuelas*, Habilitationsschrift (Ms.) Leipzig 1991.
- 11 M. Izard, *La Nouvelle Grenade (1777-1821)*, in: *Les Révolutions dans le monde ibérique (1766-1834)*, coord. et introd. Chr. Heemarron, Bordeaux 1991, S. 229ff.
- 12 I. Wallerstein, *Das moderne Weltensystem - Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jh.*, Frankfurt/M. 1984.
- 13 P. Kennedy, *Aufstieg und Fall der grossen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt/M. 1989.
- 14 M. Kosak, *Im Schatten der Heiligen Allianz. Deutschland und Lateinamerika 1815-1830*, Berlin 1963, bes. S. 88ff.
- 15 L. Hunt, *Symbole der Macht. Macht der Symbole. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur*, Frankfurt/M. 1989.
- 16 Siehe A. Filippi, *Introducción general*, in: *Bolívar y Europa en las cónicas, el pensamiento político y la historiografía*, vol. I: siglo XIX, Investigación dir. por A. Filippi, Caracas 1986, S. 9-58.
- 17 K. Stenzel, Die Entstehung des republikanischen Venezuela, oder: die Grenzen des kapitalistischen Fortschritts. Bemerkungen zum Scheitern von „Modernisierung“ in den Agrargesellschaften Lateinamerikas, in: H.-J. Puhle (Hrsg.), *Lateinamerika. Historische Realität und Dependencia-Theorien*, Hamburg 1977, s. 168ff.
- 18 B. Schröter/M. Zeuske, Transformation, Widerstand und Volksbewegungen in Spanisch-Amerika - vom „bourbonischen Jahrhundert.“ zur Unabhängigkeit, in: *COMPARATIV*, H. 2, Leipzig (1991), S. 28ff.
- 19 Im Bereich wichtiger Nachrichten und Informationen ist für die Independencia eindeutig der „spanische Kanal“, nämlich wie im Falle der Aufklärung, von Bedeutung, siehe etwa die Reaktionen Bolívars auf die Nachricht von den Vorgängen im Frühjahr 1820 in Spanien in dem Brief vom 19. Juni 1820 an C. Soublotte, zit. in: A. Filippi, *Introducción General...*, S. 42f.; vgl. auch: A. Moliner Prada, *Sobre el término „revolución“ en la España de 1808*, in: *Hispania. Revista española de Historia*, Madrid (1990), vol. L/1, Enero-Abril, Nº 174, S. 285-299; Zeuske, *Kolonie, Reform und Revolution...*, S. 49ff.
- 20 W. Callahan, *La Propaganda, la Sedición y la Revolución Francesa en la Capitanía General de Venezuela (1789-1796)*, in: *Boletín Histórico (BH)*, 14, Caracas, Mayo (1967), S. 177-206.
- 21 M. Kosak, „Müssen die Kolonien verdorben!“ 1789 und die kritische Frage, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)*, 38. Jg. (1990), H. 6, S. 483-497.
- 22 M. Izard, *Orejanos, cimarrones y arrojados. Los Bangos del Apure*, Barcelona o.J. (1989).
- 23 Da diese orale Dimension der Historie zu ihrem überwiegenden Teil durch Quellen nicht mehr zu rekonstruieren (und folglich auch nicht zu „dekonstruieren“) sein wird, sei hier auf A. P. Ledru's Reise nach den Inseln Teneriffa, Trinidad, St. Thomas, Sta. Cruz und Porto Rico verwiesen, in: *Bibliothek der neuesten und wichtigsten Reisebeschreibungen*, 46. Bd., Weimar 1812, bes. S. 130f. In dem Text stellt der Teilnehmer einer französischen Expedition relativ ausführlich dar, wie wichtige Nachrichten (etwa über Siege Napoleons) nach Amerika gelangten und weiterverbreitet wurden, lange ehe sich die Autoritäten zu einer offiziellen Verkündung (und Stellungnahme) entschließen konnten.
- 24 Callahan, a.a.O., S. 205.
- 25 J. J. Dauxion Lavaysse, *Viaje a las islas de Trinidad, Tobago, Margarita y a diversas partes de Venezuela en la América meridional*, Caracas 1963, S. 117f.
- 26 Siehe M. Zeuske/C. J. Munford, *Das „Araße Parais“ in der Karibik: Ernstreich, St. Domingue zum Kuba 1789-1795*, in: *Ibero-Amerikanisches Archiv, Neue Folge*, Jg. 17/1, Berlin (1991), S. 51ff.
- 27 Siehe die Beiträge in *COMPARATIV*, H. 2 (1991): *Lateinamerika: Vom Reformkolonialismus zur Unabhängigkeit*.

- 28 P. Grases, *La conspiración de Gual y España y el ideario de la independencia*, Caracas 1949, S. 49ff.
- 29 M. Zeuske, *América y Humboldt: el modelo de reformas alemanas y las realidades americanas. Una aproximación*, in: *Protokollband des IX. Kongresses der AHILA*, Sevilla 1991, S. 291ff.
- 30 Siehe für Neu-Spanien H. Pietschmann, *Betrachtungen über Protoliberalismus, bourbonische Reformen und Revolution. Neu-Spanien im letzten Drittel des 18. Jh.*, in: *COMPARATIV*, H. 2, S. 50ff.
- 31 Allerdings nicht zunehmend in Frage, die Erhebung in eine solche unmittelbare Nähe zur französischen Revolution zu bringen. Das vielzitierte „Gesetz der Franzosen“ bedeutete für die Aufständischen nichts anderes als die bedingungslose Aufhebung der Sklaverei nach gleichem Muster wie in Haiti, siehe I. Domínguez, *Insurrección o Malhad. La desintegración del imperio español en América*, México 1985, S. 68ff. sowie Izard, *La nouvelle Grenade...*, S. 256ff.
- 32 C. Parra-Pérez, *Historia de la primera república de Venezuela*, 2 Bde., Caracas 1959, Bd. I, S. 330ff.
- 33 Die Literaturlage zum Postwesen in Spanisch-Amerika ist mehr als bescheiden. Allgemein siehe M. Montañez Matilla, *El correo en la España de los Austrias*, Madrid 1953 sowie den Artikel „Correo“, in: *Diccionario de Historia de Venezuela*, 3 Bde., ed. Fundación Polar, Caracas 1988, Bd. 1, S. 904ff. Für die „normale“ eilige Kurierpost benutzen beide Seiten des Unabhängigkeitskrieges das System der „Reiterbriefe“. Ein Kurier ritt mit einem Dokument zu allen angegebenen Empfängern, die den Text lasen (oder lesen ließen) und dann per Unterschrift (oder Symbol) quittierten. Gleiches geschah bei den nächsten Adressaten.
- 34 A. v. Humboldt, *Latinamerika am Vorabend der Unabhängigkeitsrevolution*, zusammengest. u. erläutert v. M. Faak mit einer einleitenden Studie v. M. Kossok, Berlin 1982, S. 127ff.
- 35 Zeuske, *Kolonie, Reform und Revolution...*, S. 58ff.
- 36 Zu den Vorgängen in Spanien siehe Kossok, *Unabhängigkeitskrieg und Revolution in Spanien 1808-1814*, in: *Revolutionen der Neuzeit 1500-1917*, hrsg. und eingeleitet von M. Kossok, Berlin 1982, S. 143ff.
- 37 Siehe M. Zeuske, *Francisco de Miranda. Eine biographische Studie*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)*, 39. Jg. Berlin (1991), H. 5, S. 434ff.
- 38 M. V. Magallanes, *Historia política de Venezuela*, 3 Bde., Caracas 1975, Bd. I, S. 170.
- 39 Siehe P. de Urquizaona y Pardo, *Memorias de Urquizaona*, Madrid o.J. (1916), S. 67f. und S. 68 Anm. 1.
- 40 Letztere europäische Sprachen wurden in praxi besonders seit 1818 wichtig, als größere Einheiten von ausländischen Legionären eintrafen, siehe: G. Kahle, *Simón Bolívar und die Deutschen*, Berlin 1980, S. 51ff.
- 41 J. A. Páez, *Autobiografía*, Madrids s. a. (1916), S. 249ff.
- 42 In der umfangreichen Caudillo-Literatur wird immer wieder auf die Bezeichnung „su gente“ (seine Leute) für die Anhänger oder Truppen eines Caudillo hingewiesen, siehe: G. D. Irving, *Ejército y Caudillismo en el siglo XIX: el caso venezolano*, in: *Montalban*, 23, Caracas (1991), Universidad Católica Andrés Bello, S. 267 ff; die wichtigsten Anhänger von Páez, seine „Guardia de honor“ („Ehrenwache“), durften ihren Chef mit „Tío“ („Onkel“) ansprechen, siehe Páez, *Autobiografía*, S. 176.
- 43 Bolívar, OC, I, S. 255.
- 44 Siehe Zeuske, *Kolonie, Reform und Revolution...*, S. 137ff.
- 45 Siehe C. Vidales, *Corsarios y piratas de la Revolución Francesa en aguas de la emancipación hispanoamericana*, in: *Caravelle*, 54 (199=), S. 247ff.
- 46 Vgl. P. K. Liss, *Atlantik Empires. The Network of Trade and Revolution, 1713-1826*, London 1983.
- 47 Siehe M. Zeuske, *Compañías comerciales, comerciantes y consules alemanes en las Antillas (1815-1860)*, in: *Commerce et Plantations dans la Caraïbe aux XVIII^e et XIX^e siècles*, ed. P. Butel et B. Lavalle, Bordeaux 1991.
- 48 Zeuske, *Francisco de Miranda...*, S. 451f.
- 49 S. Garcia, *Imprenta e independencia en Venezuela*, in: *La diferenciación nationale en Amérique latine*, ed. B. Chenot et autres, Bordeaux 1986, S. 23ff.
- 50 Zeuske, *Kolonie, Reform und Revolution...*, S. 180ff.
- 51 Humboldt, *Latinamerika am Vorabend...*, S. 128.
- 52 E. Arcila Fariás, *Economía colonial de Venezuela*, 2 Bde., Caracas 1973, Bd. II, S. 273f.: „Der größte Teil des venezolanischen Territoriums wurde durch eine Großzahl kleiner Heere erobert... Diese Heere agierten unter der Ideologie der Konversion“, siehe auch *Relaciones geográficas de Venezuela*, recop. y estudio preliminar de A. Arellano Moreno, Caracas 1964.
- 53 *Escritos del Libertador*, Bd. I, Caracas 1964, *Introducción General*, S. 119 ff; siehe auch Zeuske, „Gott regiert im Himmel, auf Erden wir“: Bemerkungen zum Verhältnis von Revolution und Religion im Werk von Simón Bolívar, in: *AAL*, Berlin 17(1989), H 1, S. 112ff.

- 54 Siehe Izard, Orejanos, cimarrones..., S. 36ff.
- 55 Siehe N. L. Whitehead, *The Lania of Tiger Spirit. A History of the Caribs in Colonial Venezuela and Guayana 1498-1820*, Dordrecht/Providence 1988, bes. die Karte S. 10.
- 56 Siehe Geheimes Staatsarchiv Merseburg (GStAM), Rep. XI, 21^a, 5, Central Amerika sowie Hist. Abt II, 2.4.1., Abt II, Nr. 668, Bl. 27-31v; außerdem Zeuske, *Die vergessene Revolution. Haiti und Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jh.. Aspekte deutscher Politik und Ökonomie in Westindien*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas (JbLA)* 28, Köln/Wien (1991).
- 57 C. Richard, *Briefe aus Columbien an seine Freunde von einem hannoverschen Officier*, Leipzig 1822.
- 58 Zwei etwas ungewöhnlichere Fortbewegungsarten waren durch die natürlich-geographischen Gegebenheiten bedingt: 1. Schwimmen; die Llaneros waren während der dreimonatigen Regenzeit überschwemmt, die Fähigkeit zu schwimmen stellte eine Notwendigkeit für das Überleben dar. Die Schwimmkünste der Llaneros werden in allen Berichten hervorgehoben. In den Gebirgszonen der Tierra Firme, vor allem in den kolumbianischen Anden, die westlich an die Ebenen des Orinokobeckens anschließen, gab es die besondere Berufsgruppe der Cargeros (Träger), die mittels eines hölzernen Stuhls Menschen über die Bergpässe transportierten, siehe Humboldt, *Lateinamerika am Vorabend...*, S. 221. Das generelle Problem des Einfangens und Benützens von Indios als Lastenträger für das Militär ist überhaupt noch nicht eingehend untersucht worden.
- 59 In dieser kulturellen Dimension wird die Kontinuität zwischen kreolischer (Mit)Herrschaft in der Kolonie und patriotischer Hegemonie sehr deutlich, siehe auch Anm. 63.
- 60 Zeuske, *Kolonie, Reform und Revolution...*, S. 150f.
- 61 Ebd., S. 155.
- 62 Bolívar war sich seiner „kulturellen Gruppe“ immer sehr bewußt; wie eine Stelle aus den Memoiren von T. C. Mosquera zeigt, in der es um die Bemühungen Bolívars geht, die „subalternen Generale“ (d.h. die Guerrillacaudillos - M.Z.) zu „strategischen und politischen Operationen“ zu bewegen. Bolívar habe seine Stellung mit der von Napoleon und Washington verglichen. Diese hatten gleichrangige Mitstreiter gehabt, während „ich (Bolívar) Mittelmäßigkeiten hatte, die mit ihrem Mut und Patriotismus populär waren und sich täuschten, als sie sich fähig glaubten, mich beeinflussen zu können. Ansoátegui, Soublotte, Santander und vor allem der General Urdaneta und die Obersten Sucre, Briceño Méndez und Maurique waren es, die durch ihre Erziehung /Sozialisierung/, es handelt sich ausnahmslos um Angehörige kreolischer Oligarchien - M.Z./ meine Pläne verstanden und mir halfen, die moralischen Schwierigkeiten zu besiegen“, siehe T. C. de Mosquera, *Memoria sobre la vida del general Simón Bolívar*, Instituto Colombiano de Cultura 1977, S. 281. Sicherlich ist auch diese Stelle durch die Memoirenperspektive und die von Mosquera angestrebte Wirkung der Memoiren in seiner Zeit verzerrt, sie spiegelt aber sehr deutlich das kulturelle „Wir-Vernändnis“ der Kreolen wider.
- 63 Für die Llaneros, die schon Kontakt mit der Kolonialgesellschaft gehabt hatten, war Viehbesitz ein Zeichen sozialen Ranges; in der Kolonialgesellschaft dagegen war Bodenbesitz das wichtigste Reichtumssymbol. Mit dem Gesetz über die Bodenverteilung wurde jedem patriotischen Militär Wertgutscheine (vales), gemessen in Pesos, zugesichert. Die allermeisten der einfachen Llaneros verkauften diese Gutscheine bald wieder weit unter Wert oder tauschten sie gegen Waffen bzw. Kleidung.
- 64 Siehe Archivo del General José Antonio Páez (1818-1820), Bd. I, Caracas 1973; darüber hinaus ließ Páez seine Leibwache in englische Uniformen kleiden, siehe Zeuske, *Kolonie, Reform und Revolution...*, S. 178f.
- 65 *Actas del Congreso de Angostura*, prol. A. Fco. Brice, ed. Univ. Central de Venezuela, Caracas 1969, S. 99ff.
- 66 Siehe Zeuske, „Heldische Illusion“ und Antillusion bei Simón Bolívar..., S. 577ff.

Die Vermittlung von Revolution, regionalem Konflikt und Großmachtspolitik durch die Presse Leipzigs im Vorfeld von 1789

Als Zeitgenossen einer multimedialen und -kommunikativen Welt, in der sich gerade in den letzten Jahren und Monaten Entwicklungen in ungeahnter Geschwindigkeit und Komplexität vollzogen, sind wir nachgerade an die Parallelität und Verflechtung von regionalen Konflikten, gesellschaftlichen Umbrüchen und (Groß-) Mächtigepolitik sowie deren Vermittlung insbesondere auch über die Presse gewöhnt. Richtet man den Blick in die Vergangenheit, so erfährt diese Vermittlung eine vielfältig bedingte Relativierung, die in dem Maße zunimmt, in dem man sich der Frühzeit der Herausbildung und Vernetzung lokaler, regionaler, überregionaler oder gar globaler Informationsstrukturen nähert und deren Nutzung für eine allmählich entstehende internationale Presseberichterstattung. Für die Untersuchung ihrer Grundlagen und Mechanismen sowie der ihr inhärenten Substanz bei der Aufhellung der Frage nach dem Zeitpunkt und der Art und Weise der Verquickung von europäischen und außereuropäischen, speziell amerikanischen Ereignissen, bietet sich der Standort Leipzig besonders an. Neben den Handelsstädten Köln, Augsburg, Nürnberg und vor allem Frankfurt am Main gehört Leipzig schon zu den Pflanzstätten der Vorläufer des Pressewesens¹, auch über Deutschlands Grenzen hinaus. Und in Leipzig war es auch, wo seit dem 1. Januar 1660 über mehr als zwei Jahrhunderte ohne größere Unterbrechung eine wirkliche Tageszeitung herausgegeben wurde, die später so genannte „Leipziger Zeitung“.² Von ihrer ersten Nummer an war sie getreu ihrem ursprünglichen Namen bemüht „... täglich neu einlaufenden Kriegs- und Welthändel oder Zusammengetragene unparteyliche Nouvelles...“³ an den Leser zu bringen. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich in den Spalten der Zeitung, in nahezu exemplarischer Weise, eine internationale Presseberichterstattung, die zumindest in den letzten Dezennien vor der Großen Französischen Revolution von 1789 weit über die europäischen Grenzen hinaus ging.⁴ Das ordnete sich in Leipzig in eine Landschaft von Zeitungen und Zeitschriften auch ausländischer Provenienz ein, die einmalig in Deutschland war.⁵

Die Ursachen für dieses Phänomen können hier nur summarisch angedeutet werden. Die seit dem Mittelalter systematisch gewachsenen wirtschaftlichen Interessen und Bedürfnisse der Leipziger Bürgerschaft, die immer weiter in die Welt ausgriffen, sind wohl als der wesentlichste Nährboden für das ansteigende Verlangen nach umfassender Information anzusehen. Ähnliches kann mit Blick auf die breite Schicht der Intellektuellen angedeutet werden, deren universitärer Unterbau schon einzelne Vertreter von der östlichen bis westlichen Peripherie Europas aufwies und sich in den Vorlesungen eines Beck, Hilscher oder Wenk mit über Europa hinausgehender Universalgeschichte (!) beschäftigte.⁶ Nicht zuletzt die nachweisbare Zunahme der Vielgestaltigkeit der Leipziger Buchhändler- und Verlagsszene

dürfte Rückwirkungen auf informelle Bedürfnisentwicklungen und -strukturen gehabt haben. Auf einen Nenner gebracht: Die Leipziger Dreieckigkeit von Messe, Universität und Buchmarkt bildete in ihrer vielfältigen, quasi auch personellen Verflechtung gleichermaßen das materielle wie geistig-mentale Hinterland der Presse- und Informationspolitik im allgemeinen und des nunmehr zu betrachtenden Kommunikations- und Ereignisdreiecks: europäische Großmächte - regionaler Konflikt - Revolution.

In der internationalen Berichterstattung der „Leipziger Zeitungen“, die mit unterschiedlicher Intensität von China, Indien, der afrikanischen Kapprovins, der Levante, Europa bis nach Amerika reichte, nahmen Ereignisse in der „Neuen Welt“ oder Westindien im zeitlichen Umfeld der Unabhängigkeitsrevolution der englischen Provinzen in Nordamerika einen vergleichsweise breiten Raum ein. Das trifft vor allem auch auf den spanisch-portugiesischen Dauerkonflikt um die Banda Oriental (Uruguay) zu, der in den Jahren 1775-1777 einen neuen Höhepunkt erlebte.⁷ Neben diesem Konflikt fungieren die Revolution von 1775 und hauptsächlich der französisch-englische Gegensatz als weitere Eckpunkte des erwähnten Dreiecks Südamerika, Nordamerika, Europa.

Im Folgenden soll versucht werden, aus der Perspektive des Standortes Leipzig zum einen mittels zeitgenössischen Pressestimmen weitgehend neue Sichten auf real-historische Zusammenhänge anzudeuten, und zum anderen, konkrete Praktiken und Wirkungen von Presse im Kontext europäischer Politik in den 70er Jahren des 18. Jh. zu beleuchten.⁸

Einzelne Schwerpunkte sind dabei

1. die Relevanz des Zusammenhangs von nordamerikanischer Revolution und süd-amerikanischem Konflikt sowie
2. dessen konkrete Erscheinungen;
3. die Rückwirkungen des regionalen Konflikts auf Europa und
4. die Haltung der iberischen Staaten sowie Englands und Frankreichs zu den Auseinandersetzungen um die Banda Oriental;
5. die Rolle der Presse im Kommunikationsdreieck Nordamerika - Südamerika - Europa im Spiegel der „Leipziger Zeitungen“.

1. Bei der Betrachtung der Ursachen und des Verlaufs der Auseinandersetzungen der beiden Kolonialmächte Spanien und Portugal um den Einfluß am Río de la Plata dominieren in der Historiographie bis heute die Verweise auf die strategische Lage und die anwachsende wirtschaftliche Bedeutung der Region am Ende des 18. Jh.⁹ Das schließt z.T. auch, mit unterschiedlicher Akzentuierung, die handelspolitische und militärstrategische Brückenkopffunktion des portugiesischen Herrschaftsgebietes für England ein, eine Tatsache, die wohl zum weltpolitischen Allgemeinverständnis aufmerksamer Zeitgenossen gehört hat, wie an einer retrospektiven Einschätzung aus Lissabon deutlich wird: „Man glaubt hier, daß die Engländer über unsern mit Spanien geschlossenen Frieden (der Frieden von San Ildefonso vom 1.10.1777 - B.S.) sehr mißvergnügt seyn werden; denn dadurch, daß wir die Colonie von St. Sacrament (ständig unkämpfter portugiesischer Stützpunkt direkt am Río de la Plata - B.S.) abgetreten, haben wir ihrem sehr einträglichen Contrebandhandel mit den Spanischen Colonien einen tödlichen Streich versetzt.“ (LZ, 12.2.1778) Diese, wenn auch etwas überhöhte Einschätzung hinsichtlich der Interessen Englands im Konflikt, die dem Zeitungsleser auch durch einige anschauliche Beispiele vor Augen geführt wird (LZ, 16.12.1775 u. 1776),

verbindet sich in der damaligen Berichterstattung untrennbar mit den Ereignissen im nördlichen Teil Amerikas. Im Gegensatz zur in der Historiographie bis in unsere Zeit wohl dominierenden Betrachtungsweise¹⁰ wird ein sehr enger Zusammenhang zwischen dem Gang der Entwicklung am Hudson und Potomac und jenem am Río de la Plata konstatiert. Aus Versailler Sicht heißt es hierzu: „Niemand begreift, daß Portugall so sehr Lust am Streit und so vielen Haug nun Kriege mit Spanien zu äßern schein; zu einer Zeit, da Engelland seihn genug zu thun hat, und also Portugall nicht wohl einrige Hülfe leisten kann...“ (LZ, 19.10.1776). Lissabon geht, natürlich nicht ohne Eigennutz, einen Schritt weiter, indem es lauthals Brasilien in höchste Alarmbereitschaft versetzt, angesichts der durch einen möglichen Sieg der englischen Kolonien in Nordamerika drohenden Gefahr unkalkulierbarer Rückwirkungen auf die eigenen Besitzungen (LZ, 16.4.1776). Und noch Mitte 1777 glaubt man in Madrid: „... daß die völlige Schliessung unsers Friedens mit Portugall noch immer sehr von dem Erfolg des Englischen Kriegs in Nordamerika abhängt ... Sollte Engelland in Nordamerika glücklich seyn, so wird er schwerlich zugeben, daß wir die Catherinen-Insel und die Anpflanzung zum heil. Sacrament, friedlich behalten.“ (LZ, 12.8.1777; vgl. auch LZ, 21.8.1776)

2. So könnte sich aus der Analyse der in den „Leipziger Zeitungen“ aus verschiedenen Städten Europas und vereinzelt auch Amerikas zusammenfließenden Betrachtungen der parallelen Geschehnisse in Nord- und Südamerika eine relativ enge chronologische „Verzahnung“ der Ereignisse am Cono de Sur mit denen im Norden des Kontinents andeuten. Berücksichtigt man die komplizierten und langen Kommunikationswege New York - London, London - Madrid bzw. Lissabon, Madrid - Buenos Aires und Lissabon - Rio de Janeiro und zurück, so scheint das militärische Auf und Ab in der Banda Oriental wesentlich - vermittelt durch eine entsprechende Politik der europäischen Staaten - vom Kriegsverlauf im Norden beeinflußt worden zu sein. Obwohl weitere Recherchen darüber genaueren Aufschluß bringen müßten, gibt die Presseberichterstattung hierfür einige deutliche Anhaltspunkte, wie etwa die Eskalation der Kämpfe im Frühherbst 1775 zwischen der Kontinentalarmee und den Engländern und die Zuspitzung der Auseinandersetzung am Ende des Jahres in der Banda Oriental (LZ, 15. u. 27.1.1776) oder die zunehmenden Siege der Spanier im Zusammenhang mit der schlechter werdenden Lage der Engländer im Jahre 1777 bzw. der zunehmend radikaleren Unabhängigkeitspolitik der revolutionären Kräfte Mitte 1776.¹¹ (LZ, 24.1.1777, 15.2.1777)

3. Im Gegensatz zu den bekannten Positionen der europäischen Mächte gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen der nordamerikanischen Kolonien bleibt deren Haltung zum „Nebenkriegsschauplatz“ Banda Oriental in der historiographischen Forschung weitgehend unterbelichtet. Oft erscheint der Konflikt in Südamerika - im Grunde abgekoppelt von der internationalen Politik - als erneute Eruption interkolonialen Problemstaus, zu deren Eindämmung sich die Großmächte notgedrungen vernünftiger einschalteten, wie bereits in der Vergangenheit praktiziert. Natürlich gebührt dem inneren Konfliktpotential der dominierende Stellenwert und wies der Prozeß eine deutliche Eigendynamik auf. Die zeitgenössischen Presseberichte dokumentieren jedoch ebenso eine sichtbare Tendenz zur „Europäisierung“ lokaler Konflikte. Gebrochen durch das Prisma eigener Großmachtinteressen wird eine Positionierung vor allem Englands und Frankreichs nachvollziehbar, die - nicht nur im Kontext zur Revolution in Nordamerika - zum einen spätere Bündnisrelationen vorweg-

nimmt und zum anderen die anwachsende Kriegsgefahr für Südwesteuropa selbst andeutet. (LZ, 16.4.76) Bereits im Oktober 1775 wird ans Ganna mitgeteilt: „Man befürchtet, der neuerliche Vorfall zwischen dem Gouverneur von Buenos-Ayres und den Portugiesen dürfte von Folgen in Europa seyn. Diese Vermuthung wird durch die bevorstehende Reise des Französischen Generals von Maillebois nach Spanien gewissermaßen bestärkt.“ (LZ, 25.10.1775) Periodisch wird auf die beiderseitigen Aufrüstungen in Europa verwiesen und auf die gefährliche Ansammlung von Truppen und Gerätschaften an der portugiesisch-spanischen Grenze. (LZ, 2.4., 16.4.1776; 24.5.1776, 10.8.1776 etc.) „Dem Anschein nach dürften die Mißhelligkeiten, welche zwischen beyden Kronen wegen ihren Americanischen Besitzungen schon eine geraume Zeit dauern endlich noch zum Auabruch kommen“, vermeldet man im April 1776 aus Madrid (LZ, 16.4.1776) und einen knappen Monat später aus Paris: „Die Gerüchte von einem Kriege zwischen Spanien und Portugal halten hier immer an. Man sagt sogar, der Graf d'Aranda habe bereits um die Zeit unseres letzten Königs, in dem mit dem Madrider Hofe geschlossenen Tractat, auf den Fall eines Krieges disputierten 24 000 Mann Hülffstruppen angesucht.“ (LZ, 23.5.1776) Noch bedrohlicher klingte eine Meldung aus Genua vom Oktober 1776: „Bald kann sich zeigen, ob unser bisher so stilles und friedliches Europa noch länger in diesem ruhigen Zustande verbleiben werde. Der König von Spanien soll, wie uns Briefe aus diesem Königreiche versichern, Befehl ertheilt haben, den Hafen zu Lissabon durch eine Flotte einzuschließen.“ (LZ, 9.10.1776) Selbst noch im März 1777 wird der Ausbruch eines Krieges für möglich gehalten; es „... sollen die Truppen Befehl erhalten haben, gegen die Spanische Gränze vorzurücken, wo es allerdings zwischen beyden Kronen losbrechen würde.“ (LZ, 8.3.1777) Trotz der mehr oder weniger deutlich zum Ausdruck kommenden Unwägbarkeiten in den „Leipziger Zeitungen“, auch in Bezug auf die Politik der Großmächte England und Frankreich, weisen die konkreten Fakten auf anwachsende Spannungen in Europa im Umfeld der militärischen Konfrontation in Südamerika hin. Vor dem Hintergrund der Nordamerikanischen Unabhängigkeitsrevolution haben wir es hier mit einem Beispiel dafür zu tun, daß in die weltgeschichtliche Peripherie projizierte, aber auch dort selbst gespeiste Konflikte (unterhalb der Revolutionsschwelle), auf Europa ungewollt und gefährlich zurückschlagen. Das heißt, es zeigt sich eine zumindest ansatzweise Verkehrung zu der sich seit dem spanischen über den österreichischen Erbfolgekrieg bis hin zum Siebenjährigen Krieg verstärkenden Tendenz der Verlagerung oder Kompensation europäischer Konflikte in bzw. durch außereuropäische Gebiete.

4. Analysiert man, über die Presse vermittelt, die Positionen der iberischen Staaten sowie Englands und Frankreichs im bzw. um den regionalen Konflikt in der Banda Oriental, so finden die bekannten Konstellationen dieser Zeit facettenreiche Auffächerung und einzelne Ergänzungen. In Bezug auf England fällt das konstante Bemühen auf, den Konflikt rasch beizulegen. Es ist unverkennbar, daß man in London Kopf und Hände für die Probleme mit den eigenen Kolonien frei haben will, weshalb man vom Beginn bis zum Ende eine Beschwichtigungshaltung an den Tag legt. Schon im September 1775 hört man aus London zu möglichen Auseinandersetzungen, daß diese eigentlich jeglicher Grundlage entbehren. „Von Zeit zu Zeit erneuert man hier die Gerüchte von fürchterlichen Kriegs-Anstalten, welche die Spanier in ihrem America machen sollen. Allein Spanien denkt gewiß an keinen Krieg mit England, und diese Gerüchte sind also eben so wenig gegründet, als was man von Feindse-

ligkeiten ausgestreut hat, die zwischen den Portugiesen und Spaniern in America vorgefallen seyn sollen.“ (LZ, 20.9.1775) Diese Position wird offensichtlich ohne großen Veränderungen beibehalten, wie sowohl durch weitere Berichte aus London als auch aus Madrid und Versailles bzw. Paris, bezeichnenderweise aber nicht aus Lissabon, zu ersehen ist (z.B. LZ, 10.1.76, 6.8.76, 19.10.76, 28.77). So wird im Februar 1777 in den „Leipziger Zeitungen“ eine kurze Nachricht aus London abgedruckt, die das auchhalbig unterstreicht und zudem etwas den Schleier über den z.T. recht materiellen Motiven der englischen Ausgleichspolitik lüftet. „Es ist ein Gerücht, von welchen man nicht die mindeste Gewißheit, daß der Lissaboner Hof neulich bey dem unsrigen um Hülfe gegen Spanien angehalten hätte. Unsere Kaufleute sind beständig unzufrieden mit dem Portugiesischen Ministerio.“ (LZ, 24.2.1777) Daß diese Ausgleichspolitik sich nicht nur auf überischen Mächte bezog, sondern auch - ob nun als bloßes Wunschdenken oder realer Versuch sei hier dahingestellt - Frankreich einschloß, geht aus einer Nachricht vom Dezember 1775 hervor. Sie ist auch deshalb um so bemerkenswerter, als zu dieser Zeit der negative Ausgang der Kämpfe in Nordamerika noch keineswegs abzusehen war. „Man sagt, daß zwischen unsarom, dem Französischen und Spanischen Hofe eine Allianz auf dem Tapete sey, durch welche sich diese Mächte ihre Besitzungen oder Colonien in Ost- und Westindien garantieren wolten, um dadurch den anderen Colonien die Neigung zur Rebellion und Unabhängigkeit, welche ihnen etwa das Beyspiel der Englischen Colonien eingeflößt haben möcht, zu vertreiben. Einige behaupten gar, Engelland wolle an Frankreich Canada, und an Spanien Florida abtreten, um diese Höfe zu bewegen, unserm Hofe mit ihren Truppen beyzustehen, um die rebellischen Colonien völlig unter die Bothmäßigkeit zu bringen.“ (LZ, 2.12.1775) Noch im Mai 1776 beeilt man sich aus London zu versichern, „... daß das gute Vernehmen zwischen den beyden Mächten (gemeint sind England und Frankreich -B.S.) nicht wankend geworden ist. Ebenso unverändert soll auch das gute Vernehmen zwischen Engelland und Spanien seyn...“ (LZ, 10.6.1776) Daß aus dieser Allianz der Kolonialmächte nichts wurde, ist bekannt, was im entscheidenden Maße der Gegenpolitik Frankreichs geschuldet war. Allerdings schien es zunächst, als ob Frankreich - ähnlich wie England - nicht gewillt war, sich offen in den Konflikt einzumischen, trotz diesbezüglicher intensiver Bemühungen Spaniens. Unmißverständlich heißt es demgemäß im Mai 1776 in einer Meldung aus Versailles, „... der Familien-Vertrag verbinde Frankreich nicht, in dem gegenwärtigen Falle Truppen an Spanien zu geben, und aller Theil, den Frankreich an den gegenwärtig zwischen Spanien und Portugall obwaltenden Streitigkeiten nehmen könnte, sey, seine Vermittelung zur Beylegung anzuwenden...“ (LZ, 15.6.1776) In Madrid wird das mit offensichtlicher Enttäuschung konstatiert, und man verweist auf die konkreten Schlichtungs Bemühungen Frankreichs; es „... soll zu Versailles ein Congreß erfolgen, welcher aus einem Königl. Französsl. Staats-Secretair, aus unserm Botschafter, dem Grafen von Aranda, aus dem Großbritannischen Botschafter und einem von dem König in Portugall zu ernennenden Minister, bestehen wird.“ (LZ, 15.6.1776) Das dafür auch die, die noch eine offizielle Diplomatie oft flankierenden traditionellen Winkelzüge zur Anwendung kamen, wird ebenfalls berichtet: „Wie es heißt, so giebt sich Frankreich desto ernstlicher Mühe, den Frieden zwischen Spanien und Portugall zu erhalten, da eine Vermählung zwischen Madame Elisabeth, einer Schwester Ludwigs des 16ten mit dem Prinzen von Veira im Werke seyn soll.“ (Eltenda) Doch allmählich bahnte sich eine Veränderung in der Position Frankreichs an, möglicherweise vor dem Hintergrund der sich rasch zuspitzenden Auseinandersetzungen in Nordamerika. Während im

August 1776 aus Madrid berichtet wird, daß „dem Vernehmen nach ...Frankreich noch nicht geneigt (ist), an diese unsern Zwistigkeiten Theil zu nehmen...“ (LZ, 6.8.1776), kommen im Oktober deutlich andere Töne aus Paris. „Die Sachen zwischen Spanien und Portugall nehmen keine günstige Wendung, und unser Ministerium läßt nicht undeutlich merken, daß es geneigt sey, den Spanischen Hof in Ansehung der geforderten Satisfaction zu unterstützen.“ (LZ, 8.10.1776) Auch hier spielen ganz materielle Beweggründe eine nicht unwesentliche Rolle; denn „in solchem Falle werden wir 60 und mehr Millionen aus Spanien bezahlt bekommen, damit wir auch Theil an dem Streit nehmen, und da das Geld jetzt eben nicht in Ueberfluß ist, so wird man diese Subsidien zu brauchen wissen.“ (LZ, 19.10.1776) Die raschen Siege des potentiellen Bündnispartners Spaniens im La-Plata-Raum entheben Frankreich weiterer direkter Schritte, auch wenn Portugal nicht - wie prognostiziert - ohne massive Hilfe Englands Spanien ausgeliefert war, „von dem mächtigen Spanien verschlungen“ wurde. (LZ, 24.2.1777)

Resümiert man die Haltung der beiden Großmächte, so zeigt sich, daß der regionale Konflikt noch nicht zur direkten Konfrontation führt, aber die gegensätzlichen Positionen schärfer hervortreten läßt und spätere - in Nordamerika konkret und unverhüllt wirksam werdende Bündnis-Konstellationen in wesentlichen Teilen antizipiert. In diesem Sinne bleibt zu fragen, ob - bei aller notwendigen Relativierung - dem regionalen Konflikt in der Banda Oriental, der bis an die Schwelle eines europäischen Krieges heranzuführen schien, nicht eine gewisse Katalysatorfunktion zukam?

Betrachtet man aus dem triangulären Beziehungsgefüge heraus die Politik der beiden iberischen Staaten, vermitteln die „Leipziger Zeitungen“ auf direkte wie indirekte Weise interessante Einsichten bzw. regen zu weiteren Untersuchungen an. Letzteres trifft vor allem auch auf die Frage nach den Motiven und dem Zeitpunkt des erneuten Ausbrechens der Auseinandersetzungen am Río de la Plata zu. Die bisher schon erwähnte große Verärgerung Englands über das Vorgehen seines traditionellen „Schutzbefohlenen“ und der ungefähren zeitlichen Synchronität des Ausbruchs der Kämpfe im Norden und Süden Amerikas, im April bzw. Juni 1775, deuten darauf hin, daß Portugal bewußt die Schwäche Englands zu einem eigenmächtigen Vorgehen ausgenutzt haben könnte, und die Initiative ergriff. Das nötige Selbstbewußtsein dafür schöpft man nicht unwesentlich aus der in der Reformzeit des Marquis de Pombal bewirktestelligen Gesundung der Wirtschaft und der innenpolitischen Stabilität (vgl. LZ, 13.11.1776). Die daraus resultierende gewachsene militärische Stärke wird auch im Ausland aufmerksam registriert, wie eine Korrespondenz aus Versailles belegt; in Erwiderung auf die augenscheinliche Unterlegenheit gegenüber Spanien „... sagt man folgende Gründe. 1) Portugall besitze demnach beynähe den besten General in Europa, den Grafen von der Lippe, 2) das Portugiesische Kriegswesen sey in dem vollkommensten Stande, und so auch dessen Seewesen...“ (LZ, 19.10.1776)

Spanien - wie gezeigt, mehr und mehr von Frankreich gedeckt - sieht, nach anfänglichem Zögern, mit den vom Nachbarn angezettelten Feindseligkeiten die erfolgversprechende Gelegenheit, die früheren, von Frankreich und England vermittelten Festlegungen für den La-Plata-Raum zu seinen Gunsten zu revidieren. Das findet in den „Leipziger Zeitungen“ eher unterschwellig seine Widerspiegelung, vor allem in einer Korrespondenz aus Genua, in der die neue Qualität des Konfliktpotentials und des Umfeldes gleichermaßen angesprochen werden: „Man zweifelt indessen stark daran, daß dieses Mißverständnis diesmal in der Stille und Güte werde beigelegt werden. Es dauert, wie bekannt, schon einige Jahre, und wurde zwar durch

die Bemühungen Frankreichs und Großbritanniens schon einmal dahin vermittelt, daß die in America verübten Gewaltthätigkeiten als eigennütziges Verfahren der dasigen Befehlshaber und Einwohner angesehen, und also mit Stillschweigen übergangen worden; aber bald danach entstanden neue Unruhen, und nun scheinen die Beschwerden der Spanier gegen ihre Nachbarn, die Portugiesen, auf das höchste gestiegen zu seyn.“ (LZ, 5.6.1776)

Stärker werden die Motive und Prämissen der Politik Spaniens - wenn auch hier mehr auf indirekter Weise - durch die Berichterstattung über den Verlauf der Feindseligkeiten in Südamerika angesprochen. In erster Linie trifft das auf die breit geschilderten Ereignisse und Verwicklungen um das maritime Expeditionsunternehmen des Generals Cevallos zu, der Ende 1776 ausgesandt wurde, um einen definitiven militärischen Umschwung einzuleiten, was im wesentlichen auch gelang. Abgesehen von der erstaunlichen Informationsfülle, auch über Details (LZ, 24.9., 2.10., 13.12.1776), wird dem Leser hier die doppelböckige Politik Spaniens vor Augen geführt. Zum einen werden die im Frühjahr 1777 anlaufenden Versuche angeleitet, einen friedlichen Ausweg aus der Krise zu finden; Versuche, an denen sich Spanien aktiv beteiligt. (LZ, 30.4., 12.5., 9.6.1777) Mehrmals werden aus verschiedenen Städten Europas Anzeichen vermeldet, die die Zeitgenossen auf einen baldigen Frieden hoffen lassen. (LZ, 15.1., 27.5.1777) „Der Friede mit Portugall (ist) so gut wie geschlossen...“, lautet eine entsprechende Nachricht aus Madrid. (LZ, 17.6.1777) Demgegenüber häufen sich wenig später aus Cádiz und Madrid die anverblühten Siegesmeldungen aus der Banda Oriental (vgl. u.a. LZ, 23.6., 3.7., 5.7., 7.7.1777 etc.), obwohl man, sicherlich bewußt, die Portugiesen bis zuletzt in dem Glauben beließ, daß die Cevallos mehrmals nachgesandten, z.T. sogar paritätisch besetzten Elikurierschiffe mit dem Befehl; alle Feindseligkeiten zu unterlassen, diesen noch rechtzeitig erreichen würden und Cevallos zweifellos zum unbedingten Gehorsam angehalten worden sei (LZ, 30.4., 10.7., 13.10.1777). „Man hoffet inzwischen“, verheißt es noch im Mai aus Lissabon, „daß die von beyden Häfen (Cádiz und Lissabon - B.S.) abgesandten Befehle zur Eihstellung der Feindseligkeiten noch zeitig genug daselbst einreffen werden.“ (LZ, 21.6.1777) Ereignisse bereits ein Jahr zuvor hezeugen, daß sich die Portugiesen durchaus der gleichen Winkelzüge bedienen, Kampfhandlungen von ihnen trotz anderslautender, rechtzeitig ergangener und wiederholter Befehle, weiter vorgetragen wurden. (LZ, 6.8.1776) Aber im Sommer 1777 bedeutet diese Variante des Handlungs nicht nur einen taktischen Schachzug, sondern eine strategische Maxime der spanischen Politik. Und wie sich zeigte mit durchschlagendem Erfolg. Dabei kann man davon ausgehen, daß - eingeschlossen die angesichts der Positionen Englands für Portugal verschlechterte „Großwetterlage“ - die sich in Portugal selbst vollziehenden Umbrüche maßgeblich die spanischen Ambitionen befördert haben; ob bewußt genutzt oder mehr zufällig muß hier dahingestellt bleiben. Hierzu liefern die „Leipziger Zeitungen“ originelle Bezüge. Bereits im Dezember 1776 zeigen sich erste Anzeichen einer sich langsam verändernden Haltung Portugals, indem man die Ereignisse in der Banda Oriental und an den Grenzen zu Spanien unweil weitentgehend bagatellisiert: „Man wundert sich hier sehr über die auswärtigen Gerüchte, nach welchen alle Rüstungen, die bey der Spanischen See- und Landmacht seither geschehen sind, Portugall und dessen Staaten in der neuen Welt bedrohen sollen. Es ist wahr, daß Irrungen, und sogar Thätlichkeiten, zwischen unserm und dem Spanischen Befehlshabern vorgefallen sint; aber unser Hof hat sogleich alles mögliche gethan, den Spanischen zu überzeugen, daß ihm nichts angelegen sey, als das gute Vernehmen mit demselben zu erhalten.“ (LZ, 21.12.1776) An anderer Stelle weist

man auf eine - zumindest nach außen demonstrierte - weitgehende Gleichgültigkeit des portugiesischen Hofes gegenüber den Geschehnissen am Rio de la Plata hin: „Man weiß zwar hier unter Hand, daß die Spanier uns die Colonie St. Sacrament weggenommen haben, und daß sie Brasilien nunmehr bedrohen. Allein der Hof beobachtet darüber ein tiefes Stillschweigen, und belustigt sich noch immer ruhig zu Quelus.“ (LZ, 18.10.1777) Die „Leipziger Zeitungen“ bleiben ihnen Letztem auch hierfür keine Erklärung schuldig. Im April 1777 wird in einem ausführlichen Bericht auf den Tod des portugiesischen Königs und die danach ausbrechenden verstärkten Parteienkämpfe im Lande und deren Auswirkungen Bezug genommen: „Man wird jetzt freylich alles anwenden, die Streitigkeiten mit Spanien beyzulegen, da man nicht vor innerer Unruhe sicher ist.“ (LZ, 14.4.1777) Wenig später weiß man aus Cádiz mit Blick auf Portugal mitzuteilen, daß „seit dem Tode des Königs von Portugal, und dem Falle des Marquis von Pombal, ... gar nicht mehr von dem Kriege mit Spanien die Rede (ist).“ (LZ, 10.6.1777) Es ist verständlich, daß diese Entwicklung in Portugal, Unsicherheiten in der Regierung und innere Schwierigkeiten, dem spanischen König nicht unwillkommen ist (LZ, 30.4.1777) und daraus politisches und militärisches Kapital geschlagen wird. Das dokumentiert sich verbindlich im Vertrag von San Ildefonso vom 1. Oktober 1777 zwischen Spanien und Portugal, der, kurz vor der ersten großen strategischen Niederlage der Engländer in ihren Kolonien bei Saratoga abgeschlossen, die Spannungen in und um die Banda Oriental für mehr als zwanzig Jahre dämpft, ehe sie im Umfeld der napoleonischen Kriege, 1801, erneut offen ausbrechen.

Betrachtet man über das bisher Gesagte hinaus das Medium Presse, ausschließlich im Lichte der „Leipziger Zeitungen“ und der behandelten Problematik, so kann man auf einige beachtenswerte Aspekte verweisen, die einzelne funktionale und methodische Seiten der Pressearbeit im letzten Drittel des 18. Jh. andeuten:

Zum ersten scheint die Stellung Sachsens, insbesondere auch Leipzigs, im Europa dieser Zeit einer relativ „liberalen“ Presseberichterstattung über Ereignisse außerhalb Deutschlands günstig gewesen zu sein. Sachsens Rückzug von der außenpolitischen Bühne nach dem Siebenjährigen Krieg, an dem auch die dynastische Verbindung mit Spanien nichts änderte, ist hierfür wohl als entscheidend anzusehen. Damit war Sachsen möglicherweise äußeren Pressionen weniger ausgesetzt, so daß in der Pressearbeit in geringerem Maße Rücksichten zu nehmen waren. Das fand Ausdruck in der Wiedergabe von unterschiedlichen, z.T. auch gegensätzlichen Korrespondenzen aus den verschiedenen Hauptstädten zum gleichen Sachverhalt. Dies erfolgte sehr wahrscheinlich in der Regel ohne jeglichen Kommentar.¹² Es fällt zum anderen auf, daß die Stellung einer bestimmten Berichtsgruppe (nach Inhalt und Quelle) auf den Seiten der Zeitung keiner festen Hierarchie untergeordnet waren, wohl eher nur vom eingeschränkten außenpolitischen Gewicht bestimmt wurde. Für den betrachteten Zeitraum hieß das Priorität für Nachrichten über die Ereignisse in Nordamerika, aber eben auch erhöhter Stellenwert für die aus der Neuen Welt. Inwieweit hier redaktioneller Einfluß ausgeübt wurde und werden konnte, bleibt noch weitgehend ungewiß. Weniger zu bezweifeln ist er im Hinblick auf die unregelmäßig wiederkehrende Übernahme von mehr oder weniger privaten Briefen oder subjektiv gefärbter Ereignisschilderungen, die teilweise im brüskten Gegensatz zu den offiziellen Nachrichten standen. Damit ist auch unmittelbar das Problem der Zensur angesprochen. Obwohl man - trotz deutlicher periodischer Schwankungen - auf die diesbezüglich für die Leipziger Presselandschaft traditionell günstigen Umfeldbedingungen verweisen kann, bleiben die konkreten Spielräume und Pressionen wohl noch weitgehend im Dunkeln.¹³

Zum zweiten: Das für die Thematik interessante Informationsnetz umfaßte im wesentlichen die Stationen London, Paris, Madrid-Cádiz, Lissabon, Genua, „von der italienischen bzw. spanischen Gränze“, nur sehr sporadisch Haag, Triest oder direkt die Neue Welt. Unverkennbar hebt sich London als zentrale Drehscheibe aller benutzten Informationen über Amerika, Nord wie Süd, ab. Entweder ist London die einzige Quelle zu einem Sachverhalt oder die oft am schnellsten zugängliche.

Zum dritten: Vermittelt durch die „Leipziger Zeitungen“ zeichnet sich unverkennbar eine mehr oder weniger bewußte Steuerung bzw. Manipulation der Informationen, die in den verschiedenen Städten verbreitet werden, ab. Dabei spielen offensichtlich die Ausnutzung von längeren oder kürzeren Monopolstellungen bei Nachrichten, die wie gezeigt, künstliche Manipulation von Kommunikationszeiten und -hemmnissen aber auch deren reales Gewicht im Dreieck Süd-, Nordamerika und Europa eine beträchtliche Rolle. In gleichem Maße ist die möglicherweise gezielte Versorgung einer Station im europäischen Informationsnetz mit tendenziösen Nachrichten - ein Eindruck, der sich im Falle Genuas zu verdichten scheint - in Betracht zu ziehen.

Welche Richtungen gezielter Beeinflussung zeichnen sich im vorliegenden Falle ab? Obgleich sie sich alle mehr oder weniger durchdringen, sind etwa drei auszumachen.

Eine erste könnte man als gezieltes Überzeichnen der eigenen Kräfte bezeichnen; quasi ein „mediales Säbelrasseln“, um den direkten Gegner einzuschüchtern und Zeit für die eigene Initiative zu gewinnen. Das findet sich zunächst besonders 1776 in der portugiesischen Presse, die eigenen, zunächst erfolgreichen Offensivbemühungen flankierend. Immer wieder wird auf die gewaltige Aufrüstung und den besten Verteidigungszustand (LZ, 8.5., 12.10., 16.10. 13.11.76) verwiesen. Seit Ende 1776 löst hierbei Spanien Portugal ab, vor allem in Verbindung mit der Zusammenstellung der „großen Flotte“ (LZ, 15.3.1777), der „großen Armada“ (LZ, 13.12.1776) unter General Cevallos, die in Südamerika eine grundlegende Wende herbeiführen sollte. „Bald muß sich zeigen, ob unsere unermesslichen Rüstungen gebraucht werden sollen“, heißt es im September 1776 aus Madrid. (LZ, 5.9.1776) Bewußt wird auch die Person Cevallos in den Vordergrund gerückt, der in Spanien großes Ansehen genoß. Eingebettet in eine breit zur Schau gestellte Flut von Titeln und Vollmachten, wird er - so scheint es - der Welt als Siegertypus präsentiert. (LZ, 25.5., 5.9., 21.9., 24.9.76) Man bemüht Legenden und legt einen geheimnisvollen Schleier um seine Expedition, auch um die eigene Moral zu stärken. So wird im Oktober bzw. November 1776 berichtet: „Das sonderbare bey dieser Expedition ist, daß der General 3 Millionen Piaster in Gold zum Aufwand seiner kleinen Armee (etwa 12 000 Mann! - B.S.) erhalten hat, und solches das erste Gold ist, welches seit der Entdeckung der neuen Welt aus Cádiz nach America ausgeführt wird.“ (LZ, 29.10.1776) Und wenige Tage später ist zu lesen: „Viele mitgehende Spanier freuen sich um so viel mehr zu dieser Expedition, weil sie hoffen, daß sie noch einmal den berühmten Thron von Nicolas dem Ersten (einem sagenumwobenen guten König - B.S.) in Paraguay, zu sehen bekommen werden.“ (LZ, 4. Nov. 1776)

Eine zweite Richtung der vorsätzlichen Benutzung der Presse ging von allen Parteien aus, sie zielt darauf ab, günstige Umfeldbedingungen zu schaffen entweder für eigene Bündnis- bzw. Unterstützungsbemühungen oder um die des Gegners zu unterminieren. Um die öffentliche Meinung so oder so zu beeinflussen, werden auf der einen Seite beständig Gerüchte

produziert und kolportiert, und in der Presse häufig auch offen so bezeichnet. Auch hier erwies sich Italien als günstiger Transporteur, vor allem für Spartien. (LZ, 21.8., 24.8., 9.10.76 etc.) Auf der anderen Seite suggeriert man Einschätzungen oder Schilderungen, die völlig erfunden oder nur wenig mit der Realität zu tun hatten.¹⁴ Aus der Vielzahl sei nur ein Beispiel herausgegriffen. Obwohl man mit Sicherheit über den Abgang der Flotte Cevallos' Ende 1776 und die Unaufhaltsamkeit seines Unternehmers Kerulius hatte und damit eine Eskalation der Konfrontation zwischen Spanien und Portugal nicht nur in Amerika sehr wahrscheinlich war, wie zur gleichen Zeit aus anderen Städten bestätigt wurde (LZ, 24.2., 8.3.1777), hieß es am 10. Januar 1777 wider besseren Wissens (und unter Berufung auf den portugiesischen Gesandten) aus London: „Zwischen Spanien und Portugall ist inzwischen nichts mehr zu befürchten...“ (LZ, 28.1.1777)

Eine dritte Richtung der zielgerichteten Benutzung der Presse läßt sich in Hinsicht einer bewußten Überhöhung von Geschehnissen in der Neuen Welt durch die betreffenden Verantwortlichen ausmachen. Das scheint im vorliegenden Falle zur Rechtfertigung eigener Verluste bzw. Niederlagen oder zur Kompensation negativer Entwicklungen in anderen Regionen und zum Aufbau des eigenen Selbstbewußtseins erfolgt zu sein. Auch hier ließe sich eine Fülle von Beispielen anführen, nur ein besonders markantes vom Frühsommer 1776 sei erwähnt. Mit einer hier nur teilweise wiederzugebenden Ironie reagiert ein Bürger von Buenos Aires auf die Briefe seines Korrespondenten in Madrid, der vollkommen auf die damals dominierende Beschwichtigungssposition der spanischen Presse eingeschwenkt war: „Ich frage Sie immer“, so der bonarenser Schreiber, „ob wir mit Portugall Krieg haben.“¹⁵ Ihre Antworten lauten einmal wie das andere: wir haben Friede mit unsern lieben Nachbarn, den Portugiesen, was bey Ihnen vorgeht, diese kleinen Neckereyen sind Tändeleyn, die das Augenmerk beyder Höfe nicht verdienen, und auch nie das gute Vernehmen unterbrechen werden...“ Der Schreiber verweist auf die nie dagewesene militärische Stärke und die permanenten Invasionen der Portugiesen und führt fort: „Aber das alles habe ich Ihnen schon in meinem vorigen geschrieben. Seit der Zeit haben wir noch viele Tändeleyn mit unsern lieben Freunden und Alliirten gehabt, und obgleich mit abwechselndem Glück, so ist doch eine Menge wackerer Leute geblieben, und alles bey bester Freundschaft, wie Sie sagen.“ (LZ, 31.7.1776)

Zum vierten: Auch hinsichtlich der Art und Weise der Benutzung und des Bedeutungswandels des Begriffs Amerika, wie er in dieser Zeit anzutreffen war, geben die „Leipziger Zeitungen“ einige Ansatzpunkte. Faßt man zeitlich weiter zurück, etwa bis zum Beginn der siebziger Jahre, so wird zum einen sichtbar, daß noch in dieser späten Phase Amerika im wesentlichen als der spanische und portugiesische Teil figuriert, das traditionelle Verständnis noch dominiert. Wenn eine Unterscheidung anzutreffen ist, dann oft nur im geographischen Sinne. Mit den Ereignissen in Nord- und Südamerika ab 1775 vollzieht sich eine deutliche inhaltliche Veränderung des Begriffs Amerika. Wie die entsprechenden Stellen in den „Leipziger Zeitungen“ belegen, beginnt recht schnell eine klare Differenzierung im Verständnis Raum zu greifen, freilich ohne daß sich damit im Normalfalle beim Leser schon konkretere Vorstellungen vor allem über die Verhältnisse in der sogenannten Neuen - sprich spanischen und portugiesischen - Welt verbinden können. Dies ist erst Erucht späterer Jahre, wie auch die Forschungen zum Leipziger Buchmarkt belegen. In summa: Wie die Berichterstattung in den

„Leipziger Zeitungen“ dokumentiert, reißt der Konflikt am Río de la Plata neuerlich ein großes Loch in den von Spanien noch immer mühsam über ihre Kolonien gehaltenen Schleier der terra incognita.

Für mehr als zwei Jahre rückt dieser Weltteil mit Nachdruck in das Bewußtsein aufmerksamer Leser, ehe er noch einmal, aber nur für kurze Zeit, wieder aus dem Blick gerät. Zurück bleiben in den Spalten der Zeitung Indizien und konkrete Anzeichen wechselseitiger Verflechtung von Ereignissen in geographisch scheinbar noch unermeßlich entfernten Regionen, und das in einer Zeit, in der die Nachrichten von und nach Übersee oft mehrere Monate brauchten.

1. Vgl. hierzu K. A. Engelhardt, Die Entstehung und der Fortgang des Leipziger Zeitungswesens. In: Zeitschrift für das Königreich Sachsen, Hrg. J. G. Geißler, Dresden 1820, Bd. 1, S. 131ff.; mit Blick auf die Zeitschriften vgl. J. Kirchner, Die Grundlagen des Deutschen Zeitschriftenwesens, Leipzig 1931.
2. Vgl. die im Leipziger Stadtarchiv lagernden Bestände der „Leipziger Zeitungen“, die der vorliegenden Arbeit als Grundlage dienen. Vgl. auch C. D. von Witzleben, Geschichte der Leipziger Zeitung. Zur Erinnerung an das zweihundertjährige Bestehen der Zeitung, Leipzig 1860; Leipzigs älteste Zeitung. In: Leipziger Bürgermund, Nr. 9(93), 8. Jahrg. 1932, S. 399ff.; Europa, Chronik der gebildeten Welt, Leipzig 1860, Nr. 2, Spalten 57-59.
3. Vgl. die erste Ausgabe dieser Zeitung.
4. Vgl. die Jahrgänge 1770-1789 der Zeitung; vgl. auch Witzleben, S. 26ff.
5. Vgl. Engelhardt, S. 146ff. Engelhardt gibt für 1766 „... 47 Deutsche politische, 17 Französische, 8 Holländische, 10 Englische, 5 Italienische, 1 Polnische, 1 lateinische und daneben noch 24 Französische, 3 Italienische, 3 Englische, 15 Deutsche gelehrte Zeitungen, 19 gemeinnützige Wochen- und Monatsschriften und 15 Anfrag- und Intelligenzblätter.“ an. Vgl. ebenda, S. 147. Vgl. auch Kirchner, S. 134-138, 330.
6. Vgl. u. a. Leipziger gelehrtes Tagebuch, Leipzig 1780ff.
7. Vgl. zu Hintergründen und Verlauf des Konflikts u. a. P. M. Schurmann, M. L. Coolighan Sanguinetti, Historia del Uruguay, Montevideo 1965, S. 66ff.; L. E. Azarola Gil, Contribución a la historia del Colonia del Sacramento, Madrid, Barcelona, Buenos Aires 1931; Reyes Abadie, Bruschera, Melogno, La Banda Oriental, pradera, frontera, puerto, Montevideo 1965, S. 30ff.
8. Der bisherige Stand der eigenen Forschungen gebietet es, dabei auf den z.T. hypothetischen Charakter der Aussagen zu verweisen.
9. Vgl. u. a. J. Street, Artigas and the emancipation of Uruguay, Cambridge 1959, S. 21ff.; Jesualdo, Artigas, Buenos Aires 1961, S. 106 f.; L. Sala de Tourón, N. de la Torre, J. C. Rodríguez, Evolución económica de la Banda Oriental, Montevideo 1967, S. 11ff.
10. Darüber hinaus stellten die Behandlung interkontinentaler Prozesse unter Einschluß Lateinamerikas in der bisherigen Forschung nur ein Randproblem dar. Das zeigt sich auch an der Schwerpunktsetzung von analytischen Arbeiten zur jüngeren Historiographie; vgl. z. B. S. M. Socolow, Recent historiography of the Río de la Plata: Colonial and Early National Periods. In: Balance de la Historiografía sobre Iberoamérica (1945-1988), Actas de las IV Conversaciones Internacionales de Historia, Pamplona 1989, S. 557ff.
11. Inwieweit hierbei die Presse durch die Verbreitung der gewöhnlich vertraulich behandelten Informationen von den Brennpunkten neben- bzw. in einzelnen Fällen sogar den offiziellen diplomatischen Kanälen „vorgeordnet“ meinungs- und letztlich entscheidungsbildend wirksam wurde, wäre konkret zu untersuchen.
12. Diese Vermutung wird auch gestützt durch einen Hinweis Witzlebens auf den Versuch des Chefredakteurs M. G. Schumann, wertende Artikel fest in der Zeitung zu verankern, was aber durch die faktisch aufsichtsführende Stelle in Dresden unterbunden wurde. Vgl. Witzleben, s. 51.
13. Vgl. ebenda, S. 23 f., 26ff., 39 u. 48ff.
14. Daran änderte auch der häufige Gebrauch des Konjunktivs nichts, der zudem wohl oft der Übersetzung geschuldet sein könnte.
15. Der offensichtlich Übertragungs- bzw. Übersetzungsfehler im ersten Teil des Satzes wurde hier schon korrigiert.

Zensur, öffentliche Meinung und Politik in der Berliner Spätaufklärung. Eine Problemskizze¹

1814 schrieb Benjamin Constant: „En Prusse ... durant tout le règne de Frédéric le Grand, depuis 1740 jusqu'en 1786, il y eut pour toutes les publications, liberté entière. Jamais règne ne fut plus illustre et plus tranquille. Des theologiens voulurent, après la mort de ce prince, établir une censure, et la lutte d'opinion contre cette tentative est encore fameuse, dans les annales de l'Allemagne littéraire. La censure n'a pas été abolie de droit mais elle a complètement cessé de fait, et aujourd'hui chacun imprime à Berlin ce qui lui plait sauf à en reprendre“².

Mein Beitrag ist in gewisser Hinsicht als ein kritischer Kommentar zu dieser einflußreichen Behauptung Constante zu verstehen. Ich habe vor, einige m. E. wichtige Elemente des Zusammenhangs von Zensur, Presse- und Kommunikationsfreiheit und den Begriff von öffentlicher Meinung in der zweiten Hälfte des 18. Jh. darzustellen. In seiner Behauptung berücksichtigte Constant zwar die wesentlichen Faktoren dieser Thematik: *liberté, opinion, censure*, den Gegensatz zwischen *de droit* und *de fait* interpretierte er aber aus der Perspektive des antinapoleonischen Liberalen, der die ganze historische Erfahrung der Französischen Revolution und des Grand Empire durchlebt hatte. Seine höchst positive Einschätzung der Regierungsweise Friedrichs II. hatte daher eine bewußte politische Funktion und kann die historische Situation unter Friedrich II. nicht ungemessen beschreiben, wobei daran zu erinnern ist, daß diese positive Einschätzung von einer bestimmten Tradition der Geschichtsschreibung lange Zeit unreflektiert aufgenommen wurde.³ Die entgegengesetzte Behauptung, es hätte in Preußen überhaupt keinen Spielraum für Schriftsteller und öffentliche Meinung gegeben, trifft allerdings ebensowenig zu⁴.

Es seien nun folgende Thesen formuliert: 1. In der Berliner Spätaufklärung waren die Begriffe Zensur, Pressefreiheit und Publikum zweideutig und erklärungsbedürftig. 2. Diese Begriffe gerieten in der zweiten Hälfte des 18. Jh. gleichzeitig und parallel in Bewegung. 3. Diese Entwicklung war für den Prozeß der kulturellen Modernisierung in Deutschland relevant, und 4. ermöglichen Begriffsgeschichte und Geschichte von Institutionen und politischen Entscheidungen in ihrem Zusammenhang eine fruchtbare Perspektive, um einen solchen Prozeß adäquat wahrzunehmen. Der folgende Beitrag stellt einen ersten Versuch dar, diese Entwicklungsprozesse skizzenhaft zu schildern.

Die preußische Monarchie gilt als Beispiel für eine Tendenz, die jedoch nicht voreilig verallgemeinert werden darf, weil Preußen, im Gegensatz zu vielen anderen Staaten, über einen relativ modernen Verwaltungsapparat verfügte, der seit Mitte des 17. Jh. ständig und konsequent ausgebaut worden war. Außerdem war Berlin nach Leipzig das zweitgrößte Verlagszentrum in Deutschland, besaß ein ständig wachsendes Lesepublikum und eine beträchtliche Anzahl von Schriftstellern: 1783 behauptete Zöllner, es lebten in Berlin 172

Schriftsteller; 1795 waren es laut Schmidt und Mehring 145 (die meisten waren keine Berufsschriftsteller, sondern Beamte, Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, Hauslehrer, Pfarrer).⁵

Obwohl die Regierungsform eine absolutistische Monarchie war, obwohl der Monarch prinzipiell für eine flächendeckende Aufsicht über jede Form von schriftlicher Kommunikation zuständig war, kann man von vornherein sagen, daß die Zensur in Preußen nie über die Effizienz des gegenreformatorischen Zensurapparates in der Neuzeit verfügte.⁶ Jede Forschungsarbeit über Auswirkungen der Zensur und die Konstituierung der Öffentlichkeit sollte den institutionellen Kontext der damaligen Erfahrungswelt berücksichtigen.⁷

Die Zensur als Institution hatte im Europa der Neuzeit nicht keine individuelle Dynamik und Logik entwickelt, hatte sich von der bürgerlichen Gesellschaft (*civil society*) noch nicht völlig gelöst. Auch in der angeblich absolutistischen Monarchie mußten sich die Zensoren ständig mit den Reaktionen der jeweils Betroffenen auseinandersetzen, so z. B. mit Schriftstellern, mit Verlegern, mit den versammelten Ministern, mit den Botschaftern eventuell beleidigter Mächte. Prinzipiell kann man sagen, daß der Zensor im neuzeitlichen Europa keine funktionale Eigenständigkeit besaß, der Welt der Gelehrsamkeit wie der Welt der Macht zugleich angehörte. Der Unterschied zwischen dieser Situation und der aktuellen Erfahrung von Zensur in totalitären Staaten ist nicht zu übersehen.

Man kann drei institutionelle Ebenen der Zensur im Deutschen Reich ausmachen. Die erste Ebene bildete die Bücherkommission in Frankfurt: sie stellte die älteste Form der Zensur dar, kontrollierte theoretisch den Buchhandel im Reich und sollte hauptsächlich Kaiser und katholische Religion in Süntz nebeneinander.⁸ Tatsächlich konnten die Reichsbehörden ihre Entscheidungen selten durchsetzen, denn die Territorialstaaten und Freistädte verfügten - auf einer zweiten Ebene - über ihre eigenen Zensurbehörden und eigene Zensurpolitik. Trotz gelegentlicher Zusammenarbeit waren die Richtlinien in den meisten Fällen keineswegs identisch. Was in Hamburg erlaubt war, war in Mainz verboten.⁹ Die dritte Ebene bestand innerhalb der Territorialstaaten. Die Zensur wurde verschiedenen Behörden übertragen, deren Traditionen, Arbeitsweisen und Zuständigkeiten unterschiedlich waren. Dies führte oft zu Konflikten zwischen den Zensurbehörden. Außerdem existierten in jedem Staat Bereiche und einzelne Schriftsteller, die keiner Zensur unterlagen: Akademien der Wissenschaften, Universitäten und Gymnasien waren fast überall zensurfrei.¹⁰ Einzelne Territorien konnten, nachdem sie in der preußischen Monarchie aufgegangen waren, die althergebrachte Zensurfreiheit noch lange Zeit bewahren.

Die Vielfalt der Rechtsverhältnisse, der religiösen Gruppierungen, der Machtverteilungen, der intellektuellen Richtlinien führte dazu, daß im deutschsprachigen Raum die Herstellung von und der Handel mit Schriftprodukten kaum überschaubar und kontrollierbar waren. Das gleichzeitige Vorhandensein von verschiedenen Zensurbehörden ließ den Anspruch auf eine konsequente und lückenlose Überwachung obsolet werden. Diese Konstellation hat sich erst Anfang der 1780er Jahre, unter dem Druck der Französischen Revolution, grundsätzlich geändert, als die verschiedenen deutschen Regierungen eine partiell gemeinsame Medienpolitik versuchten.

Die preußische Monarchie unter Friedrich II. entsprach in dieser Hinsicht einem weit verbreiteten Organisationsmuster. Der König legte in den ersten zwei Jahrzehnten seiner Regierung großen Wert auf die Ausübung der Zensur und reorganisierte sie relativ häufig, was

in der Tat die Unwirksamkeit seiner Projekte ausreichend deutlich macht.¹¹ Das Consistorium war für die Zensur der Schriften über Religion zuständig. Die Abreißung für äudere Angelegenheiten beaufsichtigte Bücher über internationale Politik und jus publicum. Eine Zensurkommission bestand aus einzelnen Zensoren, die für bestimmte Fächer wie Geschichte, Philosophie usw. oder für bestimmte Zeitungen oder Zeitschriften oder auch für bestimmte Autoren zuständig waren. Diese Zensoren gehörten der Akademie der Wissenschaften oder verschiedenen Regierungsressorts an. Die Besoldung war sehr gering. Erst im 19. Jh. vollzog sich der Wandel vom nebenamtlichen zum hauptamtlichen Zensor im Staatsdienst.¹² Im Jahre 1747 versuchte Friedrich II., die Zensur grundsätzlich zu reorganisieren. Die Akademie der Wissenschaften mußte nach seinem Cabinetordre alle Bücher und Zeitschriften vor ihrer Drucklegung überprüfen, um die Homogenität der Maßstäbe zu gewährleisten.¹³ Die Reform scheiterte jedoch am Widerstand der Verleger, für die sie höhere Kosten und eine relativ strengere Aufsicht mit sich gebracht hätte, ebenso am Widerstand der Akademiemitglieder, für die die neue, unwillkommenere Aufgabe mehr Arbeit nach sich gezogen hätte. So mußte Friedrich II. 1749 das frühere Zensursystem wiederherstellen.¹⁴ Das Edikt aus diesem Jahr gab den Zensoren großen Spielraum, indem Schriften gegen die Religion, den Staat und die „guten Sitten“ verboten wurden (eine ähnliche Formulierung findet man gleichzeitig im sächsischen Zensuredikt; die Praxis folgte freilich ganz anderen Richtungen¹⁵). Dem Zensor blieb die Entscheidung vorbehalten, was mit Religion oder guten Sitten gemeint war. Die Auslegung der einzelnen Zensoren war daher ausschlaggebend, da die Richtlinien eine breite Interpretation zuließen. Das führte andererseits dazu, daß vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren die Stelle eines Zensors nicht sehr begehrt war, weil er sich dem Druck der Verleger auf der einen, dem Druck der höheren Behörden auf der anderen Seite ausgesetzt sah. Die Verhandlungen zwischen dem König und den potentiellen Zensoren zeigen, wie wenig absolut der König herrschen konnte. Als das Akademiemitglied Pellouitier starb, blieb die Stelle des Zensors für historische Werke lange Zeit unbesetzt. Am 27. Dezember 1758 schrieb Euler an König Friedrich II., daß kein académicien zum Zensor ernannt werden wollte: er bat den König „de dispenser l'Academie d'indiquer un de ses membres“. Es geschah dennoch, und am 28. Februar 1759 wurde Kahle, ein Beamter mit soliden Ruf als Jurist und Philosoph (er stand u. a. im Briefwechsel mit Voltire), zum Zensor ernannt.¹⁶ Der vorausgegangene Briefwechsel zwischen Kahle und dem König ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Am 21. Januar 1759 hatte sich Kahle bereit erklärt, die Stelle anzutreten, da bekannt wurde, „es werde in einem ganzen Jahr kein einziger Bogen zur Zensur gebracht“.¹⁷ Als die Akademie zuständig für die Zensur war, schrieb Sotzer venueulich seinem Freund Gleien: „Die Schriftsteller haben von der Censur der Academie nichts zu fürchten. Die Gesetze, nach welchen sie censiert, sind äußerst gelinde“.¹⁸ Oft mußte der Schriftsteller, wie es bei dem Journalisten Wegener 1769 der Fall war, lange Zeit auf den Zensor warten: er beklagte sich beim König, er habe alle ihm bekannten Zensoren und Akademiemitglieder um die Begutachtung seiner Zeitschrift und um die Druckerlaubnis gebeten: keiner unter ihnen hatte Zeit noch Muße dazu. Endlich bekam auch Wegener seine lange begehrte und zu diesem Zeitpunkt wohlverdiente Zensur.¹⁹ Im gleichen Jahr bedauerte der Generalfiscal von Berlin, d'Anieres, offiziell die Unordnung in den Zensursachen. Seine Meinung kann durch eine Aussage Nicolais aus dem Jahr 1775 nur bestätigt werden. Auf die Aufforderung von gleichem Generalfiscal, die Approbation der Zensur für die „Allgemeine Deutsche Bibliothek“ vorzulegen, antwortete dieser, er hätte in

den letzten dreizehn Jahren seiner Tätigkeit als Verleger nie mit der Zensur zu tun gehabt. Das fände er gar nicht unannehmlich, nur der königliche Zensur Teller zu den Mitarbeitern der „Allgemeinen Deutschen Bibliothek“ zählte. Nicolai meinte außerdem, er hätte nie vom Zensuredikt aus dem Jahre 1749 Kenntnis bekommen.²⁰ In der Zensur von Büchern herrschte offenbar in den fünfziger und sechziger Jahren Chaos, oder es hatte sich bestenfalls eine sehr lockere Praxis eingebürgert.

Eine Ausnahme bildeten die Zeitungen: für sie waren die Zensurpraxis strenger, die Richtlinien genauer formuliert. Als Beispiel sei hier die Vorschrift Friedrichs II. für den Zensur Vockeroelt zitiert. Die Zensur müsse „mit aller Attention verrichten, auch darin nicht anstößige, so insensibilité in publique Affairen einschläget, stehen lassen und darauf sehen und nachdrücklich halten soll, damit die Gazetten nicht anders als nach dem von ihm censierten und approbirten Exemplar abgedruckt und publiciret werden müssen.“²¹ Doch auch in diesem Fall klappten Praxis und königliche Vorschrift offenbar erheblich auseinander, wie Friedrich II. selbst fünf Jahre später in seiner *Instruction* für Beauobre 1755 feststellen mußte.²²

Das ganze System basierte auf der Vorzensur; dies blieb mangelhaft und die Konfiskation verbotener Bücher war zuweilen ein effektiveres Mittel, um den Verkauf von „gefährlichen“ oder „unmoralischen“ Büchern zu unterbinden. In Berlin waren die Generalfiscale dafür zuständig, doch ihrer Verfahrensweise lag kein systematisches Konzept zugrunde. Die Fiscale hatten ihre eigenen, standesgemäßen Begriffe vom Unmoralischen, Anstößigen, Gotteslästerlichen und suchten diese Begriffe durchzusetzen, indem sie verdächtige Buchhändler gerichtlich verfolgten. Die Autoren hingegen hatten wenig zu befürchten.

Die Auseinandersetzungen zwischen Fiscalen und Buchhändlern, die nicht immer zugunsten der ersteren ausfielen, entwickelten sich manchmal zu wahrhaften Debatten über die Kulturpolitik Friedrichs II. Als Generalfiscal Uhden 1755 dem Buchhändler Klüter vorwarf, Voltaires „Pucelle d'Orleans“ rechtswidrig verkauft zu haben und Premontvals „Cause bizarre“ sowie ein Werk mit dem Titel „Die Kunst der Wollust“ ohne Vorzensur gedruckt zu haben, argumentierte Klüter, er habe gedacht, „es müsse hier keine Censur vorhanden seyn“, da Bücher wie Lamettries „L'homme-machine“ in Berlin ungestört veröffentlicht wurden. Trotz dieser scheinheiligen Andeutung auf Lamettries aufsehenerregende Werke und auf die von Friedrich II. großzügig bewilligte Druckerlaubnis kam Klüter nicht ungestraft davon, ließ aber die Widersprüchlichkeit des preußischen Zensursystems deutlich werden.²³ Daß man mit einer Strafe von 100 Ducaten den Verkauf von Werken wie „Le Supplément aux oeuvres et poésies diverses du Philosophie de Sans-soucis“, angeblich vom König selbst verfaßt, unterbinden wollte, zeigt nur allzu deutlich, wie schwierig es für die Behörden war, den Buchhandel im Zaum zu halten.²⁴ Im übrigen war im Ancien Régime eine übertriebene, realitätsferne Strafandrohung ein sicheres Zeichen für die Machtlosigkeit der Regierung. Verurteilte Buchhändler wurden überdies fast ausnahmslos von Friedrich II. begnadigt. Der König war oft der wichtigste Kunde zahlreicher Buchhändler, die mit der Justiz in Schwierigkeiten gerieten.

Die oben zitierten Beispiele beziehen sich v.a. auf die fünfziger und sechziger Jahre. In diesen Jahrzehnten wurde klar, daß die Aufsicht über alle Formen der schriftlichen Kommunikation ohne den Koesens der Schriftsteller und der Verleger nicht durchzuführen war; außerdem plädierten die Aufklärer mit wachsendem Erfolg für Pressefreiheit. Ohne den gesetzlichen Rahmen zu verändern, konnten sich zwischen 1760 und 1770 Regierung,

Zensoren, Verleger und Schriftsteller stillschweigend darüber einigen, eine Sphäre der öffentlichen Diskussion im Zeichen der Aufklärung entstehen zu lassen. Die zahlreichen Berliner Zeitschriften spielten dabei eine wichtige Rolle.²⁵ Bei der Herausbildung dieses Konsensus spielten die Zensoren, ihre Persönlichkeit und ihre politische Kultur, eine entscheidende Rolle. Die Zensur verschwand nicht, sie ging in eine Art Zusammenarbeit zwischen Zensoren und Schriftstellern, Philosophen und Staatsmännern auf, eine Zusammenarbeit, die ihren Blick auf das Lesepublikum richtete. Von seiten der Regierung wurde auf aufsehenerregende Überwachungsverfahren wie etwa die Durchsuchung von Privatwohnungen, die z.B. in den habsburgischen Territorien noch in den siebziger Jahren relativ üblich waren, verzichtet. Außerdem hatte sich die Zensur in Preußen seit Mitte des 18. Jh. in deutlichem Gegensatz zu Österreich von religiösen Zwecken weitgehend abgehoben.

Die Zensoren gehörten zugleich zur Polizei und zur Wissenschaft; im Notfall vermittelten sie zwischen beiden Polen, wobei sie ihre eigene Persönlichkeit und ihre Kultur zur Geltung brachten. Auf eine vollständige Beschreibung aller preußischen Zensoren muß hier verzichtet werden. Neben den bekannten Dohm und Hertzberg seien nur einige Beispiele erwähnt.²⁶ Louis de Beausobre war Mitglied der Akademie der Wissenschaften, war erfolgreicher Schriftsteller und hatte im „Mercure de France“ gegen Raynal polemisiert, als er sich als junger Gelehrter 1752-1753 in Paris aufhielt.²⁷ Telier war einer der bedeutendsten Vertreter der neologischen Theologie und trug als Zensor dazu bei, Berlin zum Mittelpunkt der theologischen Aufklärung zu machen.²⁸ Marconnay war fast 20 Jahre Zensor für Zeitungen: von ihm ist u.a. ein interessanter Briefwechsel mit Formey überliefert, in dem Marconnay sich zum Manifest der neuen Empfindsamkeit, d.h. der „Nouvelle Heloise“ von Rousseau, bekennt.²⁹ Als Zensor griff er bezeichnenderweise ein, als eine Zeitung trotz seines Verbots die Anzeige einer abergläubischen Schmähchrift gegen den aufgeklärten Theologen Erman veröffentlicht hatte.³⁰ Für diese Männer gingen Aufklärung und Regierung Friedrich II. prinzipiell einander auf. Strenge Disziplinierungs- und Rationalisierungsansprüche und zivilisatorische Aufgabe standen in keinem Widerspruch zueinander. Auf diesem politischen und intellektuellen Bewußtsein basierte eine spezifische wertgeladene Vorstellung der Pressefreiheit, die ein eigenes Moment aktiver Steuerung des gesellschaftlichen Lebens hatte. Die preußische Pressefreiheit war kein leerer Begriff; sie entwickelte sich zu einem Merkmal der politischen Verhältnisse in der Monarchie, wie ein Schreiben Carmers aus dem Jahr 1781 beweist. Als Friedrich II. die Revision der preußischen Gesetze durch ein Cabinetsordre förderte, wurde eine öffentliche, unvoreingenommene Diskussion für nützlich gehalten. Carmer erklärte sich für „würdig geschickte und der Sache gewachsene Leute [die] ihm [d.h. dem König, E. T.] Gedanken und Vorschläge über dergleichen Materien, auch durch den Weg des Drucks, eröffnen und ertheilen wollen, so kann es mir doch auch nicht gleichgültig seyn, daß auf diesem Wege dem Publico piecen in die Hände gegeben werden, die zuweilen nichts dienen können, als solches ine zu machen, und mit Vorurtheilen und unrichtigen Ideen zu präoccipieren.“³¹ Die Pressefreiheit entsprach also dem Kampf gegen die Vorurteile; die freie, kritische Debatte war insoweit möglich und wünschenswert, als sie ihre zivilisatorische Aufgabe löste und der Aufklärung gerecht wurde. Im Selbstverständnis der Berliner politischen und intellektuellen Elite gehörte die Zensur weitgehend zur Pressefreiheit, weil die Zensoren dafür bürgten, daß die schwache Stimme der Vernunft vom Aberglauben und den Vorurteilen nicht erstickt wird.³²

Über die emanzipatorische Funktion der sozialen Kommunikation war man sich einig; Differenzen entstanden erst auf der Ebene der Theorie, als in der Mithrasgesellschaft die geheimen vota von Mendelssohn, Nicolai und Dohm für die Aufhebung der Zensur plädierten, während andere Mitglieder wie Wloemer, Spalding und Svarez auf die Gefahr hinwiesen, „daß die in einer Schrift vorgetragenen Sätze unter einer solchen Claße des Volks in Umlauf kommen möchten, welche sie dchtig zu verstehen, hinlänglich zu prüfen und gehörig anzuwenden nicht fähig war“³³. Die Frage der Pressefreiheit galt daher in Preußen als nicht relevant, solange eine gemeinsame Vorstellung der Aufklärung als historischer Prozeß Regierung, Zensoren, Verleger und Schriftsteller verband. Der Aufsatz in der *Berlinischen Monatsschrift* „Über Denk- und Druckfreiheit. An Fürsten, Minister, und Schriftsteller“, 1784 erschienen, muß hier an erster Stelle erwähnt werden: Er war eine Art Manifest vom Konsens im Zeichen der Aufklärung: „Die Freiheit laut zu denken, ist die sicherste Schutzwehr des preußischen Staats... Wenn Preußens Beherrscher die Schriften gegen den Staat von der Censur unterdrückt wissen will; so versteht er nur solche, welche den Staat selbst angreifen, ihn an seine Feindin verriethen, die Unterthanen von der Pflicht des Gehorsams lossagen, und bürgerliche Unruhe verursachen; aber nicht bescheidene Urtheile über die von dem Fürsten oder seinen Dienern getroffenen Maaßregeln... Eine solche Druckfreiheit ist das unterscheidende Merkmal einer weisen Regierung“. Andererseits schrieb der Verfasser: „Nicht jede Wahrheit ist zu allen Zeiten, unter allen Umständen gleich nützlich.“³⁴

Ein ähnlicher Begriff von Pressefreiheit tritt in anderen Werken sehr unterschiedlicher Natur hervor, wie Bahrds „Über Preßfreiheit“ oder Svarez' Prinzenvorträgen; zahlreiche Aufsätze in Nicolais „Allgemeiner deutscher Bibliothek“ bezogen sich auf diese Vorstellung von Pressefreiheit.³⁵ Dohm hätte gewiß gern auf jede Zensur verzichtet; dennoch formulierte er 1785: „Jeder hiesige [in Berlin, E. T.] Gelehrte schreibt nach seiner besten Einsicht und der Staat läßt ihm vollkommene Freiheit, seine Ideen, wie er es gut findet, öffentlich bekant zu machen, wenn nur nicht die dem Staate, fremden Mächten, den Sitten, allgemeine Religion und der guten Nahmen eines Dritten schuldige Achtung verletzt werden.“³⁶

Dieser Konsens wurde von der Aufklärung prompt stilisiert; Friedrich II. geriet schon unmittelbar nach seinem Tode zum Vertreter der unumschränkten Pressefreiheit. 1787 war in der „Allgemeinen deutschen Bibliothek“ zu lesen: „Wenn alle Fürsten Preußens großen Friedrich nachahmen, so werden sie wider die Freyheit der Urtheile über ihre Handlungen und Maasregeln nichts haben“³⁷. Es wurde nicht nur gern vergessen, daß Friedrich II. 1752 die öffentliche Verbrennung der Bücher Voltaires befohlen hatte³⁸, man übersah auch die Kehrseite der preußischen Pressefreiheit, daß sich nämlich Außenseiter öffentlich zeigten, die sich nicht mit den impliziten Regeln dieses Konsens abfinden konnten, die mit der Pressefreiheit Ernst machten und direkte, unverhüllte Kritik an der Regierung übten. Diese Bemerkung betrifft sowohl die relativ seltenen Erscheinungen einer radikalen Aufklärung wie die Schriften über religiöse Themen, die von der Richtung der offiziellen Aufklärung abwichen. In diesen Fällen griff die Regierung so energisch wie unauffällig ein. Ein einziges Beispiel, jenes der „Freimaurer-Zeitung“, sei hier knapp skizziert.

Die Freimaurerei konnte in Berlin auf eine relativ lange Tradition zurückblicken. Friedrich II. hatte sie öffentlich unterstützt. Aus den Logen und der freimaurerischen Literatur entstand in der zweiten Hälfte des 18. Jh. eine Sphäre, in der sich Diskussion sehr frei entfalten konnte. Die rationalistische Freimaurerei hatte das Feld behauptet, bis sich Ende der siebziger und

Anfang der achtziger Jahre die alchimistische Tradition, eschatologische Denksätze, das Bedürfnis einer moralischen und religiösen Erneuerung bemerkbar machten; die gesamte Freimaurerei in Europa hatte sich dafür interessiert. Das Interesse an diesen Themen verbreitete sich auch außerhalb der Logen. In Berlin veröffentlichte die „Freimaurer Bibliothek“ 1778 die deutsche Übersetzung eines Klassikers der Freimaurerei, den „Essai sur les mystères et le véritable objet de la Confrérie des Franes-Maçons“, in dem der anonyme Verfasser sich dahingehend äußerte, daß das durch die Gesellschaft und ihre Geschichte verdorbene Menschengeschlecht dank freimaurerischer Brüderliebe zur Erneuerung gelangte.³⁹ Die Verbreitung der freimaurerischen Literatur in der Öffentlichkeit war in Berlin also prinzipiell nicht verboten. 1783 griff aber der mächtige Minister Hertzberg ein, als eine von der offiziellen Aufklärung und der offiziellen Freimaurerei abweichende Thematik die Öffentlichkeit zu beherrschen drohte. Der die Astrologie in der Sprache der Aufklärung behandelnde Roman „Horus“ von einem wenig bekannten Schriftsteller, Christian Ernst Wunsch, errang beim Berliner Publikum einen aufsehenerregenden Erfolg. Die Regierung trauerte sich nicht zu, „Horus“ zu verbieten, behinderte jedoch den Verkauf.⁴⁰ Im Sommer 1783 schien die Verbreitung dieses Diskussionsstoffes alle Grenzen zu überschreiten, als der ebensowenig bekannte Medicus Uhdens sie in seiner „Freimaurer-Zeitung“ alle zwei Wochen mit einer für die damaligen Verhältnisse beträchtlichen Auflage von 500 Exemplaren an die Öffentlichkeit brachte.⁴¹ „Die angesehensten Mitglieder der Freimaurer-Gesellschaft“, so Hertzberg, beklagten sich bei dem Minister, der ihrer Klage gern stattgab: er verlangte vom Zensor Schlüter, der die „Freimaurer-Zeitung“ genehmigt hatte, das Druckverbot. Vergeblich protestierte Uhdens, indem er sich auf das Zensuredikt berief: in der „Freimaurer-Zeitung“ sei nichts gegen „Staat, gute Sitten, und Privatos und der Streit, der aus der Zeitung entstehen konnte, ist wohl nicht entstanden“⁴². Obwohl Uhdens Behauptung richtig war, ging sie an der entscheidenden Tatsache vorbei, daß die freie Diskussion in der Öffentlichkeit auf dem Konsens zwischen Regierung und Schriftstellern beruhte und sich nach impliziten Regeln richten mußte. Die „Freimaurer-Zeitung“ wurde endgültig eingestellt. Um diese Konstellation zugespitzt zu formulieren: Pressefreiheit war in Preußen Vertrauenssache.

Nach dem neuen Zensuredikt 1788 war die Situation von der Gesetzgebung her kaum verändert, wohl aber aus der Perspektive der Zensoren, der Verleger und der Schriftsteller.⁴³ Einerseits wurde Anspruch auf eine absolute, uneingeschränkte Pressefreiheit erhoben,⁴⁴ andererseits entwickelten die von König Friedrich Wilhelm II. ernannten Zensoren ein neues Bewußtsein.⁴⁵ Ein Verrechtlichungsprozeß der Zensur wurde damit eingeleitet, der sich im 19. Jh. voll entwickelte. Ein Entfremdungsprozeß der Schriftsteller gegenüber den preußischen Staatsbehörden zeichnete sich ebenfalls ab.

Der für die Berliner Spätaufklärung typische Begriff von Pressefreiheit entsprach einer spezifischen Vorstellung vom Publikum und von öffentlicher Meinung. Der Begriff öffentliche Meinung ist im deutschen erst in den 1780er Jahren entstanden, steht aber direkt unter dem Einfluß der Französischen Revolution, in der nämlich der Gegensatz zwischen Regierung und öffentlicher Meinung durch das Medium der Zeitungen und Zeitschriften zum ersten Mal zu Tage trat.⁴⁶ Das Lesepublikum hatte sich zwar überraschend schnell wesentlich erweitert, so daß man mit Recht von einer Leserevolution und von Lesesucht gesprochen hat.⁴⁷ 1765 bedauerte Thomas Ahlt, wie klein das deutsche Lesepublikum war; 1793 schrieb König, die ganze Berliner Bevölkerung lese, auch „die niedrigste Volksklasse, Mägde und Bediente.“⁴⁸

Die Sozialgeschichte Berlins von Helga Schultz hat die hohe Alphabetisierungsrate in der Hauptstadt bestätigt⁴⁹. 1752 gab es in Berlin zwei Buchhandlungen, 1792 galves „26 zum Theil große Buchhandlungen und 20 dergleichen Buchdrucken:yen“.⁵⁰

Dieser Entwicklung des Lesepublikums hatten die Zeitschriften der offiziellen Aufklärung begrifflich nur zögernd Rechnung getragen, indem sie ihre Leserschaft zum rasonnierenden Publikum zur moralischen Imitanz stilisierten. Diese Vorstellung vom Publikum entsprach einer genauen Vorstellung der Gesellschaftsstruktur. Der Herausgeber der Zeitschrift „Hieroglyphen“, Hartmann, beschrieb die „politische Gesellschaft“ seiner Leser wie folgt: „Sie besteht nicht aus geringen Leuten, sondern aus Kaufleuten, Civilisten, Officieren und einem gelehrten Frauenzimmer.“⁵¹ Auch Cranz, der in dem soliden Ruf stand, seine Zeitschriften für den Pöbel zu verfassen, schrieb 1781: „Die Stimme des Publikums ist mein Richter... So lange die Zahl meiner Leser in tausende geht, nicht aus der Klasse des gemeinen Mannes, sondern aus solchen besteht, deren Extraktion und Erziehung ausgebildete Vernunft voraussetzen läßt, so lange werde ich fortfahren, dem Geschmuck dieses Publikums zu genügen und die anderen können davon bleiben.“⁵² Der Herausgeber der „Berlinischen Monatsschrift“, Gedike, drückte sich ähnlich aus, als er in einem geheimen Votum für die Mittwochsgesellschaft schrieb: „Der eigentliche Punkt, von wo die Aufklärung anfangen muß, ist der Mittelstand als der Kern der Nation, von wo die Strahlen der Aufklärung sich nur allmählich zu den beiden Extremen, den höheren und niederen Ständen hin verbreiten.“⁵³

Die Journalisten der Aufklärung zielten auf einen bestimmten, durch Bildung und soziale Zugehörigkeit gekennzeichneten Leserkreis; aus der Wechselwirkung von Leser und Journalisten entstand eine Form von öffentlicher Meinung, in der sich der kritische Diskurs der Aufklärung entwickeln konnte.⁵⁴ Denkt man an den Constitutionsvorschlag in der „Berlinischen Monatsschrift“ 1784, an die Diskussion über die bürgerliche Emanzipation der Juden in allen Berliner Zeitschriften, an die Debatte über die Leibeigenschaft in Mecklenburg oder über die Reformpolitik Josephs II. im „Historischen Portefeuille“⁵⁵, kann man wohl verstehen, warum Kant in seinem berühmten Aufsatz „Was ist Aufklärung“ aus dem Jahre 1784 auf „das ganze Publikum der Leserwelt“ als Mittel, „die Aufklärung unter Menschen zu Stande zu bringen“, hinweisen konnte. Eine genauere Betrachtung der periodischen Presse in Berlin in den achtziger Jahren würde eine neue Kant-Interpretation ermöglichen. In ihrem Selbstverständnis bildeten Schriftsteller und Leser eine freie, selbstdenkende, von den Zensoren mitgestaltete Öffentlichkeit. Die Widersprüchlichkeit und der elitäre Charakter dieser Öffentlichkeit der Berliner Spätaufklärung sind offensichtlich. Beide Züge waren bereits für viele (obwohl nicht alle) Zeitgenossen offenkundig, und in den späten achtziger Jahren fehlte es nicht an Versuchen, durch Zeitungen und Zeitschriften einen breiteren Leserkreis anzusprechen und eine Öffentlichkeit zu schaffen, die sich nicht notwendigerweise zu der offiziellen, vom Staat getragenen Aufklärung bekannte. Eine Analyse der Berliner „populären“ Zeitschriften ist in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich.

Hervorzuheben ist aber, daß auch in den neunziger Jahren Loyalität gegenüber der preußischen Monarchie in den Berliner Zeitschriften unumstritten blieb, wobei die einzelnen Zeitschriften die Erkenntnisinteressen bestimmter sozialer und politischer Gruppen für legitim hielten, teilweise vertraten und artikulierten und eine neue Verhältnis zur Regierung und zur Zensur suchten. 1795 stellt sich das „Berlinische Archiv der Zeit und ihres Geschmacks“ wie folgt vor: „Der rechtschaffene Aristokrat oder Demokrat ... soll hier nie einen Wink, einen

Ausdruck finden, der ihn beleidigen dürfte.“⁵⁶ Die vermeintliche Neutralität des goldenen Mittelwegs war das Gegenteil vom Programm der freien Kritik im Zeichen der Vernunft, zu dem sich die Aufklärung in den achtziger Jahren bekannt hatte. Die Rolle der Französischen Revolution ist in dieser Hinsicht kaum zu übersehen: sie war Anlaß, daß die Zensurbehörden viel direkter und rücksichtsloser in die Öffentlichkeit eingriffen, spitzte die Gegensätze im politischen Diskurs zu und brachte Unterschiede und Spannungen zum Ausdruck, die der prinzipielle Konsens zwischen der Regierung, den Zensoren, den Verlegern und den Berliner Schriftstellern unter Friedrich II. in einem prekären Ausgleich beilegen konnte.

- 1 Ein Buch über dieses Thema ist in Vorbereitung. Die Forschungsarbeit wurde von einem Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung ermöglicht, der ich an dieser Stelle für die Unterstützung danken möchte.
- 2 B. Constant, *De la liberté des brochures, des pamphlets et des journaux considéré sous le rapport de l'intérêt du gouvernement*, in: *Oeuvres*, Paris 1957, S. 1275 Anm. Constant's Quelle war wahrscheinlich J. C. T. de Laveau, *Vie de Frédéric II. Roi de Prusse*, Treuttel, Strasbourg / Onfroi, Paris 1788, VII, S. 211 ff.
- 3 Vgl. z. B. F. Schneider, *Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848*, Neuwied 1966.
- 4 Vgl. z. B. I. Mittenzwei, *Theorie und Praxis des aufgeklärten Absolutismus*, in: *Jahrbuch für Geschichte* 6 (1972), S. 53 ff.
- 5 J. F. Zöllner, *Lesebuch für alle Stände. Zur Beförderung edler Grundsätze, ächten Geschmacks und nützlicher Kenntnisse*, Berlin 1783, S. 115; V. H. Schmidt/D. G. G. Mebring, *Neuestes gelehrttes Berlin oder literarische Nachrichten von jetzlebenden Berlinischen Schriftstellern und Schriftstellerinnen*, Berlin 1795.
- 6 Vgl. A. Rotondò, *La censura ecclesiastica e la cultura*, in: *Storia d'Italia*; 5: I documenti, Torino 1973, S. 1399-1492.
- 7 D. Breuer, *Stand und Aufgaben der Zensurforschung*, in: „Unmoralisch an sich...“: *Zensur im 18. und 19. Jh.*, hrsg. von H. G. Göpfert und E. Weyrauch, Wiesbaden 1988, S. 34-60.
- 8 U. Eisenhardt, *Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496-1806). Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur*, Karlsruhe 1970
- 9 Vgl. F. Kopitzsch, *Grundzüge einer Sozialgeschichte der Aufklärung in Hamburg und Altona*, Hamburg 1982 und H. Mathy, *Zur Mainzer Bücherzensur am Ende des 18. Jh.*, in: *Gutenberg-Jahrbuch* 46 (1971), S. 281-290.
- 10 Vgl. z. B. G. Wricke, *Die Aufsicht über das Bücher- und Pressewesen im Kurfürstentum und Königreich Hannover von den Anfängen bis 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur*, Diss. Bonn 1973, T. Sirges/I. Müller, *Zensur in Marburg 1538-1832. Eine lokalgeschichtliche Studie zum Bücher- und Pressewesen*, Marburg 1984 und A. Kobuch, *Zensur und Aufklärung in Kursachsen. Ideologische Strömungen und polnische Meinungen zur Zeit der sächsisch-polnischen Union (1697-1763)*, Weimar 1988.
- 11 *Acta Borussiae. Denkmäler der preussischen Staatsverwaltung im 18. Jh.*, Berlin 1894-1982, VII, S. 408-409; VIII, S. 403 ff.; X, S. 315; XI, S. 518; XI, S. 522, Anm. 1.
- 12 Vgl. W. Siemann, *Ideenschmuggel. Probleme der Meinungskontrolle und das Los deutscher Zensoren im 19. Jh.*, in: *Historische Zeitschrift* 245 (1987), S. 71 ff.
- 13 Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz (GSPrK), Berlin, Rep. 40, N. 1925.
- 14 Edict wegen der wieder hergestellten Censur, derer in Königl. Landen herauskommenden Bücher und Schriften, wie auch wegen des Debits ärgerlicher Bücher, so außerhalb Landes verlegeret werden. *De dato*, Berlin den 11ten May 1749.
- 15 Kobuch, a. a. O., S. 226.
- 16 Vgl. C. Porset, *Louis Martin Kahle et Voltaire sur les causes finales*, in: *Voltaire und Deutschland. Internationales Kolloquium der Universität Mannheim zum 200. Todestag Voltaires*, Stuttgart 1979, S. 357 ff.
- 17 GSAPrK, Merseburg, Rep. 9, F2a, Fasz. 12.
- 18 Brief der Schweizer Bodmer, Sulzer, Geßner aus Gleims literarischen Nachlaß, hrsg. von W. Köntje, Zürich 1804, S. 79.
- 19 GSAPrK, Merseburg, Rep. 9, F2a, Fasz. 14.

- 20 Ebenda.
- 21 5. August 1750, Acta Borussica, IX, S. 33. Vgl. H. S. Formey, *Souvenirs d'un citoyen*, Berlin 1789, I, S. 105 ff.
- 22 5. Juli 1755, ebenda, X, S. 295-297.
- 23 GSAPrK, Merseburg, Rep. 9, F2a, Fasz. 12. Vgl. auch B. Krieger, *Friedrich der Große und seine Bücher*, Berlin/Leipzig 1914, S. 17 und 33.
- 24 28. Januar 1763, Acta Borussica, XII, S. 616.
- 25 Vgl. J. Kirchner, *Die Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes von den Anfängen bis 1830*, Stuttgart 1969; Vgl. H. U. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, München 1987, I, S. 310.
- 26 Vgl. I. Dambacher, *Christian Wilhelm von Dohna. Ein Beitrag zur Geschichte des Preussischen Beamtenums und seiner Reformbestrebungen am Ausgang des 18. Jh.*, Bam/Frankfurt 1974 und H. Kloeting, *Ewald Friedrich von Hertzberg - preussischer Kabinettsminister unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II.*, in: *Persönlichkeiten im Umkreis Friedrichs des Großen*, hrsg. von J. Kunisch, Köln/Wien 1988, S. 135-152.
- 27 Vgl. J. D'Hémery, *Journal de la Librairie*, Bibliothèque Nationale, Paris, Mss. français 22157.
- 28 K. Aner, *Die Theologie der Lessingzeit*, Hildesheim 1964 (1. Aufl. 1929).
- 29 Brief an Formey, 10. Juli 1781, Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz, Berlin, Nachlaß Formey.
- 30 GSAPrK, Merseburg, Rep. 9, F2a, Fasz. 10.
- 31 Ebenda, Rep. 9, F2a, Fasz. 15.
- 32 Das war z. B. Garves Einstellung zur Zensur: vgl. C. Grünhagen, *Schlesien unter Friedrich dem Großen*, Breslau 1892, II, S. 452.
- 33 Zit. in E. Heilmath, *Aufklärung und Prezensurpolitik. Zur Debatte der Berliner Mittwochsgesellschaft während der Jahre 1783 und 1784*, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 9 (1982), S. 334.
- 34 In: *Berlinische Monatsschrift*, April 1784, S. 312-330.
- 35 K. F. Bahrdt, *Ueber Preßfreiheit und deren Grenzen. Zur Beherzigung für regenten, censoren und Schriftsteller*, Berlin, Vieweg 1787, C. G. von Svarcz, *Vorträge über Recht und Staat*, hrsg. von H. Conrad und G. Kleinheyer, Köln 1960; *Allgemeine deutsche Bibliothek*, 19, I (1773), S. 335-337, 24, I (1775), S. 296-301 und 37, II (1779), S. 317 ff.
- 36 C. W. Dohna, *Über den deutschen Fürstenbund*, Berlin 1785, S. 55.
- 37 *Allgemeine deutsche Bibliothek*, 36, II (1778), S. 416 ff.
- 38 Vgl. H. Rafetseder, *Buchhinderungen. Öffentliche Schrifteinrichtungen durch Henkenband als Extremfälle der Zensur*, in: „Unmoralisch an sich“ (wie Anm. 7), S. 89-103.
- 39 „Freymaurer Bibliothek“, I, Berlin 1778, S. 99-124.
- 40 C. E. Wünsch, *Fiorus, oder Astrognostisches Eusebius über die Offenbarung Jesu und über die Weissagungen auf den Messias wie auch über Jeann und seine Jünger. Mit einem Anhang von Europeens neuem Aufklärung und von der Bestimmung des Menschen durch Gott. Ein Lesebuch zur Erhöhung für die Gelehrten und ein Dehkanisiel für Fidenamurer, Ebenener, im Verlag des Veronifthauses 1783.*
- 41 Vgl. E. Tortarolo, *La ragione sulla Sprea. Coscienza storica e cultura politica nell'illuminismo berlinese*, Bologna 1989, S. 161.
- 42 GSAPrK, Merseburg, F2a, Fasz. 10.
- 43 Vgl. J. F. Unger, *Einige Gedanken über das Censur-Edikt vom 19. Decembar 1788*, Im Verlag der Königl. Preuß. akadem. Kunst- und Buchhandlung, Baslin 1789 und GSAPrK, Berlin, Rep. 40, 1976, S. 52 ff.
- 44 Vgl. *Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen*, 31. März 1789: „Aus Paris, 15. März 1789: Wegen der Preßfreiheit wird nächstens eine neue Verordnung erscheinen. Hier macht man immer mehr die Erfahrung, daß von dieser Freiheit nichts zu befürchten ist. Alle die frechen Schriften, die bisher erschienen sind, wurden geschwinder verdammt, als geschicklich, sogar diejenigen, denen das Parlament die Ehre des Scheiterhaufens zuerkannte“ (S. 294).
- 45 Vgl. den Briefwechsel zwischen Hermes und Biester, 15.-16. Juni 1792, in: F. Kapp, *Aktenstücke zur Geschichte der preussischen Zensur- und Preßverhältnisse unter dem Minister Wöllner 1789-1793*, in: *Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels IV* (1879), S. 200.
- 46 Vgl. E. Tortarolo, „Opinion publique“ tra ancien régime e rivoluzione. *Contributo a un vocabolario storico della politica settecentesca*, in: *Rivista storica italiana* 102 (1990), S. 5-23.
- 47 Vgl. R. Engelsing, *Der Bürger als Leser. Leseergeschichte in Deutschland 1500-1800*, Stuttgart 1974 und

- H. Kreuzer, *Gefährliche Lesesucht? Bemerkungen zu politischer Lektürekritik im ausgehenden 18. Jh.*, in: *Leser und Lesen im 18. Jh. Colloquium der Arbeitsstelle Achzehntes Jahrhundert Gesamthochschule Wuppertal*, 24.-26. Oktober 1975, hrsg. von R. Gruenter, Heidelberg 1977.
- 48 T. Abbt, *Vermischte Werke*, Frankfurt und Leipzig 1783, I, S. 278 und *Zöllner, Lesebuch für alle Stände*, 1787, S. 92.
- 49 H. Schultz, *Berlin 1650-1800. Sozialgeschichte einer Residenz*, Berlin 1987.
- 50 GSAPrK, Merseburg, Rep. 9, F2a, Fasz. 23.
- 51 Hieroglyphen, 1781, S. 236.
- 52 *Charlatanerien in alphabetischer Ordnung als Beyträge zur Abbildung und zu den Meinungen des Jahrhunderts*. Vierte Auflage, Berlin 1781, IV, S. 12-13.
- 53 L. Kellar, *Die Berliner Mittwochsgesellschaft. Ein Beitrag zur Geschichte der Geistesentwicklung Preußens am Ausgange des 18. Jh.*, in: *Monatshefte der Comenius-Gesellschaft*, 5 (1896), S. 85.
- 54 *Revisionsbedürftig ist die Darstellung bei J. Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt/M 1990 (Neuaufgabe; erste Auflage 1962). Wichtige Hinweise in E. Munheim, *Aufklärung und öffentliche Meinung. Studien zur Soziologie der Öffentlichkeit im 18. Jh.*, hrsg. von N. Schindler, Stuttgart-Bad Cannstatt 1979.
- 55 Vgl. *Neuer Weg zur Unsterblichkeit für Fürsten*, in: *Berlinische Monatsschrift* 5 (1785), S. 239 ff.; *Historisches Porträtfalle*, 1782, I, S. 1521 ff.; 1785, I, S. 127 ff. und S. 549 ff.; 1785, I, S. 649 ff.
- 56 *Berlinisches Archiv der Zeit und ihres Geschmucks* 1795, I, S. 6.

Politische Propaganda und öffentliches Bewußtsein im Hundertjährigen Krieg: Das Beispiel Johanna von Orléans

In der Literatur, die sich mit dem Phänomen der sog. „Jungfrau von Orléans“ auseinandersetzt, wird immer wieder die Frage aufgeworfen, worauf denn der außerordentliche Erfolg ihrer Mission zurückzuführen sei.¹ Eine Antwort auf diese Frage lediglich in der charismatischen Ausstrahlung und psychagogischen Begabung einer außergewöhnlichen Visionärin sehen zu wollen, hieße das Problem zu simplifizieren, da eine solche Interpretation einen wesentlichen Aspekt außer acht läßt: Die Tatsache, daß im Zeitalter Jeanne d'Arcs die Idee des „bellum iustum“² bereits zu einem festen Bestandteil der Propaganda und des öffentlichen Bewußtseins geworden war, ließ bei den monarchisch-loyalen Franzosen angesichts der Siege englischer Truppen in den Jahren 1415-1429 eine Atmosphäre tiefer Depression entstehen, die den geistigen Nährboden zahlreicher messianisch-soteriologischer Prophezeiungen bildete - Ausdruck der allseits gehegten Hoffnung, durch göttliche Intervention einen Ausweg aus der Misere zu finden. Im folgenden möchte ich nun versuchen, den geistigen Hintergrund zu skizzieren, vor dem sich die Mission Johannas abspielte. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Problem, welche Widerspiegelung Siege und Niederlagen des Hundertjährigen Krieges im öffentlichen Bewußtsein der Franzosen erfuhren. Ausgangshypothese bildet in diesem Kontext die Überlegung, daß die tiefe mentale Traumatisierung der Franzosen in den Jahren 1415-1429 die Gesellschaft geistig für die monarchisch-loyale Propaganda disponierte und der Illusion Vorschub leistete, die unter symbolträchtiger Ägide der „fille envoyée de Dieu“ erfochtenen Siege von Orléans und Reims als „iudicium Dei“ zu werten und somit als „miraculum“ zu sehen, durch das die Visionärin Johanna die Legitimität ihrer göttlichen Sendung unter Beweis gestellt hatte.

Um sich die außerordentliche psychologische Wirkung zu vergegenwärtigen, die die Jeanne d'Arc-Propaganda auf die Mentalität der Zeitgenossen ausübte, scheint es zunächst angebracht, den Blick auf die Vorgeschichte zu richten.

Im Sommer 1415 setzte auf Befehl Heinrichs V. von England (1413-1422) ein Heer nach Frankreich über, landete im Gebiet der Seine-mündung und rückte in südlicher Richtung vor. Als die Engländer am 25. Oktober 1415 bei Azincourt auf die Armee Karls VI. (1380-1422) trafen, kam es zu einer der größten Schlachten des Hundertjährigen Krieges, in deren Verlauf Frankreich vernichtend geschlagen wurde und mehr als 7000 Gefallene und 1500 Gefangene zu beklagen hatte.³ Unter den Toten befand sich die Blüte des Hochadels: Zwei Enkel des französischen Königs Johann II., Anton von Brabant, Eduard, Herzog von Bar, Philipp von Nevers, Jean d'Alençon, Charles d'Albret, Comte de Dreux. So berühmte Heerführer wie Jean le Meingre, Maréchal de Boucicout (1364-1421), der einst mit Jean sans Peur 1396 bei Nikopolis gegen die Truppen Sultan Bayazids I. (1389-1402) gekämpft hatte⁴ und der junge Herzog Karl von Orléans (1394-1465), der nach der Ermordung seines Vaters im Jahre 1407 als „l'espoir du parti Armagnac“ galt⁵, gerieten in Gefangenschaft. Sieger wie Besiegte sahen

in dieser Entscheidung ein Gottesurteil („iudicium Dei“).⁶ Während Heinrich V., „victoria huiusmodi non mediocriter elatus“⁷, seinen brillanten Sieg am 23. November 1415 mit einem triumphalen Einzug in London krönte, herrschte auf französischer Seite Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit.

Einen bedrückenden Eindruck von dieser Situation vermittelt der „Quadrilogue invectif“ (1422) des Alain Chartier (1385-1433), der in der „maleureux bataille“ ein Strafgericht Gottes sah, der seine schützende Hand vom Königreich Frankreich gezogen habe.⁸

Dieses Gefühl wurde noch verstärkt durch das offiziell im Oktober 1416 geschlossene Bündnis des Herzogs von Burgund mit England⁹, die Besetzung der Normandie durch die Engländer (am 6. September 1417 fiel Caen, am 10. Januar 1419 ergab sich Rouen)¹⁰, die Einnahme der Hauptstadt Paris durch die Truppen Johanns Ohnefurcht und die Eskalation des Bürgerkrieges zwischen Burgundern und Armagnacs, der seinen Höhepunkt erreichte, als im Juni 1418 Bernard VII. von Armagnac dem burgundischen Terror nach der Kapitulation von Paris zum Opfer fiel¹¹ und am 10. September 1419 Johann von Burgund in Montreuil ermordet wurde.¹²

Die formaljuristische Reflexion dieser Krise findet sich in dem am 21. Mai 1420 in Troyes geschlossenen Vertrag, der den legitimen Dauphin Karl von Valois all seiner Rechte auf den Thron von Frankreich verlustig erklärte und den englischen König Heinrich VI. zum „Erben und Regenten des Königreichs Frankreich“ bestimmte.¹³

Das Bewußtsein der Franzosen, einen „bellum iustum“ zu führen, in dem Gott auf ihrer Seite stand, war auf das tiefste erschüttert worden, nachdem im Zuge der Eroberung der Ile de France die Engländer 1419 auch die Abtei St. Denis besetzt hatten, die seit dem 12. Jh. im traditionellen Verständnis mit dem französischen Königtum verbunden war.¹⁴ Im Kloster St. Denis, dessen Namens- und Schutzpatron als Lehnherr des Monarchen galt, wurden die Insignien aufbewahrt, hier befand sich der Hort des Krönungsschatzes. Es hatte daher eine kaum zu überschätzende psychologische Wirkung auf die Kampfmoral der Franzosen, als sie ihr „nationales Heiligtum“ in der Hand des Feindes sahen. Die Erkenntnis, daß St. Denis nun auf Seiten des Gegners stehe, vermittelte erneut den Eindruck, Gott habe sich von Frankreich abgewandt.

Im Jahr 1422 standen sich nach dem Tod Heinrichs V. am 31. August und Karls VI. am 31. Oktober 1422 nunmehr in der Person des minderjährigen Heinrich VI. und des zu Unrecht vielgeschmähten „roi de Bourges“¹⁵ in Frankreich zwei ungekrönte Könige gegenüber, von denen keiner als „rex christianissimus“ und „vicarius Dei“ im Sinne der religion royale gelten konnte¹⁶, da sie nicht mit dem Öl der Sainte Ampoule gesalbt waren. Nachdem der Herzog von Bedford¹⁷ die Garnisonen bis zur Loire ausgedehnt hatte, Le Mans gefallen war, Tours und Angers bereits unter direkter englischer Bedrohung standen, ließen es die englischen Siege bei Cravant am 21. Juli 1423 und Verneuil am 17. August 1424 nur noch als eine Frage der Zeit erscheinen, bis sich das gesamte französische Gebiet in englischer und burgundischer Hand befand.¹⁸

Es ist nur allzu verständlich, daß sich angesichts dieser für Frankreich so katastrophalen Entwicklung und der Eskalation der militärischen Situation nach der Niederlage bei Rouvray am 12. Februar 1429 unter den monarchisch-loyalen Franzosen und vor allem am Hof des Dauphin in Orléans die Hoffnung auf ein göttliches Wunder verstärkt hatte.¹⁹ Reflexionen dieser allenthalben gehegten Hoffnung auf das Eingreifen der providentia Dei zugunsten Frankreichs

sind messianisch-soteriologische Prophezeiungen, die das geistige Klima in Frankreich am Vorkabend der Mission Jeanne d'Arcs nachhaltig prägten und als sensibler Gradmesser für die mentale Disposition der Franzosen in den Jahren nach Aincourt gelten können.

Verbreitung fanden diese Prophezeiungen vor allem durch franziskanische Wanderprediger in den ländlichen Regionen der Champagne und Lothringens, also in der näheren Heimat Jeanne d'Arcs. Der Fall des berühmten-berüchtigten Franziskaners Frère Riocard unterrichtet uns in geradezu exemplarischer Weise über die Propagandatätigkeit der Mendikanten im Dienst des Dauphin Karl von Valois.²⁰

Frère Richard, „das Ideal eines Wanderpredigers“²¹, war seinen eigenen Worten zufolge ein Schüler Bernardin von Siena (1380-1444)²² und des Dominikaners Vincent Ferrer (1350-1419)²³, die in ihren Predigten die nahe bevorstehende Ankunft des Antichrist verkündeten und die Devotion des Jesusnamens propagierten. Der Einfluß, den Bernardin vor allem in Italien auf die Entwicklung der Volksfrömmigkeit ausübte, äußerte sich in einer neuen Welle der Marien- und Jesusdevotion²⁴. Zahlreiche seiner Schüler verbreiteten die Lehre ihres Meisters in ganz Europa: Auf Sizilien Mathieu Cimarra, in Neapel Johannes Capistrano und in Frankreich Frère Richard.²⁵ Im November des Jahres 1428 hielt sich der Franziskaner in Troyes auf, wo er mehrere Monate lang predigte.²⁶ Er behauptete von sich, direkt aus Jerusalem gekommen zu sein, wo er „bandes de juifs“ begegnet sei, die nach Babylon zogen, um dort den Antichrist zu treffen.²⁷

S. Luce sieht in den Predigten Richards in der Champagne die Ursache für das erneute Aufleben des monarchisch-loyalen Patriotismus in den Diözesen Châlons und Troyes. Er vermutet, daß die politische Propaganda, die sich in den Reden des Mönchs mit religiöser Exaltation verband, zumindest indirekt Johannes Mission beeinflusste.²⁸ Im April folgte Richard dem Ruf des Bischofs von Troyes, der sich zu einer Synode in die französische Hauptstadt begeben hatte.²⁹ Am 16. April hielt der Franziskaner in Sainte-Geneviève seine erste Predigt. Einen unentzerrbaren Eindruck von der emphatischen Ekstase, in die er seine Zuhörer versetzte, vermittelt der Autor des „Journal d'un bourgeois de Paris“. Bis zum 24. April predigte Richard auf dem Cimetière des Innocents unter freiem Himmel vor einer Zuhörerschaft von 5000 bis 6000 Personen, die er durch die Ankündigung der Trompeten des Jüngsten Gerichts in Angst und Schrecken versetzte. Zehn bis zwölf Stunden zog er gegen den Luxus der Pariser zu Felde. Die bevorstehende Ankunft des Antichrist malte er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln seiner Eloquenz aus. Für das Jahr 1429 kündigte er wunderbare Ereignisse an, die bisher nicht ihresgleichen gehabt hätten. Seine Predigt, die die Pariser tief beeindruckte, gipfelte in der Aufforderung, Jesus zu verahnen, denn dies sei das einzige Mittel, um den Schrecken zu entgehen.³⁰ Als äußeres Zeichen dieser Devotion hatte er Medaillen mit dem Monogramm des Jesusnamens prägen und verteilen lassen.³¹

Die Quelle unterrichtet uns zwar nicht über den politischen Tenor der Predigten, doch da Frère Richard im Mai 1429 durch die mit den Engländern kollaborierende Verwaltung die Erlaubnis zu weiteren Predigten entzogen wurde, liegt die Vermutung nahe, daß der Franziskaner, wie bereits in der Champagne, seinen großen Einfluß auf die Bevölkerung nutzen wollte, um die Sache des rechtmäßigen lieutenant de Dieu zu propagieren.³² Die Taktik, der er sich dabei bediente, ist offensichtlich. Zunächst versetzte er seine Zuhörer durch die Ankündigung des Jüngsten Gerichts in Panik, um sie sogleich durch den Verweis auf „die wunderbaren Ereignisse“ des Jahres 1429 zu neuer Hoffnung zu führen.³³ Es besteht keinerlei Zweifel,

worauf sich diese wunderbaren Ereignisse bezogen. Die Pucelle, die im Februar 1429 nach Chinon aufgebrochen war, hatte sich dem Dauphin als „filie envoyée de Dieu“ zu erkennen gegeben, die gesandt worden war, um das Reich dem legitimen Thronfolger zu übergeben und Frankreich von den Engländern zu befreien. Im März bestätigte in Poitiers die königliche Untersuchungskommission offiziell die Legitimität der Sendung Johannes. Unmittelbar darauf kündeten zahlreiche an europäische Höfe gerichtete Schreiben von dem „wunderbaren Ereignis“, dem Eingreifen der providentia Dei zugunsten Karls von Valois.³⁴ Diese Propaganda im Ausland wurde ergänzt durch die Mission des Franziskaners Richard in Frankreich. Wie bereits seine Ordensbrüder Bernardin von Siena, Johannes Capistrano und Mathieu Cimarra sich in den Dienst des Hauses Anjou gestellt hatten³⁵, so trat Richard in den Dienst der eng mit den Anjou verbundenen Valois. In Paris, das 1429 noch eine der stärksten Stützen der anglo-burgundischen Allianz bildete, mußte seine Propaganda ebenso zurückhaltend sein wie in der Champagne, wo zahlreiche Städte durch burgundische Garnisonen besetzt waren.³⁶

Zunächst empfanden die Pariser bei der Nachricht, daß Richard die Stadt verlassen mußte, tiefe Trauer, „als würden sie ihren besten Freund zu Grabe tragen“. In der Hoffnung, ihn zum letzten Mal zu St. Denis predigen zu hören, zogen sie in Scharen, insgesamt fast 6000 Menschen, vor die Tore von Paris und verbrachten die Nacht auf freiem Feld, um sich einen guten Platz zu sichern.³⁷ Als die proburgundisch eingestellte Bevölkerung jedoch nach Richards Weggang erfuhr, daß er ein Mann des Dauphin war, verfluchten sie ihn im Namen Gottes und aller Heiligen. Statt der Medaillen mit dem Namen Jesu ergriffen sie das Andreaskreuz, das Zeichen der Burgunder. Sie kehrten zum Würfelspiel und all den Ausschweifungen zurück, gegen die der Franziskaner so erbittert zu Felde gezogen war, „en despit de luy“, wie lakonisch der „Bourgeois de Paris“ feststellte.³⁸

Man darf wohl davon ausgehen, daß Johanna, auch wenn sie Richard 1428 noch nicht persönlich kannte, unter dem Einfluß seiner patriotischen Reden in der Champagne stand, deren Ruf auch bis nach Dormeremy gedungen war, das sich in der Nähe der beiden Orte befand, die der Mönch zum Zentrum seiner Predigertätigkeit gewählt hatte: Châlons und Troyes.³⁹

Ebenso wie die Mendikanten von Neufchâteau Jeanne d'Arc in ihrem Vorhaben bestärkten, dem bedrängten Dauphin zu Hilfe zu eilen, trug auch der durch die Predigten Richards von neuem entfachte patriotische Eithusiasmus dazu bei, daß die Pucelle im Winter 1428/29 aufbrach, um ihre Mission zu erfüllen.

War am Vorabend der Sendung Jeanne d'Arcs der Tenor der Propagandareden noch ein allgemein patriotischer, so änderte sich dies mit dem Erscheinen Johannes am Hof von Chinon. Jeanne, die in den Augen der loyalen Franzosen die von Gott gesandte Rettarin des Königreichs verkörperte, wurde zur Zentralfigur einer innen- und außenpolitischen Propaganda, zu der auch Richards Mission in Paris zu rechnen ist.

Nachdem er die Hauptstadt hatte verlassen müssen, kehrte er erneut in die Champagne zurück, wo er in Auxerre und Troyes predigte.⁴⁰ Hier traf er auch das erste Mal mit Jeanne d'Arc zusammen. Als am 5. Juli 1429 die französische Armee vor den Mauern der Stadt in St. Pital ihr Lager aufschlug, begab sich Richard im Auftrag der Bürger von Troyes zu Johanna.⁴¹ Im Verhör vom 3. März 1431 wurde dieses Zusammentreffen geschildert.⁴² Daraus geht hervor, daß der Mönch von den Einwohnern der Stadt, die er durch seine Predigten tief beeindruckt hatte, entsandt worden war, um in Erfahrung zu bringen, ob Jeanne d'Arc eine Sendbotin Satans und Vorläuferin des Antichrist war oder ob es sich bei ihr tatsächlich um die „fille

envoyée de Dieu“ handelte. Richard näherte sich ihr, schlug das Zeichen des Kreuzes und besprengte sie mit Weihwasser, wnmuf sie sagte: „Kommh unbesorgt näher, ich fliege nicht davon.“⁴³ Eine gänzlich andere Version dieser Begegnung enthält der Bericht des Anonymus aus La Rochelle. Nach dessen Schilderung habe sich Richard bei der Nachricht von der Ankunft der Pucelle in das französische Lager begeben. Fasziniert von der Persönlichkeit Johannes sei er vor ihr niedergekniet, was diese dazu veranlaßt habe, vor dem Mönch niederzuknien. Nach einer langen Unterhaltung sei der Franziskaner nach Troyes zurückgekehrt und habe die Bürger beschworen, die Tore dem roy légitime zu öffnen.⁴⁴ Den scheinbaren Widerspruch zwischen beiden Versionen löst S. Luce, indem er Johannes Bericht auf eine zweite Begegnung bezieht, während die Schilderung es Anonymus von La Rochelle das erste Treffen darstellt.⁴⁵ Demnach dürften sich die Ereignisse vor Troyes etwa in folgender Weise abgespielt haben: Richard, der Kenntnis von den Erfolgen der Pucelle und der Befreiung von Orléans hatte, versuchte in seinen Predigten, die Bürger zur kampfblosen Übergabe der Stadt zu bewegen, wobei er eindringlich die übernatürlichen Fähigkeiten der Pucelle beschrieb, die über so viel Macht verfüge, „daß sie die Geheimnisse Gottes kenne wie jeder Heilige des Paradieses bei Johannes dem Evangelisten und daß sie, wenn sie es wolle, sich mit der königlichen Armee in die Lüfte erheben könne, um so in die Mauern der Stadt zu gelangen.“⁴⁶ Obwohl Troyes offiziell auf Seiten der Burgunder stand und Heinrich VI. als rechtmäßigen König von Frankreich anerkannt hatte, mehrten sich angesichts solcher Schreckensvisionen die Stimmen, die dafür plädierten, mit Karl von Valois Frieden zu schließen, auf Widerstand zu verzichten und die Stadt kampfblos zu übergeben.⁴⁷ Als Unterhändler entsandte man den Franziskaner Richard. Auf dieses erste Treffen bezieht sich der Gerichtsschreiber von La Rochelle. Mit entsprechenden Instruktionen versehen, kehrte der Mönch nach Troyes zurück und setzte seine Agitation für die Übergabe der Stadt fort. Trotz der Unterstützung dieses Vorgehens durch den Bischof Jean l'Aiguise, der bereits seinerseits mit dem Dauphin verhandelt hatte⁴⁸, verzögerte sich die Übergabe der Stadt um mehrere Tage, da die Kapitulationsbedingungen nicht die Zustimmung der burgundischen Garnison fanden.⁴⁹

Um die Bürger endgültig von der göttlichen Sendung der Pucelle zu überzeugen, begab sich Frère Richard ein zweites Mal an der Spitze einer Delegation von Notabeln in das Lager bei St. Phai. Der Verlauf dieser erneuten Begegnung vermittelt einen unmittelbaren Eindruck vom großen propagandistischen und demagogisch-psychagogischen Talent des Franziskaners. Indem er sich Johanna entsprechend den Regeln näherte, die die Kirche für den „Verkehr“ mit diabolischen Mächten vorsah, trat er den für alle Welt sichtbaren Beweis an, daß Jeanne d'Arc keine Sendbotin der Hölle war: Unter Gebeten schlug er das Zeichen des Kreuzes und besprengte sie mit Weihwasser.⁵⁰ Jeanne Reaktion auf dieses Vorgehen beweist, daß sie zumindest über den Inhalt der Predigten Richards in Troyes informiert war. Ihre Worte, daß man unbesorgt sein könne, da sie nicht davonfliegen werde, spielen in eindeutiger Weise auf die Fähigkeit der Levitation an, die der Mönch ihr zugesprochen hatte.⁵¹

Diese Verhandlungen und die Maßnahmen, die das königliche Heer zum Sturm auf die Stadtmauern traf, verfehlten ihre Wirkung nicht. Am 10. Juli 1429 zogen die Franzosen nach dem Abzug der burgundischen Besatzung kampfblos in Troyes ein. Richard nahm an der Seite Johannes am Einzug des Dauphin teil.⁵² In panegyrischen Reden und Predigten feierte er den Sieg der gottgesandten Pucelle und verkündete den Ruhm der fille de Dieu, welche die Stadt, falls sie Widerstand geleistet hätte, zum Gehorsam hätte zwingen können.⁵³ Als am 14. Juli die

Armee des Thronfolgers in Châlons einmarschierte, war dies auch dem Wirken des Frère Richard zu verdanken, der erfolgreich für eine Unterwerfung der Stadt eingetreten war.

Der Krönungszug nach Reims, die „promenade du Sacre“, die am 17. Juli 1429 mit der feierlichen Salbung des Dauphin durch Regnault de Chartres ihren siegreichen Abschluß fand, muß in enger Beziehung zur Mission des Franziskanermonchs gesehen werden. Durch seine Predigertätigkeit für den rechtmäßigen Erban des französischen Thrones und die Hucede d'Orléans trug er zur Verbreitung der Legende von der fille de Dieu bei, die zum festen Bestandteil einer organisierten Propaganda wurde.⁵⁴ Ohne diese Propaganda, die in politischer Hinsicht das geistige Klima prägte, in dem sich das Weltbild Jeanne d'Arc entfalten konnte und die die Mission der Pucelle unmittelbar vorbereitete und begleitete, wären weder die Geschichte der „fille envoyée de Dieu“ noch ihre außergewöhnliche, ja einzigartige Popularität erklärbar.

Zu einer Zeit, da sich angesichts der für Frankreich verhängnisvollen Entwicklung des Wunans auf ein Wunder („miracallum“) in Prophezeiungen verdichtet hatte, ist es natürlich, daß in einer vom Aberglaube durchsetzten Atmosphäre auch Jeanne d'Arc unter dem Einfluß dieser Propaganda stand. Zwar sagte sie in Rouen auf entsprechende Befragung, sie habe nicht daran geglaubt⁵⁵, doch selbst wenn dies den Tatsachen entspräche, ist anzunehmen, daß sich Johanna selbst gar nicht der Wirkung bewußt war, die diese auf sie ausübte. Diese Annahme wird noch verstärkt, vergegenwärtigen wir uns die Popularität, die alte Prophezeiungen gerade in den Jahren nach 1425 erlangt hatten, als Jeanne d'Arc zum ersten Mal Visionen erlebte. Durch monarchisch-loyale Wanderprediger wie Frère Richard in Lothringen und im Barrois verbreitet, wurden sie gerade in der engeren Heimat Johannas zum festen Bestandteil des Volksglaubens.⁵⁶

Die beinahe aussichtslose Lage der französischen Garnison von Orléans, die seit dem Herbst 1428 der Belagerung englischer Truppen umr dem Kommando des Earl of Salisbury Widerstand leistete, hatte auch am französischen Hof den Entschluß bestärkt, jede sich bietende Chance zu nutzen, mochte diese Chance auch noch so unwahrscheinlich sein - spe exigua et extrema.⁵⁷ Mußte es da nicht wie ein göttliches Wunder („miraculum“) erscheinen, als im Frühjahr 1429 am Hof des Dauphin eine Person um Audienz ersuchte, die sich selbst als „fille envoyée de Dieu“ bezeichnete und verkündete, sie sei die von Gott gesandte Retterin?⁵⁸

Als Identifikationsfigur aller auf die Befreiung Frankreichs gerichteten Kräfte symbolisierte Jeanne im Bewußtsein der königstreuen Franzosen das Eingreifen der providentia Dei zugunsten des Königreiches. Das im Anschluß an die Untersuchungen von Poitiers erstellte Gutachten⁵⁹ spiegelt die Hoffnung wider, daß das Recht mit dem Erscheinen Jeanne d'Arcs wieder auf Seiten der Franzosen sei und deutet die Überwindung der Identitätskrise an, in die die Nation nach 1415 geraten war. Erneut konnte Frankreich für sich die tutela Dei in Anspruch nehmen. Es ist daher kein Zufall, sondern Ergebnis taktisch klugen politischen Kalküls, daß die Empfehlung der Kommission von Poitiers neben anderen Johanna betreffenden Dokumenten von der französischen Propaganda im Frühjahr 1429 in zahlreichen Kopien in Umlauf gesetzt wurde⁶⁰, um die providentielle Mission der „fille envoyée de Dieu“ zu verkünden und das Ansehen des Königtums im Ausland zu stärken. Diese Mystifizierung und Glorifizierung der Visionärin als Werkzeug der providentia Dei, die bereits mit Johannas Eintreffen in Chinon am 6. März 1429 ihren Anfang genommen hatte, leistete einer intensiven Legendenbildung

Vorschub, die durch eine organisierte Propaganda noch forciert wurde. In diesen Zusammenhang ordnet sich auch der bis vor kurzem umstrittene sog. Hussitenbrief (März 1430) ein.⁶¹

Einen Höhepunkt erreichte der Glaube an die visionäre Autorität Johanna und die Legitimität ihrer göttlichen Sendung nach dem Entsatz von Orléans am 8. Mai 1429 und der Krönung des Dauphin in der Kathedrale von Reims am 17. Juli 1429.⁶²

Mit den Erfolgen von Orléans und Reims hatte Johanna nicht nur die beiden wichtigsten Aufträge ihrer Stimmen erfüllt, sondern darüber hinaus auch die psychologische Situation der kriegführenden Parteien grundlegend verändert, da diese beiden Ereignisse im öffentlichen Bewußtsein in den Rang von „miracula“ erhoben wurden, die die Legitimität der göttlichen Sendung der Visionärin zweifelsfrei bewiesen.

Auf Seiten der Franzosen war die tiefe Verzweiflung einer fast euphorischen Siegeszuversicht gewichen, die sich auf das Bewußtsein gründete, mit dem Erscheinen der *fille de Dieu* erneut der *gratia Dei* teilhaftig geworden zu sein: „Es ist ein Wunder, das keiner glauben könnte, wenn es nicht offenbar wäre, wie es geschah, daß es Gottes Wille war, durch eine zarte Jungfrau solche Gnade über Frankreich auszugießen...“⁶³. In Frankreich bildete das Jahr 1429 einen Höhepunkt in der propagandistischen Glorifizierung der Pucelle, die durch vier Werke charakterisiert wird: Ein Schreiben Alain Chartiers, seit 1422 Sekretär Karls von Valois an Kaiser Sigmund (1410-1437)⁶⁴, einen Brief Perceval de Boulainvilliers, Kammerherr Karls VII. und Seneschall von Berry, an Philipp Maria Visconti, Herzog von Mailand (1412-1447), einen der treuesten Verbündeten der Valois im Ausland⁶⁵, den Traktat Jean Gersons „*De puella Aureliancensi*“ und den Hymnus Christine de Pisans „*Pitié de Jeanne d'Arc*“.⁶⁶ Diese Quellen, die eine Glorifizierung und Mystifizierung *ex eventu* vornehmen, beweisen, daß die Visionärin Johanna mit ihren Siegen den Franzosen das Bewußtsein vermittelt hatte, mit dem Krieg gegen England einen „*guerre juste*“ („*bellum iustum*“) zu führen. Dies erklärt auch die für das Spätmittelalter beispiellose Akzeptanz der visionären Autorität der Charismatikerin durch die monarchisch-loyale Propagandaliteratur. Die Anerkennung der Legitimität der göttlichen Sendung der „*fille envoyée de Dieu*“ war für Frankreich nicht schlechthin opportun, sondern bildete angesichts des Prestigeverlustes der Valois auf internationalem Parkett eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Es lag daher im Interesse der Krone, die Erfolge der Visionärin im Sinne eines providentiellen Eingreifens Gottes zugunsten des rechtmäßigen Königs von Frankreich zu interpretieren und zu propagieren. Johanna Mission wurde zum Gegenstand einer zielgerichteten Propaganda der dauphinistischen Partei, die die Pucelle als Vollstreckerin von Gottes Willen auf Erden glorifizierte und zur Legende stilisierte.

1 Vgl. ausführlich S. Tanz, *Jeanne d'Arc - Spätmittelalterliche Mentalität im Spiegel eines Weltbildes*, Weimar 1991.

2 Vgl. A. Vauchez, *La notion de guerre juste au Moyen Age*, in: *Quatre Fleuves* 1984, 19, S. 9-22.

3 Detaillierte Schilderung des Schlachtgeschehens bei Ph. Contamine, Azincourt, Paris 1966.

4 Vgl. *Livre des faits du bon messire Jean le Meingre dit Boucicaut 1370-1415*, in: *Collection universelle des mémoires* VI, Paris 1785, S. 3-409.

5 Vgl. P. Champion, *Vie de Charles d'Orléans (1394-1465)*, Paris 1911.

6 Bereits die Schlacht von Poitiers und die Gefangennahme Johanna II. am 19. September 1356 war von den Zeitgenossen als Gottesgericht gedeutet worden. Vgl. E. Carpentier, *L'historiographie de la bataille de Poitiers au XIV^e s.*, in: *Revue historique* 533, 1988, S. 21-58.

- 7 Thomas Basin, *Histoire de Charles VII*, ed. Ch. Samaran, Paris 1933, I, S. 46.
- 8 Alain Chartier, *Le quadrilogue invectif*, ed. E. Duvy, 2. Aufl. Paris 1950, S. 5.
- 9 Vgl. M. Awerbuch, *Über die Motivation der burgundischen Politik im 14. und 15. Jahrhundert*, Bertin 1970, S. 59 f.
- 10 Vgl. ausführlich A. H. Burne, *The Azincourt war*, London 1956.
- 11 Vgl. J. Favier, *La guerre de cent ans*, Paris 1980, S. 442 ff.
- 12 Vgl. P. Durrieu, *Bernard VII. comte d'Armagnac et connétable de France*, Paris 1875, S. 241 ff.
- 13 Vgl. P. Bonenfant, *Du meurtre de Montereau au traité de Troyes*, Brüssel 1958.
- 14 Wortlaut des Vertrages bei E. Cosneau, *Les grands traités de la Guerre de Cent ans*, Paris 1889, S. 100 ff.
- 15 Vgl. L. Olschki, *Der ideale Mittelpunkt Frankreichs im Mittelalter*, Heidelberg 1913.
- 16 Vgl. M. G. A. Vale, *Charles VII*, London 1974.
- 17 Vgl. dazu die Schilderung dieses für Frankreichs Geschichte so verhängnisvollen Dilemmas in den „Commentarii rerum memorabiliu, quae temporibus suis contigerunt“ Pius' II. (1458-1464) in: J. Quicherat (Ed.), *Procès de condamnation et de réhabilitation de Jeanne d'Arc, dite la Pucelle*, IV, Paris 1847, S. 513.
- 18 Johana von Lancaster, Herzog von Bedford (1389-1435), übte während der Minderjährigkeit Heinrichs VI. die Regentschaft aus.
- 19 Vgl. J. Favier, *La guerre*, S. 469 ff.
- 20 Vgl. ebd., S. 490.
- 21 Vgl. ausführlich S. Tanz, *Jeanne d'Arc*, S. 182 ff.
- 22 S. Luce, *Jeanne d'Arc et les ordres mendiants*, in: *Revue de deux mondes* XLV, 1881, S. 75.
- 23 *Journal d'un bourgeois de Paris*, ed. A. Tuetey, Paris 1881, S. 235.
- 24 Ebd.
- 25 Vgl. I. Antéchrist chez S. Vincent Ferrier, S. Bernardin de Sienna et autour de Jeanne d'Arc, in: *Convegni del centro di studi s. spiritualità mediev. III: L'attesa dell'età nuova nella spiritualità della fine del Medioevo*, Todi 1962, S. 50-62.
- 26 *Journal d'un bourgeois*, S. 235.
- 27 Vgl. S. Luce, *Jeanne d'Arc et les ordres*, S. 77 f.
- 28 Vgl. ders., *Jeanne d'Arc à Domremy*, Paris 1886, S. CCLII.
- 29 Vgl. E. Jeanné, *L'image de la Pucelle d'Orléans dans la littérature historique française depuis Voltaire*, Paris 1935, S. 185.
- 30 *Journal d'un bourgeois*, S. 233 ff.
- 31 P. Champion, *Procès de condamnation*, Paris 1920, II, S. 428.
- 32 J. Chicherat (Ed.), *Procès IV*, S. 474.
- 33 Vgl. *Journal d'un bourgeois*, S. 235.
- 34 G. Lefèvre-Pontalis, *Les sources allemandes de l'histoire de Jeanne d'Arc*, Paris 1903, S. 32 ff. weist nach, daß die Berufung auf die durch die providentia Dei gesandte fille de Dieu auch das zentrale Argument der französischen Propaganda im Ausland bildete.
- 35 Vgl. S. Luce, *Jeanne d'Arc et les ordres*, s. 70 ff.
- 36 Vgl. A. de Sérent, *Jeanne d'Arc et l'ordre de Saint François*, in: *Revue d'histoire franciscaine*, VII, 1931, S. 274.
- 37 *Journal d'un bourgeois*, S. 237.
- 38 Ebd., S. 242.
- 39 Vgl. S. Luce, *Jeanne d'Arc et les ordres*, S. 78 ff.
- 40 Vgl. A. France, *Vie de Jeanne d'Arc*, Paris 1909, I, S. 485.
- 41 Vgl. ebd., S. 487 f.
- 42 P. Champion, *Procès I*, S. 75.
- 43 Ebd.
- 44 J. Quicherat, *Relation inédite sur Jeanne d'Arc*, in: *Revue historique* IV, 1887, S. 342 f.
- 45 Vgl. S. Luce, *Jeanne d'Arc et les ordres*, S. 81.
- 46 J. Quicherat, *Relation*, s. 342.
- 47 Vgl. H. Prutz, *Zur Geschichte der Jungfrau von Orléans. Der Krönungszug*, München 1923, S. 17 f.
- 48 Vgl. J. Quicherat, *Relation*, S. 342.
- 49 Vgl. ders., *Procès IV*, S. 252.

- 50 Vgl. H. Prutz, Zur Geschichte, s. 16.
- 51 P. Champion, Procès IV, S. 252.
- 52 J. Quicherat, Relation, S. 342 f.
- 53 P. Champion, Procès I, S. 240 f.
- 54 Vgl. S. Tanz, Jeanne d'Arc, S. 196, Anm. 79.
- 55 P. Champion, Procès I, S. 174.
- 56 Vgl. S. Tanz, Jeanne d'Arc, S. 190 ff.
- 57 S. Luce, Jeanne d'Arc à Domremy, S. CLXXXIX.
- 58 Vgl. J. Quicherat, Procès II, S. 447.
- 59 J. Quicherat, Procès IV, S. 487.
- 60 Vgl. G. Lefèvre-Pontalis, Les sources, S. 143 ff.
- 61 Vgl. H. Thomas, Jeanne la Pucelle, Das Basler Konzil und die Kleinen der Reformatio Sigismundi, in: Francia 11, 1983, S. 324 ff.
- 62 Es überzeugt daher wenig, wenn P. Duparc, La délivrance d'Orléans et la mission de Jeanne d'Arc, in: Jeanne d'Arc. Colloque à Orléans, Paris 1982, S. 154, die Krönung als ein zweitrangiges Ereignis sieht, in dem Johanna eine untergeordnete Rolle gespielt habe.
- 63 J. Quicherat, Procès V, s. 6 f.
- 64 Ebd., D. 131-136.
- 65 Vgl. ausführlich S. Tanz, Jeanne d'Arc, s. 148 ff.
- 66 Ebenda.

Aufstieg und Fall eines Fernsehbildes. Nicolae Ceaușescu und die rumänische Revolution¹

„Niemand dringt hier durch und gar mit der Botschaft eines Toten. - Du aber sitzt an deinem Fenster und erträumst sie dir, wenn der Abend kommt.“

Franz Kafka

Im folgenden soll zunächst ein Kurzporträt Nicolae Ceaușescus und seiner Karriere als Fernsehbild skizziert werden, um dann einige Überlegungen zur rumänischen Revolution und ihrer medientheoretischen Implikation anzuschließen.

Ceaușescu regierte in Rumänien zwischen 1965 und 1989. Man könnte diese Zeitspanne wie folgt periodisieren: 1965-1971 - Die schizophrene Entspannung; 1971-1981 - Die paranoische Herrschaft; 1981-1989 - Die hysterische Isolierung.

Die schizophrene Entspannung

Zufall oder nicht, die Machtübernahme Nicolae Ceaușescus fällt mit der Möglichkeit des landesweiten Empfangs des rumänischen Fernsehens zusammen. Oder beinahe. Bis 1964 konnten die rumänischen Randgebiete die Bukarester Fernsehprogramme nicht empfangen. Sie waren angewiesen auf die Fernsehanstalten der benachbarten Länder. Ich kann mich erinnern, daß wir zu Hause - ich stamme aus dem Westen Rumäniens, aus Temeșvar - das ungarische und das jugoslawische Fernsehen zu sehen bekamen. Wir schauten uns hauptsächlich die ungarischen Programme an, weil die älteren Mitglieder fast einer jeden Familie (bei mir Mutter und Großmutter) ungarisch konnten. Ich kann mich genau erinnern, daß die ersten Fernsehbilder, die ich sah, Bilder des ungarischen Fernsehens waren, und zwar im November 1963, bei der Beerdigung Kennedys. Das Fernsehen ist durch ein Begräbnis in mein Leben getreten. Infolge der Zeitverschiebung wurde zur späten nächtlichen Stunde gesendet. Ich durfte wachbleiben, und es schien, als könnte man etwas Geheimnisvolles erblicken; eine Direktübertragung aus Amerika zur damaligen Zeit hatte wahrhaftig den süßen Beigeschmack des Verbotenen. Es war ein televisuelles Ereignis von unvergeßlich funester Mondanität.

Ein Jahr später, diesmal im rumänischen Fernsehen, wurde ein anderes Begräbnis übertragen, das von Gheorge Gheorgiu-Dej, der in den fünfziger Jahren, dem stalinistischen Jahrzehnt, Parteioberrhaupt und seit 1962 auch Staatsoberhaupt von Rumänien gewesen war. Die Grabrede hielt Nicolae Ceaușescu, ein in der Öffentlichkeit unbekannter Parteifunktionär. Im Staatsprotokoll der kommunistischen Länder hieß dies, daß er der designierte Nachfolger war. Und in der Tat wurde er vier Monate später, im Juli 1965, zum Ersten (später General-) Sekretär der Rumänischen KP gewählt.

Sein Bild blieb in den nächsten Jahren in der Öffentlichkeit verträglich. Er trat als Reformkommunist auf, und in seiner antistalinistischen Kampagne war er sogar gegen den Personenkult. Dementsprechend waren seine Fernsehauftritte und seine Präsenz auf den

Bildschirmen nicht übermäßig. Das Fernsehen zeigte ihn meist als arbeitsames Staatsoberhaupt, das die Landwirtschafts- und Industriebetriebe besuchte und bemüht war, sich mit kompetenten Leuten zu umgeben. Es wehte ein Hauch vom Prager Frühlingwind über Rumänien. Die meisten politischen und wissenschaftlichen Kader, die Ceaușescu in aussichtsreiche Positionen brachte, waren jünger und qualifizierteren Schlags als die der stalinistischen Generation. Unter ihnen Ion Iliescu, der heutige Staatspräsident in Rumänien, und Razvan Theodorescu (von Beruf Historiker), der jetzige Direktor des rumänischen Fernsehens. Von diesen Leuten hat er sich ein Jahrzehnt später auf dem Höhepunkt seiner Macht und seiner Paranoia wieder getrennt. Es ist diese Generation, die sich heute berechtigt fühlt, die Macht zu übernehmen und zu behalten. Man sieht auch an ihrer Politik, daß sie von Generationsnostalgie getrieben, noch immer glaubt, daß das Programm von damals ausreichend demokratisch ist. Das Bizarre dabei ist, daß diesen Leuten - wie von einem anderen Kaliber z.B. Dubček in der ČSFR - eine gewisse Professionalität im politischen Auftreten nicht abzusprechen ist. Dabei ist es erstaunlich zu beobachten, daß mancher moralisch standhafte und lange Zeit leidgeprüfte Dissident, der jetzt infolge der Revolutionen prompt zu Staatswürde gelangt ist und fast als erstes nach Rom oder Salzburg eilt, nicht nur durch seinen Dilettantismus - der noch rührend wäre -, sondern auch durch einen gewissen Parvenitismus auffällt.

Der größte Medienauftritt Ceaușescus in der ersten Periode seiner Regierung und der eigentliche Beginn seiner Karriere liegt im Sommer 1968, am Tag der Invasion in die Tschechoslowakei. Die russische Bedrohung bestand damals auch für Rumänien. Ceaușescu beteiligte sich trotz seiner Bindung an den Warschauer Pakt nicht am Einmarsch, es war ein Moment von nahezu nationaler Einhelligkeit. Nur wenige bemerkten damals, daß keineswegs die Reformpolitik, sondern die Macht retten wollte. So, wie niemand bemerkt hat, daß der Reformismus der späten sechziger Jahre ihm nur dazu diente, seine Position zu festigen und die alte Garde an der Spitze der Partei und in der Securitate auszutauschen. Mit dem ständig wiederholten Argument der russischen Bedrohung begann man, die relative Liberalisierung der Reformjahre rückgängig zu machen. Alles nahm seinen Weg in Richtung einer persönlichen Diktatur.

Die paranoische Herrschaft

Diese begann 1971 nach dem Staatsbesuch in China, der Ceaușescu ermutigte, eine kleine Kulturrevolution auszulösen, deren Zweck die Unterdrückung einer möglichen intellektuellen Opposition war. Es wurde viel geschrieben über den Personenkult im Rumänien der siebziger Jahre. Ich will dies hier keineswegs wiederholen und werde mich mit einigen Beispielen begnügen. Ceaușescu ließ sich 1974 zum Staatspräsident wählen (eine für ihn geschaffene Funktion, da er von den amerikanischen Präsidenten beeindruckt war) und mit Zepter fotografieren. Salvador Dalí telegraphierte prompt: „Ich beglückwünsche Sie zur Einführung des republikanischen Zepfers“.

Als Belohnung für seine Moskau-unabhängige Politik wurde der etwas ungenau wirkende sozialistische „Neupräsident“ vom Westen hofiert und vielerorts eingeladen. Diese Staatsbesuche übertrug das rumänische Fernsehen immer häufiger und immer länger. Der nationale Stolz wurde befriedigt. Der nationale Stolz, der bei den kleinen Völkern mit einem an Minderwertigkeitskomplexen reichenden Bewußtsein eine noch größere Rolle spielt als sonst, hat dazu beigetragen, daß die innere Opposition noch schwächer war, als man in einem Land

mit wenig demokratischer Erfahrung sowieso erwarten konnte. Das Fernsehen zeigte: Ceaușescu im Elysée-Palast, Ceaușescu in der königlichen Karosse an der Seite der Königin von England, Ceaușescu im Vatikan, Ceaușescu in Hollywood. Und überall im Westen gut gelaunt, und schlecht gelaunt in Moskau. Dies unterstrich die falsche Annahme, er müsse in der Innenpolitik streng bleiben, um eine Intervention Moskaus zu verhindern.

Es wurde eine Massenkultur-Bewegung ins Leben gerufen - „Lobgesänge auf Rumänien“ genannt -, die die Grenzen zwischen professioneller und volkstümlicher Kunst aufheben sollte. Das Fernsehen übertrug dies und fast nur dies, außer den Staatsbesuchen Ceaușescus im Ausland natürlich und seinen Arbeitsbesuchen im ganzen Land.

Man kann im allgemeinen von einem ästhetischen Sadismus der kommunistischen Herrscher reden. Anders sind die Architektur des realsozialistischen Wohnungsbaus und das Design der Konsumgüter nicht zu erklären. Und auch nur so erklären sich Form und Ausstattung der Automarke Trabant. Und trotzdem, was an ungewollter Häßlichkeit in Rumänien entstand, dieses unerträgliche Gemisch aus entfremdeter Folklore und historischem Größenwahn, gepaart mit der unausrottbaren Schüchternheit des Ostblocks, das sucht seinesgleichen.

Bei Ceaușescu selbst begannen sich die Grenzen zwischen Wirklichkeit und Fiktion merklich zu verwischen. Mitte der siebziger Jahre beauftragte er die nationalen Filmstudios, einen Monumentalfilm über den rumänischen Fürsten Mihai Viteazul, der um die Jahrhundertwende vom 16. zum 17. Jh. für ein paar Monate die drei Fürstentümer, die heute Rumänien bilden, vereinigte, zu produzieren. Ceaușescu sah sich sehr gerne in der Pose eines direkten Nachfolgers dieses Wojewoden, so wie er sich später als Nachfahre des legendären Dracula-Fürsten sah. Nun besuchte Ceaușescu die Filmmannschaft bei den Dreharbeiten. Die Regie seines Besuchs sah vor, daß ihn Akteure und Statisten kostümiert empfingen. Es war wie eine Reise in die Vergangenheit. Er spazierte durch die Reihen des türkischen Heeres - das von dem genannten Fürsten 1599 wirklich nur vorübergehend geschlagen wurde -, er lief zwischen den als Türken kostümierten Statisten umher und sagte dem Schauspieler, der den Türkischen Pascha, den Kommandanten des Heeres spielte: „Na, siehst Du, wir haben Euch besiegt..“

Die hysterische Isolierung

In den achtziger Jahren war Ceaușescu ein einsamer Despot. Der Westen nahm endlich Anstoß an den Menschenrechtsverletzungen in seinem Land. Niemand lud ihn mehr ein. In der Innenpolitik hatte er bereits alle Kämpfe für sich entschieden. Er konzentrierte alle erdenklichen Funktionen in seinen Händen und in denen seiner Familie. Es war für ihn nichts mehr aus diesem Land herauszuholen. Nur zwei Gebiete gab es noch zu erobern: das das Bildes und das der grotesk-cäsarischen Despotenbauten, um Zeichen zu setzen für sein Überleben in Stein.

Was nun das Bild betrifft - ich meine sein Fernsehbild -, so war es nicht möglich, noch mehr Beiträge über sein tägliches Tun zu drehen und zu senden, und so überlegte er sich, daß es sinnvoll wäre, unter dem Vorwand von Stromsparmaßnahmen das Fernsehprogramm auf zwei Stunden täglich zu reduzieren. Weil eineinhalb Stunden die Hofberichterstattung einnahm, waren nur eine halbe Stunde am Tag andere Bilder als seine zu sehen. Die Bildschirme wurden trübe von der Monotonie, denn die Sequenzen - allesamt infinitesimale Variationen ein und derselben Sequenz: Herrscher und Herrschergattin - waren längst bei jeder kontingenten Botschaft. Der Sinn der Bilder blieb, da er vorgegeben war, äußerlich und

bestand unzweideutig darin, obstinat zu bekräftigen, daß die Macht sich hundertprozentig in der Hand der Protagonisten im Bild befindet. Der Zweck des täglichen Auftritts war persuasiv. Die Überzeugung, daß die Macht unfehlbar ist, mußte im Volk lebendig erhalten werden. Am 21. Dezember 1989, als er während seiner letzten Rede für ihn unerwartete und unverständliche Pfiffe und Buhrufe der Menge wahrnahm und das Fernsehen daraufhin die Übertragung unterbrach, wuzardeswegen im Augenblick dieses Bilanzfalls nicht nur ein bereits gestürzter Tyrann, sondern noch ein toter dazu.

Von hier aus nahm die Gothic Novel oder der Gruselfilm mit dem Titel *Die rumänische Revolution* ihren Lauf.

Gebietet ist als Memortb für eine ganze Epoche nur der für Milliarden erbaute, aber nie fertiggestellte Palast Ceausescus, der tatsächlich wie die Heimstätte eines wiedergekehrten Draculas im cäsarischen Gewand wirkt. Man kann heute den Palast für 10 Lei Eintrittsgeld besuchen, und unter gigantischen Kristallüstern entsteht der Eindruck einer seltsamen Mischung aus uferlosem Kitsch und Elementen postmoderner Architektur. Der neue Dracula selbst ist nicht mehr da. Er hat sich in einem medientechnisch geknüpften Netz verfangen, um sich dann für immer in nicht aufschlüsselbaren Videogrammen zu verflüchtigen.

Kurze Bemerkungen zu medientheoretischen Implikationen der rumänischen Revolution

Bei näherer Betrachtung der Vorkommnisse stellt man mühelos fest, daß Ceausescu versucht hat, sich durch eine rhetorische Figur zu retten. In einer *captatio benevolentiae* ruft er den Versammelten am 21. Dezember 1989 den 21. August 1968 in Erinnerung, den Tag seiner berühmten Rede, in der er den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei verurteilt hatte. Das war sein einziger Medienauftritt von echter Bedeutung gewesen, ohne gefälschten Triumph. Beide Reden sind aus der Verzweiflung entstanden. Zwischen diesen beiden Reden, von denen die erste in nationalem Konsens zustimmend aufgenommen worden war, während die letzte auf eine national einmütige Ablehnung stieß, entfiel sich der Bogen seiner Karriere.

Am darauffolgenden Tag teilten sich die Kolonnen der Demonstranten. Die einen kamen, den Platz zu besetzen, auf dem er die erwähnten Reden gehalten hatte. Sie stürmten dann nach der Flucht mit dem Helikopter aus ZK-Gebäude. Die anderen strömten zum Sitz des Fernsehens - dessen Eroberung bedeutete den Sieg der Revolution. Diesem Umstand wächst gewissermaßen eine rituelle Dimension zu. Die Menge folgte einem instinktiven Bedürfnis, das Zentrum der Bilder zu erobern: jenes Zentrum, von dem Abend für Abend unabänderlich die Ceausescu-Bilder ausgesandt wurden. Die Menge folgte dem akuten Bedürfnis, ihn *in effigie* zu beseitigen, sein Bild durch ein neues zu ersetzen.

Es fand ein zweifacher Sprung in der Entwicklung statt: einmal von der Autokratie des Bildes zu seiner Demokratisierung, und dann von der absoluten Inszenierung des totalitären Diskurses zur Spontaneität und Unberechenbarkeit der Straße.

„Gleich von Anfang an tauchten allerdings auch die Profiteure auf“, wie der Philosoph Mihai Sora in einem Gespräch, das wir im April 1990 führten, bemerkte. Und Sora weiter: „Es waren Leute, die in der ersten Stunde demagogische Erklärungen abgaben ..., inkriminierte Personen, die auf der Stelle ihre Rolle zu tauschen und ihre Vorzugsplätze zu behalten versuchten. Mitglieder der eben aufgelösten Regierung, Securitate-Leute und andere dieser Art.“

Das waren die ersten Anzeichen des Kampfes um die Macht. Wenn ich es richtig sehe, machten sie sich unmittelbar am Anfang bemerkbar. Mit anderen Worten, der erste Machtkampf wurde um das vakant gewordene Bildausgefochten. Dazu führte Mihai Sora weiter an: „Paradox an dieser TV-Revolution ist, daß die Mediatoren dieselben blieben. Es stellt sich die Frage, wie groß das Intervall war, das die beiden Medienbilder voneinander trennte. Das Intervall betrug höchstens eine Viertelstunde. Die letzte Verleumdung im Tonfall der Diktatur wurde von einem Sprecher vorgetragen, der üblicherweise die Lobpreisungen sprach. Den Inhalt der letzten diktatorischen Botschaft bildete der Vorfall, der als Tod des 'Verräters Milea' bezeichnet wurde. Und zehn bis fünfzehn Minuten später - so lange kam es mir jedenfalls vor - drängen Leute ins Studio, man sieht plötzlich ganz andere Bilder, es herrscht sogleich ein ganz anderer - heillos chaotischer - Stil, und derselbe Sprecher erklärt, daß vor den Kameras Vertreter des aufständischen Volkes stehen usw. Dieselben Sprecher machten unverzüglich den Versuch, den neuen Diskurs zu übernehmen. Einer von ihnen entschuldigte sein Dableiben damit, daß (...) ein solcher Kommunikationsvorgang nach bestimmten Regeln ablaufen müsse: damit war klargestellt, daß sie auch in Zukunft vonnöten sein würden, die alten Sprecher, die gewissermaßen schüchtern wieder in ihre Rollen schlüpfen. Zunächst lediglich als Fachleute der Mediatisierung, gegen Abend jedoch traten sie bereits quasi als Eigentümer des Diskurses auf.“¹² Indem sie vorgaben, das Chaos verhindern zu wollen, haben die Sprecher schon der neuen Ordnung gedient. Ihr lebenslanglich geübter Opportunismus hat sie mühelos in den Dienst der neuen Macht gelenkt und gebracht.

Jeder revolutionäre Prozeß kennt ein dialektisches Verhältnis zwischen Kategorien des Chaos und Kategorien der Ordnung, die nach einer Volkserhebung entstehende Entropie in der Gesellschaft (in diesem Fall in einem Fernsehstudio als Ort der Revolution und pars pro toto der Gesellschaft) schafft den Eindruck der drohenden Auflösung der Ordnung in Anarchie. Andererseits birgt der Versuch, das öffentliche Leben um vorhandene Institutionen (so wie die alten Fernsehsprecher z.B.) herum neu zu ordnen, die Gefahr, daß das Böse des Alten fortbesteht.

Die Strukturen der Ordnung haben die Tendenz, das Chaos durch die Aktivierung der Kommunikationskanäle zu annullieren. Das Geheimnis der Macht besteht darin zu wissen, wo die Kommunikationspunkte liegen. All dies gehört zur Technik der Macht, und die ist jederzeit effizienter als der revolutionäre Elan. Ich spreche nicht von der Macht der Mediatoren (die der Fernsehsprecher also), sondern von der wirklichen Macht, der politischen und der militärischen.

Unmittelbar nach der Revolution erzählte mir Mircea Dinescu (der Dichter und Dissident, der im Fernsehen den Sturz Ceauşescus ankündigte), folgende Szene: Am 22. Dezember an gerade erst besetzten Fernsehgebäude: Soldaten beobachten mit argwöhnischen Blicken den wirren Haufen Intellektueller und Demonstranten, die ins Studio gestürmt waren. Es herrschte eine Aufregtheit, die ihnen völlig dilettantisch und zutiefst verdächtig erscheinen mußte. Bis nach einer Weile Ion Iliescu (der heutige Staatspräsident) auftauchte. Der fragte sofort den ranghöchsten Offizier nach einem bestimmten Telefonapparat (er nannte ein besonderes Kennzeichen). Da zeigten die anwesenden Militärs zum erstenmal eine Reaktion des Respekts. Der betreffende Offizier machte ein Zeichen, ihm zu folgen, woraufhin sich Iliescu und weitere zwei bis drei Personen, darunter Dinescu, mit ihm in einen Raum begaben, wo auf einem Tisch mehrere Telefonapparate standen. Der Offizier deutete kurz auf den speziellen. Iliescu setzte sich an den Tisch und wartete. Nach kurzer Zeit klingelte es. Iliescu nahm ab, und aus der

Hörmuschel drang unabänderlich immer wieder folgende Formel: „Melde gehorsamst, General XYZ, Kommandant der Garnison XY zu Ihrem Befehl“. Das solange, bis die gesamte Armeeleitung sich dem Mann, der abgenommen hatte, zur Verfügung gestellt hatte. Vermutlich wäre jeder, der an Iliescus Stelle den Hörer abgenommen hätte, Inhaber der neuen Macht geworden. So war wohl im Szenario der Ordnung die Überwindung des Chaos festgelegt. Und ich weiß nicht, was das gleiche Szenario für den Fall vorsah, wenn sieh niemand gemeldet hätte.

Unter dem Gesichtspunkt des Informationsstroms - um einen neuen Gedanken ins Spiel zu bringen - läßt die rumänische Revolution folgende medientechnische Zäsur erkennen: In den Tagen vom 16. zum 21. Dezember (die Temesvarer Ereignisse) funktionierten allein die auditiven Kanäle (man hörte die westlichen Rundfunksender, telefonierte). Danach, zwischen dem 21. und 25. Dezember (die Bukarester Ereignisse), verlagerte sich der Schwerpunkt unbestreitbar auf den Sehkanal. Alles wurde von Bildern überschwemmt, zunächst durch die Besetzung der Straße, dann durch die Besetzung der Fernsehanstalt. Der interessanteste Aspekt, der sich m.E. daraus ergab, ist der, daß zum ersten Mal ein Fernsehstudio - ein Nicht-Ort par excellence - zum Ort von Geschichte wurde, Schauplatz der Ereignisse. Unter normalen Umständen bleibt das Fernsehstudio unsichtbar, topographisch inexistent, ein leerer Raum, der mit dem, was zu senden ist, gefüllt werden muß. Gesendet wird der Inhalt des Bildes, nicht aber der Hintergrund, das Studio. Dementsprechend stellte das Fernsehstudio für die rumänische Revolution das dar, was bis dahin die traditionellen historischen Schauplätze (die öffentlichen Plätze gemeinhin) waren.

So sind wir bei der Frage angelangt, welche Beziehung zwischen dem historischen Ort und der historischen Zeit besteht? Und ist die Zeit, in der wir leben, noch historisch zu nennen, wenn der Ort ihrer Historie ein Nicht-Ort ist (ein Fernsehstudio)?

Alle Revolutionen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 Osteuropa erschütterten, nahmen möglicherweise nur die Forderungen der Revolution von 1848 wieder auf. Sie waren in jenem Teil des Kontinents ja unerfüllt geblieben. Es handelte sich um die Ideen des pragmatischen Liberalismus und um die Ziele der nationalen Einheit und Unabhängigkeit. Wie damals vereinten sich unterschiedliche soziale Schichten im gemeinsamen Wunsch, eine Staatsform einzusetzen, die eine Politik der konkreten Interessen des Individuums betreibt. Das bedeutete einerseits die Wiederaufnahme einer These des englischen Utilitarismus, die besagt, die Gesellschaft müsse so organisiert werden, daß sie einer möglichst hohen Anzahl ihrer Mitglieder den Zugang zu möglichst hohem Wohlstand erleichtert, und andererseits die Verwirklichung des Kantischen Staatsmodells, eines Staates, in dem keine anderen Gesetze in Kraft treten als jene, die von seinen Bürgern gutgeheißen werden. Man zieht dem Absoluten das Vernünftige vor und kehrt jeder Art von utopischem Modell den Rücken. Daher haben die Revolutionen dieser Art zwar führende Meinungsträger (in unserem Fall führende Mediatoren), aber keine ideologischen Führer. Es fehlt ihnen die rhetorische Größe, weil der Einsatz, um den es geht, nicht universalistisch ist. Das unterscheidet sie von 1789, obwohl sie sich in komplizierter Weise dennoch von diesem Jahr herleiten.

Um sich dem Begriff des historischen Ortes anzunähern, muß die Problematik der Klassenstruktur der Revolution angeführt werden. Die Problematik der Klassenstruktur einer jeglichen Revolution ist im historischen Sinne nach wie vor relevant. Wie schon erwähnt, hat sich zum ersten Mal 1848 - zumindest für die Dauer der revolutionären Ereignisse - gezeigt,

wie eine Klassenstruktur zu homogenisieren ist. Kurzfristig vereinten sich in der Idee des Libentiasmas alle gesellschaftlichen Schichten, zum größten Bedauern von Marx, der sich von ihnen eben gerade Klassenkonflikte erhofft hatte. Genau betrachtet ist nur die Französische Revolution wahrhaftig, eine solche des Klassenkampfes - des direkten und des rhetorischen. Austragungsort des letzteren war der Konvent. 1848 fanden die geschichtlichen Spannungen in patriotischen Theater- und Opernvorstellungen ihren Ausdruck. Mit dem Wechsel des Ortes wechselte auch der Stil der Inszenierung. Heute ist die allgemeine Verfügbarkeit des historischen Diskurses, die das Fernsehen suggeriert, das stilistische Merkmal des TV-inszenierten (in Szene gesetzten) Zeitgeschehens.

Die globale TV-Medialisierung der Geschichte erfolgte mit der Öffnung der Berliner Mauer, und praktisch zeitgleich mit dem Geschehen wurde der Ort des Geschehens stückweise verkauft. Päckchen mit Mauersteinen überschwemmten den Souvenirmarkt. In Rumänien schließlich konnte man wenige Wochen später in der Aufhebung der Distanz zwischen Medialisierung und Vermarktung das Verschwinden der Materialität des geschichtlichen Gegenstandes überdeutlich feststellen. Fernsehbilder und Videoaufzeichnungen waren nun Ereignis und Souvenir zugleich. Filmer ersetzen Händler. Urheberrechte ersetzen A(u)ktionen.

Demzufolge haben uns die Revolutionen des Jahres 1989 bewiesen, daß die traditionellen geschichtlichen Orte ihre ausschlaggebende strategische Bedeutung eingebüßt haben. Sie können nur noch durch mediale Vernetzung wirken, mit anderen Worten, sie werden *atopisch*, und parallel zu ihrer 'Entkörperlichung' verbleiben sie einzig im Affektiven. Die kollektive Angst, die Wut, die ekstatische Freude der Massen sind die letzten historischen Orte gewesen. Die Möglichkeit ihrer *Über-Tragung* mittels technischer Bilder (optisch-elektrischer: Photographie, Film, Fernsehen) schafft dabei ihre potentielle Ubiquität. Die nächste Stufe, die der elektronischen Bilder - in der Computeranimation -, der Krieg am Golf hat uns dies deutlich vorgelährt, hebt die Beziehung zur Wirklichkeit als unmittelbare Vorgabe vollständig auf. Folglich ist ein Verschwinden des kollektiv-affektiven Ortes denkbar, und wir verlassen den Bereich des Transhistorischen, um uns im Transvisuellen zu beheimaten.

Schließlich sei noch folgendes hinzugefügt: Dieses Gefühl des Aussterbens der Geschichte, die Gedanken über die Posthistoire, die uns alle so intensiv beschäftigen, entspringen m.E. der Sinnentleerung des traditionellen historischen Paradigmas. Die stufenweise erfolgte Dematerialisierung der historischen Orte ist keineswegs bloß eine Begleiterscheinung dieser Sinnentleerung, vielmehr ihre Verbildlichung. Da aber die historischen Orte immer ein Abbild, d.h. In-das-Bild-setzen von Ideologien waren, ist zu fragen, was heute mit dem Sinn der Ideologien geschieht, daß wir den akuten Eindruck haben, die Geschichte sei zu Ende?

Während im Westen das Kapital, oder sagen wir besser, das Geld, als Ersatzsinn und Sinnersatz zugleich, stillschweigend allgemein akzeptiert wurde, fehlte es im Osten. Die Kapitalebene ist dort nach dem Zweiten Weltkrieg vollkommen aus der Öffentlichkeit verschwunden. Sie wurde ersetzt durch eine autoritäre Machtstruktur, die inreits zusätzlich sinnentleert war. So kam es dazu, daß Fragen nach dem Sinn zu Auslösern und Antriebskräften der revolutionären Bewegungen im letzten Jahr wurden. Wenn keine Möglichkeit eines materiellen Sinnersatzes vorhanden ist, rekuriert man auf den sichersten Sinn, auf den metaphysischen. Die Rolle, die die Kirche in fast allen osteuropäischen Revolutionen spielte, ist auch damit zu erklären. In einer ersten postrevolutionären Phase finden dann immer Substitutionen auf der Sinnebene statt. So wandte sich beispielsweise die öffentliche Diskus-

sion im Jahre 1990 im Osten anstelle der metaphysischen den historischen Fragestellungen zu: Beziehungen zwischen Staat und Kirche, Individuum und Gesellschaft, Recht und Öffentlichkeit etc. Im Westen dagegen wurde die öffentliche Debatte zunehmend von Fragen der Finanzierung dieser Entwicklung bestimmt, wodurch deren historische Dimension aus dem Blickwinkel geriet. In Deutschland war dies am deutlichsten zu beobachten: Was kostet uns die Einheit? Und DM/Ostmark 1:1, 1:2, 1:3? Das sind Probleme des Kapitals. Nur entspricht das Kapital nicht mehr der Analyse von Marx, vielmehr müßte man bei Georg Simmel anfangen, dessen 'Philosophie des Geldes' genau im Jahre 1900 erschien, um sich zum Schluß der 'Realität' des elektronischen Buchgeldes zu stellen.

Während im Westen also die Geschichte im und durch Konsum sich aufgelöst zu haben scheint, war sie im Osten die ganze Zeit nach dem zweiten Weltkrieg totalitär blockiert. Und dies der marxistischen Geschichtstheorie zum Trotz, die eben auf die Kontinuität der Geschichte, einer, die einen positiven Zukunftshorizont bereithält, setzte. Ein Zukunftshorizont, der allerdings die Vollendung der Geschichte und damit auch ihr Ende bereithielt, das wäre die Auflösung des Staates in einer allgemein harmonischen, weil klassenlosen Gesellschaft als die paradiesische Verheißung fast jeder sozialen Utopie gewesen. Die Finalität der Geschichte bewegte sich in den kommunistischen Ländern im Rahmen des immer neuen Fünfjahresplans, während sie im Westen um mit Baudrillard zu sprechen - nicht gestorben, sondern verschwunden ist, 'sich verflüssigt' hat.

Jetzt, da der Marxismus die europäische Bühne verläßt, erleben wir einen Rückgriff auf zwei Gegenmodelle der vormarxistischen Zeit - nämlich die der Aufklärung; wir erleben ein kurioses Gegenüber von Ost und West, von Kant und de Sade; und dazwischen nichts als flimmernde Bildschirme.

1 Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung des LZT "1989 - Ende oder Wende der Weltgeschichte"

2 Siehe H. von Arnim/An/A. Ujica (Hrsg.), Television/Revolution. Das Ultimatum des Bildes, Marburg 1990.

**„What is the Good of History?“ -
Zu Tendenzen in der Theorie- und Methodendiskussion
innerhalb der amerikanischen Geschichtswissenschaft**

Fragen nach den theoretischen und methodischen Grundlagen der eigenen Disziplin haben die Historiker seit jeher außerordentlich kontrovers diskutiert. Insbesondere unter den Herausforderungen anderer Wissenschaften - sei es dem Einfluß der Naturwissenschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jh., der Psychologie, Ökonomie und Sozialwissenschaften im Verlauf des letzten Saeculums oder der Sprach- und Literaturwissenschaft in der gegenwärtigen Diskussion - führten diese Debatten auch zu Reflexionen über den Wissenschaftscharakter der Geschichte und deren Fähigkeit, zu einer objektiven und rationalen Erkenntnis der Vergangenheit zu gelangen.

Diese seit mehr als einem Jahrzehnt v.a. in der französischen und amerikanischen Geschichtswissenschaft mit großer Vehemenz ausgetragene Debatte hat in der deutschen Historikerkunft bislang wenig Beachtung gefunden. Im folgenden sollen daher an ausgewählten Beispielen wichtige Tendenzen dieser Diskussion innerhalb der amerikanischen Geschichtswissenschaft vorgestellt werden.

In seinem kürzlich erschienenen Buch¹ hat P. Novick eindrucksvoll, wenn auch nicht unumstritten², die Frage nach der Objektivität in der Geschichtswissenschaft innerhalb der amerikanischen Geschichtsschreibung des letzten Jahrhunderts dargestellt. Er zeichnet darin ausgehend vom Relativismus der „Progressive Historians“ zu Beginn der dreißiger Jahre ein Panorama des Niedergangs einer objektivistisch verstandenen Geschichtswissenschaft, der in der Gegenwart zu ihrer Konfusion, Polarisierung und wissenschaftlichen Unbestimmtheit sowie zum Auseinanderbrechen der „community of discourse“ geführt habe.³

Diese Einschätzung korrespondiert mit den in den letzten zwei Jahrzehnten wiederholt vorgebrachten Äußerungen über eine - wenn auch unterschiedlich interpretierte - „Krise“ der Geschichtswissenschaft, deren Ursachen einerseits in der literarischen Überproduktion und zunehmenden Differenzierung der Spezialgebiete gesehen werden, die angesichts der Transformation der „Geschichte“ in einzelne „Geschichten“ deren inneren Zusammenhang nicht mehr zulassen. Andererseits wird sie in epistemologischer Hinsicht als Bestandteil einer umfassenderen interdisziplinären Erscheinung reflektiert, die sich in den Diskussionen um die Moderne/Postmoderne der letzten Jahre niedergeschlagen und um die Historiker keinen Bogen gemacht hat.⁴

Der daraus erwachsene Ruf nach einer „new history“ ist in den Vereinigten Staaten allerdings nicht neu. Bereits die „Progressives“ verstanden sich als eine neue Richtung in kritischer Distanz zu einer sich positivistisch verstehenden „scientific school“ der Jahrhundertwende.⁵ Angesichts ihres Krisenbewußtseins über die eigene Gegenwart und die, wie Beard meinte, „neutral or scientific history“ in der Zwischenkriegszeit warfen C. Becker

und Ch.Beard Fragen auf, die in der heutigen Diskussion eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Beard bezeichnete das durch die Suche nach „objektiver Wahrheit“ gekennzeichnete positivistische Paradigma als „that Noble Dream“, den er durch eine Geschichtsauffassung als „act of faith“ zu ersetzen suchte, der die erkenntnistheoretischen und methodischen Grenzen der Wissenschaftlichkeit von Geschichte anerkennt.⁶ Seine Zweifel an den epistemologischen Grundlagen der traditionellen Geschichtsschreibung artikuliert auch Becker in dem Aufsatz „What are historical facts?“ durch die Trennung von „Ereignis“ und „Fakt“, wobei der dem Historiker zugängliche „Fakt“ als ein Symbol keine absoluten Aussagen über die Vergangenheit zulasse. Dies implizierte eine Absage an die Erkenntnis der historischen Totalität und eine wertfreie Auswahl der Fakten durch den Historiker, Fakten sprächen nicht für sich, sondern erst der Historiker würde ihnen eine Bedeutung verleihen. Daher, so Becker, gebe es keine absolute oder objektive Wahrheit über historische Ereignisse.⁷

Diese epistemologische Diskussion fand jedoch in den folgenden Jahrzehnten wenig Widerhalt in der amerikanischen Geschichtsschreibung, obwohl die Ende der fünfziger Jahre einsetzende Transformation von einer deskriptiven zu einer mehr analytischen Geschichtsschreibung und die sich herausbildenden zahlreichen Subdisziplinen wie die „new economic history“, die Geschichte der Frauen, ethnischer Gruppen, der Lokal- und Stadtgeschichte, der historischen Geographie, Ethnographie und Archäologie zu methodischen Innovationen und zur Herausforderung der traditionellen, politikorientierten Historiker führten. Die Einbeziehung von Sozialtheorien, der Statistik, der Psychoanalyse und Literaturtheorie offenbarten eine bisher nicht gekannte Komplexität der Geschichte, die mittels des herkömmlichen fachwissenschaftlichen Paradigmas schwerlich erklärbar wurden.

Dieser Strukturwandel ist nicht unwesentlich von der französischen Annales-Schule und der englischen Sozialgeschichtsschreibung beeinflusst worden, fand aber seine genuinen Grundlagen in der quantitativ forschenden Schule der „Kliometriker“ auch in den USA selbst. Die Herausbildung der „new history“ in den sechziger Jahre vollzog sich jedoch nicht nur als ein wissenschaftsinterner Prozeß, sondern sie stand durch ihre politischen Implikationen wie Antirassismus, Sexismus und Antikriegsbewegung in enger Wechselwirkung mit den entscheidenden gesellschaftspolitischen Ereignissen.

Während M.Kammen 1980 in einer Analyse der amerikanischen Geschichtswissenschaft noch ein insgesamt positives Bild von der „robusten Gesundheit“ der Disziplin zeichnete⁸, widerspiegelte R.Darnton in seiner kritischen Bilanz für den Bereich der „intellectual history“ bereits die Auswirkungen dieser neuen „social history“, die in den siebziger Jahren an bedeutendem Einfluß gewann.

Die amerikanische „intellectual history“ bezieht ihre Tradition aus der „new history“ des beginnenden 20.Jh. und der von A.O.Lovejoy als „History of Ideas“ begründeten Disziplin, die Parallelen zur deutschen Ideengeschichte im Sinne F.Meineckes aufwies und mit der von Lovejoy ab 1940 herausgegebenen Zeitschrift „The Journal of the History of Ideas“ ihr institutionelles Zentrum fand. Die Bezeichnung „intellectual history“ hat im Deutschen keine adäquate Entsprechung gefunden, sondern splittet sich in den USA in verschiedene Bereiche wie Historiographie-, Literatur-, Philosophie-, Kunstgeschichte, Literaturwissenschaft usw. auf. Darnton definierte „intellectual history“ als „history of ideas“ (Geschichte des systematischen Denkens), „intellectual history proper“ (nichtsistematisches Denken), „social history of ideas“ (Ideologien und deren Verbreitung) und „cultural history“ (Mentalitäten, Weltan-

schauungen, anthropologische Sichtweisen).⁹ Diese „Königsdisziplin“ innerhalb der Geschichtswissenschaft wäre durch die Sozialgeschichte verdrängt worden und laufe Gefahr, als ein Zweig unter diese subsumiert zu werden. Aber, so Darntons optimistische Sicht, die Entwicklung der „intellectual history“ in neue Richtungen würde dies verhindern.¹⁰

Der wohl entscheidende Anstoß zu diesen neuen Richtungen ging vom postmodernen philosophischen Denken des Strukturalismus und Poststrukturalismus in Frankreich aus, sowohl in der Form der Diskurs-Theorie Foucaults, der Semiotik Saussures oder des Dekonstruktionismus Derridas.¹¹

Es scheint ein aussichtsloses Unterfangen, den amerikanischen „criticism“ als „discursive agitation“¹² an dieser Stelle beschreiben zu wollen, so mannigfaltig strukturiert, institutionalisiert und „dialogisiert“ er gegenwärtig jenseits aller disziplinären Grenzen und weit über den „literary criticism“ hinaus existiert. Die Rezeption europäischer Theorien in den sechziger Jahren setzte in den USA zuerst in den literaturwissenschaftlichen Bereichen der Französischen und Vergleichenden sowie danach der Englischen Literatur ein und fand in den sogenannten „Yale-Kritikern“ einen ersten Kristallisationspunkt.¹³ Wie Habermas schreibt, diente die Idee des Dekonstruktionismus Derridas diesen Literaturkritikern durch die „Einebnung des Gattungsunterschiedes zwischen Literaturkritik und Literatur“ als Basis für ein neues Selbstbewußtsein, das die Aura der Pseudowissenschaft abgeworfen hat und selbst wissenschaftlichen Rang gewinnt.¹⁴

Der Gewinn eines neuen Selbstvertrauens läßt sich auch für die „intellectual history“ nachzeichnen. Mit dem „literary criticism“ und dem damit verbundenen „linguistic turn“¹⁵ gewann sie neues Gewicht im Rahmen der Disziplin, konnte sie sich aus der bedrohlich empfundenen Einverleibung durch die Sozialgeschichte befreien. Im Unterschied zum vorhergehenden Jahrzehnt mit der Dominanz der strukturorientierten und analytischen Sozialgeschichtsschreibung schicken sich die „Narrativisten“ an, „die Theoretiker und kritischen Analytiker der historischen Disziplin als Ganzes“ zu werden.¹⁶ Harlan spricht bereits von einer Dominanz der diskursorientierten Historiker innerhalb der „intellectual history“.¹⁷

Deren Einfluß rückte die Rolle der Sprache, des Textes und narrativer Strukturen zunehmend in die Forschungspraxis der Historiker. Die damit verbundene Sprengung bisheriger Grenzen geschichtswissenschaftlicher Methoden und erkenntnistheoretischer Annahmen hat zu einer theoretisch-methodologischen Debatte geführt, die noch keineswegs beendet ist und aufs engste mit der Frage nach der Erkenntnis historischer Wahrheit, dem Verhältnis von Subjekt und Objekt, Wille und Vernunft, Theorie und Praxis in der Geschichtswissenschaft verknüpft ist und letztlich nach dem Zusammenhang von Text und Kontext in den historischen Forschung und nach dem Verhältnis von Fiktion und Geschichte fragt.

Mit den „postmodernen“ Narrativisten, den „Konservativen“ und der „new social history“ lassen sich im wesentlichen drei Stömungen in der amerikanischen Theorie-debatte ausmachen.

Hayden White, Dominiek LaCapra und Hans Kellner gehören gegenwärtig zu den wohl bedeutendsten theoretischen Vertretern der literaturkritischen Richtung unter den Historikern, wobei White bisher in der Bundesrepublik größeres Interesse gefunden hat, was v.a. auf sein Hauptwerk zurückzuführen ist.¹⁸

Alle drei einigt die Kritik am traditionellen Wissenschaftsparadigma, dessen Wurzeln im 19. Jh. liegen, und das Bestreben, durch eine Verbindung von Geschichte und „critical theory“

die herkömmlichen Grenzen zwischen Geschichte, Philosophie und Literatur aufzulösen. Für LaCapra involviert die „Krise“ der Geschichtswissenschaft nicht deren Ende, sondern das Ende der „documentary history“ in ihrer positivistischen Gestalt¹⁹, an deren Stelle ein „rethinking“ bisheriger Geschichtsschreibung treten müsse, das die traditionelle Annahme von der Objektivität und Autonomie historischen Forschens sprengt.²⁰ Während aber LaCapra, der entschiedenste Anwalt einer „dekonstruktivistischen“ Geschichtsschreibung²¹, Whites reduktionistische Systemtheorie der Sprache als Ausdruck eines Strukturalismus interpretiert, der dem eigentlichen theoretischen Ansatz Whites widerspräche²², betont er in Anlehnung an Derrida nicht den inneren Zusammenhang, die Whiteschen „deep structures“ der Narrationen, sondern die widerstreitenden Tendenzen innerhalb des Textes, die die ungeprüfte a priori Annahme einer Einheit und Ordnung ihres Sinnes („meaning“) in Frage stellen. In den beschreibenden Kategorien der Vergangenheit existieren immer schon bereits darin enthaltene gegensätzliche Tendenzen, zu denen u.a. die Opposition zwischen Text und Kontext („inside/outside“) gehört. Der „Dialog“ zwischen diesen Opponenten, so LaCapra, muß die traditionelle hierarchische Struktur, die den Kontext als primäre Kraft in der Geschichte betrachtet, aufbrechen, um die komplexe Wechselwirkung beider beschreiben zu können.²³ In diesem Sinn spricht er sich für eine „neue“ Quellenkritik aus. Danach sind Dokumente nicht nur Quellen, die Fakten über die „Realität“ hervorbringen und die analytisch erklärt werden können, sondern Texte, die diese „Realität“ „supplement or rework“.²⁴

Die Sprache erscheint als System von „signs“, deren Sinn („meaning“) durch deren Beziehung zueinander und nicht mit extralinguistischen Objekten hervorritt. Der Kontext kann nicht als erklärendes Konzept „outside“ des Textes betrachtet werden, als prälinguistische Realität, die als primäre und notwendige Kategorie erst die Interpretation des Textes ermöglicht. Vielmehr sind Kontext und Text in einem „general text“ vereinigt, deren Beziehung nur „intertextual“ und nicht analytisch lesbar ist. Die Realität ist immer schon bereits im Text enthalten („always already“).²⁵ Der Text selbst konstituiert dadurch die „Realität“ und reflektiert sie nicht einfach.

Bei der Interpretation durch den Historiker hat dieser die sogenannten versteckten „Stimmen“ der Vergangenheit zu berücksichtigen, denn jeder Text enthält einen „nichtenzifferbaren Sinn“, der ein „misreading“ nach sich zieht, auch wenn Inhalt und Form des Unenzifferbaren im Laufe der Zeit einem Wandlungsprozeß unterliegen. Der Text erscheint dem Historiker als „network of resistances“ und der „Dialog“ erfolgt in zwei Richtungen: ein guter Leser ist auch ein aufmerksamer und geduldiger Hörer.²⁶ Die ursprünglichen Aspekte der Produktion von „meaning“ im Originaltext werden dabei wegen der veränderten Kontexte, in denen sich die jeweiligen „Leser“ befinden, durch andere Systeme von „meaning“ ersetzt, wobei die eigentlichen Intentionen des Autors „verschwinden“. Dies wird durch den vorausgesetzten Bruch zwischen Signifikat und Signifikant im Text ermöglicht. Wörter beziehen sich nur noch auf andere Wörter, Texte auf Texte. „Intellectual history“ wird somit nichts anderes als „the situated uses of language constitutive of significant texts“.²⁷

Diese Argumentation, die die Gefahr in sich birgt, sich durch die ausschließende Methode zur Identifikation des Sinnes („meaning“) von Texten und deren ständiges Aufsichselbstbeziehen im Überfließen und damit in der Irrationalität zu verlieren, verneint aber nicht die Existenz einer objektiven Realität an sich. Sie wird in „Symbolen“ und deren Beziehungen ausgedrückt, deren Bedeutung vom Historiker aber nie vollständig erkannt werden könne und definitive Interpretationen nicht zulasse.

Die Ablehnung einer hierarchischen Dichotomie von Text und Kontext, von Repräsentation und Realität ist gekoppelt mit einer, so LaCapra, Kritik der von der Sozialgeschichtsschreibung vorgenommenen „eindimensionalen“ Gegensätzlichkeit von „popular“ und „elite culture“. Er unterscheidet zwischen „high or elite“, „popular“ und „mass culture“ mit ihren Untergliederungen und sucht nach ihren Wechselbeziehungen durch die „interaction“ von Texten.²⁸ Ausgehend von sogenannten „großen“ Texten mit in der Vergangenheit akzeptierter kanonischer Funktion, sollen diese Texte nun „noncanonical“ gelesen werden, d.h. mit nichtkanonischen Texten in Beziehung gesetzt werden, um so ihre Transformationsprozesse analysieren zu können.²⁹

In seinen kritischen Essays zu C.Ginzburg, R.Darnton und R.Chartier tritt LaCapra dabei auch in direkten kritischen Kontakt mit der „new cultural history“.³⁰ Er betont wiederholt sein Interesse an der Verbindung zwischen „intellectual“ und „social history“³¹, ohne allerdings eine solche Zusammenarbeit zu präzisieren, die ausgehend von seinem „textualism“ und der eindeutigen Ablehnung der „social history of ideas“ verbal zu bleiben scheint.³²

Neben den „Textualisten“ verkörpern die sogenannten „contextualists“ um Q.Skinner und J.G.A.Pocock eine zweite Strömung innerhalb der Narrativisten. Diskurs, so Pocock, konstituiert sich als „structural dimension“ („language“), als „speech-act“, d.h. als Beziehung zwischen Sprache und Erfahrung, die den Diskurs konstituiert, und als die Beziehung zwischen Sprache und Erfahrung, die außerhalb des Diskurses liegt und eine „intersubjective community“ voraussetzt.³³ Während für die „Textualisten“ die Sprache als das Geschriebene Priorität besitzt, betont Skinner die Rolle der Rede, des Gesprochenen. Dies rückt die Intersubjektivität der Sprecher gegenüber der Intertextualität, bei der der Autor keine Rolle mehr spielt, in den Vordergrund³⁴, eine Ansicht, die von den „Textualisten“ wegen der Gleichsetzung von „speaking“ und „writing“ freilich abgelehnt wird.³⁵

In seiner Replik auf den Aufsatz Harlans lehnte Hollinger jüngst den poststrukturalistischen Ansatz ab und verteidigte mit der Position Pococks und Skinners in der Betonung des Zusammenhangs von Kontextualismus und Hermeneutik ein „kognitives Element“ in der Geschichtsschreibung, das vor einem vollständigen Relativismus schützen soll.³⁶

Neben dieser „innernarrativistischen“ Debatte existieren innerhalb der „intellectual history“ starke konservative Vorbehalte, die, ausgehend von einem traditionellen Standpunkt im Sinne der Whig-Historiographie³⁷, gänzlich neue Methoden und eine Ausweitung des historischen Gegenstandes, etwa im Sinne der „social history“, ablehnen. So löste der Aufsatz von G.Himmelfarb 1984 ein kritisches Echo unter den Historikern aus.³⁸ Trotz ihrer Beteuerung, sie polemisierte nicht gegen die Methoden der „new history“, sondern gegen deren Dominanz und Alleinvertretungsanspruch, lehnt sie de facto diese Richtung ab, da sie mit ihrer analytischen Methode und ihren Untersuchungsobjekten nicht nur die politische, Verfassungs- und Rechtsgeschichte, sondern Vernunft und Rationalität der historischen Forschung insgesamt negiere.³⁹ Zunächst verstand sie unter dieser „neuen“ Geschichte nur die Sozial- und Mentalitätsgeschichte⁴⁰, in ihrer neuesten Stellungnahme verfiel der narrativistische Ansatz einem ähnlichen Verdikt.⁴¹ Zu weiteren „Konventionalisten“⁴² zählt Himmelfarb G.Elton, G.A.Craig, P.Gay und J.H.Hexter, ebenso sind G.Wood, T.S.Hamerow und J.Clive dazuzurechnen.⁴³

Die nichtstrukturelle Analyse von Ritualen und Symbolen als Kennzeichen „postmodernistischer Tradition in der Geschichtsschreibung“⁴⁴ findet ihren besten Ausdruck in den Werken von „social historians“ wie R.Darnton und N.Z.Davis, die beide, wenn auch in unterschied-

lichem Maße, von der von C. Geertz ausgehenden symbolischen Anthropologie beeinflusst sind.⁴⁵ In seiner Essaysammlung „The Interpretation of Culture“ erklärt Geertz am Beispiel des Balinesischen Hahnenkampfes dessen Symbolik, wobei das System der unterschiedlichen Symbole und damit Kultur als ein „web of meaning“ erscheint, in dem soziale Beziehungen als Text betrachtet werden, der mit Hilfe der „text analogy“ zu entziffern ist. Durch die „thick description“ wird untersucht, was soziales Verhalten ausagt, nicht aber seine reale Existenz, der politische Kontext tritt hinter die Analyse der Symbolik zurück.⁴⁶

Die Dichotomie, die sich im „literary criticism“ zwischen den Historikern zeigt, die das „Lesen“ des Textes und damit die Einheit und den Zusammenhang von „meaning“ betonen (White) und denjenigen, die dessen „Produktion“, das „Schreiben“ und die Differenz der Texte hervorheben (LaCapra), zeigt sich auch in der Anthropologie mit Geertz auf der einen und M. Sahlin auf der anderen Seite.⁴⁷ Für beide bleibt aber der Gebrauch der Symbole der zentrale Bezugspunkt, die Frage der „Representation“ das unmittelbare Problem.⁴⁸ Während Darnton Geschichte in ikonographischem Sinn betrachtet, deren Ziel es ist, deren Sinn zu lesen („to read for meaning“), sucht Davis die anthropologische Methode mehr mit dem Wandel und der Dynamik gesellschaftlicher Prozesse zu verknüpfen und plädiert für eine Verbindung von „classical social history“ und „anthropological microhistory“ als „new ‘new social history‘“.⁴⁹

Die anthropologischen und narrativen Herausforderungen haben inzwischen zu fruchtbaren Diskussionen und einem Dialog zwischen den verschiedenen Strömungen geführt.⁵⁰ Die Diskussion zwischen Finlay und Davis um ihr Buch „Die Rückkehr des Martin Guerre“ rückte die Frage der Interpretation und Auslegung historischer Texte in den Vordergrund und damit die Frage, wie weit der Historiker mit imaginären Motiven „hinter“ die Fakten gehen darf, um das historische Ereignis durch ein „re-reading“ des Textes zu reproduzieren. Finlays Kritik zielt auf die Unterscheidbarkeit zwischen Geschichtsschreibung und Fiktion, die nur durch die „Souveränität der Quellen, das Tribunal der Dokumente“ möglich wird. Gegenüber dieser traditionellen, positivistischen Sichtweise verteidigt Davis ihre rhetorische und narrative Herangehensweise, die es erlaube, die Komplexität und Ambivalenz menschlichen Verhaltens in einem bestimmten kulturellen Kontext zu sehen, ethische Urteile zu fällen und die Möglichkeit verschiedener Interpretationen zuzulassen.⁵¹

In der Diskussion zwischen R. Chartier und R. Darnton spielt die Definition von „Symbolen“ und deren Funktion eine wichtige Rolle, wobei Chartier, der zur vierten Generation der Annales-Schule zählt und wohl am weitesten in der Nutzung der Literaturwissenschaft für die Sozialgeschichte geht, den von Darnton verfolgten Geertzschen Ansatz, Symbole als zentrale und kohärente Systeme zu betrachten, ablehnt und deren Instabilität und Differenz betont.⁵²

Bei aller Fürsprache für eine enge Kooperation der neuen Richtungen mit der „social history“ scheint aber gegenwärtig deren Furcht vor einer „Einverleibung“ durch diese und damit eine gewisse Abgrenzung - auch zur weiteren Festigung eigener theoretischer Positionen - noch zu dominieren.⁵³

Aber nicht nur die vermehrten rezenten Diskussionen in Fachzeitschriften unterstreichen die Forderungen Harlans und Pattersons, daß auch die Historiker nicht länger den „post-modernen literarischen Kritizismus“ ignorieren können⁵⁴, obwohl sich die „Textualisten“ - nicht zu Unrecht - dem Vorwurf ausgesetzt sehen, sie würden nur über, nicht aber Geschichte selbst schreiben und sich mehr als Literaturtheoretiker denn als Historiker sehend, in ihren theoretischen Sophistifikationen verlieren.⁵⁵ Obwohl sowohl White als auch LaCapra bedeutende Studien zur europäischen Geistesgeschichte verfaßt haben⁵⁶, sind größere „textualistische“

Abhandlungen bisher eher die Ausnahme geblieben.⁵⁷ Lange Zeit sind den Herausforderungen der neuen philosophischen und literarischen Theorien nur wenige amerikanische Historiker gefolgt, haben bis zur Mitte der achtziger Jahre, wie Wilentz feststellte, die Sozialhistoriker kein großes Interesse an der literarischen Textanalyse, an einer umfassenden Rezeption Foucaults oder gar dem Dekonstruktivismus Derridas gezeigt.⁵⁸ Der „antitheoretische und antiphilosophische objektivistische Empirismus“, der in der amerikanischen Zunft stets dominierte, übt bis zur Gegenwart noch einen entscheidenden Einfluß aus.⁵⁹

Die Rolle der Sprache hat dennoch in den letzten Jahren in anderen Subdisziplinen verstärkte Beachtung gefunden. Während in der Interpretation der Französischen Revolution L. Hunt die Sprache als Ausdruck der Macht im Sinne des „literary criticism“ untersucht und Politik dabei auf Symbolik, Metaphorik und Gestalt reduziert⁶⁰, vertreten Sewall und Sonenscher in ihren Darstellungen einen „kontextualistischen“ Standpunkt.⁶¹ Im Bereich der „modern European history“ bzw. der „labor history“ löste die Neuinterpretation der Chartistenbewegung durch Steadman Jones, die die Sprache als entscheidendes Kriterium für die Erklärung dieser Bewegung ansieht und Macht, Ausbeutung und Unterdrückung in linguistischen Begriffen ausdrückt, eine immense Diskussion aus.⁶² T. Childers unternahm kürzlich mit der Untersuchung des politischen Diskurses in der Weimarer Republik den Versuch, einen neuen Zugang zur „Sonderwegs“-Debatte unter den Historikern zur neueren deutschen Geschichte zu finden und kam dabei zu dem interessanten Schluß, daß die für die Kultur der Weimarer Republik wichtigen präindustriellen Elemente nicht in der Existenz vorindustrieller Gruppen, prämoderner Eliten oder vorkapitalistischer Traditionen, sondern in der Sprache des Mittelstandes zu finden seien. Die Sprache fungiert selbst als unabhängige Macht innerhalb des kulturellen Systems, mit ihrer Hilfe wird politisches Bewußtsein definiert und politische Aktion mobilisiert. Childers geht es in seiner Analyse jedoch keineswegs um eine Ersetzung der sozialen Interpretation durch die linguistische, sondern um eine enge Beziehung beider.⁶³

Unter den Historikern der amerikanischen Geschichte spielte im Vergleich zu denen der europäischen Geschichte bisher der „linguistic turn“ eine geringere Rolle, fanden theoretische Debatten weniger Aufmerksamkeit. Als ein interessantes Beispiel für die amerikanische Geschichte ist aber die Arbeit Farbers erwähnenswert, der in einer Untersuchung der Protestwoche im August 1968 in Chicago die beteiligten Akteure in ihrem unterschiedlichen Sprachgebrauch darstellt und an dieser Reproduktion der Aussprache zeigt, wie diese die Handlungen der beteiligten Gruppen reflektierte und kreierte. In den „chronological narratives“ erzählt Farber die Story aus drei Perspektiven (Yuppies, Antikriegsbewegung und staatliche Macht) und gibt diesen drei Gruppen ihre „authorial voice“, während er in einem analytischen Teil dieses historische Ereignis wertet („own voice“).⁶⁴

Die Tendenzen dieser Theoriendebatte sind angesichts einer gewissen Unübersichtlichkeit und komplizierten Zuordnung der verschiedenen Diskutanten schwer nachzeichnbar. Wenigstens auf drei Gebieten haben jedoch theoretische Prämissen, resultierend aus anthropologischen und literaturkritischen Einflüssen, zum Versuch einer praktischen Umsetzung geführt. Am deutlichsten wird dies wohl in der sogenannten „new cultural history“⁶⁵, die ihre Traditionen aus der jüngeren marxistischen und Annales-Historiographie herleitet und die neuesten Theorieansätze zu antizipieren bestrebt ist. Im Unterschied zur „social history“ rückt dabei der Kultur- statt des Gesellschaftsbegriffs in den Vordergrund, werden statt der Beziehungen und Strukturen von sozialen Klassen Formen sozialen und kulturellen Verhaltens in mikrohistorischen Räumen untersucht. Den größten Einfluß auf die Konstituierung dieser

Richtung üben Foucaults Macht- und Diskurskonzept und anthropologische Theorien aus. Im Selbstverständnis der „new cultural history“ reflektieren Worte oder Texte genau in deren Sinne nicht die soziale und politische Realität, sondern sind selbst Instrumente um diese umzuwandeln. „Culture“ als ein von ökonomischen und sozialen Beziehungen autonom betrachteter Gegenstand könne nicht deduktiv aus „extracultural“ Erfahrungen deduziert werden, sondern wird durch ein „web of cultural meaning“ interpretiert.⁶⁶

Unter den Vertretern dieser Richtung existiert aber bisher kein einheitliches theoretisches Konzept bzw. offenbaren sich bei dessen Umsetzung in der Geschichtsschreibung Probleme, so daß teilweise kein Unterschied zur „new social history“ erkennbar wird⁶⁷, die selbst verstärkt den mikrohistorischen und kulturellen Ansatz - wenn auch ohne die Konzentration auf die Literaturtheorie - nutzt.

Daneben hat sich für die „feminist histories“ „gender history“ als historischer Forschungsgegenstand in den letzten Jahren von der „Geschichte der Frauen“ oder der „Geschichte der Geschlechter“, die sich als Bestandteil des herrschenden deskriptiv-analytischen Wissenschaftsparadigmas im Rahmen der Sozialgeschichte und Psychologie verstand, zu einer theoretisch-analytischen Kategorie gewandelt, der „gender analysis“. Dieses Konzept wird gegenwärtig kontrovers diskutiert⁶⁸, wobei unbestreitbar sowohl der Foucaultsche Zugriff der Kulturtheorie und Machtbeziehungen als auch der dekonstruktionistische Einfluß Derridas die entscheidenden theoretischen Ausgangspunkte bilden. So ist J. Walkowitz in ihrem Projekt „City of Dreadful Delight“ ausgehend von einer nicht unkritischen Rezeption Foucaults daran interessiert, wie „cultural meanings“ produziert werden, sie in der Gesellschaft zirkulieren und vom materiellen Kontext abhängen.⁶⁹

Während Poovey vom Standpunkt der „materialist feminists“ den poststrukturalistischen Einfluß eher kritisch bewertet⁷⁰, gehört J.W. Scott, wohl eine der herausragenden Vertreterinnen der „gender analysis“, zu denjenigen, die für eine Übernahme poststrukturalistischer Verfahren und Begriffe wie Sprache, Diskurs und Differenz eintreten.⁷¹

Attraktiv am poststrukturalistischen Ansatz erscheint für die „gender history“ dessen Konstruktion der Subjektivität und Erfahrung sowie das „difference“-Konzept, ohne, wie Alcoff hervorhebt, die gefährliche Tendenz zu einem „negativen“ Feminismus zu verkennen, der alles dekonstruiert, jede Konstruktion ablehnt und damit „feminist politics“ schwerlich möglich mache.⁷² Während Flax Feminismus als „Typ postmoderner Philosophie“ bezeichnet, konstatieren Fraser und Nicholson ein noch vorherrschendes eher vorsichtiges Verhältnis zwischen „gender history“ und Poststrukturalismus, das Diskussionen zwischen beiden bisher kaum zugelassen habe.⁷³ Insgesamt, so resümiert Hunt, warte „Gender“ als ein System kultureller Repräsentation betrachtet, das auf linguistischen und anthropologischen Sichtweisen beruhe, wobei dieses Genderkonzept, so Tilly, mit sozialgeschichtlichen Methoden kombinierbar ist.⁷⁴ Dabei versteht sich „gender history“ als Kritik an den Strukturen und Methoden der Geschichtswissenschaft, die auf Machtausübung beruhe und keine universelle Gültigkeit besitze. Dabei kann und will sie die durch diese Negation traditioneller Geschichtsschreibung entstehende theoretische Lücke nicht ausfüllen, sondern „hinter“ deren Grenzen gehen, um bisher marginale oder unberücksichtigte Themen zu untersuchen. Während insgesamt „gender history“ auf der praktischen Arbeitsebene zu produktiven und innovativen Ergebnissen geführt hat, bleiben die Probleme auf der geschichtsphilosophischen Ebene weiterhin scharf umstritten und harren einer Lösung.

Innerhalb des „new criticism“ in der Literaturwissenschaft bildet der v.a. an kalifornischen Universitäten und durch die Zeitschrift „Representations“ verkörperte „new historicism“ mit den Hauptvertretern S.Greenblatt, J.Goldberg und L.A.Montröse eine dritte einflußreiche Strömung.⁷⁵ Auch wenn Hillis Miller - sicher übertrieben - klagend konstatiert, daß „the era of ‘deconstruction’ is over“,⁷⁶ repräsentiert der „new historicism“ tatsächlich einen Trendwechsel weg vom Dekonstruktivismus, von der Literatur- als Sprachtheorie hin zur „culturalogical“ Literaturgeschichtsschreibung⁷⁷, einer Kombination von, wie White bemerkt, Formalismus („culturalism“ und „textualism“) und Historismus („geneticism“ und „referentially“).⁷⁸

Interessanterweise bildet der „semiologische Anthropologismus“, die „new social history“ und die „gender history“ mit Geertz, Davis, Darnton und Scott in Princeton ein gewisses Zentrum, während die „Narrativisten“ - abgesehen von LaCapra, der in Ithaca lehrt - wohl zumeist an kalifornischen Universitäten zu finden sind. Inwieweit deren diskursive Hegemonie in der Thematikdebatte auch in institutionelle Macht umschlagen wird, bleibt abzuwarten. Zunächst scheint - trotz der Wahl N.Z.Davis' zur Vorsitzenden der American Historical Association vor zwei Jahren und der Existenz zahlreicher spezifischer Fachzeitschriften - ein solcher institutioneller Durchbruch noch nicht erreicht worden zu sein.

„What is the Good of history?“ - auf die von C.Becker im Zusammenhang mit seiner Präsidiatsrede für die American Historical Association 1932 aufgeworfene rhetorische Frage, mit der sich für ihn die Erkenntnis verband, daß alle Geschichte eine stets neugeschriebene und neu zu schreibende „Story“ sei und daß die objektivistische, faktenorientierte Geschichtsschreibung un ihr Ende gekommen sei,⁷⁹ wird und will - entsprechend ihres theoretisch-methodischen Konzepts - auch die neue postmodernistische Geschichtsschreibung keine eindeutige Antwort geben können.

Zweifellos haben die Ideale des 18. und 19. Jh. wie Fortschritt, Vernunft, absolute Erkenntnis, die Möglichkeit der vollständigen Wiedergabe der Vergangenheit und ihres Zusammenhanges, Kausalität und hierarchische Struktur von Gesellschaft und Geschichtswissenschaft sowie deren Autonomieanspruch an Bedeutung verloren. Deren Ablehnung oder Kritik impliziert aber nicht das „Ende der Geschichtsschreibung“ oder eine „Enthistorisierung“ der Geschichte. Die Realität der Vergangenheit ist dem Historiker nur in sprachlicher oder symbolischer Form gegeben, die historisch bedingt sind, wie auch die Geschichte linguistisch bedingt ist, wobei sich beide aber nicht vollständig aufeinanderbeziehen lassen und unabhängig voneinander Gegenstand der Forschung sein können. Deren Analyse kann in methodisch unterschiedlichster Art - deskriptiv, analytisch oder narrativistisch - erfolgen, basiert aber stets auf rationalen Kriterien. Auch die „Textualisten“ lehnen nicht die Realität als solche ab und verwenden in ihren Analysen logische, d.h. rationale Verfahren. Der Dekonstruktivismus beansprucht, sich nicht auf Vernunft, Logik, Subjektivität und Mimesis zu gründen, sein Gegenstand, die Sprache, ist aber selbst rational, subjektiv und referential, und letztlich kommt auch er nicht um eine (nichtteleologische) Kontraktion herum.⁸⁰

Die Gefahr eines Verlustes jeglicher kritischer Rationalität sieht LaCapra durchaus in der „lemming-like fascination for discursive impasses“, eine Rationalität, die er als eine Tugend der traditionellen Geschichtswissenschaft ansieht⁸¹ bzw. vor einem „textual imperialism“,⁸² vor dem Toews als einer neuen Form des Reduktivismus durch die narrativistische Richtung warnt.⁸³ Die Berücksichtigung und kritische Auseinandersetzung mit all diesen neuen

Theorien sollte nicht in Form eines Kampfes ausgetragen werden, in dem es nicht nur um Narmivität und Wissenschaftlichkeit, sondern mehr um Macht und Legitimität bestimmter Anschauungen geht.⁸⁴ Es scheint eine numstößliche Tatsache zu sein, mit der der Historiker sich abzufinden hat, daß es zugleich mit dem Zusammenbruch der „großen Erzählungen“⁸⁵ eine „Synthese“ der historischen Forschung innerhalb ihrer „intellectual community“ nicht mehr geben kann. Eine solche Sichtweise beugt einer Hierarchisierung der Theorien und Methoden im Sinne von wissenschaftlichen Zentren und Peripherien und damit letztlich einem unfruchtbaren Streit um epistemologische Grundsätze vor. Die verbindende Brücke zwischen den unterschiedlichen Perspektiven sowohl innerhalb der neuen narrativistischen Richtungen als auch zwischen sogenannter „old“ und „new history“ ist die Akzeptanz und Toleranz, die eine kritische Auseinandersetzung nicht ausschließt⁸⁶ und durch ein postmodernes „reading“ des Textes, der Historisierung der „gender history“ und die anthropologischen Sichtweisen der Geschichtswissenschaft neue Impulse zu verleihen vermag. Diese neuen Impulse könnten insofern einen Weg aus der beklagten „Krise“ der Geschichtsschreibung weisen, als sie deren disziplinären Rahmen sprengen und durch theoretische Experimente, methodische Innovationen und vielfältige Darstellungsarten zu einer neuen Interdisziplinität führen.⁸⁷ Aus der zerbrochenen „community of discourse“ entstünden damit neue „communities“ außerhalb einer professionellen Historikerkunft, die zugleich ein verändertes und erweitertes Publikum ansprechen.

Genau in diesen für die zukünftige Entwicklung der Geschichtswissenschaft wesentlichen Fragen hat sich die neue gesamtdeutsche Geschichtswissenschaft einzubringen. Die westeuropäisch-amerikanische Debatte muß aber dazu anders rezipiert werden als in der Vergangenheit; nicht ablehnend wie im Osten und nicht ignorierend wie im Westen Deutschlands. Daß auch dies politische Implikationen nicht ausschließt, sondern eine Auseinandersetzung geradezu zur Voraussetzung macht, scheint - so offenkundig - kaum noch erwähnenswert.⁸⁸ Die Tendenz der internationalen Theoriediskussion ist ohne Fragen offen. Eine Sensibilisierung für deren Motive, Inhalte und Richtungen bildet die Voraussetzung für das Einbringen deutscher Beiträge in diesen Diskurs. Dies setzt aber gewollte Sachkenntnis voraus.

* Ich danke G.G.Iggers, K.H.Jaraus und E.Breisach für wertvolle Hinweise.

- 1 P. Novick, *That Noble Dream. The „Objectivity Question“ and the American Historical Profession*, Cambridge 1988.
- 2 Siehe die Rezensionen von J. Higham in: *The Journal of Modern History*, 62, 1990, S.353-356; T. L. Haskell, *Objectivity is not Neutrality. Rhetoric vs. Practice in Peter Novick's That Noble Dream*, in: *History and Theory*, 29, 1990, S.129-157; J. F. Kloppenberg, *Objectivity and Historicism: A Century of American Historical Writing*, in: *American Historical Review*, 94, 1989, S.1011-1030.
- 3 Novick, S.16.
- 4 Vgl. u.a. B. Bailyn, *The Challenge of Modern Historiography*, in: *American Historical Review*, 87, 1982, S.6f.; F. R. Ankersmit, *Historiography and Postmodernism*, in: *History and Theory*, 28, 1989, S.128; M. Zuckermann, *Myth and Method: The Current Crisis in American Historical Writing*, in: *History Teacher*, 17, 1984, S.219ff.; H. Oscar, *History: A Discipline in Crisis?* in: *American Scholar*, 40, 1971, S.447ff.; Novick, S.523; ein historischer Abriss dieses Krisenbewußtseins findet sich bei: M. Kammen, *Selvages and Biases: The Fabric of History in American Culture*, Ithaca 1987, S.5ff.; A. Megill, *Foucault, Structuralism, and the Ends of History*, in: *Journal of Modern History*, 51, 1979, S.451-503; K. J. MacHardy, *Crisis in History, or: Hermes Unbounded*, in: *Storia della Storiografia*, 17, 1990, S.5-27.

- 5 Erstmals taucht die Bezeichnung auf bei E. W. Dow, *Features of a New History: Apropos of Lamprecht's „Deutsche Geschichte“*, in: *American Historical Review*, 3, 1899, S.431-448; vgl. auch J. H. Robinson, *The New History: Essays Illustrating the Modern Historical Outlook*, New York 1912.
- 6 Ch. Beard, *That Noble Dream*, in: *American Historical Review*, 41, 1935, S.74-85. Zitate aus: Ders., *Written History as an Act of Faith*, in: H. Meyerhoff (ed.), *The Philosophy of History in our Time. An Anthropology*, Garden City 1959, S.142, 149.
- 7 C. A. Becker, *What are historical facts?*, in: Meyerhoff, S. 123ff.
- 8 M. Kammen, *Introduction: The Historian's Vocation and the State of the Discipline in the United States*, in: Ders. (ed.), *The Past Before Us. Contemporary historical writing in the United States*, Ithaca, London 1980, S.45.
- 9 R. Darnton, *Intellectual and Cultural History*, in: Kammen, S.337.
- 10 Darnton, S.348. Vgl. dazu auch G. Wise, *The Contemporary Crisis in Intellectual History Studies*, in: *Clio*, 5, 1975, S.55-71.
- 11 An dieser Stelle kann nicht auf die kaum mehr überschaubaren Definitionsversuche von Postmoderne, Poststrukturalismus und Dekonstruktion eingegangen werden, die sehr variieren. Für Historiker relevant zuletzt siehe A. Megill, *What does the Term 'Postmodernism' mean?*, in: *Annals of Scholarship*, 6, 1989, S.129-151; T. C. Patterson, *Post-structuralism, post-modernism: implications for historians*, in: *Social History*, 14, 1989, S.83-88.
- 12 D. LaCapra, *Soundings in Critical Theory*, Ithaca, London 1989, S.11.
- 13 J. Arac, W. Godzich, W. Martin, *The Yale Critics: Deconstruction in America*, Minneapolis 1983. Zu wichtigen Derridariern gehören P. de Man, J. Hillis Miller, G. Hartmann und H. Bloom. Ausführlich zur Rezeption siehe U. Risse, *Avantgarde als Zitat. Postmoderne Epochenzäsur in den Vereinigten Staaten*, in: *Weimarer Beiträge*, II.11, 1990, S.1701-1728.
- 14 J. Habermas, *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt/M. 1989, S.225f.; D. LaCapra, *History and Criticism*, Ithaca, London 1985, S.100f.
- 15 J. E. Toews, *Intellectual History after the Linguistic Turn: The Autonomy of Meaning and the Irreducibility of Experience*, in: *American Historical Review*, 93, 1987, S.879-907; D. Harlan, *Intellectual History and the Returning of Literature*, in: *American Historical Review*, 94, 1989, S.581-609; M. Jay, *Should Intellectual History Take a Linguistic Turn? Reflections on the Habermas-Gadamer Debate*, in: *Modern European Intellectual History: Reappraisals and New Perspectives*, ed. by D. LaCapra and S. L. Kaplan, Ithaca 1982, S.86-110.
- 16 L. S. Kramer, *Literature, Criticism, and Historical Imagination: The Literary Challenge of Hayden White and Dominick LaCapra*, in: L. Hunt (ed.), *The New Cultural History: Essays*, Berkeley 1989, S.98; Toews, S.881. Als Beispiel für einen historischen Abriß postmodernen Denkens vgl. A. Megill, *Prophets of Extremity. Nietzsche, Heidegger, Foucault, Derrida*, Los Angeles, London 1985.
- 17 Harlan, S.593.
- 18 H. White, *Metahistory: The Historical Imagination in the Nineteenth-Century Europe*, Baltimore 1973; H. Kellner, *Language and Historical Representation: Getting the Story Crooked*, Madison 1989.
- 19 LaCapra, *Soundings*, S.192; *History*, S.136ff.; *Rethinking Intellectual History. Text, Context, Language*, Ithaca, London 1983, S.60f.
- 20 Ders., *Rethinking*, S.69.
- 21 B. D. Palmer, *Discent into Discourse. The Reification of Language and the Writing of Social History*, Philadelphia 1990, S.49.
- 22 Zur Kritik Whites siehe LaCapra, *Rethinking*, S.76ff.
- 23 LaCapra, *Rethinking*, S.95f.
- 24 Ders., *History*, S.11.
- 25 Zu den sechs Arten von „context“ in: LaCapra, *Rethinking*, S.30ff.; *Soundings*, S.7, *Rethinking*, S.26f., 117.
- 26 LaCapra, *Rethinking*, S.64.
- 27 Ders., *Rethinking*, S.18f.
- 28 Ders., *History*, S.73ff.
- 29 Ders., *Soundings*, S.205f., 2ff., 5.
- 30 Ders., *History*, 71ff., *Soundings*, S.67ff.
- 31 Ders., *History*, S.9f., *Soundings*, S.5, *Rethinking*, S.24.

- 32 Ders., *History*, S.10, 80, 93, 117f.
- 33 J. G. A. Pocock, *Virtue, Commerce and History: Essays on Political Thought and History, chiefly in the Eighteenth Century*, Cambridge 1985, S.26; Q. Skinner (ed.), *The Return of Grand Theory in the Human Sciences*, Cambridge 1985.
- 34 *Zur Auffassung Skinners neuerdings*: J. Tully (ed.), *Meaning and Context: Quentin Skinner and his Critics*, Princeton 1989.
- 35 Harlan, S.586, der sich auch mit Pocock auseinandersetzt.
- 36 D. A. Hollinger, *The Return of Prodigal: The Persistence of Historical Knowing*, in: *American Historical Review*, 94, 1989, S.610-621; Ders., *In the American Province: Studies in the History and Historiography of Ideas*, Bloomington 1985; vgl. Novick, S.625ff.
- 37 Vgl. H. Butterfield, *The Whig Interpretation of History*, London 1963.
- 38 G. Himmelfarb, *Denigration the Rule of Reason. The „new history“ goes bottom-up*, in: *Harper's Magazine*, April 1984, S.84-90. Wiederabdruck mit einer Polemik gegen ihre Kritiker in: dies., *The New History and the Old. Critical Essays and Reappraisals*, Cambridge 1987.
- 39 *Denigration*, S.88.
- 40 Himmelfarb, *The New History*, Introduction, S.4.
- 41 Dies., *Some Reflections on the New History*, in: *American Historical Review*, 94, 1989, S.665ff.
- 42 Novick bezeichnet sie als „Hyperobjektivist“ und „Noobjektivist“, Novick, S.606.
- 43 Zur Diskussion tragen bei: G. Wood in einer Rezension des Buches von O. Handlin, *Truth in History*, Cambridge 1979, in: *Journal of Modern History*, 53, 1981, S.84-90; T. Harnerow, *The Bureaucratization of History*, in: *American Historical Review*, 94, 1989, S.654-660; J. Clive, *Not by fact alone: Essays on the Writing and Reading of History*, New York 1989.
- 44 Ankersmit, *Historical Representation*, S.226.
- 45 R. Darnton, *The Great Cat Massacre and Other Episodes in French Cultural History*, New York 1984 und *The Kiss of Lamourette: Reflections in Cultural History*, New York 1990; N. Z. Davis, *The Return of Martin Guerre*, Cambridge 1983 und *Fictions in the Archives: Pardon Tales and their Tellers in Sixteenth-Century France*, Stanford 1987.
- 46 New York 1973; siehe auch C. Geertz, *Local Knowledge: Further Essays in Interpretive Anthropology*, New York 1983.
- 47 Vgl. A. Biersack, *Local Knowledge, Local History: Geertz and Beyond*, in: Hunt, S.72-96.
- 48 F. R. Ankersmit, *Historical Representation*, in: *History and Theory*, 27, 1988, S.205-228.
- 49 Darnton, *Cat Massacre*, S.3, 5; Davis, *Shapes*, S.31ff.
- 50 Zwischen Davis und Finlay siehe: R. Finlay, *The Refashioning of Martin Guerre*, in: *American Historical Review*, 93, 1988, S.553-571; N. Z. Davis, „On the Lame“, in: ebenda, S.572-603; zwischen Darnton und Chartier siehe: R. Chartier, *Text, Symbols, and Frenchness*, in: *Journal of Modern History*, 57, 1985, S.682-698; R. Darnton, *The Symbolic Element in History*, in: ebenda, 58, 1986, S.218-234; zu beiden vgl. LaCapra, *Soundings*, S.67-89.
- 51 Finlay, S.569, 571.
- 52 Chartier, S.689.
- 53 Vgl. LaCapra, *History*, S.80f.; C. Geertz, *History and Anthropology*, in: *New Literary History*, 21, 1990, S.321-335.
- 54 Harlan, S.583; Patterson, S.86; vgl. die Diskussionen zwischen Ankersmit und Zagorin: F. R. Ankersmit, *Historiography and Postmodernism* und Repley to Professor Zagorin, in: *History and Theory*, 29, 1989, S.137-153 und ebenda, 30, 1990, S.275-296; P. Zagorin, *Historiography and Postmodernism: Reconsiderations*, in: ebenda, 30, 1990, S.263-274; zwischen Harlan, Hollinger und Appleby vgl. Anm. 15 und 33, J. Appleby, *One Good Turn Deserves Another: Moving beyond the Linguistic; A Response to David Harlan*, in: *American Historical Review*, 94, 1989, S.1326-1332, der den Poststrukturalismus ablehnt; die Sonderhefte der Zeitschriften *Speculum* über „The New Philology“ in: 65, 1990 und *Annals of Scholarship*, „Modernism and Postmodernism“ in: 6, 1989, auch *Storia della Storiografia*, 17, 1990; auch S. Gearhart, *History as Criticism: The Dialogue of History and Literary*, in: *Diacretics*, 17, 1987, S.56-65; B. Stock, *Literary Discourse and the Social Historian*, in: ders., *Listening for the Text: On the Uses of the Past*, Baltimore 1990; sehr kritisch zum „literary criticism“ siehe G. M. Spiegel, *History, Historicism, and the Social Logic of the Text in the Middle Ages*, in: *Speculum*, 65, 1990, S.59-86; D. Allridge, G. Bennington, R. Young (eds.), *Post-Structuralism and*

- the Question of History, Cambridge 1987; P. Burke, Bakhtin for Historians, in: *Social History*, 13, 1988, S.85-90.
- 55 LaCapra polemisiert dagegen in seiner Kritik an Pococks Selbstkennzeichnung als „working historian“, in: *Soundings*, S. 199ff.; vgl. auch Kramer, S.98.
- 56 White, *Metahistory*; D. LaCapra, „Madame Bovary“ on Trial, Ithaca 1987 und über moderne Literatur: *History, Politics, and the Novel*, Ithaca 1987.
- 57 U.a. S. Bann, *The Clothing of Clio. A Study of the Representation of History in Nineteenth-Century Britain and France*, Cambridge 1984; L. Orr, *Headless History: Nineteenth-Century French Historiography of the Revolution*, Ithaca 1990; B. R. Friedman, *Fabricating History: English Writers on the French Revolution*, Princeton 1988; M. Levinson (ed.), *Rethinking Historicism: Critical Readings in Romantic History*, Oxford 1989; L. H. Shiner, *The Secret Mirror: Literary Form and History in Tocqueville's Recollections*, Ithaca, New York 1988.
- 58 S. Wilentz, *Introduction: Teufelsdröckh's Dilemma: On Symbolism, Politics and History*, in: dies. (ed.), *Rites of Powers: Symbolism, Ritual, and Politics since the Middle Ages*, Philadelphia 1985, S.1-10; A. Megill, *The Reception of Foucault by Historians*, in: *Journal of the History of Ideas*, 48, 1987, S.117-141.
- 59 Novick, S.593f.
- 60 L. Hunt, *Politics, Culture, and Class in French Revolution*, London 1986.
- 61 W. H. Sewell, *Work and Revolution in France: The Language of Labor from the Old Regime to 1848*, Cambridge 1980; M. Sonenscher, *The Sans-Culottes of the Year II: Rethinking of Language of Labour in Revolutionary France*, in: *Social History*, 9 1984, S.301-328.
- 62 G. Stedman Jones, *Rethinking Chartism*, in: *Languages of Class: Studies in English Working Class History*, Cambridge 1983, S.90-178; zur Diskussion siehe Palmer, S.128-133.
- 63 T. Childers, *The Social Language of Politics in Germany: The Sociology of Political Discourse in the Weimar Republic*, in: *American Historical Review*, 95, 1990, S.331-358, Zitate S.357f. Eine Essaysammlung als Versuch, Sprachanalyse für die Geschichte fruchtbar zu machen, siehe P. Porter (ed.), *The Social History of Language*, New York 1987.
- 64 D. Farber, Chicago '68, Chicago 1968, S.XVIIIff.
- 65 Vgl. L. Hunt, in: Hunt, *Introduction*, S.1-22 und Teil 2 des Buches mit Beispielen der praktischen Umsetzung der „new cultural history“; N. Z. Davis, *The Shapes of Social History*, in: *Storia della Storiografia*, 17, 1990, S.28-34; R. Chartier, *Intellectual History or Sociocultural History? The French Trajectories*, in: *Modern European Intellectual History*, S.13-46, bes.32ff.
- 66 Hunt, *Introduction*, S.17.
- 67 Vgl. die Aufsätze in Teil 2, in: Hunt; Rezension dazu von G. G. Iggers, in: *Storia della Storiografia*, 17, 1990, S.125-128.
- 68 Einen guten Überblick zur neueren Literatur bei L. A. Tilly, *Gender, Women's History and Social History*, in: *Social Science History*, 13, 1989, S.439-462; zur „feminist literary theory“ siehe T. Moi, *Sexual/Textual Politics: Feminist Literary Theory*, London, New York 1985 und N. K. Miller (ed.), *The Poetics of Gender*, New York 1986; zur Rezeption Foucaults siehe B. Martin, *Feminism, Criticism, and Foucault*, in: J. Diamond, L. Quinby, *Feminism and Foucault: Reflections on Resistance*, Boston 1988.
- 69 *Patrolling the Borders: Feminist Historiography and the New Historicism*, in: *Radical History Review*, 43, 1989, S.25, 29f.
- 70 M. Poovey, *Feminism and Deconstruction*, in: *Feminist Studies*, 14, 1988, S.51-65.
- 71 J. W. Scott, *Gender and Politics of History*, New York 1988, S.4; dies., *Gender: A Useful Category of Historical Analysis*, in: *American Historical Review*, 91, 1986, S.1066ff.; dies., *Deconstructing Equality-versus-Difference: Or, the Uses of Post-Structuralist Theory for Feminism*, in: *Feminist Studies*, 14, 1988, S.34.
- 72 L. Alcoff, *Cultural Feminism versus Post-Structuralism: The Identity Crisis in Feminist Theory*, in: *Signs*, 13, 1988, S.418f.; siehe auch N. K. Miller, *Subject to Change: Reading Feminist Writing*, New York 1988; C. Weedon, *Feminist Practice and Poststructuralist Theory*, Oxford, New York 1987.
- 73 N. Fraser, L. Nicholson, *Social Criticism without Philosophy: An Encounter between Feminism and Postmodernism*, in: *Theory, Culture and Society*, 5, 1988, S.373-394; J. Flax, *Postmodernism and Gender Relations in Feminist Theory*, in: *Signs*, 12, 1987, S.624.
- 74 Hunt, S.18; Tilly, S.453; vgl. auch Sonderaufl. von *Cultural Critique*, 14, 1989/90 unter dem Titel: *Toward a*

- Feminist Cultural Criticism: Hegemony and Modes of Social Division; als Beispiel einer praktischen Umsetzung siehe C. Smith-Rosenberg, *Disorderly Conduct: Visions of Gender in Victorian America*, New York 1985.
- 75 Der Begriff stammt von Greenblatt, vgl. Introduction, in: *Genre*, 15, 1982, S.5f. Zuletzt bevorzugte er den Begriff „poetics of culture“, vgl. *Toward a Poetics of Culture*, in: H. A. Veese (ed.), *The New Historicism*, Routledge 1989, S.1-14; Kritisch demgegenüber siehe S. L. Collins, *Where's the History in the New Literary Historicism? The Case of the English Renaissance*, in: *Annals of Scholarship*, 6, 1989, S.231-247.
- 76 J. Hillis Miller, *The Function of Literary Theory at the Present Time*, in: R. Cohen (ed.), *The Future of Literary Theory*, New York 1989, S.102f.
- 77 Vgl. die Zeitschriften „English Literary Renaissance“ und „Representations“. Bevorzugte Forschungsobjekte bilden Renaissance und Romantik. Kürzlich erschien S. Grennblatt, *Shakespearean Negotiations: The Circulation of Social Energy in Renaissance England*, Berkeley 1988.
- 78 H. White, *New Historicism: A Comment*, in: Veese, S.294f.
- 79 C. Becker to W. E. Dodd, Jan.27, 1932, in: „What is the Good of History?“ *Selected Letters of Carl L. Becker, 1900-1945*, ed. by M. Kammen, Ithaca 1973, S.156f.
- 80 White betont, daß jede historische Forschung eine Philosophie der Geschichte enthalte, in: Veese, S.302.
- 81 LaCapra, *History*, S.141.
- 82 Ders., *Rethinking*, S.19; auch K. Krieger, *Introduction: The Literary, the Textual, the Social*, in: ders. (ed.), *The Aims of Representation: Subject/Text/History*, New York 1987, S.18
- 83 Toews, S.906.
- 84 H. Kellner, *Narrativity in History: Post-Structuralism and Since*, in: *History and Theory*, Beiheft 26, 1987, S.13, Stone, L., *The Revival of Narrative: Reflections on a New old History*, in: ders., *The Past and the Present*, London 1981, S.75.
- 85 J.-F. Lyotard, *The Postmodern Condition. A Report on Knowledge*, Minneapolis 1984, S.XXIV.
- 86 Toews, 906; vgl. ders., *Perspectives on „The Old History and the New“: A Comment*, in: *American Historical Review*, 94, 1989, S.698.
- 87 Vgl. H. U. Gumbrecht, *Posthistoire now*, in: ders., U. Link-Hoer (Hrsg.), *Epochenschwellen und Epochenstrukturen im Diskurs der Literatur- und Sprachtheorie*, Frankfurt/M.1985, S.46ff.
- 88 Daß dies auch für Amerika zutrifft, wo man die Debatten eigentlich unbefangen von einem belastenden historischen „Erbe“ zu führen glaubt, zeigte die Diskussion um die Vergangenheit Paul de Mans und den Holocaust.

Neuere Ansätze zur Erklärung gesellschaftlicher Transformation in der sowjetischen Literatur

Die gesellschaftlichen Umbrüche in der UdSSR, die sich im Gefolge der „Perestroika“ heute andeuten bzw. bereits vollziehen, sind von einer Fülle neuerer Ansätze begleitet, mit denen die sowjetischen Autoren versuchen, das woher, wohin und warum der Sowjetgesellschaft neu zu definieren. Diese Ansätze haben mehrheitlich eine Vorgeschichte in der sowjetischen Literatur, ohne die ihr volles Verständnis unmöglich wäre. Dabei sollen im folgenden Artikel zwei Einschränkungen gemacht werden. Erstens beziehe ich mich ausschließlich auf Ansätze, die Produkt sowjetischer Geschichte waren und nicht, wie etwa der Ansatz Sorokins, Cajanovs, Kondratievs oder selbst Lenins, ihren Ursprung in der vorsowjetischen Sozialwissenschaft Rußlands hatten. Zweitens können Ansätze, die in der sowjetischen Literatur nicht dokumentiert sind, keine Berücksichtigung erfahren.

Angefangen hat es für die sowjetische Geschichtsphilosophie mit der Diskussion um die asiatische Produktionsweise, obwohl es sich um einen Gegenstand originär nicht-sowjetischer Natur, d.h. die Geschichte zunächst Chinas und Indiens, handelte. Aber die chinesische Revolution 1925-1927 hatte solch gravierende Auswirkungen auf das geistige Leben der Sowjetunion, daß sich die Historiker dieser Problematik nicht entziehen konnten.¹ Dazu kam, daß am Beispiel der asiatischen Produktionsweise exemplarisch die Allgemeingültigkeit des Marxismus-Leninismus nachgewiesen werden sollte. Im Verlauf dieser Diskussion wurde jene Interpretation der Formationstheorie entwickelt, die für die sowjetische Geschichtstheorie in den folgenden Jahrzehnten bestimmend war.

Anfang der sechziger Jahre erfuhr die Diskussion um die asiatische Produktionsweise eine Renaissance. Dabei wurde die Allgemeingültigkeit des entwickelten Formationsschemas erstmals auch explizit in Frage gestellt. So schrieb z.B. L. V. Danilova: „Die Hauptschwierigkeit, mit der die Historiker der altöstlichen Gesellschaften konfrontiert sind, ist der Widerspruch zwischen dem Schema ... und dem faktischen Material...“² Einmal das althergebrachte Schema aufgebrochen, ergab sich eine Fülle von Erklärungsmöglichkeiten:

1. Die asiatische Produktionsweise ist ein universelles Stadium der Menschheitsgeschichte (I. L. Andreev, Ju. I. Semenov, M. A. Vitkin u.a.).
2. Die asiatische Produktionsweise ist eine Entwicklungstendenz vorkapitalistischer Gesellschaften neben feudalen und sklavenhalterischen Tendenzen (I.A. Stučevski, V. A. Tjurin, L. S. Vasilev u.a.).
3. Die asiatische Produktionsweise ist Beweis für die Existenz eines besonderen, vom westlichen unterschiedenen, östlichen Entwicklungsweg (L. A. Sedov, N. B. T'er-Akopjan u.a.).
4. Die asiatische Produktionsweise ist eine der Varianten früher Klassengesellschaften im Osten (G. A. Melikišvili u.a.).

In diesen Positionen kommt zum Ausdruck, daß das Problem der asiatischen Produktionsweise für die sowjetischen Anatoren ein universelles geschichtsphilosophisches geworden ist und die Weltgeschichte als Ganzes berührte. Provokierend und innovativ waren diese Positionen aber dadurch, daß sie die Allgemeingültigkeit der Formationstheorie und nicht nur eines einmal entwickelten Schemas in Frage stellten.³ Der daraus erwachsende Konflikt mit der herrschenden Geschichtsphilosophie manifestierte sich in dem Bestreben, außerökonomischen Zwang und politische Verhältnisse als gesellschaftskonstituierend anzuerkennen und doch das Primat ökonomischer Verhältnisse nicht zu bezweifeln; Klassenbildung zu analysieren, die der kanonisierten Definition von Lenin offen widersprach; Ausbeutergesellschaften konstatieren zu müssen, ohne die Herrschaft des Privateigentums nachweisen zu können. Der Versuch, die vorkapitalistischen und speziell die altöstlichen Gesellschaften doch noch in das Formationsschema zu integrieren (M. A. Barg, V.N. Nikiforov, S.D. Skazkin u.a.) war am erfolgreichsten in Bezug auf die Transformation verschiedener Gesellschaften ineinander. Hier wurde deutlich, daß die neuen Ansätze noch keinen grundsätzlichen Wandel des Geschichtsbildes bewirkten. Man stritt sich noch zu sehr über die Zahl bzw. die Abfolge der Formationen, statt um die geschichtsphilosophischen Erklärungsmuster. In der Folgezeit wurden die altöstlichen Gesellschaften daher auch vorwiegend als feudale Gesellschaften gedeutet.⁴

Die sowjetischen Philosophen brauchten ein rundes Jahrzehnt, bis sie begriffen hatten, worüber sich die Historiker seit den sechziger Jahren eigentlich stritten. Ausgang der sechziger Jahre vollzog sich dann auch eine vorsichtige Neuinterpretation der Formationstheorie. Zum einen erfolgte eine systemtheoretische Interpretation (I. L. Andreev, M. A. Barg, V. P. Kusmin u.a.). Zum anderen erfolgte eine zivilisatorische Interpretation, die eine direkte Folge der Regionalisierung des Formationsschemas war (G. S. Gudošnik, M. P. Mědlov, V. S. Semenov, A.M. Uškov u.a.). Es fehlte nicht an Versuchen, diese Interpretationen neu in das Formationsschema zu integrieren, einmal mit dem Tätigkeitskonzept (V. P. Fofanov, V. Z. Kelle, M. Ja. Kovalson, K. Ch. Momdžjan u.a.), zum anderen in der Diskussion über das Kategoriensystem des historischen Materialismus.⁵ Voraussetzung für die Neuinterpretation der Formationstheorie war der seit den dreißiger Jahren vorbereitete (E. V. Il'enkov, M. A. Liščic, V. R. Grib) und Ende der sechziger Jahre erfolgte Aufschwung der Marx-Forschung (G. A. Bagaturija, V. S. Vasjulin, V. S. Vygodski u.a.), der eine marxistisch-leninistische Legitimierung dieser Versuche und damit ihre gesellschaftliche Existenz ermöglichte.

Beiden Neuinterpretationen war jedoch ein Ziel gemeinsam: Menschheitsgeschichte als ganzheitlichen Prozeß darzustellen, mithin: die menschliche Gesellschaft als Ganzes zu erkennen und begrifflich abzubilden.

Die systemtheoretische Interpretation der Formationstheorie war ein erster Schritt auf diesem Wege, da sie eine exaktere Bestimmung des Inhalts historischer Prozesse, insbesondere ihrer inneren Struktur erlaubte. Doch sie sollte sich schon bald in Dilemmata verstricken; die der sowjetischen Systemtheorie insgesamt eigen sind⁶:

a) Der Systembegriff setzt die Integration aller Systemelemente unter ein gemeinsames, systemimmanentes Ziel voraus, dem Ziel des prinzipiellen Erhalts und optimalen Funktionierens des Ganzen; das System ist ganzheitlich vor allem gegenüber anderen Systemen, d.h. die Ganzheitlichkeit ist äußerlich und nicht, wie behauptet, immanent.

b) Das Beschreiben eines Systems ist unmöglich, ohne seine Teile zu kennen; letzteres setzt jedoch voraus, das System als Ganzes zu kennen.

Damit war aber die Frage nach der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft als Ganzes nicht beantwortet, sondern nur noch prägnanter gestellt. Die Antwort mußte die sowjetische Sozialwissenschaft zunächst schuldig bleiben, da sie den offenen Konflikt mit der Staatsdoktrin bedeutet hätte. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß der Marxismus-Leninismus insgesamt systemtheoretischen Charakter hat, und zwar aus mehreren Gründen⁷:

1. Mit dem Postulat des Systemerhalts als vorbestimmter immanenter Eigenschaft des Ganzen läßt sich die apologetische Integrierung der Sozialwissenschaft realisieren.
2. Die Erkenntnis wird auf den Schein gesellschaftlicher Phänomene orientiert, ihr Wesen selbst verbleibt im Dunkeln und kann beliebig manipuliert werden.
3. Die Komplexität gesellschaftlicher Phänomene wird auf ihre sozialökonomischen Bestimmungen reduziert und damit der Weg zu einem platten ökonomistischen Determinismus frei.

Dieser staatsdoktrinäre Einfluß kam auch im Konzept der Mehrstrukturiertheit („mnogoukladnost“) von Gesellschaftsformationen (A. Ja. Gur'ewič, V. Z. Kelle, Ju. I. Demenow, A. I. Verbin u.a.) zum Tragen. Mit Hilfe dieses Konzepts konnte die Herrschaft des traditionellen Formationsschemas wiederhergestellt werden, da asiatische und sonstige „schwierige“ Fälle zu Strukturen bereits bekannter Formationen erklärt werden konnten. Gleichzeitig wurde der Formationsbegriff auf die Ebene eines formaltheoretischen Konstrukts gehoben, auf der er nichts mit der historischen Realität zu tun haben brauchte. Dieses Konzept ermöglichte aber gleichzeitig eine Regionalisierung des Formationsschemas und leistete damit wichtige Vorarbeit für die zivilisatorische Neuinterpretation der Formationstheorie. Mittlerweile ist die staatliche Zensur geschichtsphilosophischer Erklärungsmuster weitgehend abgebaut, und neue schießen wie Pilze aus dem Boden.

Eine erste große Gruppe dieser neuen Erklärungsversuche sind Ansätze, mit denen die Sowjetgesellschaft umgedeutet werden soll.

a) Große Verbreitung haben Ansätze, selbständige westliche und östliche Entwicklungswege in ihren Wechselwirkungen als Ursache und Funktionsmechanismus für gesellschaftliche Transformation darzustellen, so z.B. über den Gegensatz gesellschaftskonstituierender Faktoren (ökonomischer oder politischer).⁸ Diese Ansätze unterscheiden sich untereinander vor allem in der Aneignung darüber, ob dieser Mechanismus nur in vorkapitalistischen Gesellschaften oder auch heute noch besteht. Im letzteren Fall wird die Sowjetgesellschaft als politische Gesellschaftsformation gedeutet und die „Perestroika“ als der Versuch, zu einer ökonomischen zurückzukehren.

b) Viele der früheren Theoretiker des „entwickelten Sozialismus“ kommen auch in der UdSSR zu dem plötzlichen Schluß, die Sowjetgesellschaft habe gar nichts mit dem Sozialismus gemein, was den Marxismus-Leninismus überzeugend bestätige⁹ oder aber widerlege.¹⁰ Neuerungen bei der Erklärung gesellschaftlicher Transformation sind von solchen Enthüllungen kaum zu erwarten. Der Streit darüber, ob die Sowjetgesellschaft nun eine geschichtliche Rückentwicklung durchlaufen habe, bzw. welche historischen Alternativen bestanden hätten, brachte aber die Frage nach der Mehrgerichtigkeit von Geschichte in die Diskussion, und ein solcher Ansatz erscheint durchaus innovationsfähig.¹¹

c) Umdeutungen erfolgen auch durch Analogieschlüsse, so z.B. zwischen asiatischer und „sowjetischer“ Produktionsweise, wobei erstere den Übergang von der Vorklassen- zur Klassengesellschaft und letztere den Übergang von der Klassen- zur klassenlosen Gesellschaft darstelle¹², oder aber zwischen frühbürgerlichen und „frühsozialistischen“ Revolutionen.¹³

Bei diesen Umdeutungen erfolgt die Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse jedoch im Rahmen des traditionellen Formationschemas.

d) Steigende Popularität erlangen derzeit modernisierungstheoretische Ansätze, in denen die Sowjetgesellschaft als totalitäre Modernisierungsvariante von Agrargesellschaften gedeutet wird.¹⁴ Diese Ansätze wirken aber nur dann innovativ, wenn sie mit anderen, besonders zivilisatorischen, gekoppelt sind.

e) Aus der Diskussion um die asiatische Produktionsweise ergibt sich die Deutung der Sowjetgesellschaft als staatliche Produktionsweise.¹⁵ Der Geschichtsprozeß wird in diesem Ansatz nach Technologietypen differenziert und für jeden Technologietyp das gesetzmäßige Durchlaufen verschiedener Phasen angenommen: einer frei marktwirtschaftlichen und spontanen, einer regulierten und organisierten und einer staatlichen, quasisozialistischen Phase. Die Sowjetgesellschaft wird dann als quasisozialistische Phase des Kapitalismus gedeutet.¹⁶ Gesellschaftliche Transformation wird hier als zunehmende Entfremdung des Individuums von seinen natürlichen und gesellschaftlichen Beziehungen verstanden.

Zweitens. Einen großen Aufschwung erleben derzeit zivilisatorische Erklärungsansätze. Das ergibt sich einmal aus dem besonderen Selbstverständnis der russischen Kultur, sowohl europäisch als auch asiatisch zu sein und damit eine eigenständige Zivilisation konstituieren zu können. Die große regionale Vielfalt der Sowjetunion macht solche Erklärungsansätze zusätzlich plausibel und auf sowjetische Verhältnisse bezogen besonders effizient. Dies ist wohl nicht zuletzt den schlechten Erfahrungen geschuldet, die sowjetische Geschichtsphilosophen mit Versuchen gewonnen haben, das warum, woher und wohin gesellschaftlicher Transformationen in Rußland bzw. der Sowjetunion mit der Transformation von Gesellschaftssystemen oder politischen Regimes allein zu beantworten. Zum anderen ergibt sich der Aufschwung zivilisatorischer Erklärungsansätze aus der als barbarisch empfundenen Vergangenheit Rußlands und der Sowjetunion und korrespondiert mit dem Wunsch, in absehbarer Zeit ein zivilisiertes Land zu werden. Hier erscheint Zivilisation also auch als Antipode des Barbarischen. In dieser Mehrdeutigkeit des Zivilisationsverständnisses lassen sich folgende Ansätze in der gegenwärtigen Diskussion ausmachen:

a) Starke Verbreitung erfährt der russisch-orthodoxe Ansatz, gesellschaftliche Transformation in Rußland zu erklären. Er beruft sich auf die Tradition des Dritten Roms (nach Byzanz) und versteht gesellschaftliche Transformation als einen gesteuerten geistigen Prozeß, der der Erhaltung slawischer Wertvorstellungen als Gegenpol zu den aus dem Westen kommenden gesellschaftlichen Umbrüchen dient. Diese Variante korrespondiert mit den Versuchen der Moskauer Zentralmacht, die Sowjetunion zu erhalten und wird auch von der KPdSU zunehmend zu diesen Zwecken benutzt.¹⁷

b) Der zivilisatorische Erklärungsansatz liegt auch den globalgeschichtlichen Konzeptionen zugrunde, die in der Sowjetunion mit „Neuem Denken“ umschrieben werden. Dazu gehören u.a. das „weltgeschichtliche Paradigma“¹⁸ und die Theorie einer Weltwirtschaft¹⁹ als sowjetischer Gegenentwurf zur Konvergenztheorie. In diesen Ansätzen wird gesellschaftliche Transformation als zunehmende Universalisierung von Geschichte verstanden, deren Ursache in der fortschreitenden Integration verschiedener kulturell-zivilisatorischer Einflüsse gesehen wird.

Als wesentlichstes Integrationsmoment wird dabei der Umstand angesehen, daß die kapitaldominante Gesellschaft „das zu den Quellen der eigenen Entwicklung und Transformation

gemacht hat, was ursprünglich Bestandteil der sozialistischen und kollektivistischen, nicht jedoch der bürgerlich-liberalen und individualistischen Doktrin war“.²⁰ Kapitalismus und Sozialismus werden im Unterschied zur Konvergenztheorie nicht als verschiedene Wege zur Industrie- oder postindustriellen Gesellschaft, sondern als verschiedene, einander bedingende Seiten einer globalen Industriegesellschaft verstanden, die ihre eigenen invarianten Bewegungsgesetze hat.²¹ In der Diskussion haben sich zwei hauptsächlichliche Standpunkte herauskristallisiert, was unter einer Weltwirtschaft zu verstehen sei:

1. „Weltwirtschaft als System der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die über die Grenzen der Nationalökonomien nur in dem Maße hinausgehen, in dem das für die Beeinflussung des Nutzens der Teilnahme des Landes an der Weltwirtschaft notwendig und ausreichend ist“ (E. P. Pletnev u.a.);²²

2. Weltwirtschaft als „globaler ökonomischer Organismus auf der Grundlage der internationalen Arbeitsteilung“ zwischen den Nationalökonomien (Ju. V. Zizkov u.a.).²³

Zu den zivilisatorischen Erklärungsansätzen gehören auch die Versuche, gesellschaftliche Transformation über Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen (östlichen und westlichen) Entwicklungswegen zu erklären.²⁴ Hierbei erscheint der „westliche“ Entwicklungsweg als „Ausnahme“, die ihren Ursprung in einer unikal, auf phönizische Tradition zurückgehenden „sozialen Mutation“ hat, der altgriechischen Stammesorganisation.²⁵ Zum Regelfall wird der „östliche“ Entwicklungsweg, deren Spezifik L. S. Vasilev am konsequentesten formulierte: „In der gesamten posturgemeinschaftlichen Geschichte der Menschheit gibt es nur zwei Formationen, jede in der Vielfalt ihrer Modifikationen. Die eine ist die europäische... Die andere ist die 'östliche', genauer, nichteuropäische, mit der für sie charakteristischen 'staatlichen Produktionsweise'...“.²⁶ Auf dem „westlichen“ Entwicklungsweg ist der Staat eine von der Gesellschaft abgeleitete Struktur, ist er Diener der Gesellschaft; Herrschaft und Eigentum sind voneinander getrennt. Auf dem „östlichen“ Entwicklungsweg ist die Gesellschaft eine vom Staat abgeleitete Struktur; Herrschaft und Eigentum bilden eine untrennbare Einheit: den Staatsapparat, weshalb es auch keine private Sphäre, Recht bzw. Eigentum geben kann.²⁷ Daraus folgt für Vasilev ein unterschiedliches Entwicklungspotential, wobei er für den „Osten“, d.h. den Regelfall, feststellt: „Garant für eine fortschrittliche aufstrebende Entwicklung ... konnte nur die Wechselwirkung der Strukturen beider Typen“ von Entwicklungswegen sein.“²⁸ Das frühe europäische Mittelalter wird von Vasilev als ein Rückfall in nichteuropäische Strukturen gedeutet, der jedoch unter dem Pressing des antiken Erbes verlief und daher die Potenz einer Neugeburt in sich trug.²⁹ Speziell für Rußland hat dies Viktor Krivorotov untersucht.³⁰

Drittens. Eine spezifische Erklärung erfährt gesellschaftliche Transformation im Versuch einer Geschichtslogik (V. A. Vasjulin).³¹ Hierbei ist Weltgeschichte ein ganzheitlicher Prozeß, der unter Anwendung der Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten in seiner Selbstproduktion dargestellt wird. Dieser Versuch steht am stärksten in der Tradition spezifisch-sowjetischer Geschichtsphilosophie, obwohl auch er das Formationsschema ablehnt, aber die Fragestellung der Neuinterpretationen des historischen Materialismus aufnimmt. Gesellschaft stellt sich dabei als historischer Prozeß der Entwicklung zur Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse dar, der einen Anfang (Bildung der natürlichen und biologischen Voraussetzungen für die Entstehung des Sozialen), eine ursprüngliche Entstehung (Herausbildung der sozialen Bewegungsform der Materie), eine Formierung (Subsumtion der

natürlichen und biologischen Voraussetzungen unter die Produktionsweise materieller Güter) und eine Reife (Subsumtion der Produktionsweise materieller Güter unter die Verhältnisse der Menschen zueinander) hat.

Viertens. Als weiteren Ansatz zur Erklärung gesellschaftlicher Transformation in der sowjetischen Literatur ist die „ökonomische Soziologie“ zu werten, die unter Leitung von T. I. Zaslavskaja entwickelt worden ist.³² Mit diesem Ansatz wird gesellschaftliche Transformation als ein von denjenigen sozialen Mechanismen getragener Prozeß beschrieben, die das wirtschaftliche Verhalten der Menschen bestimmen. Die Innovationsfähigkeit dieses Ansatzes beruht vor allem auf der Überwindung der Reduktion gesellschaftlicher Verhältnisse auf ihre sozialökonomischen Bestimmungen und der Erfassung der Komplexität gesellschaftlicher Phänomene.

Fünftens. In der sowjetischen Literatur erscheinen verstärkt Beiträge, die sich einer mythologischen Erklärungsweise von gesellschaftlichen Transformationsprozessen bedienen und von einem zunehmend mystischen Deuten in der Sowjetunion begleitet werden.

Zu diesen Erklärungsversuchen gehört die Wiederbelebung der Rassistheorie und antisemitischer Konzepte, nach denen Weltgeschichte von jüdischen Geheimlogen „hinter den Kulissen“ geplant und organisiert wird.³³ Solche Erklärungsansätze stehen bei allen Unterschieden ganz in der Tradition der „Agenten- und Verschwörerscheorie“, die bereits von der russischen Emigration der zwanziger Jahre verwendet wurde.

Dazu gehören weiterhin Versuche, gesellschaftliche Transformation als Folge von Sonnenaktivität oder der Einwirkung Außerirdischer (die Sowjetunion ist seit einiger Zeit von einer UFO-Hysterie erfaßt), oder aber als Ursache für Erdbeben und andere Katastrophen zu deuten.³⁴

Schließlich sind hier populäre Exzentriker zu erwähnen, die meinen, gesellschaftliche Transformation telepathisch nicht nur voraussagen, sondern auch bewirken zu können,³⁵ aus dem Wasser Geschichte lesen, Ahnen herbeirufen und ihren Geist „bewohnen“ lassen (eine alte religiöse Tradition der Russen aus vorchristianisierter Zeit) u.ä.m.

Insgesamt lassen sich aus Sicht des Autors unter den derzeit in der sowjetischen Literatur vertretenen Ansätzen zur Erklärung gesellschaftlicher Transformation folgende als produktiv bezeichnen:

1. Ansätze, die von der Mehrgerichtetheit historischer Entwicklungen ausgehen,
2. die zivilisatorischen Erklärungsansätze, insbesondere jene, die von einer Universalisierung der Geschichte ausgehen,
3. der Ansatz einer Geschichtslogik, da er das systemtheoretische Denken kritisch hinterfragt,
4. der Ansatz der ökonomischen Soziologie, da er die Komplexität gesellschaftlicher Phänomene nicht auf ihre sozialökonomischen Bestimmungen reduziert und empirische Forschung impliziert.

Beiträge, die an diese Ansätze anknüpfen, sie kritisch interpretieren oder positiv überwinden, sollten unsere Aufmerksamkeit verdienen.

- 1 Eine wichtige Rolle spielten dabei die Diskussionen in der Komintern und die Arbeiten L. I. Magyars.
- 2 L. V. Danilova, Diskussija po važnoj problemu, in: Voprosy filosofii, Moskva 1965, H. 12, S. 151. Eine wichtige Rolle beim Aufbrechen des Formationschemas in der sowjetischen Literatur spielten Eugen Varga und Maurice Godelier.
- 3 Siehe L. S. Curočkina, Metodologičeskie problemy periodisacii istoričeskogo processa v sovetskoj filosofskoj i istoričeskoj literature 1960-1980 godov. Moskva 1990, dissertacija na soiskanie učenoi stepeni kandidata filosofskih nauk, S. 70, 88.
- 4 Siehe V. D. Zotov, Istoričeskij Materializm. O problemach edinstva i mnogoobrazija obščestvennogo razvitiija Zapada i Vostoka. Moskva 1985, S. 63-67.
- 5 Siehe M. Brie, Zur systematischen Darlegung der Kategorien des historischen Materialismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1982, H. 8, S. 1031-1042.
- 6 Siehe E. P. Semenjuk, Obščenaučnye kategorii i podchody k poznaniju (Filosofskij analiz). L'vov 1978, S. 133, 136. Zu den bekanntesten Kritikern der Systemtheorie in der Sowjetunion gehörten E. V. Il'enkov und L. K. Naumenko.
- 7 Siehe O. Kirchner Metodologičeskie principy analiza formacionnyh perechodov (po materialam „Kapitala“ K. Marksa). Moskva 1990, dissertacija na soiskanie učenoi stepeni kandidata filosofskih nauk, S. 56-57.
- 8 Siehe I. K. Pantin, „Rossijskie sjužety“ v tverščestve K. Marksa: istoija i sovremenost', in: Voprosy filosofii, Moskva 1985, H. 5, S. 9-3; L. Vasil'ev, Čto takoe „nziatskij sposob proizvodstva“?, in: Narody Asii i Afriki, Moskva 1988, H. 3, S. 66-75; I. M. Kljamkin, Nekotorye soobraženija o pol'ze samopoznanija, in: Vestnik Moskovskogo Universiteta, serija 12 (Teorija Naučnogo Kommunizma), Moskva 1989, H. 1, S. 41-42; V. Mironov, Perestrojka v kontekste istorii XX veka, in: Kommunist, Moskva 1990, H. 13, S. 24-33.
- 9 Siehe G. Lisičkin, Mify i realnost'. Nužen li Marks perestrojke?, in: Novyj Mir, Moskva 1988, H. 11, S. 160-187; A. P. Butenko, O mysljach uz zakrytych zon (na poljach stat'i A. Cipko „O zonach, zakrytych dlja myslj“), in: Vestnik Moskovskogo Universiteta, serija 12 (Teorija Naučnogo Kommunizma), Moskva 1989, H. 3, S. 45-51.
- 10 Siehe A. Cipko, Istoki stalinizma, in: Nauka i Žizn, Moskva 1989/1990, H. 11, 12, 1, 2; geänderte Fassung in: Die Philosophie der Perestrojka. Die Grundlagen der Reformpolitik Michail Gorbatschows. München 1990.
- 11 Siehe V. A. Loskutov (Red.), Marksizm i Rossija. Moskva 1990, S. 21-43, 205-225; V. B. Kobrin, Varianty vsegda vozmožny; vopros v ich razmache, in: Znanie-Sila, Moskva 1988, H. 12, S. 36-42; V. Krivortatov. Vechi, vzlety i padenija osobogo nuli Rossii, in: Ebenda, Moskva 1990, H. 8, 9.
- 12 Siehe R. I. Kossolapov, „Sovetskij sposob proizvodstva“ gipoteza ili realnost'?, in: Vestnik Moskovskogo Universiteta, serija 12 (Teorija Naučnogo Kommunizma), Moskva 1990, H. 1, S. 43-52.
- 13 Siehe N. A. Simonija, Mnogoobrazie mira i formacionnoe razvitie čelovečestva, in: Kommunist, Moskva 1989, H. 13, S. 109-114.
- 14 Siehe Problemy razrabotki koncepcii sovremennogo socializma (Kruglyj stol), in: Voprosy filosofii, Moskva 1988, No 11, S. 57, 60-61; N. Naumova, Perochodnyj period. Mirovoj opyt i naši problemy, in: Kommunist, Moskva 1990, H. 8, S. 3-14.
- 15 Siehe V. M. Vil'cek, Al'goritmy istorii. Filosofsko-sociologičeskie etjudy. Moskva 1989, S. 34-42, 90-100.
- 16 Siehe Ebenda, S. 105.
- 17 In exemplarischer Weise wurde dies beim Besuch des Moskauer Metropoliten Aleksijs II in Kiew 1990 demonstriert und spielt auch beim Kirchenstreit in der Westukraine eine entscheidene Rolle.
- 18 Siehe M. A. Češkov, Ponimanie celosnosti mira: v poiskach neformacionnoj paradigmy, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 1990, H. 5, S. 41-48.
- 19 Siehe Ju. Siskov, Vserimnyj chozjajstvenno-celosniji, vnutrenne protivorečivyj ekonomičeskij organizm, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 1987, No 11, S. 91-99; B. L. Šejnis, Kapitalizm, socializm i ekonomičeskij mehanizm sovremennogo proizvodstva, in: Ebenda, Moskva 1988, H. 9, S. 5-23; A. Ja. El'janov, Edinyj mir - edinye ekonomičeskie zakony, in: Ebenda, Moskva 1989, H. 11, S. 55; K voprosu o teorij mirovogo chozjajstva (Kruglyj stol), in: Ebenda, Moskva 1989, H. 12, S. 58-72.
- 20 B. L. Šejnis, Kapitalizm, socializm i ekonomičeskij mehanizm sovremennogo proizvodstva, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 1988, H. 9, S. 14.
- 21 Siehe El'janov, Edinyj mir - edinye ekonomičeskie zakony, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 1989, H. 11, S. 42-55.

- 22 K voprosu o teorii vsegrimogo chozjajstva (Kruglyj stol), in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 1989, H. 12, S. 58.
- 23 Siehe Ju. Siškov, Vsemimyj chozjajstvenno-celostnyj, vnutrenne protivorečivyj ekonomičeskij organizm, in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 1987, H. 11, S. 94.
- 24 Diese Ansätze wurden bereits weiter oben erläutert (vgl. Anm. 8). Siehe auch: Indija i Kitaj: dve civilizacii - dve modeli razvitija (Kruglyj stol), in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 1988, H. 4, 6, 8.
- 25 Siehe Indija i Kitaj: dve civilizacii - dve modeli razvitija (Kruglyj stol), in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Moskva 1988, H. 4, S. 67.
- 26 Ebenda, H. 8, S. 92.
- 27 Siehe L. Vasil'ew, Cto takoe „aziatskij sposob proizvodstva“?, in: Narody Azii i Afriki, Moskva 1988, H. 3, S. 70-72.
- 28 Ebenda, S. 73.
- 29 Ebenda, S. 68.
- 30 Siehe V. Krivorotov, Russkij put', in: Znamja, Moskva 1990, H. 8, S. 140-167.
- 31 Siehe V. A. Vazjulin, Logika istorii. Voprosy teorij i metodologii. Moskva 1990.
- 32 Siehe T. I. Zazlavskaja, R. V. Ryvkina, O predmete ekonomiceskoj sociologii, in: Izvestija Sibirskogo Otdelenija Akademii Nauk SSSR, Novosibirsk 1984, H. 1, vyp. 1, S. 9-20; Zazlavskaja, Ekonomika skvoz' prizmy sociologii, in: EKO, Novosibirsk 1985, H. 5, S. 3-22; Zazlavskaja, Ryvkina. Cto takoe ekonomičeskaja sociologija, in: Nauka i žizn, Moskva 1986, H. 9, S. 18-21; A. Segert, J. Wielgochs, Ökonomische Soziologie in Nowosibirsk (Literaturbericht), in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin 1989, H. 11-12, S. 1029-1035.
- 33 Eine Vorreiterrolle hierbei spielen die Gesellschaft „Pamjat“, was so viel wie Gedächtnis heißt und die Wiedergeburt der russischen Nation meint, sowie das Journal „Sovremennik“ (Zeitgenosse); ähnliche Positionen Siehe A. Lazchnikov, Linii sud'by, in: Sovetskaja kul'tura, 16.6.1988.
- 34 Solche Erklärungen begleiteten bereits das Reaktorunglück von Tschernobyl und danach ganz massiv das Erdbeben in Armenien. Als Michail Gorbatschow 1989 in der BRD weilte, wurden gezielt Gerüchte über ein bevorstehendes Erdbeben in Moskau verbreitet.
- 35 Am bekanntesten ist Herr Kaspirovski geworden, der eigene Fernsehzeiten bereits bekam, als der Kirche die staatlichen Medien noch verschlossen waren. Berühmt wurde er durch seinen Aufruf „Ich heile Euch alle, vertraut der Regierung“ auf dem Höhepunkt der Proteste gegen die Ryshkow-Regierung.

Mitteilungen und Berichte

Frankreich im neuen Europa - Bericht von der VII. Frankreichforscher-Konferenz vom 28. bis 30. Juni 1991 in Ludwigsburg

Seinen Gründungsintentionen folgend, wirkt das 1948 in Ludwigsburg geschaffene Deutsch-Französische Institut für „Verständigung mit Frankreich auf allen Gebieten des geistigen und öffentlichen Lebens“, wofür 'Information und Dialog' zu tragenden Grundpfeilern der Aktivität gemacht wurden. Seit den siebziger Jahren entwickelte sich das Institut zu einem Dokumentations- und Forschungszentrum und zu einer Stätte der Beratung, Vermittlung und Zusammenarbeit auf allen Ebenen deutsch-französischer Beziehungen. Ein internationales Kooperationsnetz sichert den meist multidisziplinären Projekten Partner aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Verbänden und Massenmedien und somit Kompetenz für die wissenschaftliche Diskussion von Fachfragen und Forschungsansätzen und nicht zuletzt von Aufgabenstellungen in der Aus- und Fortbildung für Tätigkeiten in der internationalen Kommunikation.

Die VII. Frankreichforscher-Konferenz, vom Arbeitskreis „Deutsche Frankreich-Forschung“ veranstaltet, ordnete sich in diese Zielstellung ein. Sechzig Vertreter aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Hochschulbereichen (Geschichte, Politikwissenschaft, Romanistik, Germanistik, Journalistik), aus politikwirksamen Institutionen, aus Verlagen und Presse widmeten sich dem Thema: *Frankreich im neuen Europa*. In einem Einführungsvortrag faßte *G. Ziebur* (Braunschweig) die Herausforderungen des weltpolitischen Umbruchs für globale und nationale Entwicklungen und Positionen

polemisch akzentuiert zusammen: 1. Nach dem Ende der sogenannten Nachkriegsordnung wird die hierarchische Funktionsteilung einer neuen Weltordnung zwei Grundpfeiler haben: die atlantische Axe und die europäische Sicherheitsidentität. 2. Nach dem Wegfall der politischen Bedrohung aus dem Osten wird dem vereinten Deutschland die Rolle einer „Scharnier-Macht“ in der Synthese zwischen West und Ost zuzumessen sein. 3. Für Frankreich haben sich alle Widersprüche seiner Rangposition verschärft, woraus das Golfkriegsengagement und das Nachdenken über das Konföderationskonzept de Gaulles zu erklären sei.

In Plenarvorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden wurde die Betrachtung der Lage durch ergänzende kritische Argumentationen erweitert. *J. Dankert* (Potsdam) stellte in den Grundlinien französischer Außenpolitik die Initiativen de Gaulles zum politischen Dialog heraus, räumte andererseits aber auch ein, daß reale Bewegung in der Politik von den USA, der Sowjetunion, der BRD und nun von Osteuropa ausgegangen und Frankreich zum Beobachter und Mitfahrer geworden sei und die „gaullistische“ Sonderrolle einbüße. *H. Stark* (Paris) verwies auf die Schwachpunkte französischer Politik (politischer Gestus, Dirigismus, Außenhandel), auf französische Befürchtungen einer „Germanisierung“ Mitteleuropas, setzte aber die eigenständigen inhaltlichen Orientierungen für die europäische Konföderation (Heraushalten der USA, ökologische und kulturelle Schwerpunkte) dagegen. *J. Kolboom* (Bonn) hob die Fähigkeiten Frankreichs zu großen außenpolitischen Konzepten - vom Schuman-Plan bis Eurêka - hervor. *W. Loth* (Essen) beleuchtete Krisenpunkte in

den deutsch-französischen Beziehungen (doppelter Alleingang 1989 und Trauma der deutschen Übermacht) wie auch Chancen für die französische Position, die in den Belastungen Deutschlands durch die Wiedervereinigung und insbesondere in der Rolle Frankreichs für das europäische Gleichgewicht gesehen werden können. Der britische Beitrag (*W. Wallace*, Oxford) sah in zugespitzter Konsequenz keine Alternative zur deutsch-französischen Leadership, oder eine alleinig deutsche.

Aus den Arbeitsgruppen seien hier nur die Hauptthemen genannt:

1. Neuorientierungen in der französischen Sicherheitspolitik? (Ltg. *P. Schmidt*, Ebershausen): Entwicklung nach dem Golfkrieg (*W. Schütze*, Paris); Vergemeinschaftung der Außenpolitik? (*J. Schild*, Ludwigsburg); Europäische Sicherheitspolitik für Europa (*F. Manfrass-Sirjaques*, Paris).
2. Französische Deutschland- und Europapolitik (Ltg. *I. Kolboom*): Kontrolle durch Integration 1949 - 1989 (*H. M. Bock*, Kassel, stellte auf der Grundlage von Berichten des französischen Hochkommissars in Deutschland, *F. Poncet*, Kernelemente der französischen Strategie gegenüber Deutschland vor); EG oder Konföderation: Wie groß ist Europa? (*H. Bauer*, Berlin), Einstellung der Franzosen zu Europa (*R. Riemenschneider*, Braunschweig).
3. Innenpolitische/gesellschaftliche Rückwirkungen (Ltg. *L. Albertin*, Bielefeld): französische Außenpolitik und Dritte Welt (*F. v. Krosigk*, Erlangen), der Mittelmeerraum (*H.-J. Lüsebrink*, Passau; *K. Manfrass*, Paris), Afrika (*S. Brüne*, Osnabrück); die französische Immigrationspolitik (*E. Batsch*, Paris).

Dem Themenkreis 'Frankreich in der Welt' zugehörig, standen am Schluß „réflexions sur l'identité française“ von *J.-M. Domenach* (Paris) zur Diskussion.

Ein Plenum galt der weiteren Planung des Arbeitskreises und in diesem Zusammenhang auch Fragen der Entwicklung der Frankreichforschung in den neuen Bundesländern: *U. Scholz* (Potsdam) und *M. Middell* (Leipzig) umrissen Probleme und Grundstimmung der Umstrukturierungsdiskussion und die damit verbundenen Gefahren für Lehre und Forschung und plädierten für Konsolidierung und Förderung des vorhandenen Potentials durch gezielte Kooperation. *Middell* stellte als Hauptanliegen die Chancen für die Vermittlung geschichtlicher und sozialwissenschaftlicher Landeskenntnisse und ihre erreichte Verankerung in Lehre und Forschungsentwicklung heraus.

Für die VIII. Zusammenkunft der Frankreichforscher, die vom 27. bis 29. Juni 1992 stattfinden wird, einigten sich die Teilnehmer auf den soziologischen Themenkomplex „Städte und Stadtentwicklung in Frankreich und Deutschland“.

„Neues aus der Frankreich-Bibliothek“ soll die neue Reihe „Literaturdienst Frankreich“ genannt werden, die in drei Teilen erscheint (A: Literatur zum deutsch-französischen Verhältnis, B: Sozialwissenschaftliche Frankreichliteratur, C: Sonderhefte) und über Neuerscheinungen im Datenbestand des Fachinformationsverbundes „Internationale Beziehungen und Länderkunde“ informiert. Außerdem ist mit „Länderforschung, Ländervergleich und europäische Integration“ (Hrsg. *J. Schild*) der erste Band der „Neuen Ludwigsburger Beiträge“ angekündigt.

Helmut Melzer

New Focuses of Social History - 19th/20th Century Europe. ERASMUS-Workshop in Berlin, September 1991

Etwa vierzig Studentinnen und Studenten aus Belgien, Deutschland, Italien, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und Spanien trafen sich zu einem von der Freien Universität Berlin veranstalteten Intensivkurs im Rahmen des ERASMUS-Programms „Europäische Sozialgeschichte des 19. und 20. Jh. im Vergleich“. Die Tagungen im Rahmen dieses Projekts, die in jährlichem Wechsel an den teilnehmenden Partneruniversitäten stattfinden, sollen neben dem informellen Gehalt der Lehr- und Diskussionsveranstaltungen sowohl den zukünftigen Austauschstudentinnen und -studenten als auch den Lehrenden eine Chance bieten, sich gegenseitig kennenzulernen und über die Studien- und Lebensbedingungen an den Gastuniversitäten auszutauschen.

Sozialhistorikerinnen und -historiker aus acht europäischen Ländern waren eingeladen. Daß diese Auswahl nicht repräsentativ für die europäische Sozialgeschichtsschreibung insgesamt sein konnte, ist sowohl auf die Auswahl der im ERASMUS-Programm integrierten Universitäten als auch auf die inhomogenen Wissenschaftslandschaften in den verschiedenen Ländern zurückzuführen. Was aber alle eingeladenen Historikerinnen und Historiker auszeichnete, war ihre Fachkompetenz auf der Grundlage langjähriger persönlicher Forschungen auf mitunter sehr breit gefächerten Forschungsgebieten zur Geschichte des 19. und 20. Jh.

Die Vorlesungen näherten sich den neueren Forschungstrends in der Sozialgeschichte meist über die jeweils landesspezifische Entwicklung der Historiographie des 20. Jh. Mitunter gelangen diese Historiographiegeschichten im „Schmelldurchlauf“ gezwungenermaßen etwas grobflächig, doch

gaben Literaturhinweise den Studierenden gute Möglichkeiten zu weiterführender Beschäftigung mit spezielleren Problemen. Auf die Geschichte von Unternehmen und Unternehmern konzentrierte fachthemenorientierte Vorlesungen boten gute Einblicke in unterschiedliche und gemeinsame Forschungsansätze.

Die zuweilen sehr differierenden Einschätzungen über die Zukunftsperspektiven der nationalen als auch der vergleichenden europäischen Sozialgeschichte verweisen - neben den naturgemäß subjektiven Anschauungen zu verschiedenen Herausforderungen der Sozialgeschichte - auf die unterschiedlichen Schwerpunkte der Forschung und Differenzen des Forschungsstandes in der Sozialgeschichte.

L. Betri (Mailand) ging davon aus, daß die italienische Sozialgeschichte mit ihren zur Zeit dominierenden mikrohistorischen Untersuchungen große Gefahr laufe, in eine Sackgasse zu fahren. Mikrohistorie und auch wieder stärker werdende politische Geschichte setzen aus ihrer Sicht der bis in die späten sechziger Jahre gesellschaftskritischen, stark marxistisch orientierten Sozialgeschichte ein (vorläufiges) Ende. Obwohl die Debatten um die Aussagekraft mündlicher Quellen den *oral-history*-Enthusiasmus abgeschwächt hätten, spielen in dem großen Bereich der Unternehmensgeschichte erfahrungsgeschichtliche Herangehensweisen eine bedeutende Rolle. Zwar habe die Unternehmensgeschichte schon erhebliche Forschungsleistungen vollbracht, doch seien diese meist wenig analytisch, und auch die vergleichende Perspektive fehle.

Y. Lequin (Lyon) widmete sich der Krise der französischen Sozialgeschichtsschreibung seit Ende der sechziger Jahre, die sich aus der Beschränkung auf die frühe Neuzeit, die Überschätzung der Möglichkeiten quantifizierenden Forschens und die Rezep-

tionsdefizite gegenüber deutscher und angelsächsischer Historiographie ergab. Konsequenterweise verwies er für die jüngste französische Sozialgeschichtsschreibung zum 19. und 20. Jh. auf die stark von ausländischen Forschungen motivierten Forschungstrends. So seien beispielsweise die Arbeiten zur Protestforschung von Luise und Charles Tilly, aber auch Werke von John Scott, maßgeblich für neue Fragestellungen verantwortlich. Suchte man früher vorwiegend nach den Gründen für den Ausbruch der Revolution, die meist nur die eine, die Große Französische Revolution war, kommt nun nunmehr zu der Frage, warum bestimmte Konfliktlagen *nicht* zu Protest oder gar Revolution führten. *Lequin* meinte, daß heutzutage Fragen nach dem „Geheimnis“ der Stabilität von Gesellschaften weitaus wesentlichere Fragen seien.

In ähnlicher Weise haben die Arbeiten von Mendels zur Protoindustrialisierung oder von Laslett zur Familiengeschichte anregend für die französische Historiographie gewirkt. Wie in den meisten anderen Ländern spielen Zugänge über die Lebensgeschichte eine wachsende Rolle. Jüngste, großangelegte Forschungen (Cribier) versuchen, *oral history* mit statistischen Untersuchungen zu koppeln. Weiterhin sieht *Lequin* neben dem Positivum der sich durchsetzenden Einsicht, daß allein ökonomische Geschichte zu begrenzt sei, um ein Verständnis von Gesellschaft zu ermöglichen, noch eine Gefahr. Der Boom rein kulturgeschichtlicher Untersuchungen mit mitunter recht marginalen Inhalten (Geschichte des Geruchs als Beispiel) führe in Frankreich zu einer Art Emanzipation der Kultur- von der Sozialgeschichte - eine einseitige Entwicklung, die *Lequin* für beide Seiten bedauern würde.

S. Vandecasteele (Lyon) verwies in ihrem Beitrag über Forschungen zur Betriebsgeschichte ebenfalls auf die Tendenz einer Individualisierung der Forschungsansätze.

Der Arbeitsplatz und die Beziehungen der Arbeiter und Angestellten untereinander sind zum Schwerpunkt vieler Forschungen geworden. Dies ermöglicht einen guten Zugang zu den sozialen und „privaten“ Hierarchien und löst zugleich früher als homogen gedachte Gruppen auf.

Für die belgische Unternehmensgeschichte berichtete *G. Kurgan van Hentenryk* (Brüssel) von der Konzentration der neuesten Forschungen auf die Rolle von Unternehmern als soziale Gruppe in der Gesellschaft. Solche kollektiven Biographien werden unter klassenspezifischen Aspekten und unter Fragestellungen nach den Verhältnissen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (als Figurenpaare) untersucht. Sie verwies hierbei auch auf das Problem der länderspezifischen Terminologie, eine Tatsache, die den internationalen Vergleich eher erschwert.

In Portugal brachen mit der Errichtung der faschistischen Diktatur die sehr fruchtbaren Entwicklungen einer sozialgeschichtlich orientierten Agrargeschichte abrupt ab. Waren Forschungen zur Zeitgeschichte während der faschistischen Zeit z.T. ein Tabu, begann nach 1974 ein wahrer Boom der historischen Forschung. Kolloquien mit mehr als 500 (!) Teilnehmern bildeten keine Ausnahme - so *M. Halpern Pereira* (Lissabon). Heute gibt es sehr breit gefächerte Forschungen. Schwerpunkte der Untersuchungen zur Liberalen Revolution (1820-1834) bilden Vergleiche zwischen Klassenkonflikten auf dem Lande und in den Städten. Intensive Diskussionen werden über die Ursprünge von Unterentwicklung und die sozialen Konsequenzen ungleichmäßiger Entwicklung geführt. Solche Debatten müssen jedoch zumeist von Studierenden angefacht werden, da jene Historikerinnen und Historiker, die sich mit der „new economic history“ beschäftigen, solche Fragen außer Acht lassen.

A. Sola Parera und R. Sanchez Mantero (Sevilla) berichteten über die Bemühungen der spanischen Sozialhistoriker, den Rückstand gegenüber der internationalen Forschung, der seit den dreißiger Jahren durch die Isolation unter dem Franco-Regime entstanden war, in den achtziger Jahren wettzumachen. Orientierte sich die spanische Historiographie in jener Zeit vornehmlich an den Glanzpunkten der iberischen Geschichte in Mittelalter und früher Neuzeit wurden nun angeregt durch die Rezeption der Annales-Schule (vornehmlich ihrer marxistisch inspirierten Vertreter wie P. Vilar) neue Forschungsfelder thematisiert wie bspw. die spanische Arbeiterbewegung, der Anarchismus und die Gewerkschaftsbewegung, die Geschichte des Liberalismus und die Konfrontation von Bourgeoisie und Agraroligarchie. V. Bacskai (Budapest) konnte von einer relativ kleinen Gruppe von Sozialhistorikern in Ungarn berichten, die sich jedoch sehr intensiv mit sozialgeschichtlichen Fragestellungen auseinandersetzt. Eine Ende der achtziger Jahre unter ihrer maßgeblichen Initiative gegründete „Gesellschaft der Sozialhistoriker“ bemüht sich nun um Institutionalisierungen, deren erstes hoffnungsvolles Ergebnis die Gründung eines Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Budapester Universität ist. Weniger ideologische denn finanzielle Probleme erschweren nach den politischen Veränderungen in Ungarn die Arbeit. Sie bedauerte, daß es nur wenig wirklich gute Sozialhistoriker zur ungarischen Zeitgeschichte gäbe, da gerade die jüngere Vergangenheit des Landes mehr Aufmerksamkeit verdiene. Als ein Beispiel empfahl sie eine Arbeit über jugendliche Barrikadenkämpfer von 1956, eine politische Erfahrungsgeschichte, die auf der Grundlage alter Gerichtsprotokolle und oral-history-Interviews mit heute noch lebenden Teilnehmern an diesen Kämpfen entstand.

Mit J. Peters von der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (Berlin) und M. Middell (Leipzig) waren Vertreter zweier unterschiedlicher Generationen von DDR-Historikern eingeladen. Peters sieht in den Jahren des Um- und Aufbruchs unmittelbar dem Zweiten Weltkrieg die größten Chancen für eine Sozialgeschichte vertan. Das heutige Aufholen des Rückstandes in der sozialgeschichtlichen Forschung müsse mit einer unkonjunkturellen Marxismuskritik verbunden sein. Middell hingegen forderte das gerechte Messen der DDR-Historiographie an ihrer eigenen Entwicklung. Die Nichtexistenz einer öffentlichen Diskussion um den Begriff der Sozialgeschichte und der mit ihm verbundenen theoretischen und methodischen Ansätze habe die Entwicklung noch zu DDR-Zeiten erheblich erschwert und macht auch heute die Beurteilung der Leistungen schwierig. Eine sehr einseitige und oft unreflektierte Orientierung an westdeutscher Historiographie und Theoriemüdigkeit sind erste Zeichen einer Verlängerung (ost-)deutschen Historiker-Verhaltens: das Fehlen unvoreingenommener Rezeptionsleistung und der Verarbeitung von v.a. fremdsprachiger Literatur.

K. Tenfelde (Bielefeld) gab einen ausführlichen Überblick zu Schwerpunkten der westdeutschen Sozialgeschichtsschreibung, beklagte zugleich Forschungsdefizite v.a. in der Agrargeschichte. Der Zeitgeschichte mangle es an Untersuchungen mit konsequent sozialgeschichtlichen Fragestellungen und auch die vergleichende Perspektive bleibe zu oft ausgespart.

Auf der Abschlußdiskussion gaben die verantwortlichen Veranstalter J. Kocka und H. Kaelble (Berlin) ihre Sichten auf die Herausforderung der Sozialgeschichte der neunziger Jahre frei zur Diskussion. Mit der erfolgreichen Durchsetzung der Sozialgeschichte in den letzten zwanzig Jahren sind

auch Teile des fruchtbaren kontroversen Charakters aus der Zeit als Oppositionswissenschaft verlorengegangen. Die Ausweitung der historischen Themen ging einher mit einer zunehmenden Spezialisierung und Verzweigung der sozialgeschichtlichen Forschung. Dominierten früher Untersuchungen zu Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung, gewinnen heute nicht unmittelbar sozialökonomisch bedingte Verhältnisse wie Geschlechterbeziehungen („gender-history“) oder Forschungen zu kulturellen Unterschieden den Vorrang. Kocka sieht diese sich stark durchsetzenden Tendenzen nicht als Zeichen für eine Krise der Sozialgeschichte, sondern als Herausforderungen, die die Sozialgeschichte befruchten sollten. Hinsichtlich der postmodernen Herausforderungen des linguistic turn, der Dekonstruktion wie auch der starken Individualisierungstendenzen sieht er die viel größere Gefahr für eine Sprengung der sozialgeschichtlich orientierten Wissenschaft. Insofern plädiert er für ein verstärktes Bemühen um Synthese und vergleichende Studien, die Struktur- und Erfahrungsgeschichte vereinen und auch die Geschichte der Klassen und Schichten unter Fragestellungen nach den Geschlechterverhältnissen behandeln sollten.

H. Kaelble stellte fest, daß bei allen Fortschritten die vergleichende europäische Sozialgeschichte ein noch sehr junges Terrain ist. Weder gibt es ein eigenes Publikationsorgan noch eine ausreichende Zahl von Interessenten. Nicht zuletzt die gegenüber nationalen Studien aufwendigere Organisation hat am Rückstand der erst vor etwa zehn Jahren begonnenen Entwicklung der vergleichenden Sozialgeschichte ihren Anteil.

Noch kann man keine privilegierte Methode oder Schule der vergleichenden Forschung ausmachen. Soziale Modernisierung im europäischen als auch nichteuropäischen

Vergleich und Fragen nach den nationalen Besonderheiten bilden einige der wesentlichen Schwerpunkte der Forschung.

So endete die Tagung mit der Gewißheit, daß auch für ERASMIANER als eventuell künftige Sozialhistoriker viel zu tun bleibt.

Axel Dofmann

„Universalgeschichte - gestern und heute“. Wissenschaftliches Kolloquium an der Universität Leipzig

Anläßlich des 100. Jahrestages der Berufung Karl Lamprechts (1856-1915) an die alma mater lipsiensis veranstalteten das Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit an der Universität Leipzig und die Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V., unterstützt von der Volkswagen-Stiftung Hannover, vom 10. bis 12. Oktober 1991 eine wissenschaftliche Konferenz. Der Meinungstreit um „Universalgeschichte - gestern und heute“ vereinte Historiker, Soziologen, Philosophen, Literatur- und Regionwissenschaftler sowie Völkerkundler aus Deutschland, der Schweiz, Italien, der CSFR und den USA. Die Vorträge, die, ebenso wie zahlreiche neuere Arbeiten zu Lamprecht und seinem historischen Ansatz, ein wiedererwachendes Interesse an den Leistungen des Universal- und Kulturhistorikers belegen, konzentrierten sich v.a. auf die Schwerpunkte Entwicklung des von Lamprecht begründeten Instituts für Kultur- und Universalgeschichte an der Universität Leipzig, Persönlichkeit und Wirkung Karl Lamprechts und Universal- und Kulturgeschichte heute.

Eingangs würdigte G. Diesener (wie die folgenden Leipzig) das Wirken Lamprechts an der Leipziger Universität. Die widerspruchsvolle Entwicklung des 1909 eingerichteten Instituts, die seit 1915 v.a. mit den

Namen von Walter Goetz, Hans Freyer, Walter Markov und Manfred Kossok verbunden war, wurde von *M. Gibas*, *S. Hoyer* und *M. Zeuske* nachgezeichnet. Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete das Spannungsfeld von wissenschaftlicher Arbeit und politischem Engagement des Historikers, das am Beispiel Lamprechts (von *H.-T. Krause*, Halle), Freyers und der Institutsgeschichte nach 1945 thematisiert wurde.

Im Blickpunkt des zweiten Themenkreises standen Persönlichkeit und internationale Ausstrahlung des Wegbereiters der Kulturgeschichtsschreibung. Neue Sichten auf die Biographie vermittelte *R. Chikering* (Eugene, Oregon), der (inspiriert von H. White) versuchte, psychoanalytische Methoden für die Interpretation der Persönlichkeit von Lamprecht fruchtbar zu machen. *H. Schleier* (Leipzig) stellte die wissenschaftliche Konzeption des „enfant terrible“ der deutschen Geschichtsschreibung der Jahrhundertwende in das Umfeld seiner Zeit, und *J. Kudrna* (Brno) unterstrich die Bedeutung des zwischen 1881 und 1886 erschienenen „Deutschen Wirtschaftslebens im Mittelalter“ für die Herausbildung der Geschichtsmethodologie Lamprechts. Beiträge von *L. Schorn-Schütte* (Gießen), *L.-D. Behrendt* (Leipzig), *E. Fuchs* (Berlin) und *S. Sammler* (Leipzig) verfolgten die Wirkungsgeschichte in Deutschland und Osteuropa und stellten sie in den Kontext des Methodenstreits in England und der Anfänge der *nouvelle histoire* in Frankreich. Der Beitrag von *P. Griss* (Basel) über die Bedeutung Japans für die universalgeschichtlichen Anschauungen Lamprechts regte eine Diskussion zwischen Historikern, Altertums- und Regionalwissenschaftlern vor dem Hintergrund der Konjunktur von vergleichender europäischer und asiatischer Geschichtsforschung an, die von *R. Günther* (Leipzig) anhand der japanischen Altertumswissenschaft exemplifiziert wurde. *C. Simon*

(Basel) griff auf die Rezeptionsästhetik zurück und unterbreitete Vorschläge für ihre Anwendung auf die Wirkungsgeschichte Lamprechts.

Der dritte Themenkomplex war Fragen der Universal- und Kulturgeschichtsschreibung gewidmet. *G. Cacciatore* (Neapel) problematisierte Lamprechts Kulturgeschichte im Rahmen der Entwicklung von Theorie und Methode der Geschichtsschreibung im 20. Jh. und sprach sich für eine neue Kulturgeschichte als „*storia socio-culturale*“ aus, die er in einem interdisziplinären Forschungsprojekt an der Universität Neapel praktiziert. *M. Kossok* (Leipzig) begründete die Notwendigkeit eines universalhistorischen Zugriffs auf Geschichte, die vor dem Hintergrund der sozialen, kulturellen und ökologischen Herausforderungen am Ende des 20. Jahrhunderts keine „hegemoniebestimmte Geschichte“ mehr sein könne. Universalgeschichte muß sich zur „Globalgeschichte“ entwickeln, die „die gleichberechtigte Vielfalt der Menschheit anerkennt und über ein neues Bewußtsein zum praktischen Handeln führt“. *I. Geiss* (Bremen) plädierte ebenfalls für eine universalgeschichtliche Betrachtungsweise, die Erklärungsmodelle für geschichtliche Entwicklung liefern kann, aber eng mit empirischer Forschung verbunden bleiben muß. Besonderes Augenmerk legte er auf die Rolle von Entwicklungszentren innerhalb der neuzeitlichen Weltgeschichte. *W. Ernst* (Bielefeld/Leipzig) polemisierte aus der Sicht postmoderner Diskussionsangebote gegen eine „universalgeschichtliche Vernunft“ im traditionellen Sinne, die Geschichte in ihrer Ganzheit verstehen und erklären will und unterstrich die Herausforderung von textkritisch orientierter Geschichtsschreibung im Zeitalter der elektronischen Medien. Gegen die Kritik setzte *M. Middell* (Leipzig) nach einer Beschreibung der Krise der Universal-

geschichtsschreibung der letzten zwanzig Jahre und ihrer Ursachen, die neuen Möglichkeiten und Notwendigkeiten von universal history in der Gegenwart gerade auch in Leipzig, wo die Tradition der Lamprechtschen Überlegungen für Lehr- und Forschungsorganisation entgegen allen „Normalisierungsbemühungen“ geblieben ist, und provozierte gemeinsam mit *Kossok*, *Geiss* und *Ernst* eine kontrovers geführte Diskussion über das Ob und Wie von Universalgeschichte heute, die durch *E. Schulin* (Freiburg) und *W. Küttler* (Berlin), aber auch Völkerkundler (*W. Hartwig*, Leipzig) und Soziologen (*E. Üner*, München) sehr anregende Impulse erhielt.

Im Rahmen des Kolloquiums stellte *H. Bräuer* (Leipzig) im **Karl-Lamprecht-Vortrag 1991**, der eine Tradition der Karl-Lamprecht-Gesellschaft begründen soll, ein Forschungsprojekt „Armut in Sachsen im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit“ vor. Mit Bezug auf die Forschungen der *nouvelle histoire* in Frankreich und in Polen gab er ein brillantes Beispiel für die Fruchtbarkeit des „universalgeschichtlichen“ Blickes auf regionalgeschichtliche Forschungen.

Die Beiträge des Kolloquiums unterstrichen die Lebenskraft Lamprechtscher Forschungsentwürfe, die weit über die Historikerzunft hinaus Verbreitung und Interesse fanden, und boten hoffnungsvolle Ansätze für eine interdisziplinäre Diskussion über Universalgeschichte. **COMPARATIV** wird die überarbeiteten Beiträge voraussichtlich im nächsten Heft (zugleich als Sonderband) veröffentlichen.

Steffen Sammler

Neue Zeitschrift in Frankreich

1929: Geburt der *Annales*. 1991: Beginn einer neuen gesellschaftswissenschaftlichen Zeitschrift in Frankreich u.d.T. *Genèses, Sciences sociales et histoire*. Die Verblindung ist eine doppelte: Vorwiegend jüngere Historiker, Anthropologen, Ökonomen, Soziologen und Politikwissenschaftler betonen mit ihrem Projekt die Notwendigkeit, sich der immer lauter beklagten Krise der Historiographie zu stellen, indem Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftsgeschichte miteinander verbunden werden - das Entstehen der heutigen Gesellschaften und die Herausbildung der Bilder, die man sich von ihnen macht, sind nur in ihrem Zusammenhang zu erfassen. So kommen die Autoren in Artikeln und Buchbesprechungen immer wieder auf den Paradigmenwechsel zurück, den Marc Bloch, Lucien Febvre und später Fernand Braudel in ihrer Zeit reflektiert und selbst mit in Gang gesetzt haben.

Dossiers mit jeweils mehreren Beiträgen waren in den ersten fünf Heften den Themen „Wege der Geschichte“, „Die Entdeckung des Sozialen 1890-1900“, „Die Konstruktion des Syndikalismus“, „Das Nationale“ und „Beobachten, Klassifizieren, Verwalten“ gewidmet und diskutieren jeweils Etappen und Zugriffe kritischer Gesellschaftswissenschaft. Die Rubrik „Savoir-Faire“ (Know-How) stellt neue Forschungstechniken und -ansätze vor, während „Fenêtre“ aktuelle Forschungsberichte liefert. „Documents“ stellt dem Leser wissenschaftsgeschichtlich interessante Briefwechsel und Manuskripte vor oder protokolliert Interviews zur heutigen Wissenschaftsentwicklung. Der Literaturteil der Zeitschrift verweist nicht nur auf neue Bücher, sondern auch auf thematisch interessierende Zeitschriftenartikel. Indem *Genèse* v.a. französische, angelsächsische, italienische und deutsche

Wissenschaftstraditionen bewußt miteinander konfrontiert, kann ein Beitrag zur Selbstbeurteilung einer sich öffnenden Gesellschaftsforschung gelingen, die Disziplinengrenzen und nationale Enge überschreitet.

Wer sich über Neuentdeckungen zur Geschichte der französischen wie europäischen Historiographie und Sozialwissenschaften auf dem Laufenden halten will, wird Genèses nicht ignorieren können:

(Anschrift der Redaktion: Genèses, 16, villa Saint-Jacques, F 75014 Paris; Jahresabonnement zu vier Heften: 300 Francs für Institutionen, 250 Francs für Einzelbesteller innerhalb der Europäischen Gemeinschaft; Einzelheft im Umfang von ca. 190 Seiten: 85 Francs)

Matthias Middell

Akademisches Leben

Am 12. August 1991 fand an der Universität Leipzig die Verteidigung im Habilitationsverfahren von Herrn Dr. phil. Jochen Marquardt (Sektion Germanistik und Literaturwissenschaft) statt. Die vorgelegte Untersuchung thematisiert „Vermittelnde Geschichte: Zum Verhältnis von ästhetischer Theorie und historischem Denken bei Adam Heinrich Müller“ (1779-1829). Die Arbeit vereint die Rekonstruktion von Müllers Kunstansichten in deren Genesis und innerer Systematik (insbesondere zwischen 1804 und 1812) mit ihrer Einbindung sowohl in die individuelle geistige Entwicklungsgeschichte des Müllerschen Denkens als auch in übergreifende ideologiegeschichtliche Zusammenhänge. Dabei verfolgt sie besonders die Entwicklung der Müllerschen Methode, die sich aus den Identitätsphilosophischen Ansätzen nach der Jahrhundertwende zur ästhetischen und schließlich zur umfassenden

gesellschaftstheoretischen Weltanschauung transformierte, da in dieser Methode das integrative, sinustiftende Agens von Müllers Theoriebildung aufgewiesen werden kann. Die Arbeit erweist, daß und wie Adam Müller, v.a. auf dem hier in den Mittelpunkt gestellten Gebiet der Ästhetik, das tradierte klassisch-romantische Dichtungsverständnis aufsprengte und einen historisch und wirkungsästhetisch fundierten Literaturbegriff konstituierte, der in der weiteren Entwicklung ästhetischer Theorie im 19. Jh. fortwirkte.

Untersuchungsgang und Ergebnis der Habilitationsschrift belegen ebenso wie der Verteidigungsverlauf, daß hier ein wichtiger Beitrag zu einer insgesamt veränderten Sichtweise auf die politische Romantik und die Anfänge konservativer Theoriebildung in Deutschland geleistet wurde. Die Studie verweist darauf, daß das historische Verhältnis von Aufklärung und Konservatismus einer Neubewertung bedarf, die sich von dem tradierten Schema zweier, quasi voneinander unabhängiger „Kulturcn“ des Geschichtsprozesses, Progression und Regression, verabschiedet, sich statt dessen den dabei wirkenden historischen Vermittlungen zuwendet und diese in ihrem Zusammenhang als komplexe gesellschaftliche Transformationen beschreibt.

Die Gutachter, Prof. E. Ribbat (Münster), Prof. H.-J. Sandkühler (Bremen), Prof. C. Träger (Leipzig), schätzten die vorgelegte Arbeit als bemerkenswerten, von philologischer Gründlichkeit und komplexem theoretischem Reflexionsniveau getragenen Forschungsbeitrag zu einer vertieften Aufarbeitung des deutschen Frühkonservatismus ein.

Katharina Middell

Buchbesprechungen

Manfred Hettling (Hrsg.), Revolution in Deutschland? 1789-1989. Sieben Beiträge, Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen 1991, 147 S.

Revolution in Deutschland? 1989? Die Meinungen können kaum verschiedener sein. Eine wichtige Bedingung erfüllten die Teilnehmer selbst, die ihr Tun als Revolution interpretierten und damit auf die mobilisierende und Selbstvertrauen spendende Funktion des Begriffes rekurrierten. Dies zumindest solange, bis andere - um die (wiedergewonnene) positive Konnotation von Revolution durchaus wissend - die Bezeichnung zur Legitimation ihrer neubegründeten Herrschaft zu nutzen versuchten. Seiters sprechen manche vom Revolutionsdiebstahl und wollen von Revolution nichts mehr wissen. Die Stunde der Interpreten bricht an: Für die einen handelt es sich unzweifelhaft um eine Revolution: Massenbewegungen, Machtwechsel, Veränderung der Legitimationsgrundlage von Herrschaft, der politischen Kultur und der sozio-ökonomischen Verhältnisse - wichtige Kriterien politikwissenschaftlicher Revolutionsmodelle sind erfüllt. Andere halten das Fehlen *gewaltsamer* Veränderung dagegen und finden sich höchstens zur Kompromißformel von der friedlichen Revolution (im südöstlichen Nachbarland: samtene Revolution) bereit, während der grundsätzlichere Einwand, Revolution müsse komplexe Gesellschaftsordnungen im Sinne einer Höherentwicklung ändern, zu ganz gegensätzlicher Beurteilung führt: Rückfall vom Sozialismus in den Kapitalismus und deshalb eher Restauration als Revolution oder Fortschritt von einer gegenüber zeitgemäßer Modernisierung verkrusteten Gesellschaft zu liberal-sozial-

staatlichen Formen mit Innovationspotential.

Die Debatte zeigt zumindest zweierlei: Der Revolutionsbegriff entzieht sich mit den Veränderungen des Jahres 1989 der Fronterstarrung des Kalten Krieges zwischen herrschaftslegitimierender Beanspruchung durch selbsternannte Revolutionäre und verängstigter Verdammung durch eine Gesellschaftslehre, für die Revolution nur noch in den Dimensionen des Jahres 1917 denk- und vorstellbar war. Zum anderen belegt sie die Notwendigkeit einer klarstellenden Definition, bevor über Revolution gesprochen werden kann.

Der von Hettling besorgte Sammelband gibt Vorträge wieder, die zum französischen Revolutionsjubiläum 1989 an der Volkshochschule Bielefeld gehalten worden - und denen die aktuelle Revolution dazwischen gekommen ist. Der angefügte Beitrag des Leipzigers H. Zwahr - Bericht eines Tatzeugen, der eigenes Erleben des Ancien Régime und der Revolution in die Schlüsselbegriffe Selbsterstörung und Selbstbefreiung bringt - sucht die neu aufgetauchte Dimension einzufangen.

P. Nolte (Die Reaktionen auf die Französische Revolution), M. Hettling (Die 48er Revolution), K.-H. Pohl (Die Situation nach dem Ersten Weltkrieg), M. Prinz (Der Beginn der Nazidiktatur 1933) und Ch. Kleßmann (Der Aufbruch des Jahres 1968) beschäftigen sich mit weiteren Momenten deutscher Geschichte, die „revolutionshaltig“ gewesen sein könnten.

Es drängt sich sofort der Eindruck auf, daß Deutschland immer dann in solche Umbrüche hineingeriet, wenn sie erhebliche Teile Europas erfaßten: 1789, 1848, 1918/19, 1968, 1989 (man vermißt 1830 und 1945). Dies

verwundert natürlich nicht, bleibt aber bei den Autoren, die auf die Diversität deutscher Ereignisse fixiert sind, ausgespart. Dabei führt gerade diese Bindung an Anstöße von außen auf die Frage, die den Band eigentlich motiviert: gibt es ein Kontinuum in den Reaktionen der deutschen Gesellschaft(en) auf offenkundig mit nur geringer Phasenverschiebung in weiten Teilen Europas wirkende Herausforderungen zu systemsparenden Reformen/Revolutionen? Läßt sich von einem reformerischen Weg in der deutschen Geschichte sprechen, und worin liegt er (und seine Spezifik gegenüber anderen Regionen, die gleichfalls eine reformerische, wenn auch teilweise weniger erfolgreiche Transformation erfuhren) begründet? M.E. erfordert eine solche Problemstellung jedoch nicht nur eine konsequent komparatistische Orientierung, sondern auch die stärkere Einbeziehung von Wirtschafts- und Sozialgeschichte, als es im vorliegenden Band geschieht.

Die Beiträger urteilen dagegen eher aus einer politisch-kulturellen Perspektive über die Anwendbarkeit des Revolutionsbegriffes. Angesichts der eingangs erwähnten Schwierigkeiten, konsensfähige Kriterien für einen erheblich affektiv aufgeladenen Begriff zu finden, sind die divergierenden Ausgangspunkte der einzelnen Autoren nicht überraschend: es kann einem Autor kaum bestritten werden, selbst Kriterien zu formulieren und seinen Gegenstand daran zu messen. Die Kommunikativität bleibt allerdings beschränkt, wenn eine Auseinandersetzung mit dem bisherigen Stand der Debatte (und die treibt zum Phänomen Revolution geradezu Blüten) vermieden wird¹, und sich Widersprüche in die Argumentation einschleichen. So wird in den Artikeln von *Hetting* und *Pohl* nicht recht klar, ob sich die Ablehnung der Qualität Revolution für 1848 bzw. 1918/19 darauf bezieht, daß wichtige Kriterien des

gesetzten Revolutionsbegriffes nicht erfüllt sind, oder daß die Revolution (in strukturändernden Wirkungen auf längere Zeit) gescheitert ist. Explizit reflektiert dagegen *Prinz* den Gebrauch des Revolutionsbegriffes für die Zeit des Nationalsozialismus: erweist in diesem Fall die Kategorie auch u.U. für die fachwissenschaftliche Forschung ihren heuristischen Nutzen (Schoenbaum, Dahrendorf u.a.), so hat die Historiographie doch auf eine positive Konnotation der Revolution und eine negative des Faschismus in der Öffentlichkeit Rücksicht zu nehmen.

Mit *Kleßmanns* sehr informativem Aufsatz wird die Dimension der „révolution culturelle“ in die Diskussion eingeführt. Deutlich wird hier, daß Revolution zu wesentlichen Teilen von einem Wandel in der politischen Kultur geprägt wird. Daß diese Perspektive gerade am Beispiel der Ereignisse von 1968 so konsequent bevorzugt wird, ist nicht zufällig: insbesondere die französische Forschung hat aus der Erfahrung von 1968 Impulse für eine mentalitäts- und kulturgeschichtlich inspirierte Revolutionsbetrachtung bezogen.

C. Huerkamp stellt einen Zweig der Forschung vor, der den Weg von der Frauenzur Geschlechtergeschichte vollzieht: In dieser Perspektive lassen sich weder Fortschritt noch Modernisierung mit der naiven Selbstverständlichkeit des fortdauernden Patriarchats betrachten. Die Revolutionen und revolutionären Momente kennen ihre Frauenfrage und die spezifischen Formen weiblicher Politikpartizipation. Die abgewogene Bilanz der Autorin bleibt insgesamt negativ und das Thema einer Revolution im Geschlechterverhältnis auf der Tagesordnung, mit der Wiedervereinigung 1989 zu einer deutschen Problematik offenkundiger erst recht.

Die Lektüre der Aufsätze, die zwei bewegte Jahrhunderte deutscher Geschichte in

den Blick nehmen, enthält neben Provokationen zum internationalen Vergleich noch die Herausforderung zu einer zweiten Betrachtungsebene innerhalb des behandelten Zeitraumes, die bei Zwahr, einem ausgewiesenen Kenner der Konstituierungsgeschichte kapitalistischer Verhältnisse, noch ausgespart bleiben mußte (Abschluß des Manuskriptes im Juni 1990): Zum zweiten Mal innerhalb von 150 Jahren erleben deutsche Territorien heute eine beschleunigte Transformation zu kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen, während Sozialstrukturen und politische Kultur nur unzureichend durch revolutionäre Mobilisierung erfaßt werden. Die Forschung zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern könnte - so scheint es - aus einer historischen Perspektivierung erheblichen Gewinn ziehen. Was läßt sich Positiveres über einen Sammelband sagen, als daß die Zusammenstellung der Essays zu weiteren Fragestellungen anregt?

Matthias Middell

- 1 Eine explizite Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Revolutionsforschung unterbleibt durchweg. Dem Vf. ist bewußt, daß dieses Argument in den letzten Jahrzehnten beinahe stereotyp in DDR-Rezensionen bundesdeutscher Publikationen auftauchte und es heute zum guten Ton gehört, darauf zu verzichten. Immerhin scheint abereine gegenseitige Kenntnisnahme notwendige Voraussetzung für ein intellektuell reflektiertes Zusammenwachsen. Die systematischen Flexibilisierungen des Revolutionsbegriffes gegenüber dogmatischer Einengung auf die Abfolge von Gesellschaftsformationen, wie sie im Leipziger IZR seit Anfang der siebziger Jahre betrieben wurden, dürfte für einen Vergleich der hier in Rede stehenden revolutionären Momente deutscher Geschichte durchaus von Interesse sein.

Georg Friedrich Rebmann, Werke und Briefe in drei Bänden. Hrsg. *Hedwig Voegt* (†), *Werner Greiling* und *Wolfgang Ritschel*, Berlin: Rütten & Loening, 1990, 675, 779 u. 687 S.

Nicht nur Wissenschaftler haben in der DDR eine intensive Beschäftigung mit den revolutionär-demokratischen Antworten deutscher Intellektueller auf die Revolution von 1789 in Gang gebracht, die heute längst internationale Dimension gewonnen hat, sondern es fanden sich auch renommierte Verlage, die längst vergessene Texte neu auflegten und so wieder ins Gespräch brachten. *H. Voegt*, die 1955 als erste die von ihr als jakobinisch bezeichnete Presse umfangreicher auswertete, hat dabei viel für die Wiederentdeckung v.a. der Schriften Rebmanns getan, dessen Hauptwerke dem (ost-)deutschen Lesepublikum bald in mehreren Ausgaben vorlagen. *W. Greiling* hat in jüngster Zeit stärker die Publizistik zur Beachtung gebracht. Die vorliegende Edition, deren Erscheinen die Initiatorin leider nicht mehr erleben konnte, markiert also zugleich einen zurückgelegten Weg: die vielen heute nicht mehr so wichtige Debatte um den deutschen Jakobinismus hat immerhin Geschichtsbewußtsein verändert und eben unsere Textgrundlagen erheblich erweitert.

Rebmann, Jurastudent in Erlangen und Jena, Publizist in Dresden, Erfurt und Altona, schreiblustiger Reisender zwischen Franken, Thüringen, Preußen, Sachsen, dem Rheinland, Holland und Frankreich und schließlich Justizbeamter der französischen Republik sowie der napoleonischen und endlich bayrischen Monarchie kreiste in seinen Schriften immer wieder das Problemfeld einer möglichen und wünschenswerten Entwicklung in Deutschland angesichts der Herausforderungen (und Widersprüche!) des französischen Weges ein. Daß dieses Denken

komplexer war, als es der, Mißverständnisse nahelegende Begriff des deutschen Jakobiners erfaßt, ist häufig betont worden und kann nun anhand der Zusammenschau seiner Texte überprüft werden. Verdienstvollerweise beschränkt sich die Ausgabe aber nicht nur auf die Druckwerke, sondern dokumentiert auch die 41 bisher bekannt gewordenen Briefe Rebmanns aus den Fonds von nicht weniger als 14 Archiven und Bibliotheken (darunter die deutsche Übertragung jener Briefe aus den Archives Nationales, die P.-A. Bois 1984 veröffentlichte). Die geringe Zahl überlieferter Briefe läßt größere Verluste vermuten, weist Rebmann aber zugleich als einen jener Publizisten einer neuansprechenden Ära aus, denen öffentliche Wortergreifung zum zentralen Bedürfnis wurde. Es ist dieser Typus, der ebenso wie in Frankreich die Neugestaltung der Kommunikationsstrukturen vorantrieb: angefeuert vom französischen Vorbild brachen sich neue Formen einer (radikalisierten) Öffentlichkeit Bahn, die den Bezug von Aufklärung und staatlicher Zensurpraxis erschütterten. Einen Autoren wie Rebmann mit seinem umfangreichen Oeuvre gegenüber einer allzusehr auf die Feststellung jakobinischer Gedanken in seiner politischen Theorie fixierten Interpretation stärker in den Kontext der deutschen Rezeption der Epochenereignisse am Ende des 18. Jh. stellen und zugleich den Charakter seiner Publizistik tiefer ausloten zu können, wird durch die vorzügliche Textpräsentation ermöglicht. Die akribische Kommentierung der beiden Mitherausgeber, die sich in Teilen auf R. Kawas Rebmann-Monographie stützen konnte, bezeichnet die Erstdrucke und zu Lebzeiten Rebmanns erfolgte Bearbeitungen (leider aber nicht spätere Neudrucke, an denen sich eine Rezeptionsgeschichte ermes- sen ließe) und löst die zahlreichen Anspielungen auf, die dem heutigen Leser teilweise nur schwer entschlüsselbar waren.

Es bleibt zu hoffen, daß von Ausgaben dieser Qualität künftig nicht mit Nostalgie zu sprechen sein wird.

Matthias Middell

Marc Bloch aujourd'hui. Histoire comparée et sciences sociales (Marc Bloch heute. Vergleichende Geschichte und Sozialwissenschaften). Hrsg. *Hartmut Atsma* und *André Burguière*, Editions de l'École des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris 1990, 454 S.

Die Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales veranstaltete vom 16. bis 18. Juni 1986 gemeinlich mit dem Deutschen Historischen Institut Paris eine Konferenz zu Ehren des 100. Geburtstages des Mediävisten Marc Bloch (1886-1944). Vom beachtlichen internationalen Einfluß der Geschichtskonzeption des Gründers der „Annales“ zeugt die Teilnahme von Historikern, Soziologen und Ethnologen aus zehn Ländern West- und Osteuropas sowie den USA. Die Beiträge des Kolloquiums beschäftigen sich in einem ersten Schwerpunkt mit der Persönlichkeit des Historikers, Wissenschaftsorganisations und Widerstandskämpfers Bloch. Neben den Erinnerungen von Gefährten aus der Zeit der Résistance steht dabei vor allem das Bild des Sohnes *E. Bloch* von seinem Vater im Mittelpunkt. Nachfolgend werden in mehreren Themenkreisen methodische Grundsätze und aktueller Bezug ausgewählter Arbeiten von Bloch diskutiert, u.a. zu den Schwerpunkten Königtum und Macht, die feudale Gesellschaft, Agrargeschichte sowie Möglichkeiten und Grenzen der vergleichenden Methode in den Sozialwissenschaften.

In mehreren Beiträgen werden Einflüsse auf die wissenschaftliche Formation von B. untersucht, u.a. am Beispiel der Soziologie

E. Durkheims, der vergleichenden Sprachwissenschaft A. Meillets, der Psychologie H. Wallons, aber auch der deutschen Nationalökonomie und Geschichtswissenschaft in Gestalt von K. Bücher und K. Lamprecht, auf die K. F. Werner in seinem Beitrag eingedrungen. Einen besonderen Schwerpunkt des Kolloquiums bildet die Diskussion über die Möglichkeiten der vergleichenden Methode, an der sich u.a. R. Grew (Ann Arbor), R. Hilton (Birmingham), R. Pastor (Madrid) und M. Aymard (Paris) beteiligten. Blochs methodische Arbeiten und Fallstudien lieferten nicht nur Historikerkollegen, sondern auch Soziologen und Ethnologen vielfältige Anregungen (u.a. J. Goody, Cambridge, C. Tardits, Paris). Die Diskussion, an der sich von deutscher Seite u.a. Werner (DHI) und H. Kellenbenz (Erlangen) beteiligten, die bereits in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich die Mehrheit ihrer Kollegen an der negativen Einschätzung der „Annales“ durch G. Ritter orientierten, zur Diskussion mit den Vertretern der „Nouvelle Histoire“ aufriefen, unterstreicht die Aktualität der Fragestellungen des „Vaters der Annales“ und regt den Historiographen an, sich intensiver mit der Persönlichkeit von Bloch zu beschäftigen, wozu jüngst C. Fink aus amerikanischer Sicht einen interessanten Beitrag geleistet hat (Marc Bloch. A life in history, New York 1989).

Steffen Sammler

SIPRI Yearbook 1991, World Armaments and Disarmament, Oxford University Press 1991, 741 S.

Das umfangreiche Jahrbuch des renommierten Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts stellt für die Problembereiche Rüstung und Abrüstung, Kriege

und Konflikte sowie Entwicklung und Unterentwicklung in der Dritten Welt eine unschätzbare und auch nahezu unerschöpfliche Informationsquelle dar.

In Themenbreite, Genauigkeit und Nachprüfbarkeit verkörpert der Band, eine gelungene Mischung unbestechlicher Statistik und anspruchsvoller Analyse in Textform, unangefochten die Weltspitze. Gleichzeitig ruft das Jahrbuch die wichtigsten Ereignisse der unmittelbaren Vergangenheit in das Gedächtnis des Lesers zurück. W. Stützle, der nach fünfjähriger erfolgreicher Amtszeit den Direktorensessel in Stockholm rätente, nannte 1990 ein „bemerkenswertes, wenn nicht gar einzigartiges Jahr“, nicht zuletzt, da es das „erste Jahr der dem Kalten Krieg folgenden Ära“ war. Bei aller gebotenen Zurückhaltung und Nüchternheit überwiegen in den Beiträgen der über 30 Autoren aus aller Welt die gedämpften zuversichtlichen Töne. Inmerhin besiegelten im November 1990 in Paris die europäischen Staaten sowie die USA und Kanada neben dem offiziellen Ende des Kalten Krieges auch einen der weitreichendsten Abrüstungsverträge der Geschichte, den Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Wenn alle Unterzeichnerstaaten ihn ratifiziert haben, soll innerhalb von 40 Monaten die Zahl der Panzer, gepanzerten Fahrzeuge, Artilleriegeschütze, Angriffshubschrauber und Kampfflugzeuge von derzeit rund 300 000 auf 157 000 gesenkt werden. Bereits fünf Monate zuvor hatten die USA und die Sowjetunion auf dem Gipfeltreffen in Moskau vereinbart, ihre Vorräte an chemischen Waffen bis zum Jahr 2002 auf je 5000 Tonnen zu verringern, was eine Abrüstung von 80 bzw. 90 Prozent bedeuten würde.

Die Weltrüstungskosten sanken das dritte Jahr in Folge, der Waffenhandel schrumpfte um ein gutes Drittel, die Waffenschmieden in vielen Ländern der Welt stießen weniger

todbringendes Gerät aus als im Jahr zuvor, die Zahl der derzeit geführten Kriege ging um zwei auf 31 zurück.

Dennoch, einen allgemeinen „Ausbruch des Friedens“ markierte das Jahr 1990 nicht. Trotz aller Reduzierungen leistete sich die Welt pro Tag Rüstungsausgaben von gut 2,6 Mrd. Dollar. Ein Bruchteil dieser astronomischen Summe würde ausreichen, um die etwa 38 000 Kinder am Leben zu erhalten, die Tag für Tag an Hunger, Erschöpfung oder an eigentlich harmlosen Krankheiten wie Malaria oder Durchfall in der Dritten Welt sterben. Jeden Monat konnten die Waffenhändler allein an schwerem Gerät 2 Mrd. Dollar Umsätze buchen. Weiterhin wäre zu fragen, ob es 1990 tatsächlich notwendig war, 18 Kernwaffenversuche durchzuführen und 126 militärische Satelliten zu starten.

Das vereinte Deutschland zeigte sich im vergangenen Jahr in militärischer Hinsicht nicht eben als Waisenknabe. Es steigerte sowohl sein Rüstungsbudget (3. Platz in der Welt) als auch den Export von Großwaffen (5. Platz). Dabei muß man jedoch berücksichtigen, daß SIPRI unter Großwaffen nur Panzer, Geschütze, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge u. dgl. zählt und sich in seiner Statistik nur auf öffentlich zugängliche Quellen stützt. Mit anderen Worten, die ebenso schmutzigen wie geheimen Schiebereien deutscher Firmen und Händler, die die Giftgasbestände Iraks und anderer Natostaaten auffüllten, ihnen wichtige Technologien und Ersatzteile bescherten, sind in diesen Statistiken noch nicht einmal enthalten. Unter den 100 größten Waffenproduzenten der Welt sind sieben deutsche Konzerne zu finden. Der bedeutendste von ihnen, die Daimler-Benz-AG, belegt Rang 13 dieser Liste.

Auch das SIPRI-Jahrbuch konstatiert die globale Kluft zwischen Nord und Süd. In der Dritten Welt lassen sich in abrüstungs-

politischer Hinsicht kaum positive Trends ausmachen. Die Rüstungsausgaben stiegen dort nach einigen Jahren des Rückganges wieder an. Ein Dritte-Welt-Staat gibt durchschnittlich vier Prozent seines Bruttonationalprodukts für militärische Zwecke aus (Bundesrepublik 2,8 Prozent). Die Entwicklungsländer insgesamt halten einen Anteil von fünfzehn Prozent an den Weltrüstungskosten.

Die finanziellen Kosten des Golfkonflikts für die internationale Gemeinschaft von August 1990 bis zum Beginn des Krieges im Januar 1991 beziffert SIPRI auf 52 Mrd. Dollar, allein die durch den Konflikt bedingten *zusätzlichen* Rüstungskosten beliefen sich in diesem Raum in den letzten Monaten des Jahres 1990 auf 4 Mrd. Dollar. Wie in jedem Jahr nach Ende des Vietnamkrieges (außer 1989) war der Mittlere Osten 1990 die Dritte-Welt-Region mit den größten Waffenimporten. Ein nachdenkenswertes Beitrag zu diesem Themenbereich ist die Olof-Palme-Gedächtnisvorlesung, die 1990 vom früheren Präsidenten Kostarikas, Friedensnobelpreisträger *O. M. Sanchez*, gehalten und im vorliegenden Band veröffentlicht wurde. *Sanchez* stellte u.a. fest: „Mit einiger Fassungslosigkeit erleben wir Staaten und Einzelpersonen, die auf internationalen Foren den Krieg als unentschuldbaren Irrsinn verurteilen, dann aber nicht zögern, die Waffen zu liefern, die den Krieg erst möglich machen.“

Nicht jede Sicht- oder Zählweise, nicht jeder Gedanke oder Vergleich in diesem umfangreichen Werk wird die Zustimmung des Lesers finden. Insgesamt jedoch haben die Autoren ein Jahrbuch vorgelegt, das für einen weiten Kreis von Wissenschaftlern und Politikern über geistige Dienstleistungen im besten Wortsinn Information, Anregung und Gelegenheit zum intellektuellen Diskurs bietet.

Rolf Müller-Syring

Histoire et médias. Journalisme et journalistes français 1950-1990, sous la direction de Marc Martin, Paris (Albin Michel) 1991, 306 S.

Der Sammelband enthält die Referate und Diskussionen eines Kolloquiums, das 1988 an der Universität Paris X (Nanterre) stattfand. In der Einleitung verweist der Hrsg. darauf, daß der Journalist als das die Medienlandschaft prägende Subjekt lange Zeit sowohl von der Geschichtswissenschaft als auch der Soziologie ignoriert und erst seit dem Ende der fünfziger Jahre als Forschungsobjekt „entdeckt“ wurde. Die Hauptursache dafür sieht er in der bis dahin stark mechanistischen Sozialgeschichtsschreibung marxistischer Prägung. Es schließen sich Überlegungen zur Veränderung der Medienlandschaft besonders in den letzten dreißig Jahren an, die geprägt sind durch den Aufschwung der audiovisuellen Medien. Von einem Rückblick auf die Abhängigkeiten von Journalisten im letzten Jahrhundert leitet der Hrsg. zu Auftrag und Legitimation eines Berufsstandes in der Zukunft über, dessen Rolle vom Informierenden zum Übermittler von Informationen den Kernpunkt der kritischen Überlegungen *Martins* bildet. Die wichtigen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, darunter die enorme quantitative Ausweitung der Berufsgruppe und ihre partielle Feminisierung besonders hervorgehoben werden, scheinen dem Hrsg. so gravierende Transformationen, wie sie seit der Heraufkunft der III. Republik in Frankreich nicht mehr anzutreffen waren.

17 Referate von Historikern, Soziologen und Journalisten, gebündelt zu vier Problembereichen, schließen sich an: Im ersten Teil geht es um die Praktiken der schreibenden Zunft und insbesondere um die Ursachen der Krise der französischen Tageszeitungen, und dies auch oder gerade im europäischen Vergleich. Der zweite Teil wendet sich Journalisten und

Journalismus im audiovisuellen Medienbereich zu, während die weiteren Teile der Legitimation von Journalisten und ihrem Verhältnis zur Macht sowie umgekehrt der veränderten Rolle der Journalisten als Informationsübermittler gewidmet sind.

Das abschließend dokumentierte Rundtischgespräch prominenter Medienmacher geht noch einmal auf aktuelle Probleme des französischen Journalismus ein und beklagt unter anderem die Diktatur des Bildes als neuartige Form der Zensur, gegen die Widerstand der Journalisten weit weniger erfolgreich sei als gegen direkte (politische) Zensur.

Thomas Höpel

Fathi al - ^ḤAsri : Haula ad - Din wa-d-dīnūqrāṭiyya bi-qalam Naḡib Maḥfūz (über Religion und Demokratie aus der Feder von Naḡib Maḥfūz), Kairo: Ad-dār al-miṣriyya al-lubnāniyya, 1990, 240 S.

Nichts über den Laureaten zu wissen, gestand eine Moderatorin vom Sender Freies Berlin ihrem Stockholmer Korrespondenten¹ 1988 mit Blick auf den Literaturnobelpreis. Der bekannte, jenen Namen auch erstmals zu hören. Da die Schweden eben eine Kurzwita verteilten, bestätigte er, der Preisträger sei ins Deutsche übersetzt worden - „alles in der DDR“: 1978 die Erzählung „Die Moschee in der Gasse“ und Romane, 1980 „Der Dieb und die Hunde“, 1982 „Das Hausboot am Nil“ und 1987 „Die Midaq-Gasse“. Kurzum, der Romancier sei „ein großartig gebildeter Mann“.

Deutsches nahm zu: 1989 „Mirāmār“, 1990 „Die Kinder unseres Viertels“ (Aulād Ḥarātina), 1991 „Die Spur“ (At-Tariq) und, wie die Übersetzerin Doris Kilins ankündigte, 1992 Band eins der nach Straßen benann-

ten Roman-Triologie, „Baina-1-Qasrain“ (ferner „Qasraš-Šauq“ und As-Sukkariya“). Das Werk des Prominenten ist groß: Ende März 1991 zählte ein Computerkatalog von ihm in der Library of Congress 94 Bücher samt Übersetzungen. Daher war es hilfreich, das vorliegende Buch autorisiert² mit Übersicht und Lebenslauf zu versehen. Bis zur Preisvergabe am 13. Oktober erschienen 34 Romane, 14 Kurzgeschichten, das Kinderbuch „Aġa'ib al-Aqdān“ und sieben Einakter.³ Überdies kamen elf Stücke ins Theater, 25 ins Fernsehen und 34 ins Kino. Übersetzt wurden 20 Titel. Seit dem Nobelpreis besorgt die Amerikanische Universität in Kairo weitere Übersetzungen.

Erstmals legt Fahī al-ʿAsrī in drei Bänden⁴ Aufsätze vor, die Naġīb Mahfūz in der Prose über Religion und Demokratie, Jugend und Freiheit sowie Kultur und Bildung schrieb. Der nun angezeigte Teil enthält 99 Artikel, die von Juni 1974 bis September 1985 in der Tageszeitung „Āl-Āhram“ herauskam.

Der Literat griff donnerstags in der Rubrik „Meine Meinung“ Fragen auf, die in einer bewegten Zeit Glauben und Mitbestimmung betrafen. Nach den Wechselbädern unter Gamāl ʿAbd an-Nāṣir traten neue Umbrüche ein. Zunächst wandte sich Anwar as-Sādāt mit seiner Öffnungspolitik dem Westen zu. Es folgten die Verträge in Camp David mit den USA und Israel, der Gang nach Jerusalem, der Friedensnobelpreis, den der ägyptische Führer gemeinsam mit dem israelischen Premier Menachim Begin erhielt, der dornige Weg zum Mehrparteiensystem, koptisch-islamische Konflikte, die „Ermordung des Pharao“ und Reformen unter Präsident Husnī Mubārak. Doch eine „Umwertung“ fehlte; der rechte Weg ist zu suchen.

Wieder nahmen die Angriffe islamischer Extremisten gegen den Schöngeist zu. Er habe den Islam beleidigt und möge be-

reuen.⁵ Der Prediger ʿAbd al-Rahman Sakr wollte den „Gotteslästerer“ in Mekka sehen, daß er Buße tue für seine „voiksverderbendam Ideen“.⁶ Als 1989 ob „Satanische Verse“ von Salman Rushdie Gefühle wallten, wurde ebenso der Ägypter bekämpft. Kāfir, Ungläubiger, zieh ihn ein! Führer von al-Ġihād al-Islāmī, Šaiḥ ʿUmr ʿAbd ar-Rahman, und hielt Gläubige indirekt zum Mord an. Daher rief Mūsā Šabrī in einem Leitartikel des Blattes „Al-Ahbār“ auf, Naġīb Mahfūz zu beschützen.⁷ Der Šaiḥ der Al-Āzhar-Universität Muḥammad al-Ġazālī eiferte, der Preisträger möge sich von „Kinder unseres Viertels“ trennen, das, 1960 erschienen, in Ägypten ohnehin kaum erhältlich war.

Naġīb Mahfūz redete stets freimütig, goß so naturgemäß Öl ins Feuer. Ob das nun seine normale Sicht auf Israel⁸ oder auf den Marxismus⁹ betraf: Wer ihm an Zeuge flicken wollte, zog daraus in jedem Falle Nahrung. Der Dichter ist kein Pessimist und fördert jene, die sich um den Aufschwung der Kultur trotz Abhängigkeit und Unterentwicklung bemühen.¹⁰

Die Brisanz der Artikel ist klar. Zwar entspringen sie ihrer Zeit, doch gehen sie philosophisch darüber hinaus, zum Beispiel:

- Die Bildung parteilicher Plattformen, 1975;
- Islam und Prinzipienkampf, 1976;
- Über die Zwietracht unter den Sekten, 1977;
- Zum Fanatismus und Extremismus, 1980;
- Die Freiheit des Gedankens, 1981;
- Über die Presse der Opposition, 1982 (hauia suhuf al-muʿarada);
- Der Kampf und die Zivilisation, 1983;
- Über den Parteien-Pluralismus, 1984;
- Der Volksrat und die Medien, 1985.

Viele Mittel wurden genutzt, so Dialoge, Schilderung oder Briefe, die der Autor bekam. Leicht könnte man der Versuchung erliegen, die Worte aus dem historischen Umfeld zu lösen. Sie sollten Ideen der Zeit

bleiben, geboren im Alltag eines Mannes, der am Puls des Viertels und seines Landes lebt.

Der Autor schaut auf Prozesse fernab des Nils und schrieb im August 1976 „Zum neuen Kommunismus“ (S.35): Er habe zwei Briefe erhalten. Im ersten werde die neue Richtung der Kommunisten eine Abweichung von der revolutionären Linie und von der Diktatur des Proletariats genannt. Er denke, ein geistig offener Marxist müsse die Praxis prüfen und seine Haltung flexibel ändern, wenn es das Leben fordere, im aufrechten wissenschaftlichen Sinn (schade, daß so wenige Marxisten Arabisch lesen).

Der zweite Brief zeigt die Kehrseite: Kommunistische Parteien manövrierten nur, um an die Macht zu gelangen, indes sie weiter der Gottlosigkeit und Diktatur heldigten. Ein Fazit des Weisen: Strafe niemand ohne Beweise Lügen. Gehe von Ehrlichkeit aus und beobachte das Tun genau. Komme ein Lügner zum Vorschein, so habe man sich geirrt. Handelte es sich zudem um vorsätzliche Lüge, wäre das aber ein unverzeihliches Vergehen.

Gewöhnlich notierte der Humanist seine Meinungen auf nur 20 bis 30 Zeilen. Ein Artikel vom August 1980 geriet aber recht kurz und sei hier nun angeführt (S. 63-64), um zugleich den Gehalt der historisch sehr wertvollen Sammlung abschließend zu würdigen.

Nagīb Mahfūz: Islamische Erfahrungen

Das moderne islamische Denken ist reich an Richtungen. Sie schwanken hin und her zwischen starkem Konservatismus und ungestümer Fortschrittlichkeit. Das Denken verläßt oft das Gebiet der Theorie und kommt zur praktischen Erprobung, so daß sich verschiedene Erfahrungen zwischen Iran, Pakistan, Saudi-Arabien, Ägypten und der Türkei erneuern. Viele Praktiken gibt es, also traditionelle, revolutionäre, gemäßigte und säkulare. Jede Macht wendet sich dem Leben

zu gemäß ihrer geistigen und persönlichen Umstände, somit die Herausforderung des heutigen Lebens im Willen nach Anpassung und Erfolg annehmend.

Diese oder jene Richtung wird sich in dem Maße bewähren, wie sie Errungenschaften aufweist und die Probleme löst. Ich meine, es wird der Erfolg sein, der sich ausdehnt und erweitert. Aber er kann nur unter einer Berührung furtleben und zunehmen: Wenn er beweist, daß er dem modernen Leben genügt und potent ist, dessen Probleme zu überwinden. Dazu gehört die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit sowie persönlicher und gesellschaftlicher Freiheit zusammen. Daß umfaßt, in Wort und Tat die Menschenrechte zu achten, mithin in einer humanistischen und endgültigen Art die Probleme der religiösen, rassischen und nationalen Minderheiten zu bewältigen. All das geschieht im Rahmen der ewig offenbaren Werte und des optimistisch geachteten Lebens. (14. August 1980)

Wolfgang Schwanitz

Anmerkungen

- 1 Die Antwort war falsch, ihr Abdruck in „horizont“ Prahlerei: Weder „allein DDR“ (auch in der Schweiz: Unionsverlag Zürich), noch ist „Die Moschee in der Gasse“ ein Roman. „Der Dieb und die Hunde“ kam nicht 1986 im Verlag Volk und Welt heraus, sondern schon 1980. In *horizont*, Berlin, 21 (1988) 11, S. 2.
- 2 Gez. von Nagīb Mahfūz am 7. Juli 1989 in Kairo.
- 3 Fünf Einakter gab Ahmad ‘Abd al-Ḥalīm 1969 in Kairo unter dem Titel „Ṭaḥta al-Mizalla“ heraus.
- 4 ‘Asrī, F.: *Ḥaula as-sabāb wa-l-ḥurriya bi-qalam Nagīb Mahfūz*. Kairo: Ad-dār al-misriya al-lubnāniya, 1990, 239 S.; angekündigt, ders.: *Ḥaula at-taqāfa wa-l-ta’alīm*. Ebd.
- 5 Vgl. Mahfūz-Sicht von Rafiqs Šarīf in: *Al-Itihād*, Haifa 21.10.1988, S. 4; Mahfūz-Interview ebd., 28.10.1988, S. 4; Berichte zur Person ebd.,

1988, S. 4; 4.11.1988, S. 5; 8.11.1988, S. 4;
 .1988, S. 4; 24.11.1988, S. 3.
Mahfūz in der Politik. Ebd., 25.11.1988, S. 4;
 e, M.: Naguib Mahfuz Review Article. In:
 Middle East Journal, Washington DC, 43
 mer 1989) 3, S. 507-512.
ijman-Interview in: Al-Ānba^ʿ, al-Kuwait,
 1989; **Sabri^ʿ-Aufruf in:** Al-Itihād, 24.4.1989,
 Muslim-Bruder fordert Blut von Mahfūz
 an al-Kafr^ʿ, ebd., 14.5.1989, S. 2; dessen
 teilung durch einen Muftī Ägyptens ebd.,
 .1989, S. 2.
ūz-Interview. In: Saut al-Bilād, Nicosia,
 .10.1988) 156, S. 40-42.
ūz-Interview. In: Probleme des Friedens und
 zialismus, Berlin, 32 (1989) 8, S. 1126-1129.
irkklärung zum arabischen Kulturaufschwung.
Safad ad-Din Ibrāhīm, Mahmūd Amin al-
ī, Anwar ʿAbd al-Malik, Ahmad Kamāl Ābu
īgīd, Rifʿat as-Saʿīd und Hasan Aḥmad Amin.
 al-Itihād, 17.1.1991, S. 4; vgl. ferner:
houli, R.: Europa und Arabien - die
geschichtliche Dimension. In: Das Parlament,
 , 41 (6./ 13.9.1991) 37-38, S. 21.

Autorenverzeichnis

- Zuhdi Al Dahoodi, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig
Gerald Diesener, Dr. sc., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig
Axel Doßmann, Stud. Hist., Universität Leipzig
Wolfgang Ernst, Dr. phil., Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Außenstelle Leipzig
Eckhardt Fuchs, Dr. Hist., Berlin
Frank Haase, Dr. phil., Baden - Baden
Thomas Höpel, Stud. Hist., Universität Leipzig
Olaf Kirchner, Dipl.-Politikwiss., Leipzig
Manfred Kossok, Prof. Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig
Helmut Melzer, Dr. phil., Sektion Theoretische und Angewandte Sprachwissenschaften, Universität Leipzig
Katharina Middell, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig
Matthias Middell, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig
Rolf Müller-Syring, Dr. phil., Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Universität Leipzig
Inge Münz-Koenen, Dr. phil., Institut für Literaturgeschichte, Berlin
Bernd Okun, Prof. Dr. sc., Leipzig
Steffen Sammler, Dipl.-Hist., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig (z. Zt. Universität Rouen)
Bernd Schröter, Dr. phil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig
Wolfgang Schwanitz, Prof. Dr. phil., Berlin
Peter Michael Spangenberg, Dr. phil. habil., Universität - GHS Siegen
Sabine Tanz, Dr. sc., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig
Edoardo Tortarolo, Dr. phil., Turin
Andrei Ujica, Dr. phil., Universität Mannheim
Michael Zeuske, Dr. phil. habil., Fachbereich Geschichte, Universität Leipzig



